



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Die freiheitlichen Wirtschaftsprogramme

Verfasser

Ing. Daniel Jägerbauer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

(Mag. rer, soc. oec.)

Gainfarn, im Mai 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 157

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Betriebswirtschaft

Betreuer:

Univ. Prof. DDr. Dieter STIEFEL

Inhaltsverzeichnis

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	3
<i>Vorwort</i>	5
<i>Fragestellung</i>	7
Zu ergründen wird versucht:	7
<i>Die freiheitliche Partei Österreich</i>	8
Prinzipielles zur FPÖ:	8
<i>Definitionen:</i>	17
<i>Parteigremien der FPÖ - Entscheidungsfindung</i>	19
<i>Vorherrschende politische und ökonomische Rahmenbedingungen</i>	25
1945 bis 1956:	25
1956 bis 1968.....	29
1968 bis 1970.....	33
1970 bis 1985.....	34
1985 bis 1997.....	49
1997 bis 2005.....	59
2005 bis 2009.....	77
<i>Analyse der Wirtschaftsprogramme</i>	94
<i>Die freiheitlichen Wirtschaftsprogramme</i>	94
Die VdU von 1949 bis 1956	94
Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms (1. Parteitag – Salzburg 1949).....	94
Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms	95
Aktions- und Wahlprogramme.....	97
Zusammenfassung.....	98
Die VdU in der Bewertung:	99
Die FPÖ von 1956 bis 1968	107
Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms	107
Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms	107
Aktions- und Wahlprogramme.....	108
Zusammenfassung.....	110
Die FPÖ 1968 bis 1970	111
Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms	111
Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms	112
Aktions- und Wahlprogramme.....	112
Zusammenfassung.....	113
Die FPÖ 1970 bis 1985	114
Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms	114
Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms	118
Weiterentwicklung des Grundsatzpapiers	121
Aktions- und Wahlprogramme.....	122
Vergleich Soll/ Ist (Programm vs. Forderungen) und Analyse.....	125
Die FPÖ 1985 bis 1997	127
Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms	127
Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms	130
Arbeitsübereinkommen SPÖ-FPÖ 1983; das Regierungsprogramm	132

Die FPÖ 1997 bis 2005	133
Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms	133
Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms	138
Aktions- und Wahlprogramme (Widerspruch?)	140
Regierungsprogramme:	147
Die FPÖ ab 2005	154
Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms	154
Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms	155
Aktions- und Wahlprogramme (Widerspruch?)	155
Vergleich Soll/ Ist und Analyse	159
Ab 2009	160
Zusammenfassung.....	164
Korrelation zwischen wirtschaftspolitischer Ausrichtung und Wahlerfolg?.....	165
Andere Zusammenhänge:.....	166
Kritik	167
Was ich gelernt habe?	168
Quellenverzeichnis und Zitate	173
Literatur:.....	173
o Basisliteratur:.....	173
o Freiheitliches Recherchematerial	173
o Sonstiges Recherchematerial	174
Interviews und Gespräche:	175
Internetverweise:	175
Anhang	177
Graphiken und Statistiken	177
Tabellenverzeichnis:.....	177
Register.....	178
Parteiobleute der FPÖ	182
Minister und Staatssekretäre der FPÖ	182
1983:	182
2000:	182
2002 *)	183
Wahlergebnisse der FPÖ	183
Über den Autor	184

Vorwort

Diese Arbeit wurde nun durch etwa ein Jahr Recherche und über einem halben Jahr Schreibearbeit fertig gestellt. Sinn ist es die vor allem wirtschaftspolitische Arbeit der FPÖ über die Jahre ihrer Existenz hinweg – also ab 1949 (VdU) bzw. 1956 (FPÖ) – zu analysieren. Dabei wird vor allem auf die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen eingegangen in welchen sich die FPÖ bewegen und ihre Entscheidungen treffen musste.

Zu diesem Thema gekommen bin ich durch meinen persönlichen Einsatz innerhalb der FPÖ, welcher zum Großteil auch im Wirtschaftsprogramm der FPÖ von 2006 Niederschlag finden sollte. Dieses wiederum geht auf eine gemeinsame Arbeit vor allem des stellvertretenden Bundesobmanns Ing. Norbert Hofer, dem Obmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer Kärntens MMag. Alexander Petschnig und mir zurück. Trotz meiner parteipolitischen Involvierung wurde in der nachstehende Arbeit in der erwarteten wissenschaftlichen Neutralität geschrieben.

Allerdings wurde meinerseits die geschlechtsneutrale Verwendung eines Binnen-I's wie etwa ÖsterreicherInnen, BürgerInnen, usw. sowie die geschlechtsneutrale Darstellung von Wörtern wie Österreicherinnen und Österreicher, Bürgerinnen und Bürger usw. in dieser Arbeit nicht verwendet. Dies hat keinesfalls textökonomische Gründe, wie es Autoren immer wieder in ihren Einleitungen schreiben; es ist eine simple Ablehnung eines politisch Korrekten Zeitgeistes als 'Schabernack der Geschichte'.

Begonnen wurde die Arbeit im Februar 2008. Schnell musste ich erkennen, dass es umfangreiche Literatur über die FPÖ nicht gibt. Ein paar Bücher hier, in anderen Werken eine Erwähnung. Dementsprechend brauchte ich fast ein Jahr um die notwendige Basisliteratur heranzuschaffen und mir einen Überblick über nunmehr 161 Jahre freiheitlicher Geschichte anzueignen. Besonders hilfreich erwiesen sich die Parlamentsbibliothek, welche umfassendes Recherchematerial besitzt sowie die Gespräche mit Herrn Dr. Gerhard Staudinger, dem Archivar der FPÖ.

In einem ersten Überschwang wollte ich auch gleich die realpolitischen Anträge der FPÖ mit der Forderungen und Ideen ihrer Programme vergleichen. Die Euphorie wurde allerdings bei meinem ersten Eintreten in den Saal der Bibliothek getrübt. Alleine die Indexverzeichnisse umfassen ein ganzes Regal. Das Personenregister – also der Index, welche Person welche Anträge stellte und welche Reden sie hielt – war hunderte Seiten dick. Daneben das Sachregister vice versa. Da ich die Arbeit gemäß eigenem Wunsche, den ich bei meiner Immatrikulation vor fünf Jahren getätigt habe, vor meinem 30 Geburtstag fertig werden sollte, ließ ich das dann bleiben, denn alleine die Durchsicht aller stenographischen Protokolle, Anfragen, Anfragebeantwortungen, Ausschuss- und Unterausschussprotokolle, Berichte, Koalitionsabkommen, Beilagen zu stenographischen Protokollen, Kodizes, Gesetzesbücher, Verordnungen, Erlässe, Anträge, Reden und Entschließungsanträge – sprich zwei Drittel der gesamten Bibliothek – würde mich sicher auf Jahrzehnte hin beschäftigen.

Ich denke aber doch, dass die Unterlagen ein klares Bild über die Arbeit der FPÖ wiedergeben und ich hoffe, dass die Qualität dieser Arbeit mit dem Aufwand korreliert!

Abschließend möchte ich mich bei allen Freunden und Verwandten – insbesondere meinen Eltern Manfred und Ilse Jägerbauer, meinem besten Freund Alexander Petschnig sowie meiner Freundin Natalie Hübsch – bedanken, die mich in den letzten Jahren durch viele (natürlich auch außerparlamentarische) Schicksalsschläge begleitet und trotz meiner sicherlich manchmal unausstehlichen Art immer zu mir gehalten und mich unterstützt haben.

Daniel Jägerbauer, am 21. 8 2009

Fragestellung

Die freiheitliche Ideengeschichte reicht in das Jahr 1848 zurück, und als Kind der bürgerlichen Revolution versteht sie sich auch heute noch. Nationalpatriotisches, liberales und soziales Gedankengut stecken durch die dynamische Geschichte der FPÖ seit jeher in den geistigen Fundamenten dieser Partei und fast aller Vorgängergruppierungen.

Vor allem die Idee des antiabsolutistischen und antiklerikalen sowie ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum prägte das `dritte Lager` seither. Vor allem die Vermischung von Gleichem und Trennendem innerhalb einer Bewegung lässt dich seit dieser Zeit ebenso beobachten wie ein latenter, fast manischer Hang zum Revolutionistischen. Vielleicht erklärt dies auch die Tatsache, warum es gerade im `dritten Lager` seit jeher Richtungsstreitigkeiten und Abspaltungen gab.

Ob auch die Wirtschaftspolitik davon betroffen ist, versuche ich in dieser Arbeit zu klären. Als zeitliche Abgrenzung nehme ich das Jahr 1945 und versuche auch die Vorgängerpartei der FPÖ – den VdU, welcher zwischen 1949 und 1956 als freiheitliche Vorgängerpartei existierte – zu beleuchten. Doch auch in Blick zurück bis ein das Jahr 1848 muss gestattet sein, um die Aktionen und Entscheidungen der FPÖ (VdU) ab 1949 zu verstehen.

Zu ergründen wird versucht:

- gibt es eine klare und über die Jahre konsistente wirtschaftspolitische Linie der FPÖ?
- ändert sich die wirtschaftspolitische Weltanschauung der FPÖ über die Zeit?
- gibt es eine Art „Führerprinzip“ in der FPÖ; d.h. dass wirtschaftspolitische Entscheidungen von der Parteispitze oder gar nur von einer Person `diktatorisch` bestimmt werden?
- welchen Einfluss haben die freiheitlichen Vorfeldorganisationen auf die wirtschaftspolitische Ausrichtung?
- institutioneller Korporatismus vs. Konfliktsystem
- was konnte die FPÖ während ihrer Regierungsbeteiligung an Forderungen früherer Zeit durchsetzen?
- gibt es einen Zusammenhang zwischen der wirtschaftspolitischen Ausrichtung und dem Wirtschaftsprogramm?
- das ökonomische Umfeld und die freiheitlichen Maßnahmen in den Programmen
- sind die Wahl- und Aktionsprogramme aus dem Grundsatzprogramm ableitbar?
- FPÖ 2009/ 2010 im Selbst- und Fremdbild

Die freiheitliche Partei Österreich

Prinzipielles zur FPÖ:

Der Freiheitsbegriff der FPÖ wurzelt in einer idealistischen Weltanschauung, welche das Dasein des Menschen nichts als auf seine materiellen Gegebenheiten beschränkt sieht!

1848 bis 1956

Die Wurzeln der Freiheitlichen Partei gehen in das Jahr 1848 – das Jahr der bürgerlichen Revolution – zurück. Obwohl so mancher Historiker der Meinung sein mag, dass die Revolution als missglückt zu betrachten ist, kamen aus dieser Zeit viele Errungenschaften wie die Bauernbefreiung von der Erbuntertänigkeit (vergl. Leibeigenschaft), eine Land- Verfassungs- und Verwaltungsreform (Piellersdorf'sche Verfassung vom 25. April 1848, welche jedoch nie in Kraft trat), Pressefreiheit (inkl. Aufhebung der Zensur), Geschworenengerichte, akademische Freiheiten sowie eine formelle Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, hervor. Dieses Erbe des Kampfes gegen den Absolutismus sowie des politischen Katholizismus war die Wurzel des freiheitlichen Gedankengutes, welches sich bis zum heutigen Tage wacker hält.

Die Revolutionäre gegen die Monarchie waren vielschichtig. Georg Ritter von Schönerer als Vertreter der Deutschnationalen (später `Altdeutsche Vereinigung`) war genauso ein erbitterter Gegner des politischen Absolutismus wie beispielsweise der assimilierte, jüdische Arzt Fischhof oder studentische Burschenschaftler wie Hans Kudlich oder Wenzel Messenhausen (Gastkommentar von Andreas MÖLZER in diePresse vom 24.01.2009).

Ab 1867 entwickelte sich zwar ein Parlamentarismus, welcher aber bis 1918 im Vergleich zu anderen europäischen Demokratien als `unecht` anzusehen ist (Pelinka 1993, S.15). Nach 1880 wurde der Wahlzensus gelockert, was die formelle Gründung der Christlich-Sozialen Partei unter Karl Lueger, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter Viktor Adler und der Deutschliberalen Partei, welche bis zu ihrem Untergang 1879 auch die Mehrheit im Abgeordnetenhaus stellte, hervorbrachte. Im Prinzip kann keine der eben aufgelisteten Parteien als de facto `Vorgängerpartei` einer heutigen FPÖ gewertet werden. Alle Parteien gingen aus der bürgerlichen Revolution und dem Streben nach Freiheit hervor, jedoch wird in der Literatur zumeist die Deutschliberale Partei als historischer Oheim der FPÖ dargestellt.

Die Deutschliberale Partei zersplitterte nach 1879 in verschiedene deutschnationale Gruppierungen, welche als gemeinsamen Nenner antiklerikale, antisemitische und großdeutsche Vorstellungen hatten (Quelle: <http://www.politischebildung.at/upload/polsystem.pdf> - S.24). Diese Vorstellungen wurden im `Linzer Programm` von 1882 manifestiert. Erarbeitet wurde dieses Programm unter anderem von Karl Lueger, Viktor Adler und Georg Ritter von Schönerer. Doch schon einige Jahre später zersplitterte sich diese Bewegung.

Einen historischen Sieg errang die Sozialdemokratische Partei 1905, als sie mit der k&k Regierung einen Kompromiss einging, der 2 Jahre später in den Reichsratswahlen von 1907 endeten. Wahlberechtigt waren alle Erwachsenen (zu dieser Zeit: älter als 24 Jahre), männlichen Staatsbürger; alle abgegebenen Stimmen zählten gleich viel.

Absolut erhielten zwar die Sozialdemokraten die meisten Stimmen, jedoch wurde aufgrund der Wahlkreiseinteilung sowie des Mehrheitswahlrechtes die Mandatsmehrheit an die Christlich-Sozialen Partei vergeben.

Nach dem ersten Weltkrieg gründeten sich die großdeutsche Volkspartei (GVP) als Zusammenschluss von Deutschnationalen und Deutschliberalen sowie 15 weiteren, kleineren Splittergruppierungen. Die GVP verstand sich von ihren philosophischen Wurzeln als Kind der 1848er Revolution und titulierte sich selbst als national-liberale Partei. Die GVP war für den Anschluss an das Deutsche Reich und war ein Gegner der 'Friedensverträge von Saint Germain'.

Eine weitere, politische Komponente war der Landbund, als Nachfolger der Deutschen Bauernpartei. Auch er trat für den Anschluss an das Deutsche Reich ein und waren klar Antimarxistisch eingestellt, frönte jedoch dem Gedanken eines Ständestaates.

Sowohl Großdeutsche, als auch Landbund waren bis 1932 bzw. 1933 in einer Regierung mit den Christlichsozialen. 1933 nutzte der damalige Bundeskanzler Engelbert Dollfuß eine Geschäftsordnungskrise zu einem Staatsstreich. Danach regierte Dollfuß diktatorisch per Notverordnung. Als erbitterte Gegner erwiesen sich neben den Sozialdemokraten auch die immer stärker werdende (bis 1933 verbotene) NSDAP, zu welcher sich immer mehr Landbändler und Großdeutsche bekannten.

Ab 12. März 1938 war der Anschluss an das Deutsche Reich vollzogen. Erst nach Ende des zweiten Weltkrieges 1945 gab es wieder Demokratiebestrebungen. 1945 gab es in Österreich nur noch 3 Parteien – die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), anstatt der Christlichsozialen die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die Kommunistische Partei (KPÖ).

Schon vor Kriegsende konstituierte sich am 27. April 1945 eine provisorische Staatsregierung – bestehend aus den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP sowie der KPÖ - welche am gleichen Tag die Unabhängigkeit Österreichs erklärte und die Verfassung der 1. Republik inkl. der Verfassungsnovelle von 1929 wieder herstellte. Im November 1945 fanden die ersten Wahlen der zweiten Republik statt, welche einen Sieg für die ÖVP und eine herbe Niederlage für die Kommunisten einbrachte (Pelinka 1993, S.18)

Erst im Jahre 1949 kam neben dem wohlfahrtsstaatlichen und dem konfessionellen Konzept auch wieder das Nationale zu tragen. Grund dafür war, dass nach der Zeit der 'Entnazifizierung' die minderbelasteten Mitglieder der NSDAP das Wahlrecht wieder zurück erhielten. Somit war auf einen

Schlag der Zustand vorherrschend, dass etwa 10% der Wahlberechtigten aus dem Kreise ehemaliger Nationalsozialisten kamen. Sowohl SPÖ als auch ÖVP hatten nun ein weiteres Klientel zu bedienen. Vor allem aber der 1949 neu gegründete Verband der Unabhängigen (VdU) versuchte in Folge verstärkt Verständnis für die Motive der neuen Wählergruppe zu zeigen.

Der VdU war ein Zusammenschluss verschiedener Interessensgruppen wie ehemalige Nationalsozialisten, Großdeutsche und teilweise Landbändler, welche 1949 von Herbert Kraus und Viktor Reimann gegründet wurde. Bei der ersten Nationalratswahl an welcher der VdU teilnahm errang er sofort 11,7%. 1953 verlor der VdU ein wenig und verzeichnete nur noch 11,0% der Stimmen, während sich der Wähleranteil bei der Wahl 1956 auf 6,5% fast halbierte. Grund dafür waren in erster Linie Richtungsstreitigkeiten innerhalb des `dritten Lager` zwischen Nationalen und Liberalen. 1956 wurde der VdU aufgelöst und vollständig in die neu gegründete Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) integriert.

1956 bis 1986 – FPÖ I

Nachdem der VdU nach 1949 mehrere, zum Teil herbe Wahlniederlagen einstecken musste, wurde 1956 die FPÖ gegründet. Erster Obmann wurde Anton Reinthaller, der von 1956 bis 1958 die freiheitliche Führungsposition inne hatte. Ab 1958 regierte Langzeitobmann Friedrich Peter bis 1978. Danach wurde er vom damaligen Grazer Bürgermeister Alexander Götz abgelöst, der aber schon 1980 seinen Stuhl für Norbert Steger räumte, welcher bis zum richtungsweisenden Innsbrucker Parteitag 1986 freiheitlicher Parteiobmann war.

Die neu gegründete FPÖ konnte aber nur an die ohnehin mäßigen Wahlergebnisse des VdU anschließen:

Tabelle 1: Wahlergebnisse der FPÖ 1959 bis 1983

	1959	1962	1966	1970	1972	1975	1979	1983
FPÖ	7,7%	7,1%	5,4%	5,5%	5,5%	5,4%	6,1%	5,0%

Tabelle aus Pelinka 1993; S.67

In der Folge war die primäre Aufgabe der FPÖ jene, absolute Mehrheiten einer der beiden Großparteien zu verhindern, was bis 1966 gelang. Zwischen 1947 und 1966 regierte in Österreich eine große Koalition aus SPÖ und ÖVP, erst zwischen 1966 und 1970 eine ÖVP Alleinregierung unter Bundeskanzler Klaus. Die FPÖ konnte sich jedoch bei keiner Wahl profilieren und erhielt 1970 nur noch 5,5% der Wählerstimmen, welche wohl als Untergrenze freiheitlicher Sympathisanten anzusehen war.

Eine Annäherung an die SPÖ versuchte Friedrich Peter schon in den Jahren um 1962/ 63, was große Teile des nationalen Flügels innerhalb der FPÖ verunsicherte und zu Austritten führte. Am Parteitag von 1964 erklärte Peter, dass „...Nationale und Liberale in der FPÖ gemeinsam Platz haben!“ und

versuchte der FPÖ ein 'liberales Gesicht' zu geben um die Partei als Koalitionspartner für eine der beiden Großparteien anzubieten. Bei den Nationalratswahlen 1970 unterstützte er dann vorübergehend eine SPÖ Minderheitsregierung unter Bundeskanzler Kreisky. Dieser Revanchierte sich dafür auch durch eine Wahlrechtsreform ohne welche der FPÖ unter Umständen sogar der Einzug in den Nationalrat verwehrt hätte werden können.

Nachdem Kreisky 1971 die absolute Mehrheit errang war die FPÖ wieder 'zum Zusehen' degradiert. Etwa zur gleichen Zeit ging der Stern des Steirers Alexander Götz auf. Im Gegensatz zu Peter war Götz ein erklärter Gegner des regierenden Bundeskanzlers Kreisky. Götz war berühmt für markige Sprüche und erklärte mit dem Satz: „Solange Österreich links regiert wird, kann nichts Rechtes dabei herauskommen,“ nicht nur seine Gegnerschaft mit Kreisky sondern auch seine prinzipielle Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der SPÖ. Zu dieser Zeit war Götz als Grazer Bürgermeister sozusagen am Höhepunkt seiner Karriere als er bei den Gemeinderatswahlen seinen Mandatsstand von 9 auf 14 erhöhte und etwa 25% der Stimmen errang. Der Glanz Götz's überstrahlte die FPÖ, welche einen Wechsel an der Parteispitze forderte. Der so genannte 'Götz Effekt' sollte die seit einem Jahrzehnt stagnierende Wählerzahl der FPÖ vorantreiben. 1978 wurde Götz Parteiohmann und schon im Mai 1979 wurde er das erste Mal gefordert Nationalratswahlen zu schlagen. Doch die Ernüchterung folgte prompt. Ein mageres Plus von 0,7% stand trotz Aufbruchstimmung und Euphorie innerhalb der FPÖ zu Buche. Innerhalb der FPÖ begann eine weitere Krise, welche in Richtungsstreitigkeiten mit Norbert Steger gipfelte. Am 1. Dezember 1979 legte Götz sein Amt als Bundesparteiobmann nieder – interimistisch übernahm der Obmann der Oberösterreichischen FPÖ Horst Schender (Absatz nach der Wiener Zeitung von 14. August 2004).

1980 übernahm der Obmann der Wiener FPÖ - Norbert Steger - das Amt des Bundesparteiobmannes. Steger war ein Vertreter des 'wirtschaftsliberalen Flügels' der FPÖ und versuchte die Partei abermals an eine Regierungsbeteiligung heranzuführen. Steger wollte mit seinem legendären Ausspruch der 'Kellernazis' selbige innerhalb der freiheitlichen Bewegung loswerden und der FPÖ ein liberales Image zu verpassen. Doch die Wähler wurde dadurch offenbar nicht beeindruckt und so führte Steger die FPÖ 1983 mit 5,0% Stimmenanteil in ein historisches Debakel und konnte nur mit viel Glück den Verbleib im Nationalrat sichern. Da nun aber auch die Sozialdemokraten ihre absolute Mehrheit verloren, agierte Steger als Mehrheitsbeschaffer für die SPÖ. Kreisky trat zurück, an seiner Stelle übernahm Fred Sinowatz die SPÖ und wurde österreichischer Bundeskanzler. Steger wurde Vizekanzler, Harald Ofner wurde Justizminister und Friedhelm Frischenschlager Minister für Landesverteidigung. Doch die Niederlage riss tiefe Gräben in die freiheitliche Bewegung. Vor allem aus Kärnten wurde der liberale Steger vom damaligen Parteisekretär Jörg Haider immer wieder scharf kritisiert. Dies hatte eine Kampfabstimmung 1986 am Parteitag in Innsbruck zur Folge, in welcher sich Haider klar gegen Steger durchsetzte.

1986 bis 2000 – FPÖ unter Haider

Das Jahr 1986 ist für Österreich ein sehr bedeutsames in seiner Nachkriegsgeschichte. Neben der Obmannschaft Jörg Haiders war vor allem die Bundespräsidentenwahl richtungweisend für künftige freiheitliche Erfolge. Grund dafür war die `Waldheimaffäre´ in welcher aufgedeckt wurde, dass der damalige ÖVP Kandidat und ehemalige UNO Generalsekretär Kurt Waldheim seine Biographie hinsichtlich seiner vermeintlichen Beteiligung an NS Verbrechen verharmlost und geschönt habe. Tatsächlich hatte Waldheim den Fehler begangen beim Schreiben seiner Biographie den Teil über seine Tätigkeit bei der Wehrmacht auszusparen. Dies wiederum eröffnete für die Medien ein breites Spektrum an Spekulationen.

Jörg Haider erkannte als erster das große Wählerpotential der nunmehr faktisch pauschal als Kriegsverbrecher abgestempelten Kriegsgeneration, stellte sich vor diese Gruppe und gab ihr eine politische Heimat.

Aber nicht nur das. Hatte sich die FPÖ bis 1986 fast ausschließlich an das akademische Zielpublikum gewandt, vollzog Haider eine Metamorphose und konnte von nun an vor allem Wähler aus dem bis dato ausschließlich sozialistischem Arbeitermilieu gewinnen.

Tabelle 2: FPÖ Wahlergebnisse 1986 bis 1999

	1986	1990	1994	1995	1999
FPÖ	9,7%	16,6%	22,5%	22,0%	26,9%

(Tabelle: Eigenkreation - Werte aus: www.bmi.gv.at/wahlen)

Der Erfolg gab Haider Recht. Schon bei den Nationalratswahlen 1986 verdoppelte sich der Stimmenanteil der FPÖ auf fast 10% und das obwohl es mit der neuen Grünbewegung eine weitere (Protest)Partei in den Nationalrat geschafft hatte. Nach der Wahl folgte die Bildung einer großen Koalition unter sozialistischer Führung Franz Vranitzkys.

Haider blieb seinem System der permanenten Kritik an Proporz, Misswirtschaft, Schuldenpolitik und Zuwanderung treu und konnte 1995 trotz Abspaltung der damalig freiheitlichen Heide Schmidt einen weiteren Erfolg mit 22,5% erringen. Zum Zerwürfnis mit Schmidt kam es infolge der Initiierung des Volksbegehrens `Österreich zuerst´, welches Heide Schmidt als ausländerfeindlich betrachtete. Mit ihr verließen vier weitere Abgeordnete die freiheitliche Fraktion und gründeten das Liberale Forum (LiF), welches zwar 1994 (klar) und 1995 (knapp) in den Nationalrat kam, seitdem aber in die Bedeutungslosigkeit abgedriftet ist.

1999 kam es zu einem historischen Wahlerfolg der FPÖ. Die Freiheitlichen bekamen 26,9% der Wählerstimmen und waren hinter der SPÖ die zweitstärkste Partei in Österreich.

2000 bis 2005

Im Jahre 2000 gelang der FPÖ abermals eine Regierungsbeteiligung. Diesmal aber zum einen nicht mit der SPÖ, sondern mit der ÖVP und zum zweiten als stärkere der beiden Koalitionsparteien. Die Begründer dieser Regierungskonstellation waren neben Jörg Haider und Susanne Riess-Passer von der FPÖ, vor allem Andreas Kohl und Wolfgang Schüssel von der ÖVP. Die ÖVP verhandelte in Folge offenbar sehr gut und so geschah es erstmalig in der Geschichte Österreichs, dass der Obmann der nur drittstärksten Partei zum Bundeskanzler der Republik gewählt wurde. Die FPÖ stellte mit Susanne Riess-Passer die Vizekanzlerin. Weitere Regierungsglieder der FPÖ waren Karl-Heinz Grasser (Finanzminister), Michael Krüger bzw. Dieter Böhmdorfer (Justizminister), Herbert Scheibner (Verteidigungsminister), Elisabeth Sickl bzw. Herbert Haupt (Sozialminister), Michael Schmid, Monika Forstinger bzw. Mathias Reichhold (Verkehrsminister) sowie Reinhard Wanek (Gesundheitsstaatssekretär) und Mares Rossmann (Staatssekretärin für Tourismus).

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ rief heftige Reaktionen hervor. Zum einen fanden nun wöchentlich die so genannten Donnerstagsdemonstrationen statt zu welchen die `Demokratische Offensive` aufrief, zum anderen starteten die restlichen 14 EU Mitgliedsstaaten sowie die Tschechische Republik die `Sanktionen gegen Österreich`, wobei in der Literatur hervorgehoben wird, dass die Nationalstaaten und nicht die EU selbst die Sanktionen verhängten. (Die EU per se errang erst mit der Ratifizierung des Lissabonn Vertragess aller EU Staate eigene Rechtspersönlichkeit (per 01.12.2009) und konnte somit zuvor niemals Sanktionen aussprechen)

Jörg Haider selbst legte seine Funktion als FPÖ Parteiohmann zurück und übergab diese seiner Vertrauten Susanne Riess-Passer. Haider bekleidete nie das Amt eines Ministers.

Im Jahr 2002 kritisierte Haider von Kärnten aus das gesamte Regierungsteam aufgrund der Verschiebung einer bis dahin versprochenen Steuerreform. Es entwickelte sich ein Machtkampf, welcher in der `Delegiertenversammlung von Knittelfeld` gipfelte, infolge dessen die Minister Susanne Riess-Passer und Karl-Heinz Grasser sowie der damalige Klubchef Peter Westenthaler zurücktraten.

Bundeskanzler Schüssel erkannte die Chance, welche sich durch das zerstrittene Bild der FPÖ bot (welches Medial auch noch verstärkt wurde) und beraumte Neuwahlen an. Für die FPÖ setzte es eine historische Niederlage indem sie fast zwei Drittel ihrer Wählerschaft verlor und sich mit 10,0% gerade noch im zweistelligen Bereich halten konnte.

Herbert Haupt, welcher nach Kurzzeitparteiobmann Mathias Reichhold (40 Tage) diese Niederlagen verantworten musste, setzte sich gegen den Willen Haiders aus rein pragmatischen und finanziellen Gründen für einen Fortbestand der Koalition mit der ÖVP ein und schließlich auch durch. Das Kabinett Schüssel II wurde mit den Freiheitlichen Hubert Gorbach (Vizekanzler und Verkehrsminister), Dieter Böhmdorfer bzw. Karin Gastingner (Justizminister) und Herbert Haupt bzw. Ursula Haubner (Sozialminister) sowie Eduard Mainoni (Staatssekretär für Verkehr), Karl Schweizer (Staatssekretär für Sport) und Sigisbert Dolinschek (Staatssekretär für Konsumentenschutz) bestückt.

Nach Außen hin hatte es den Eindruck als würde die FPÖ als de facto Juniorpartner der ÖVP, der Kanzlerpartei ausschließlich als Erfüllungsgehilfe dienen. Vor allem der soziale Aspekt kam für viele Freiheitliche durch die vor allem monetaristische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik zu kurz (vergl. Butschek 2004, S.178). In der FPÖ kriselte es erneut. Vor allem der junge Wiener Politiker Heinz-Christian Strache trat als Kritiker dieser 'Eiskastenpolitik' (Quelle: <http://diepresse.com/home/politik/neuwahlen/410214/index.do?from=simarchiv>) auf.

Die Krise gipfelte in den niederösterreichischen Gemeinderatswahlen 2005, als die FPÖ nur noch 3,3% an Zustimmung erreichte. Haider wollte eine Neugründung der FPÖ. Diese Idee fand jedoch vor allem im nationaltraditionalistischen und sozialen Lager der FPÖ keinen Anklang. Als sich die Sache zuspitzte und eine Kampfabstimmung am - für den 23. April 2005 anberaumten - Parteitag zwischen Jörg Haider und Heinz-Christian Strache herauskristallisierte, gab Haider am 04. April 2005 die Gründung seiner neuen Partei – des Bündnis Zukunft Österreich; BZÖ – bekannt.

Interimistisch wurden statutengemäß die Geschäfte der FPÖ vom an Jahren ältesten Vorstandsmitglied Mag. Hilmar Kabas geführt, bis am 23. April 2005 Heinz-Christian Strache am Salzburger Parteitag mit 90,1% zum Obmann gewählt wurde.

ab 2005 bis heute

Die Abspaltung des BZÖ stellte die FPÖ vor eine noch nie zuvor stattgefundene Herausforderung. Ab dem Zeitpunkt der Abspaltung im April 2005 befanden sich bis zu den Nationalratswahlen im Oktober 2006 immerhin 16 der 18 Nationalratsabgeordneten plötzlich in einer anderen Fraktion – jener des BZÖ. Die FPÖ war somit von Klub- und Parteiförderungen vor allem auf der Ebene des Bundes abgeschnitten. Neben der Landesorganisation Kärnten, waren es auch viele Gemeindepolitiker – v.a. in Kärnten – welche sich nun zum BZÖ bekannten. Die Landesorganisationen aus Vorarlberg und Oberösterreich waren gespalten, blieben aber – auch durch Anreize – vorerst bei der FPÖ-Organisation! Die FPÖ saß nun einerseits auf den Verbindlichkeiten, welche von der früheren Parteiführung zu verantworten waren, andererseits war sie auch von fast allen Geldflüssen abgeschnitten.

Auch die mediale Präsenz war aufgrund der Tatsache, dass die FPÖ nunmehr über keinerlei Minister verfügte und mit Barbara Rosenkranz und Eugen Bösch nur noch zwei Angeordnete zum Nationalrat hatte auf ein Minimum gesunken! In Umfragen kursierten die Freiheitlichen am Rande der Wahrnehmungsschwelle. Der Fortbestand der FPÖ war gefährdeter denn je!

Die ersten Bewährungsproben für die FPÖ sollten im Oktober 2005 bei den Landtagswahlen in der Steiermark und im Burgenland kommen. Mit 4,6% verfehlte die FPÖ den Wiedereinzug in den Steirischen Landtag knapp, im Burgenland halbierte sich zwar der Mandatsstand von 4 auf 2, jedoch war der Einzug mit 5,8% geschafft.

Das erste Lebenszeichen gab die FPÖ erstmals wieder bei der Gemeinderatswahl 2005 in Wien von sich, als sich die Wiener FPÖ mit Spitzenkandidaten Heinz Christian Strache entgegen aller Umfragen (Umfragewerte stiegen von 2-3% etwa 6 Wochen vor der Wahl auf 8-10% am Wahltag) mit 14,9% der Wählerstimmen behauptete.

Im März 2006 nutzte die FPÖ die EU-Präsidentschaft Österreichs um mittels des Volksbegehrens 'Österreich bleibt frei' ihre EU kritische Haltung zum Ausdruck zu bringen. Das äußerst niedrig gesteckte Ziel von 100.001 Unterschriften wurde mit 258.281 (4,28%) (Quelle: www.bmi.gv.at/wahlen/VB_bleibfrei_ergebnisE.asp) weit übertroffen. Das Ergebnis reichte in der Bestenliste zwar nur für Platz 21 der bisher 32 durchgeführten Volksbegehren, doch der Zusatzzweck – lt. GS Herbert Kickl (pers. Gespräch) – war erbracht, nämlich mediale Aufmerksamkeit und eine klare Botschaft an die immer EU-kritischere, österreichische Bevölkerung auszusenden und ihnen eine 'politische Heimat' zu geben. Dies vor allem im Hinblick auf die im Oktober 2006 stattfindenden Nationalratswahlen.

Die Nationalratswahlen 2006 verliefen für die FPÖ einerseits erfolgreich, da ein Stimmenzuwachs von 1,0% (von 10,0% auf 11,0%) verzeichnet werden konnte, die Stimmung innerhalb der Parteispitze war aufgrund der hohen Erwartungen durch die Wiener Gemeinderatswahl 2005 etwas getrübt. Trotzdem konnte die FPÖ mit nun 21 Mandaten wieder in den Nationalrat einziehen, verlor aber das Amt des dritten Nationalratspräsidenten sowie des Volksanwaltes an die GRÜNEN, welche absolut um 532 Stimmen mehr hatte als die FPÖ.

Nach der Nationalratswahl 2006 ging der Sozialdemokrat Alfred Gusenbauer als Bundeskanzler und Chef einer großen Koalitionsregierung hervor. Vizekanzler wurde Willhelm Molterer von der ÖVP. Diese große Koalition stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Die meisten Wahlversprechen der SPÖ (Abbestellung von Abfangjägern, Abschaffung der Studiengebühren,...) wurden nicht eingehalten und es gab große Protestaktionen von studentischer Seite, vor allem aber von der eigenen Parteijugend – der SJ – und dem sozialistischen Studenten VSSTÖ. Weiters erweckte es nach außen immer mehr den Anschein, als würde die ÖVP sämtliche vom Regierungspartner SPÖ aufgegriffenen Ideen systematisch ablehnen. Das geflügelte Wort der 'Neinsagerpartei' war geboren. Vor allem durch die permanenten Streitigkeiten der Regierungsparteien – und weniger durch gelungene inhaltliche Arbeit der FPÖ (Quelle: Diskussion FPÖ Arbeitskreis Wirtschaft – Aussage getätigt von Ing. Daniel Jägerbauer im Juni 2007) stieg die Protestbereitschaft der Wähler.

Bei den Wahlen zum niederösterreichischen Landtag konnte sich die FPÖ erstmals über überproportionale und unerwartete Zugewinne erfreuen. Die Freiheitlichen erhielten 10,5% der Wählerstimmen und konnten den Stimmenanteil mehr als verdoppeln. Zugerechnet wurde dieser unerwartete Erfolg in den Nachwahlenanalysen des ORF vor allem durch die massiven Verluste der SPÖ (-8,1%) und der Bundespolitik – die FPÖ positionierte sich seit der Machtübernahme Straches immer mehr als Alternative zur SPÖ. Strache spricht seit 2005 von der FPÖ immer als 'Soziale Heimatpartei'.

Noch vor dem Sommer 2008 konnte Strache fast im Alleingang die Landtagswahlen in Tirol gewinnen. Mit 12,7% gab das eine Steigerung von 4,7%, die allerdings etwas knapper ausfiel als in NÖ. Vater des Erfolges war neben dem Protest an der zerrütteten Bundesregierung (ÖVP minus 9,5% und SPÖ minus 10,3%) auch das Antreten des Rebellen Fritz Dinkhausers, der auf Anhieb 18,3% der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte und mit seiner revolutionistischen Grundhaltung den Grundstein für eine tiroler Protestwahl legte.

Mit den Worten „ Es reicht!“ beendete Vizekanzler Molterer nach nur 1 ½ Jahren am 7. Juli 2008 die Regierungszusammenarbeit mit der SPÖ. Grund dafür war, dass die ÖVP große Chancen in Neuwahlen sah, da die SPÖ zu dieser Zeit in einer schweren Krise steckte und ihren Parteiobmann Gusenbauer öffentlich demontierte. Durch eine taktische und kommunikationspolitische Meisterleistung der Agentur Demmner, Merlicek und Bergmann schaffte es die SPÖ ihren in Ungnade gefallenen Parteiobmann und Bundeskanzler Gusenbauer während des ganzen Wahlkampfes – im September 2008 - nicht einmal in Erscheinung treten zu lassen. Statt Gusenbauer fungierte nun der bisherige Infrastrukturminister und Regierungskoordinator Werner Faymann als Aushängeschild und konnte somit ein weiteres Abdriften verhindern.

Die FPÖ konnte die Plakate aus den vorigen Wahlkämpfen de facto weiterverwenden. Mit gleichen Themen und leicht veränderten Affichierungen nutzte die FPÖ das allgemeine Unwohlsein der Bevölkerung hinsichtlich der Regierungsparteien und fuhr mit 17,5% der Wählerstimmen und einer Steigerung von 6,5% einen Wahlsieg ein. Auch das BZÖ unter Obmann Jörg Haider (* 26. Jänner 1950, † 11. Oktober 2008) konnte 10,7% erringen. Für SPÖ und ÖVP setzte es jeweils eine historische Niederlage. Die SPÖ kam nur noch auf 29,3% - war aber dennoch stärkste Partei und stellt seither den Bundeskanzler – die ÖVP sogar nur auf 26,0% was den Parteiobmann Molterer zum Rücktritt veranlasste.

Definitionen:

Parteiprogramm – das Parteiprogramm ist ein langfristiges, durch eine Kommission erarbeitetes und durch den Parteitag beschlossenes Grundsatzpapier. Es enthält Informationen zur grundsätzlichen, philosophischen Ausrichtung, Ziele und Werte, sowie ein Bündel von Forderungen und Maßnahmen, welche die Partei zu verwirklichen trachtet. Das Parteiprogramm lässt sich auch als `Identität` einer Partei bezeichnen; es hat de facto den Charakter eine `Glaubensbekenntnisses` oder einer `Parteiverfassung` (nach Reiter 1982; S.28). Durch das Programm will sich eine Partei ein philosophisches, soziokulturelles und ökonomisches Profil verleihen, wodurch sich die Mitglieder, Sympathisanten und Wähler einerseits (nach innen) identifizieren und andererseits (nach außen) von anderen Parteien abgrenzen können.

Wahlprogramm – das Wahlprogramm ist eine mittelfristige, zumeist nur über eine Legislaturperiode bestehende, Forderungs- und Maßnahmenpalette in welcher eine Partei ihre Ziele festschreibt. Die Forderungen an sich sind in den meisten Fällen schon sehr konkret. Beschlossen wird das Forderungspaket je nach Wahl von den zuständigen Gremien; bspw. vom Bundesparteivorstand bei Nationalratswahlen bzw. vom Landesparteivorstand bei Landtagswahlen, usw. Die Wahl erfolgt zumeist mit einfacher Mehrheit.

Sinn eines Wahlprogramms ist es einerseits das Grundsatzprogramm/ Parteiprogramm auf gezielte, tagespolitisch aktuelle Themen anzuwenden und andererseits allen wahlwerbenden Helfern – das sind: Mitglieder, Funktionäre, Sympathisanten, usw. – eine Leitlinie für politische Agitation zu geben. Findet das Programm bei den Wählern anklang und wird die entsprechende Partei mit Regierungsverhandlungen betraut, so dient das Wahlprogramm als Grundlage für Koalitionsverhandlungen (falls notwendig) respektive für das Regierungsprogramm/ Regierungsübereinkommen. Obwohl sich das Wahlprogramm aus dem Grundsatzprogramm ableiten lassen sollte, wird in der österreichischen Parteienpraxis bei Wahl- und Aktionsprogrammen auf das Grundsatzprogramm kaum Bezug genommen (Pelinka – Funktionen von Parteiprogrammen, S. 8)

Aktionsprogramm – ein Aktionsprogramm grenzt sich von Grundsatz- und Wahlprogrammen durch eine gewisse Willkürlichkeit ab. Das Aktionsprogramm schreibt den Willen zur Durchsetzung oder Verhinderung einer oder mehrerer bestimmter Sachen. Diese können mannigfaltig sein. Auch der Zeithorizont ist unbestimmt. Ebenfalls die Innen- oder Außenwirksamkeit ist nicht festgeschrieben, sondern kommt auf das jeweilige Ziel des Programms an. Als Beispiele für ein Aktionsprogramm seien folgende erwähnt:

- Aktionsprogramm gegen den Bau/ Ausbau des AKW Temelin der FPÖ im Jahre 2001
- Aktionsprogramm 2015: ein Programm zur Umsetzung europäischer Gemeinschaftsziele (bspw. Johannesburger Millenniumsziele,...)
- Aktionsprogramm: Nitrat des Lebensministeriums
- Aktionsprogramm: FairPlay der FiFA/ UEFA

Grundsätzlich ist aber zu sagen, dass Wahl- oder Aktionsprogramme den Grundsatzprogrammen sogar widersprechen. Als Beispiel sei der EU Schwenk Jörg Haiders 1994 erwähnt, die FPÖ war bis zu diesem Zeitpunkt noch ein Befürworter des EU Beitritts Österreichs.

Parteisatzung/ Statuten – eine Partei muss gemäß Art 1 §1 (4) Parteiengesetz (PartG 1998) ihre innere Struktur in einer Satzung festschreiben. Die Satzung – oder auch Statuten genannt – ist sozusagen das parteiinterne Pendant zu einer rechtsstaatlichen Verfassung. Sie umfasst in erster Linie den Namen der Partei, den Zweck und die Ziele, sowie das Aufbringen der finanziellen Mittel. Des Weiteren ist die Behandlung der Mitglieder dargestellt - insbesondere Rechte und Pflichten ebendieser - die Parteiorgane (Vorstand, Leitung, Präsidium,...) und deren Zusammensetzung, Aufgaben und Wahlen bis hin zur eventuellen Auflösung der Partei.

Die Satzung der freiheitlichen Partei wurde am Gründungsparteitag 1956 beschlossen und seither immer wieder novelliert. In dieser Arbeit wird bei Verweisen auf Statuten ausschließlich auf die Letztfassung(en) (Letzte Novelle: Parteitag Salzburg – April 2005) Bezug genommen (). Die erste grundsatzprogrammatische Aussage enthält §2 (1) der freiheitlichen Statuten: hier steht:

Zweck und Ziel der Partei ist die Zusammenfassung Gleichgesinnter Personen zur Durchführung einer nationalen, freiheitlichen, sozialen und europäischen Politik auf der Grundlage des FPÖ-Parteiprogramms mit den Mitteln, welche die Bundesverfassung und die Gesetze der Republik Österreich vorsehen.

Die FPÖ setzt sich demnach für die Durchführung einer nationalen, freiheitlichen, sozialen und europäischen Politik – im rechtsstaatlichen Rahmen – ein. Dieser an sich bedeutungshohle Satz wird erst durch das Parteiprogramm (Quelle: http://www.fpoeparlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/FP_Partieprogramm_Neu.pdf) mit Leben gefüllt.

Parteigremien der FPÖ - Entscheidungsfindung

Der (Bundes)Parteitag - ist das höchste und basisnächste Gremium der FPÖ, welcher ordentlichen oder außerordentlichen Charakter besitzen kann und – ordentlich – alle 2 Jahre einzuberufen ist. Die Zusammensetzung ist in den Statuten unter §10 ff geregelt und besteht aus den Mitgliedern der Bundesparteileitung sowie weiteren Delegierten, welche die einzelnen Landesgruppen entsenden. Die Mitglieder der Bundesparteileitung werden vom zuletzt stattgefundenen Bundesparteitag gewählt, die Delegierten der Landesgruppen werden am Landesparteitag gewählt. Die einzelnen Bezirke haben aber Vorschlagsrechte. Die Delegierten der Landesgruppe werden durch einen bestimmten Schlüssel nach der Anzahl der Mitglieder der einzelnen Landesgruppen bestimmt. Zuletzt in der Form, dass nach je 1.000 Mitgliedern der Landesgruppe 1 Delegierter zusteht. Die Formel zur Errechnung der Delegiertenzahl lautet also wie folgt:

$$\# \text{Delegierte}_{\text{BPLeitung}} = \left\lfloor \frac{\# \text{Mitglieder}_{\text{der}_{\text{Landesgruppe}}}}{1000} \right\rfloor$$

$$\# \text{Delegierte}_{\text{Landesparteitag}} = \left\lfloor \frac{\# \text{Mitglieder}_{\text{der}_{\text{Bezirksgruppe}}}}{20} \right\rfloor$$

Dies könnte theoretisch die einzelnen Landesgruppen zu 'Schummeln' animieren da die Delegiertenanzahl – und somit der Einfluss am Parteitag - abhängig von der Mitgliederzahl ist. So würde es teilweise dazu kommen, dass verstorbene oder ausgetretene Personen, welche nächst höherer Instanz (noch) nicht Namhaft sind, in den Mitgliederlisten weiter bestehen. Erst durch das postalische Versenden der Einladung und der Meldungen 'verstorben, verzogen, usw.' wird die jeweilige Person – allerdings erst beim nächsten Mal – von der Liste gestrichen. Ein klassisches Beispiel asymmetrischer Information. Beim momentanen, veröffentlichten Mitgliederstand der FPÖ von über 50.000, müssten dementsprechend etwas mehr als 500 Delegierte zum Parteitag geladen werden.

Der Parteitag selbst entscheidet über den Parteivorsitz, die Zusammensetzung des Vorstandes sowie der Parteileitung. Weiters werden die Parteirichter gewählt und eine eventuelle Auflösung der Partei beschlossen. Zumeist wird aber über Anträge zu Grundsatz- Wahl- oder Aktionsprogrammen abgestimmt, Statutenänderungen beschlossen und Spitzenkandidaten für Wahlen ernannt. Anträge dazu können Mitglieder der Bundesparteileitung, Delegierte oder nachgeordnete Parteiorgane mindestens 4 Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages schriftlich einbringen. Dies regelt im Allgemeinen der §11 (2) der FPÖ Satzung.

Als eine offensichtliche Eigenheit der FPÖ ist folgende Tatsache zu nennen. Nämlich, das bestimmte Anträge, welche entweder eine zu lange Diskussion erfordern würden oder dermaßen spezifisch ist, dass die Delegierten überfordert würden, werden an nachgereichte Organe – zumeist Parteivorstand oder Parteileitung – übertragen werden. Dies ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Zum einen sieht die Satzung der FPÖ nicht vor, seine Programmkompetenz an nachrangige Organe

weiterzugeben, zum zweiten wurde beispielsweise das 'Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik; 1970' gar nicht erst vom Bundesparteitag, sondern von der Bundesparteileitung im Auftrag des Parteitages ausgearbeitet und von der Parteileitung selbst beschlossen. Diese Praxis ist bei de facto jedem Parteitag auf Bundes- und Landesebene zu ersehen (Reiterer 1982)

Die (Bundes)Parteileitung ist nach dem Parteitag die zweithöchste Instanz der FPÖ, welcher in der Praxis de facto keine Bedeutung zukommt, obwohl ihr de jure sowohl von der Satzung als auch vom Parteitag jede Menge Aufgaben und Kompetenz zugewiesen wird. In der momentanen Ausprägung (Parteitag Linz; 2009) hat die Parteileitung 60 Mitglieder wovon 53 Männer und 7 Frauen sind. Nach §12 und 13 der Satzung werden die jeweiligen Besetzungen zwischen den einzelnen Landesgruppen ausgehandelt, wobei sich der Schlüssel nach der so genannten 'Bundesnotwendigkeit' - welche vom Vorstand erklärt wird - ändern kann.

Der (Bundes)Parteivorstand ist zwar nur das dritthöchste Organ der FPÖ, jedoch in der Praxis jenes, welches die eigentliche Vorschlags- und Entscheidungsgewalt innehat. Dem (Bundes)Vorstand gehören neben dem (Bundes)Parteipräsidium auch die jeweiligen Obleute der Landesorganisationen, der Klubobmann des Parlamentsklubs sowie eventuelle (natürlich freiheitliche) Mitglieder der österreichischen Bundesregierung bzw. dem Nationalratspräsidenten an. In der momentanen Zusammensetzung besteht der Bundesvorstand aus 22 stimmberechtigten Mitgliedern, wobei der Vorstand auf Antrag der stimmberechtigten Mitglieder jederzeit ein weiteres – allerdings nicht stimmberechtigtes – Mitglied wählen kann.

Das (Bundes)Parteipräsidium besteht aus dem Obmann, seinen Stellvertretern (derzeit 5 Personen – Norbert Hofer - Burgenland, Barbara Rosenkranz - Niederösterreich, Gerald Hauser – Tirol, Lutz Weinzinger - Oberösterreich und Harald Stefan - Wien) sowie dem Klubobmann des Parlamentsklubs, welcher aber ident mit dem Bundesparteiohmann ist. In manchen Fällen – bzw. in den Landesorganisationen teilweise unterschiedlich – kommen auch noch die Geschäftsführer sowie die Parteisekretäre und die Finanzreferenten hinzu. Dieses Organ ist das Jüngste der FPÖ und wurde erst 1976 (§ 15 (7) der Satzung) eingeführt. Der große Vorteil dieses Gremiums ist seine geringe Größe und die dadurch schnellere Entscheidungsfindung und große Handlungsfähigkeit. Somit ist das Präsidium auch jenes Organ, welches am öftesten tagt und de facto 'die FPÖ' darstellt. Eine weitere Untergliederung ist zwar weder von Statuten vorgesehen, noch innerhalb der FPÖ gerne gesehen, jedoch ist es eine Tatsache, dass sich innerhalb des Präsidiums eine Gruppe um den jeweiligen Parteiohmann (jeglicher Ebene) bildet, welche bei Treffen 'privater Natur' die politische und organisatorische Linie vorgeben. Ad absurdum geführt wurde das System von Jörg Haider, welcher viele Entscheidungen im Alleingang traf. Diese Praxis hält sich aber bis heute und ist auch in fast allen Landesorganisationen zu beobachten, wobei die verantwortlichen Proponenten auf solche Beobachtungen meist 'verschnupft' reagieren.

Weitere Organe sind das (Bundes)Parteigericht, welches zur Auslegung und Judizierung der Statuten gewählt wird (21 Personen – wobei der Vorsitzende und drei dem Bundesland des Wohnsitzes des

Beklagten nicht angehörende Personen Recht sprechen; Anm.) sowie die zwei Rechnungsprüfer und deren zwei Ersatzleute, welche die Aufgabe der Prüfung des Jahresrechnungsabschlusses haben.

Der freiheitliche Parlamentsklub (oder auch Nationalratsklub) ist ein ebenfalls sehr starkes Organ innerhalb der FPÖ. Die Gründe dafür sind vornehmlich finanzieller Natur, da der (Nationalrats)Klub die hauptsächliche Finanzierung der freiheitlichen Mitarbeiter übernimmt. Dazu gehören vor allem die einzelnen Referenten der Fachbereichssprecher (Nationalräte). Ein weiterer Grund ist die höhere Bekanntheit der Personen und die jeweilige mediale Präsenz. Der Parlamentsklub besteht zumeist auch aus den Mitgliedern des Parteivorstandes und kann somit dem Vorstand – theoretisch – gleichgestellt werden und besitzt dadurch ebenfalls hohe Entscheidungskompetenz.

Die Landes- und Regionalorganisationen haben eine ähnliche, in den meisten Fällen sogar die gleiche Gliederung wie die Bundesorganisation. Der Einfluss der Landes- und Regionalorganisationen steigt und fällt in erster Linie mit der Anzahl der Mitglieder. In den Landesorganisationen bestimmt sich die Anzahl der Delegierten zum Landesparteitag durch die selbe Formel wie im Bund; bei den einzelnen Bezirks- und Stadt- oder Ortsparteitagen sind aufgrund der zumeist geringen Zahl der Mitglieder alle zahlenden Mitglieder stimmberechtigt. Ein weiterer Faktor für den Einfluss im Bund sind die einzelnen Landes- und Regionalwahlen.

Die Mitgliederverteilung sieht wie folgt aus (Stand: 2009):

Burgenland – 1.000 bis 2.000 *)

Kärnten – 798 (etwa 9.000 Mitglieder traten 2005 aus oder ins BZÖ über)

Niederösterreich – 7.786

Oberösterreich – 8.000 bis 9.000*)

Salzburg – 3.003

Steiermark – 5.705

Tirol – 4.000 bis 5.000 *)

Vorarlberg – 2.000 bis 3.000 *)

Wien – 8.000 bis 9.000 *)

**) Hochrechnung aufgrund des Delegiertenschlüssels*

Eine exakte Mitgliederverteilung lässt sich leider nicht eruieren. Momentan umfasst der Mitgliederstand nach Eigenangaben ca. 50.000 Personen.

Es lassen sich noch zwei weitere Gegebenheiten beobachten, welche den Landesgruppen ihren Einfluss auf Bundesebene sichern. Zum einen sind es die Finanzen. Beispielsweise wurde der Wahlkampf zur Nationalratswahl 2006 fast ausschließlich von der Wiener Landesgruppe bezahlt. Grund dafür war, dass die Gemeinderatswahlen 2001 noch vor dem allgemeinen großen Absturz der FPÖ nach Knittelfeld 2002 mit 20,16% und jene des Jahres 2005 mit 14,9% noch relativ gut ausgingen und Wien somit als de facto einzige liquide Landesgruppe einspringen konnte. Als 'Gegenleistung' kann man seither eine relative Agglomeration von Wienern ersehen, welche zunächst 9 von 34 Nationalratsabgeordneten (=26,48%) stellen (vergl. max. 17% aller FPÖ Mitglieder

und etwa 20% der FP-Wählerstimmen 2008) und neben dem Bundesparteivorsitzenden auch den 3. Nationalratspräsidenten, einen Generalsekretär sowie die Mehrheit der Mitarbeiter des Parlamentsklubs und der Bundesgeschäftsstelle stellen. Auch Niederösterreich stellt mit 20,6% der Nationalräte weitaus mehr an Abgeordneten, als es ein Mitgliederstand von 15% vermuten lassen würde. Grund dafür war vor allem die Finanzspritze (Wahlkampfkostenzuschuss) der Landespartei für die Nationalratswahl 2008, welche etwa 15% des Gesamtetats ausmachte.

Neben den monetären Gründen sind zu guter letzt auch persönliche Gründe ausschlaggebend. Landesgruppen mit durchsetzungsstarken Obleuten stellen wesentlich mehr Abgeordnete als schwache. Die Beispiele lassen sich quer durch die Geschichte verfolgen. Die Steirer Phalanx unter Alexander Götz, die Kärntner und Oberösterreicherriege während der 1990er Jahre unter Jörg Haider und die Wiener und Niederösterreicher seit HC Strache und Barbara Rosenkranz, welcher vor allem durch Hans Dichand und der Kronen Zeitung reglmäßig eine mediale Bühne geboten wird.

Zu guter letzt hat auch der berufliche Werdegang der einzelnen Mitglieder signifikante Auswirkung auf deren politische Aufgabenverteilung. Beispielsweise waren in der Anfangszeit der VdU bis zur Norbert Steger FPÖ vor allem Akademiker (v.a. Juristen), ehemalige oder amtierende Heeresangehörige und Beamte in den führenden Gremien und öffentlichen Ämtern der FPÖ. Dies widerspricht allerdings dem Sinn des Parlamentes, welches jeder Gruppe der Bevölkerung einen Abgeordneten zuweisen möchte. Vor allem Frauen waren seither stets unterrepräsentiert. Unter Jörg Haider änderte sich dies zusehends. Auch in der letzten Zusammensetzung des freiheitlichen Parlamentsklubs im Jahr 2008 war eine große, berufliche Diversifizierung zu beobachten; Frauen hingegen stellen nur etwa 20% der Abgeordneten. Aber auch Gegenteiliges lässt sich beobachten. So sind fast 50% der niederösterreichischen Abgeordneten zum Nationalrat Polizisten oder Justizwachebeamte. Der einzige, niederösterreichische Bundesrat, ein Landtagsabgeordneter sowie der freiheitliche niederösterreichische Klubdirektor sind ebenfalls Polizisten (Quelle: Badenerzeitung vom 20. November 2008; S19)

Die Vorfeldorganisationen der FPÖ haben je nach Persönlichkeit des Vorsitzenden bzw. seiner Mitglieder einmal mehr und einmal weniger Einfluss. Diese Organisationen können einerseits rechtlich selbstständige Vereine sein, andererseits direkt in den Rahmen der Parteiorganisation eingegliedert sein. Zu den Vorfeldorganisationen gehören:

FBI – Freiheitliches Bildungsinstitut

RFJ – Ring Freiheitlicher Jugend

FA – Freiheitliche Arbeitnehmer

AUF – Aktionsgemeinschaft unabhängiger und Freiheitlicher

RFW – Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender

RFS – Ring Freiheitlicher Studenten

ÖS – Österreichischer Seniorenring

IFF – Initiative Freiheitlicher Frauen

FFV – Freiheitlicher Familienverband

FÖL – Freiheitlicher Österreichischer Lehrerverband

KSN – kleine soziale Netze

FAV – Freiheitlicher Akademikerverband

FB – Freiheitliche Bauernschaft

FGÖ – Freie Gewerkschaft Österreich

Weiter entfernte, selbstständige aber FPÖ-nahe Organisationen sind:

Studentenverbindungen – Deutsche Burschenschaften (DBÖ) und Konservative Burschenschaften (CDC) welche pflichtschlagend, fakultativ schlagend oder nicht schlagend sein können.

Mittelschulverbindungen

Turnvereine

Traditionsverbände

Sängerschaften (vergl. Musische Studentenverbindung)

Kulturvereine und Volkstumsvereine

Landsmannschaften

Berufständische Fachgruppen und Wahllisten

Wie bereits erwähnt hängt der Einfluss der verschiedenen Vorfeldorganisationen einerseits von der Persönlichkeit des jeweiligen Proponenten ab, andererseits aber auch von der Durchsetzungsstärke des jeweiligen Obmannes. Wie ein roter Faden zieht sich aber die signifikant hohe Zugehörigkeit der Parlamentarier zu Burschenschaften. Während man dies bis zur Amtszeit Jörg Haiders beobachten kann, gibt es während Haiders Amtszeit eine kleine `Delle`. Wahrhaft – und im Vergleich zur Repräsentanz in der österreichischen Hochschülerschaft, sowie der Gesellschaft – überrepräsentiert sind Burschenschafter seit dem Amtsantritt HC Strache's. Mindestens 9 von 34 Abgeordneten, also 26,5%, können Burschenschaften zugerechnet werden. (Quelle: der Standard vom 28.10.2008). Nicht zu vergessen die Anzahl der `Altherrentöchter` - also Töchter von Burschenschäftern.

Die Bedeutung anderer Vorfeldorganisationen lässt sich im Laufe der Zeit weniger gut beurteilen, jedoch ist einfach fest zu stellen, dass vor allem die Arbeitnehmer – welche seit Jörg Haider einen immer größeren Wähleranteil der FPÖ stellen – die FPÖ wählen. Wählerstomanalysen (www.sora.at) zeigen, dass vor allem viele ehemalige Wähler der SPÖ zur FPÖ `überlaufen`. Demnach ist die FA aber signifikant unterrepräsentiert. Ein ähnliches Schicksal haben der RFJ und prinzipiell jüngere Funktionäre. Seit 1986 wird die Wählerschaft des `dritten Lagers` auch durch Jugendliche verstärkt. Den Höhepunkt erreichte dieser Trend bei der Nationalratswahl 2008 (Wählen war ab dem vollendeten 16ten Lebensjahr erlaubt), als Nachwahlbefragungen ergaben, dass - je nach Umfrageinstitut - fast 30 % der unter 30 jährigen Wähler die FPÖ wählten (Quelle: <http://derstandard.at/?url=/?id=1220459374547>). Unter 30 jährige findet man im Parlamentsklub der FPÖ allerdings nicht. Unter 35 jährige nur 3 (8,8%). Die Altersverteilung sieht wie folgt aus:

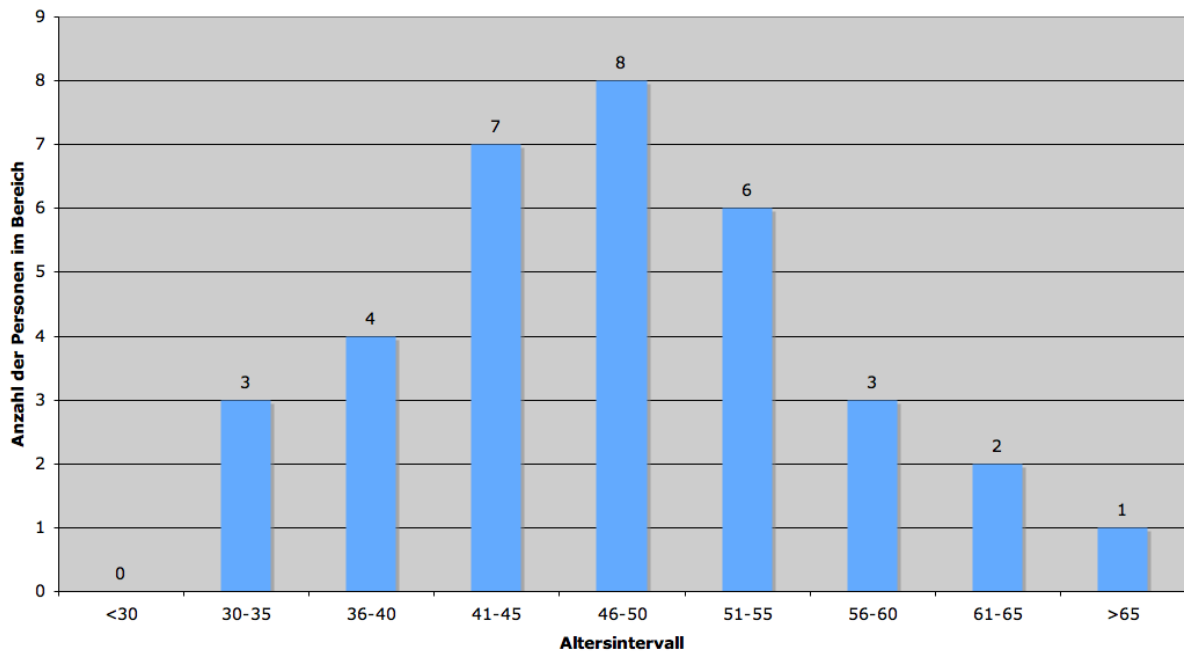


Bild 1: Verteilung der Altersstruktur der FPÖ Nationalräte

(Quelle: www.parlament.gv.at; Stand 2009; Bild: Eigenkreation)

Vorherrschende politische und ökonomische Rahmenbedingungen

1945 bis 1956:

1945 – Deutschland (und somit auch Österreich) kapitulieren; der Krieg ist verloren. Der Großteil des deutschen Bundesgebietes sowie ein großer Teil Österreichs liegen in Schutt und Asche. Fast 4,5 Millionen deutsche Männer fielen dem Krieg zum Opfer, hunderttausende sind verstümmelt, blind oder in Kriegsgefangenschaft. Ein Teil der Elite des Landes flüchtete vor den Nazis schon vor dem Krieg, ein anderer Teil aus Furcht vor den Besatzermächten. Millionen Menschen hatten infolge der Ereignisse keine oder nur rudimentäre Ausbildungen erhalten. Millionen von Häusern und Wohnungen, sowie ein großer Teil der Infrastruktur wurden durch alliierte Flugstreitkräfte und permanentem Bombardement völlig zerstört (vergl. Hamburg, Dresden, Wr. Neustadt usw.). Ein Viertel des industrialisierten Deutschlands ging in sowjetische Besatzung über und war vom Wiederaufbau ausgeschlossen; die Kohle- und Nahrungsmittelproduktion in diesen Gebieten somit schlichtweg nicht vorhanden. Deutschland verlor sämtliche Patente und Schutzrechte sowie das komplette Auslandsvermögen des Staates sowie einen Großteil an privatem Auslandsvermögen (Potsdamer Konferenz 1945). Die spärlichen Überreste von nicht zerbombter Industrie wurden von den Besatzern demontiert. Da das 'DDR System' keinen Wiederaufbau zuließ, musste der westen Deutschlands zwischen 1945 und 1948 mit über 9 Millionen Vertriebenen aus dem Osten klarkommen.

Dazu kam die Besatzungspolitik, die keinerlei Interesse am schnellen Wiederaufbau Deutschlands erkennen ließ. Beispielsweise blieb der Personenverkehr zwischen den jeweiligen Besatzungszonen beschränkt. Die vom späteren Wirtschaftsminister Erhard gewünschte Währungsreform blieb vorerst auf Eis gelegt. Durch diese Ausgangslage - welche selbst von den schärfsten Kritikern Deutschland als desaströs bezeichnet wurde – erscheinen die darauf folgenden Jahre als beinahe miraculös.

In Österreich war die Lage sehr ähnlich, wenn auch nicht ganz so schlimm. Die Reichsmark wurde mit einem Schlag wertlos, so wurde schon am 30. November 1945 der Schilling eingeführt. Der Versuch Hartwährungspolitik zu betreiben scheiterte, da eine wachstumsbedingte Hyperinflation mit einer Rate von knapp 150% einsetzte; der Schilling wurde 1947 im Zuge der zweiten Währungsreform durch einen neuen Schilling ersetzt und war Bedingung der Alliierten um Mittel aus dem ERP-Fonds zu bekommen. Dieser Schilling aber, gilt als Inbegriff des Neubeginns und des Wirtschaftswachstums.

Der European Recovery Plan (ERP), oder besser bekannt unter dem Namen – Marshall Plan – wird von vielen (Butschek 2004; S.20) immer noch als ein bedeutendes Ereignisse nach dem zweiten Weltkrieg genannt, obgleich viele Historiker und Ökonomen die Effizienz mittlerweile anzweifeln. Vor allem Werner Abelshausen fand in mehreren Untersuchungen (Artikel: Abelshausen, Werner, Die Bedeutung des Marshall-Plans für Wiederaufbau und Wirtschaftswachstum (403-440) sowie Maier, Charles S., The Marshall Plan and Germany, New York 1991) heraus, dass der Marshal-

Plan zumindest für die Bundesrepublik Deutschland keinesfalls die Initialzündung für den Wiederaufbau war. Dieser begann in der BRD schon vor 1947.

Trotzdem, der ERP war das wichtigste wirtschaftliche Wirtschaftsaufbauprogramm und gilt auch heute noch als die größte, jemals vergebene Förderung (Stiefel/ Matis, 80 Dollar; S.12). Sie belief sich auf etwa 12,4 Milliarden USD, was auf heute umgerechnet etwa einen Gegenwert von 85 Milliarden EURO darstellt. Aufgerechnet auf die Bevölkerung wurde die BRD signifikant weniger gefördert. Bspw. bekam das etwa 6,75 Mio. Einwohner starke Österreich (Quelle: http://www.statistik.at/web_de/static/ergebnisse_im_ueberblick_bevoelkerung_seit_1869_023290.pdf) 700 Mio. USD – also etwa 103 USD pro Einwohner – während die Bundesrepublik etwa 47 Millionen Menschen (Quelle: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/SharedContent/Oeffentlich/Al/IC/Publikationen/Jahrbuch/BevoelkerungQuiz,property=file.pdf>; S. 34) beheimatete, welche eine pro Kopf Auszahlung von nicht einmal 30 USD erhielten.

So wurden die Hilfgelder aufgeteilt:

- Großbritannien: 3,6 Mrd. US-Dollar
- Frankreich: 3,1 Mrd. US-Dollar
- Italien: 1,6 Mrd. US-Dollar
- Westdeutschland: 1,4 Mrd. US-Dollar
- Niederlande: 1,0 Mrd. US-Dollar
- Griechenland: 0,8 Mrd. US-Dollar
- Österreich: 0,7 Mrd. US-Dollar

(Quelle: http://files.globalmarshallplan.org/pr/www_804.pdf)

Andere Staaten (Belgien, Dänemark, Irland, Island, Jugoslawien (ab 1950), Luxemburg, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz, Türkei): in Summe 2,4 Mrd. US-Dollar

Es sei erwähnt, das Österreich als einziges Land, welches unter kommunistischer Besatzung stand ebenfalls in den Genuss der Geldzuflüsse kam.

Der komplette Marshall Plan hatte natürlich nicht nur den Grund das Leid der europäischen Bevölkerung zu lindern, sondern sollte neben der Eindämmung des Einflusses der Sowjetunion auch einen Absatzmarkt für die vorherrschende amerikanische Überproduktion liefern. Gleichzeitig entstand mit dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ein Zukunftsmarkt um dessen Koordination sich die 1948 neu gegründete 'Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit' (OEEC) kümmern sollte (Matis/ Stiefel 1991; S.151).

Tabelle 3: Anteil der Hilfslieferungen an den Importen (Butschek, 2004; S.21)

	Mio. USD	In % der Gesamteinfuhr
1945/ 46	200	88
1947	225	68
1948	280	57
1949	300	50
1950	207	43
1951	206	31
1952	105	16
1953	40	7
1954	20	3
1955	2	0

Politisch regierte 1945 eine Allparteienkoalition aus SPÖ, ÖVP und KPÖ unter Bundeskanzler Karl Renner. Bei den Wahlen von 25. November 1945 kam es zur ersten großen Überraschung. Jene Partei, welche sich am Meisten gegen das Naziregime eingesetzt hat – die KPÖ – verlor die Wahlen haushoch und erreichte nur 5,4% der Wählerstimmen. Danach setzte sich eine große Koalition aus ÖVP und SPÖ unter Bundeskanzler Leopold Figl zusammen.

Am 9. Oktober 1949 wurde abermals der Nationalrat gewählt. Diesmal traten aber schon 10 Parteien an; unter anderem auch der VdU, welcher aus taktischen Gründen unter der Wahlbezeichnung WdU (Wahlpartei der Unabhängigen) antrat. Der VdU errang beim ersten Antreten 11,7% und 16 Mandate (Quelle: http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_091049.asp). Somit war eine vierte Partei im Nationalrat vertreten. Hauptgrund dafür war, dass das bis dato geltende Wahlverbot für Mitglieder der Nationalsozialisten, für so genannte Minderbelastete aufgehoben wurde.

Bis 1953 konnte sich Österreich in ökonomischer Hinsicht erholen. Die Arbeitslosenquote stieg zwar auf 8,8% (+1,2), jedoch konnte das BIP auf ATS 83,6 Mrd. gesteigert werden; das sind 21% mehr als 1913 – wobei das Niveau von 1913 erst im Jahre 1950 wieder erreicht werden konnte. Das Wachstum in Österreich resultierte in erster Linie aus Aufholprozessen. Im BIP Vergleich der OECD Länder lag der Österreich weit abgeschlagen.

Tabelle 4: Reales BIP je Einwohner 1950 (zu USD Preisen und Wechselkursen von 1995)

	GER	FRA	GB	IT	CH	USA
1950 (AT=100)	100	121	122	65	305	166

(Auszug aus Butschek, 2004; S16)

Auch bei den Nationalratswahlen vom 22. Februar 1953 war der VdU (WdU) wieder angetreten. Er verlor leicht, konnte aber seine Mandatszahl halten, während die KPÖ - die als 'Wahlgemeinschaft Österreichische Volksopposition' antrat - ein Mandat trotz Stimmenzuwachs (+0,2%) verlor. Ähnliches Schicksal erlitt die SPÖ, welche zwar die Wahl klar gewann und nun stimmenstärkste Partei war, aufgrund der Wahlarithmetik sowie der Wahlkreiseinteilung aber immer noch ein Mandat weniger hatte als die ÖVP. Somit wurde die große Koalition weiter geführt, jedoch unter Julius Raab, welcher den abgetretenen Figl ersetzte. Sowohl KPÖ als auch VdU hatten keinen Einfluss auf die Geschicke des Staates.

In ebendieser Zeit entwickelte sich seit der Inflation 1947 vor allem durch die Initiative des damaligen Präsidenten der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft - Julius Raab - eine Art Vorgängerversion der Sozialpartner. Es wurde unter Miteinbeziehung der Arbeiterkammer, Handelskammer, Landwirtschaftskammer und des österreichischen Gewerkschaftsbundes sowie der Bundesregierung das System des 'Lohn-Preisabkommens' initiiert, welches aufgrund der gesunkenen Produktivität notwendige Preisänderungen (Steuern und Abgaben, Renten und Beihilfen, Löhne und Gehälter) festsetzte. Eine Erhöhung der Reallöhne war nicht vorgesehen (vergl. Butschek, 2004; S.24 und Kienzl 1991; S.10)

Der VdU war weder in der Regierung, noch an einer der Kammern oder Bünde in wesentlicher Art und Weise beteiligt und somit von ökonomischen Entscheidungen de facto ausgeschlossen. Die Arbeitsmärkte verhielten sich zu dieser Zeit aufgrund der Stabilisierungskrise um 1953 asymmetrisch, was eine Arbeitslosigkeit von 8,8% erklärt. Bis Ende der 40er Jahre war die Arbeitslosigkeit konstant um 4% gelegen.

Ab 1954 ging es dann vor allem in Deutschland steil bergauf. Österreichs Exportquote nach Deutschland, welche 1946 noch bei 2,1% lag, verachtfachte sich fast bis 1950 auf 15,3%. Somit konnte Österreich nicht nur die Investitionsgelder über den ERP-Fonds (vor allem zum Aufbau der verstaatlichten Industrie) nutzen, sondern partizipierte auch am Wiederaufstieg Deutschlands - vor allem durch dessen rasch wachsenden Konsum.

Die Bevölkerung war mit dieser Art des Korporatismus zwischen SPÖ und ÖVP augenscheinlich zufrieden. Der 1955 durch Außenminister Leopold Figl unterzeichnete Staatsvertrag vertiefte das seit 1945 entstandene Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der österreichischen Bundesregierung noch weiter. Vorläufer der Sozialpartner waren über das System des 'Lohn-Preisabkommens' entstanden und das Wirtschaftswachstum wurde tendenziell zur Einkommensnivellierung verwendet.

1956 bis 1968

Ab Mitte der 1950er Jahre erlebte Österreich vor allem durch das rapide, ökonomische Wachstum der Bundesrepublik Deutschland einen rasanten Wirtschaftsaufschwung, welcher einerseits durch Aufbauprogramme (bspw. ERP) der durch den Krieg zerstörten Infrastruktur zustande kam, andererseits war dies auch ein Aufholprozess welcher Österreich ein weitaus höheres Wachstum im BIP bescherte (vergl. Pelinka 1993; S. 31 und Abramovits 1986; S. 385) als anderen europäischen Industriestaaten.

Tabelle 6: BIP nominell und real – 1954 bis 1958

	Nominell	Real (in ATS) – zu Preisen von 1976		
	In Mio. ATS		Veränderung %	1913=100
1954	-	235.509	-	133,8
1955	107.296	282.610	+11,5%	149,1
1956	119.303	300.050	+6,2%	158,3
1957	132.068	317.527	+5,8%	167,6
1958	137.178	329.342	+3,7%	173,8

(Tabelle aus Butschek, 2002; S.220)

Auch durch die Tatsache, dass in Österreich bspw. 1951 noch 32,6% aller Erwerbspersonen im Agrarsektor tätig waren konnte sich ein überproportionaler Aufholprozess ergeben; also der Wechsel vieler Erwerbspersonen von Sektoren niedrigerer Produktivität in jene höherer.

Die Transformation einer nachkriegszeitlichen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft brachte allerdings für manche einen Nachteil mit sich. Beispielsweise, dass politische Gremien, in welche vor allem die gewerkschaften Einflussmöglichkeit besaßen, schlichtweg nicht mehr existierten. Das Preis-Lohnabkommen von 1951 wurde drei Jahre später durch den Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Als letztes Instrument gab es die `Wirtschaftskommission´ wobei die Vertreter der Landwirtschafts- sowie der Handelskammer deren Einberufung tunlichst vermieden um den ÖGB nicht zu sehr in die Wirtschafts- und Finanzpolitik involvieren zu müssen (Butschek 2004; S. 46). Der Wunsch nach einer gemeinsamen Organisation kam 1955/ 56 vom ÖGB unter Obmann Anton Böhm.

1957 war es dann soweit als sich der erste Schritt hinsichtlich der Sozialpartnerschaft vollzog und die `paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen´ konstituierte. Weitere Zusatzabkommen - bspw. das Raab-Olah-Abkommen 1962 und 1963 - gaben der paritätischen Kommission ihre Struktur. Die Wirtschaftskammer verpflichtete sich auf ihre Mitglieder dermaßen einzuwirken, als sie Preissteigerungen der Kommission genauso zur Prüfung vorlegen würde als sich die Gewerkschaft verpflichtete selbiges für Lohnforderungen zu tun. Die `paritätische Kommission´ umfasste:

- den österreichischen Bundeskanzler (als Vorsitzender) und
- den Wirtschaftsminister als Vertreter des Staates,
- die Arbeiterkammer und
- den Gewerkschaftsbund als Vertreter des Produktionsfaktors Arbeit, sowie

- die Bundeswirtschaftskammer und
- die Landwirtschaftskammer als Vertreter des Produktionsfaktors Kapital (bzw. Land)

Die paritätische Kommission hatte – im typisch österreichischen Stil – weder eine gesetzliche Basis, noch wurde sie mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet. Diese an sich lose Verbindung konnte konsequenterweise für deren Beschlüsse auch nicht sanktioniert werden. Durch die Pflichtmitgliedschaften hatte sowohl Wirtschafts- als auch die Arbeiterkammer ihre Mitglieder 'im Griff' sodass die gefassten Beschlüsse ohne größerer Gegenwehr der Mitglieder an die Basis weitergegeben werden konnten.

Ab 1963 gab es neben den seit 1957 existierenden Unterausschüssen 'Lohnunterausschuss' und 'Preisunterausschuss' auch den 'Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen'.

Durch das hohe Wirtschaftswachstum konnte der somit erworbene Wohlstand verteilt werden. Die Unternehmer bekamen ihre Preiserhöhungen, die Arbeitnehmer ihre Lohnerhöhungen (allerdings waren Reallohnerhöhungen nur in Maßen anzutreffen) sowie der Staat als Resultat davon höhere Steuereinnahmen. Eine Win-Win Strategie, welche vor allem durch den Konsumenten bezahlt wurde, was jedoch in Zeiten des 'Wirtschaftswunders' nur sekundär war.

Da weder die 1956 neu gegründete FPÖ noch die Vorgängerorganisation VdU in der Regierung oder einer der paritätischen Kommission angehörenden Verbände maßgeblichen Einfluss hatte, war sie von der wirtschaftspolitischen Gestaltung mehr oder weniger ausgeschlossen.

Die neu gegründete FPÖ trat unter dem ersten Parteiobmann Anton Reinthaller am 13. Mai 1956 erstmalig als solche zu den Nationalratswahlen an, bei welchen sie 6,5% der Stimmen lukrieren konnten.

Tabelle 7: Nationalratswahlen 1956

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	KPÖ
1956	46,0 % (+4,7)	43,0 % (+0,9)	6,5 % (-4,4)	4,4 % (-0,9)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_130556.asp)

Die erste Nationalratswahl nach Abschluss des Staatsvertrages brachte einen Sieg für die von Leopold Figl und Julius Raab angeführte ÖVP mit sich. Die Sozialdemokraten unter Adolf Schärf konnten zwar ebenfalls Stimmenzugewinne verbuchen wurden aber hinter der ÖVP zweiter. Durch die Streitereien innerhalb des VdU - welche eine Auflösung desselben sowie die Gründung der FPÖ (mitsamt allen Nationalräten des VdU) mit sich zogen - einerseits und der Tatsache, dass nun zwei Bürgerliche Parteien (ÖVP und FPÖ) dem Wähler zur Verfügung standen setzte es für die FPÖ gleich zu Beginn eine gehörige Niederlage. Offenbar in der österreichischen Mentalität der Binsenweisheit: 'zum Schmied und nicht zum Schmiedl' folgte fast ein 1:1 Austausch ehemaliger VdU Wähler hin zur ebenfalls bürgerlich-wirtschaftsliberalen Partei ÖVP. Trotzdem Anton Reinthaller in einer umstrittenen

Antrittsrede seine Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum unterstrich, war die Identifikation der Wähler mit der FPÖ augenscheinlich noch nicht bzw. nicht mehr gegeben.

1958 wurde Anton Reinthaller bereits von Langzeitobmann Friedrich Peter abgelöst, welcher die FPÖ in die Nationalratswahlen vom 10. Mai 1959 führte.

Tabelle 8: Nationalratswahlen 1959

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	KPÖ
1959	44,2% (-1,8)	44,8% (+1,8)	7,7% (+1,2%)	3,3% (-1,1)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_100559.asp)

Obwohl die SPÖ als Sieger vom Platz ging und die ÖVP um etwa 26.000 Stimmen überflügeln konnte, bekam die ÖVP aufgrund der Wahlarithmetik und der Tatsache, dass die KPÖ den Einzug in den Nationalrat nicht mehr schaffte um ein Mandat mehr als die Sozialdemokraten. Die FPÖ konnte ein passables Ergebnis erzielen und zwei Mandate hinzugewinnen. Somit war sie das 'Zünglein an der Waage' und wurde von beiden Seiten hofiert. Doch an der Regierungszusammenstellung - welche weiterhin aus einer großen Koalition zwischen ÖVP und SPÖ unter Bundeskanzler Raab bestand - änderte das primär nichts.

Anfang der 1960er Jahre schlitterte Österreich in eine 'Strukturkrise' – d.h. allerdings bloß, dass das reale Wirtschaftswachstum tendenziell niedriger war (allerdings immer noch positiv) als in den Zeiten des 'Wirtschaftswunders'. Fast hysterisch reagierte man, als bekannt wurde, dass das reale BIP Österreichs nun (knapp) hinter jenem der OECD Staaten lag, wo es in den Jahren zuvor dich signifikant darüber lag. (Butschek 2004; S. 55)

Vor allem das Industriewachstum schwächelte, die Investitionen in diesem Bereich gingen vom Höchststand 1960 – mit 27% - zurück. Als bedrohlich wurde die Teuerung (genauer: Verbraucherpreisindex) aufgefasst, welche von durchschnittlich 2,7% in der Periode bis 1962 auf 3,6% in den folgenden fünf Jahren stieg (Butschek 2004; S. 56)

Durch das immer noch anhaltende, relativ hohe Wirtschaftswachstum sowie einer Arbeitslosenquote von nur 2,6% (nach EU Berechnung wären das unter 1,5%; Anm.) war der folgende Nationalratswahlkampf 1962 mit wenigen Ausnahmen weniger von wirtschaftlichen als mehr von gesellschaftsideologischen Themen dominiert. Vor allem die Kubakrise veranlasste offenbar die ÖVP einen Wahlkampf gegen Sozialismus und Kommunismus zu gestalten, während die SPÖ in der Defensive war und sich versuchte als 'Partei mit Herz' darzustellen.

(Bildinformationen/ -quellen welche diese Interpretation untermauern findet man auf: <http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien.html>)

Wahlplakat der ÖVP 1962



Wahlplakat der SPÖ 1962



Die Strategie der ÖVP ging auf, und sie wurde wieder stärkste Partei sowohl nach Stimmen als auch nach Mandaten.

Tabelle 9: Nationalratswahl 1962

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	KPÖ
1962	45,4% (+1,2)	44,0% (-0,8)	7,0% (-0,7)	3,04% (-0,23)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_181162.asp)

Die Regierungsbildung 'Gorbach II' gestaltete sich schwierig und so konnte erst nach 129 Tagen – längste Dauer der Regierungsbildung - die Bundesregierung abermals aus SPÖ und ÖVP bestehend angelobt werden.

Die FPÖ konnte ihre acht Mandate behalten und war abermals zum Zusehen verurteilt, während es die KPÖ (als Liste KLS – Kommunisten und Linksoziale antretend) abermals nicht schaffte in den Nationalrat einzuziehen; im Gegenteil – vom ohnehin niedrigem Niveau verloren sie weiterhin an Boden gegenüber der politischen Konkurrenz.

Die Nationalratswahlen vom 6. März 1966 waren vor allem durch den damaligen Gewerkschaftspräsidenten Franz Olah und die nach ihm benannte 'Olah-Affäre' geprägt. Olah hatte der FPÖ - ohne ÖGB und SPÖ in Kenntnis zu setzen – eine Million Schilling an Finanzhilfe gewährt. Hintergrund war offenbar eine Anbahnung zu 'kleiner Koalition' aus SPÖ und FPÖ, welche von

Olah's Parteikollegen allerdings nicht goutiert wurde. Infolge seines Parteiausschlusses gründete er die `Demokratische Fortschrittspartei` – DFP – welche vor allem der SPÖ Stimmen kostete.

Weiters versuchte die SPÖ ihr Image als `Nur-für-Wien-Partei` abzulegen und plakatierte in Rot-Weiss-Rot und benutzte auch die Silhouette Österreichs auf ihren Plakaten. Vor allem wurde versucht eine Alleinherrschaft der ÖVP zu unterbinden, indem immer wieder auf das totalitäre Regime unter Dollfuß hingewiesen wurde.

Da sie das ökonomische Feld in den letzten Jahren eher der ÖVP überließ, versuchte die SPÖ mit Wirtschaftskompetenz dahingehend zu punkten, als sie der ÖVP die Schuld für die zunehmende Geldentwertung zuschob. Die ÖVP reagierte und setzte ihrem Kandidaten Klaus als staatstragend, nicht klassenkämpferisch und als Garant für (soziale) Sicherheit ein.

Die FPÖ, sowie die anderen Wahlwerbenden Parteien, spielten zu dieser Zeit (und noch bis 1986) nur eine sekundäre Rolle.

Tabelle 10: Nationalratswahl 1966

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	DFP
1966	48,35% (+2,95)	42,56% (-1,44)	5,35% (-1,65)	3,25% (n.K.)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_060366.asp)

Die ÖVP konnte die absolute Mandatsmehrheit erreichen und regierte unter Bundeskanzler Josef Klaus – nach 44 Tagen Regierungsbildung – ohne Koalitionspartner.

1968 bis 1970

Schon vor 1968 zogen die ersten Gewitterwolken am immer schön geglaubten ökonomischen Himmel auf, doch ab den späten 1960er Jahren wurde es ernst. Vor allem der Garant für Wohlstand und Wachstum – die verstaatlichte Industrie – schwächelte. In den Wachstumsjahren der 1950er Jahre war sie stärker gewachsen als die private Industrie. Auch der 1959 getätigte EFTA-Beitritt konnte vor allem daher keine signifikanten Verbesserungen herbeiführen, da Österreich den Großteil seines Außenhandels mit Mitgliedern der EWG – 40,3% Export, 57,4% Import - (vor allem mit Westdeutschland – Export: 23,4%; Import: 41,4%) und nicht mit den EFTA-Mitgliedsstaaten (Export: 23,6%, Import: 18,4%) tätigte.

(Quelle: Butschek 2004; S. 59 – Werte aus 1968).

Butschek schreibt (Butschek 2004; S.60), dass vor allem die zu dieser Zeit absolut regierende ÖVP und eben deren Minister die Änderung der Nachfragebedürfnisse zum einen nicht rechtzeitig erkannten und zum anderen aus ideologischen Gründen der verarbeitenden Industrie Hindernisse in den Weg legte. Die Investitionsmittel wurden vorwiegend zur Weiterführung notleidender Betriebe verwendet.

Viel mehr waren die Jahre um 1968 herum eher politische, als wirtschaftliche. In Deutschland revolutionierte die Jugend – exemplarisch erwähnt Rudi Dutschke - gegen die vorherrschende Klasse (Establishment) und vor allem gegen die pauschal als Kriegsverbrecher verurteilte Kriegsgeneration. Studentendemonstrationen gab es aber nicht nur in Frankreich und Deutschland, sondern verteilt über ganz Europa und die USA, wobei es in den USA mehr um Bürgerrechtsbewegungen (pro Schwarze) und den Vietnamkrieg ging, währenddessen die Revolution in Österreich sich auf – zumindest im Vergleich mit der BRD - kleinere, teilweise aber geschmacklose, Aktionismen (Kotbesmierung) beschränkte.

Gefesselt war die ganze Welt während des Prager Frühlings, als die Sowjetunion Demokratiebestrebungen der damaligen Tschechoslowakei (CSSR) unter Alexander Dubcek blutig niederschlug.

In Österreich gab es keine bundesweiten Wahlen, nur die Landtagswahlen 1968/ 68 in Burgenland, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg gab es zu führen.

Während im Burgenland (SPÖ 50,3%, ÖVP 46,6%, FPÖ 2,2%) und Niederösterreich (SPÖ 44,6%, ÖVP 50,4% und FPÖ 3,2%) die Stimmen klar an die Großparteien gingen, konnte die FPÖ im offensichtlich politisch pluralistischeren Westen Österreichs mit 18,0% in Salzburg (6 von 32 Mandaten) und sogar 21,0% in Vorarlberg (7 von 36 Mandaten) in die jeweiligen Landtage einziehen.

1970 bis 1985

Nach den turbulenten Zeiten Anfang/ Mitte der 1960er Jahre, erholte sich Österreichs Industrie nach 1968/ 69 wieder. Vor allem der internationale Konjunkturaufschwung brachte der Österreichischen Industrie volle Auftragsbücher. Sieht man sich das BIP Wachstum im Internationalen Vergleich an, sieht man, dass Österreich seine Vorreiterrolle der 1950er Jahre wieder innehatte.

Tabelle 11: Veränderung des realen BIP – durchschnittlich 1968 bis 1974

	DE	FR	GB	IT	LUX	AT	CH
BIP rel.	+4,3%	+5,0%	+2,8%	+5,0%	+5,0%	+5,2%	+3,9%

(Quelle: Butschek, 2004; S.70)

Im Vergleich dazu hatten die Europäischen OECD Staaten nur ein Wachstum von 4,5% und die Gesamt-OECD-Staaten 4,6%. Dieses Wachstum war vor allem auf die steigende Industrieproduktion zurück zu führen, welche 7,4% betrug. Dem folgte eine wesentlich höhere Investitionsquote als in den Vorjahren.

Am 1. März 1970 sollten Nationalratswahlen stattfinden. Nach zwei Jahren ÖVP Alleinregierung, setzte die SPÖ auf Bruno Kreisky und dem Anbot ein 'Modernes Österreich' zu wählen. Die FPÖ wiederum versuchte insofern zu Punkten als sie die einzige Partei war, welche mit Friedrich Peter,

Alexander Götz, Otto Scrinzi und Gustav Zeilinger gleich vier Personen auf das Wahlplakat setzten um nicht nur die qualitative, sondern vor allem auch ihre quantitative Kompetenz unter Beweis zu stellen. Es gäbe nicht nur einen klugen Kopf in den Reihen der Freiheitlichen.

Beide Großparteien setzten wieder auf die Themen Arbeit und Preisstabilität. Letzteres war insofern wichtig, da ab den 1970er Jahren begonnen wurde, Hartwährungspolitik zu betreiben. Vielleicht sollte die Bevölkerung ein gewisses Gefühl für Preisstabilität erhalten.

Wahlplakat der SPÖ 1970



Wahlplakat der ÖVP 1970



Wahlplakat der FPÖ 1970



(Bildquelle: www.demokratiezentrum.org/bildstrategien)

Tabelle 12: Nationalratswahl 1970

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Sonstige
1970	48,4% (+5,8%)	44,7% (-3,3%)	5,5% (+0,1%)	1,14%

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_010370w.asp)

Bemerkenswert bei dieser Wahl war, dass sie in den Wiener Wahlkreisen 1, 3 und 5 wiederholt werden musste

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/wahlen/wahldownloads/nationalratswahl_131970_ergaenzungsteil.pdf).

Offenbar gab es Probleme im zweiten Ermittlungsverfahren. Außerdem wurde der ÖVP eine Stimme zugesprochen, welche als ungültig zu werten gewesen wäre. Der Verfassungsgerichtshof ließ also am 4. Oktober in den oben genannten Wahlkreisen die Nationalratswahl wiederholen. Die FPÖ konnte sich das zuvor im März an die ÖVP verlorene Mandat wieder zurückholen und blieb bei sechs Mandaten.

Die KPÖ, die Nationaldemokraten, wie auch der beliebte und unter der Bezeichnung DFP angetretene frühere SPÖ Gewerkschafter Franz Olah erreichten zusammen nur knapp über 1% der Wählerstimmen und spielten im immer noch währenden 3-Parteiensystem keine Rolle.

Die SPÖ schaffte es allerdings insgesamt sieben Mandate dazu zu gewinnen, während die ÖVP unter Klaus sieben Mandate verlor. Eine Mandatsmehrheit wurde mit 78 von 165 Mandaten allerdings knapp versäumt. Die resultierenden Regierungsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP erwiesen sich als zum Teil sehr schwierig. Kreiskys Gegner warfen ihm vor mit der ÖVP nur zum Schein Koalitionsgespräche geführt zu haben, denn die Gespräche scheiterten.

Und so kam es am 21. April 1970 zur ersten und bislang einzigen Minderheitsregierung in Österreich, welche durch die FPÖ unterstützt wurde. Dies ist vor allem dahingehend bemerkenswert, als die FPÖ im Wahlkampf einen roten Bundeskanzler dezidiert abgelehnt hatte. Als 'Gegenleistung' für diese Unterstützung ließ Kreisky das Wahlrecht dahingehend abändern, als nunmehr kleinere Parteien gestärkt wurden (die Zugangshürde ins Parlament wurde von 5% auf 4% gesenkt, die Abgeordnetenzahl von 165 auf 183 erhöht, sowie das Hare'sche Wahlsystem eingeführt).

Kreisky überraschte mit seinem Kabinett und setzte es so zusammen, wie es die Musikindustrie heutzutage wohl mit so genannten 'Boygroups' macht. Es sollte nämlich für jede Wählerschicht ein Sympathieträger in der Regierung sitzen. Rudolf Kirchschräger wurde Außenminister, Herta Firnberg Wissenschaftsministerin und der junge Hannes Androsch Finanzminister – vielleicht sollte sein jugendlicher Elan die Schillingaufwertung gegenüber der Bevölkerung, aber vor allem der Industriellenvereinigung, schmackhaft machen.

Aber auch für die Nationalen hatte sich Kreisky was einfallen lassen, saßen nun mit Innenminister Rösch, Verkehrsminister Frühbauer, Landwirtschaftsminister Öllinger und Bautenminister Moser vier Personen in der Regierung, welche eindeutig eine nationalsozialistische Vergangenheit hatten. Des Weiteren war da ja noch die Zusammenarbeit mit der FPÖ, deren Obmann Friedrich Peter früher SS-Offizier war (Quelle: Wiesenthal – Recht, nicht Rache, 1995; S.463). Dadurch entwickelte sich die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre. Kreisky, selbst Jude, ließ aber keinen Zweifel aufkommen, dass er Friedrich Peter glaube, er hätte sich keine Verbrechen zu schulden kommen lassen. Zusätzlich äußerte Kreisky den Verdacht, Wiesenthal sei selbst Nazi-Kollaborateur gewesen, welchen er nach Klagsandrohung aber wieder zurückzog.

1971 witterten SPÖ und FPÖ auf der Grundlage guter Umfragewerte die Chance und riefen Neuwahlen aus. Das Konzept schien aufzugehen, denn die SPÖ holte sich das erste Mal die absolute Mandatsmehrheit, wobei ihr die eigentlich für die FPÖ gedachten Änderungen im Wahlrecht sicherlich gelegen kamen.

Tabelle 13: Nationalratswahl 1971

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
1971	50,0% (+1,6)	43,1% (-1,6)	5,5% (±0)	1,4% (+0,4)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_101071.asp)

Das Konzept ging auf, die SPÖ erhielt exakt 50% der Wählerstimmen und konnte ihre Mandatszahl – auch durch das neue System – um 12 Mandate auf 93 Mandate steigern und somit die absolute Mandatsmehrheit für sich gewinnen. Die ÖVP verlor 1,6% der Stimmen, gewann aber durch die nun 183 Abgeordneten, 2 Mandate und die FPÖ konnte ihren Stimmanteil behalten und aus selbigen Gründen ihren Mandatsstand von 6 auf 10 Mandate ausbauen. Die KPÖ spielte nach wie vor keine Rolle.

Die Anfangs beschriebene, gute ökonomische Ausgangssituation im Österreich der beginnenden 1970er Jahre, vermochte nicht einmal die international einsetzende Rezession 1971/ 72 oder die 1973 einsetzende Ölkrise signifikant zu durchbrechen. Dies, gepaart mit einem nur sehr geringen staatlichen Nettodefizit von nur etwa 0,6% und der Tatsache, dass sich die SPÖ hinsichtlich ihrer politischen Ausrichtung mehr zu Aktivitäten zu wirtschafts- und bildungspolitischen Zielen, anstatt sozialpolitischer entschloss, lässt sich auch in Zahlen wiedergeben: das BIP stieg zwischen 1970 und 1974 real (zu Preisen von 1976) stets zwischen etwa fünf bis sechs Prozent jährlich. Die Arbeitslosenquote sank bis 1973 auf 1,2% was einerseits die Vollbeschäftigung der letzten Jahre fortsetzte und andererseits der niedrigste Stand seit 1941 (0,2%) war. Vor allem innerhalb der Wirtschaftssektoren änderte sich einiges. Waren 1961 noch über 775.000 Personen im Landwirtschaftssektor tätig, waren es 10 Jahre später nur noch etwa 430.000 Erwerbspersonen. Vor allem der Dienstleistungssektor war es, in welchen die Mehrzahl der Personen strömte (Butschek 2004; Statistischer Anhang ab S. 213).

Noch im Jahre 1969 wurde die Deutsche Mark (DM) um 9,3% aufgewertet. Der damalige Bundeskanzler Klaus und der österreichische Notenbankchef Schmitz einigten sich aber nicht mitzuziehen und den konventionellen Weg weiterzugehen. Dies begründeten die beiden mit der Überlegung einer gestärkten Außenhandelsposition.

Nachdem das Bretton-Woods System zusammengebrochen war (vergl. Matis/ Stiefel 1991; S.160ff) und Bundeskanzler Kreisky mit Finanzminister Androsch das Zepter österreichischer Wirtschaftspolitik in der Hand hielt, wurde ein gänzlich neuer Weg beschritten – jener der Hartwährungspolitik. Der Begriff der Hartwährungspolitik wird dem ehemaligen Vorstandsdirektor der Credit-Anstalt, Julian Uhrer, als Urheber zugeschrieben. Dieses Konzept war aber sehr gewagt, musste die österreichische Produktion doch die Aufwertung des Schillings mit Produktivitätszuwächsen kompensieren. Doch Kreisky und seine Administration glaubten, dass die Struktur der österreichischen Industrie spätestens jetzt mit jenen der übrigen OECD Staaten zumindest ebenbürtig war und somit ließ er sich auf das Wagnis ein. (Butschek 2004; S. 47)

Diese Aktion wurde selbstverständlich mit den Sozialpartnern akkordiert. Man kann sich aber vorstellen, dass vor allem die Vereinigung österreichischer Industrieller Vorbehalte gegen diesen Weg hatte - konnte sie doch bis dahin die latente Unterbewertung des Schillings als Exporthilfe nutzen – schließlich willigte sie aber ein, was vor allem auf die Dollarkrise 1971 zurückzuführen war.

1973 fasste die Regierung jedoch ohne Zustimmung der IV den Beschluss bei der 5,5%igen Aufwertung der DM mitzuziehen und den Schilling um 4,8% aufzuwerten. Die erfreuliche Wirtschaftsentwicklung war neben der Tatsache bevorstehender Nationalratswahlen ein Motiv für eine Steuerreform, sowie einer kollektivvertraglichen Reduktion der Normalarbeitszeit. Schon 1959 senkte man diese von 48 Wochenstunden auf 45, 1965 wurde die dritte Urlaubswoche eingeführt, 1970 reduzierte man auf 43 Wochenstunden und 1975 auf 40 Stunden.

1975 wurde wiederum der österreichische Nationalrat gewählt. Durch die gute Wirtschafts- und Währungspolitik, Vollbeschäftigung – de facto Arbeitskräftemangel – geringe Inflation, nur etwa 0,6% jährlichem Defizit und einem hohen Wirtschaftswachstum wurde es für die Regierung Kreisky möglich ihr 1971 schon sehr gutes Wahlergebnis noch weiter zu verbessern:

Tabelle 14: Nationalratswahl 1975

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
1975	50,4% (+0,4)	42,9% (-0,2)	5,4% (-0,1)	1,2% (-0,2)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_051075.asp)

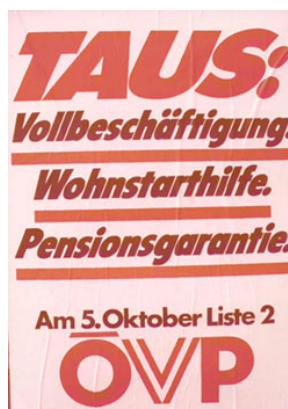
Die geringen Gewinne erhielt die SPÖ fast gleichermaßen von ÖVP, FPÖ und KPÖ. De facto brachte diese Wahl stimmenmäßig nur wenige und mandatsmäßig keinerlei Verschiebungen. Alles blieb beim Alten, was unter anderem auf eine völlig verfehlte Kommunikations- und Wahlkampfstrategie vor allem der ÖVP zurückzuführen ist. Diese forderte nämlich in Zeiten des Arbeitskräftemangels auf Plakaten 'Vollbeschäftigung'. Die ebenfalls in Wellen affichierten 'Skandale der SPÖ' (Lehrlingsarbeitsplätze, Renten und Geldverschwendung) fanden bei der Bevölkerung wohl nicht den erwarteten Anklang.

Kreisky und die SPÖ starteten einen Wohlfühlwahlkampf und plakatierten was sie die letzten Jahre getan haben bspw. 'Kreisky – wer sonst' und '4 weitere, gute Jahre mit Kreisky'! Die FPÖ stagnierte auf niedrigem Niveau und auch ihre sich stets ändernden Wahlplakate ließen mehr auf eine gewisse Planlosigkeit schließen. Nach nur 23 Tagen stand die Regierung Kreisky III, welche einerseits die schnellste, jemals zusammengestellte Regierung war, aber durch häufige Umbildungen (insgesamt 17 Umbildungen) in den Folgejahren geprägt war.

SPÖ Wahlplakat 1975



ÖVP Wahlplakat 1975



ÖVP Wahlplakat 1975



(Bildquelle: www.demokratiezentrum.org/bildstrategien)

Mitte der 1970er Jahre endete nun die etwa 20 Jahre andauernde Periode des 'Goldenen Zeitalters', als jährliche Realzuwächse von durchschnittlich vier bis fünf Prozent, Vollbeschäftigung und steigender Pro-Kopf-Einkommen an der Tagesordnung waren. Der Wohlstand der letzten Jahre wurde über Sozialleistungen an die Bevölkerung zurückgegeben. Über die nachhaltige Finanzierung machte man sich genau so wenig Sorgen wie über die Verwendung der vielen Gastarbeiter für den Fall eines Absinkens der Zuwachsrates der Wirtschaftsleistung. Eichengreen (2007) schreibt auch, dass die Gewerkschaften eine eher zurückhaltende Lohnforderungspolitik betrieben, da sie davon ausgingen, dass die Unternehmensgewinne investiert wurden und somit dem Wirtschaftswachstum förderlich waren. Die Erwartungen waren stets hoch. War die Kapazität einer Einheit (bspw. Maschine) heute nicht ausgelastet, dann eben morgen.

Vor allem der Glaube an das System des 'immerwährenden Wachstums' (mit kleineren Anpassungsschwierigkeiten), veranlasste den Staat zu immer mehr und mehr Leistungen an seine Bürger, welche wiederum erwarteten, dass die Sozialabgaben, sowie der Einkommensverlust aus hoher Inflation und hoher Grenzbesteuerung wieder kompensiert würden. Das alles führte zu einer Erhöhung der Inflation und – und das war relativ neu – zu einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums und zu einer Steigerung der Arbeitslosenquote. Der Begriff Stagflation, den der US Ökonom Milton Friedman prägte und voraussagte – war nun in weiten Teilen der Welt angekommen. 1976 erhielt Friedman auch noch den Wirtschaftsnobelpreis, was eine kommunikationspolitische Unterstützung für sein Wirtschaftsmodell war, welches in den Folgejahren immer mehr und mehr Staaten anwenden sollten – vergl. Thatcherismus (GB) und Reaganomics (US) in den 1980er Jahren (vergl. Matis/ Stiefel 1991; S.172f). Vor allem rechte und liberale Parteien konnten sich mit diesem Konzept anfreunden, wobei anzumerken ist, dass im anglikanischen Raum – Großbritannien und den USA – die so genannten Konservativen Parteien tendenziell eine liberale und im weiteren Sinne, rechte, Wirtschaftspolitik verfolgten.

Österreich, unter der Führung des Pragmatikers Kreisky sowie des Keynesianers Androsch, setzte jedoch seine Politik des mehr oder weniger keynesianischen Modells fort. Butschek (2004; S.86) mutmaßt, ob dies nicht eher populistische Gründe hatte, setzte eine keynesianische Politik doch eine antizyklische Wirtschaftspolitik voraus, während die Regierung Kreisky stets die Sozialleistungen erhöhte. Vor allem das damals schon über 100 Jahre alte Pensionssystem wurde vom damaligen Finanzminister Androsch kritisiert (Butschek verweist auf Androsch's Kurier Interview vom 16. Februar 1977), stieg die Abgabenquote von 28,5% im Jahre 1955 auf 37,3% im Jahre 1975. Vor allem der Anteil der Sozialversicherung am BIP hatte sich von 7,2% auf 13,1% im selben Zeitraum fast verdoppelt. Obwohl Österreich also wenig vom neuen, monetaristischen System umsetzte, blieb es vom Phänomen der Stagflation ziemlich verschont.

Jedenfalls vollzog sich ab Mitte der 1970er Jahre ein Wechsel innerhalb der Dogmatik. Dies resultierte zum einen aus den studentischen Bewegungen der 1968er – Revolution, andererseits aus der aufkeimenden Umweltbewegung. Letztere wurde vor allem durch den 'Club of Rome' und dem US Ökonomen Denis Meadows - der in seinem Postulat der 'Grenzen des Wachstums (1972)' den

Zivilisationen infolge des Wirtschaftswachstums den Untergang für das beginnende neue Jahrtausend voraussagte – berühmt. Obwohl seine Schlussfolgerungen auf linearen Hochrechnungen basierten, lösten seine Schriften einen Sturm der Begeisterung – vor allem in weiten Teilen der gehobenen Mittelschicht – aus, welcher teilweise bis heute anhält. Um es positiv zu sagen hat Meadows ein Modell erstellt wie die Erde wohl unter Bedingungen des 'Weitermachens wie bisher' aussehen würde. Vor allem die Grünparteien etablierten sich vornehmlich zu dieser Zeit.

Ab 1976 ging Finanzminister Androsch infolge einer – wie er begründete – Reaktion auf Abwertungsspekulationen gegen den Schilling sogar noch einen Schritt weiter, ging von der Bindung an einen 'Währungskorb' ab und setzte den Schilling in eine fixe Relation zur Deutschen Mark. Nun sollte ebenfalls die immer noch vorhandene Inflation beseitigt werden. Bundeskanzler Kreisky tendierte aber dazu, das Leistungsbilanzdefizit eben durch Schillingabwertung zu bekämpfen, wurde aber durch eine Phalanx von Finanzminister Androsch, Gewerkschaftspräsident Benya und Nationalbankchef Philip Rieger dazu bewegt, es bleiben zu lassen.

Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang aber die Rolle der Gewerkschaften, musste eine solche Politik doch einkommenspolitisch gestützt werden – also sinkende, relative Lohnzuwächse. Da die Gewerkschaft die Hartwährungspolitik zum einen aber mitkonzeptioniert hatte, war zu erwarten, dass sie sämtliche wirtschaftspolitische Handlungen in dieser Richtung auch mittragen würde.

Diese Maßnahmenkombination, welche auch international für Aufsehen sorgte, wurde von Seidel (Seidel 1984; S.8) der Begriff 'Austrokeynesianismus' geprägt (Butschek 2004; S.92). Diese, Austrokeynesianistischen Maßnahmen ließen die Inflation zurückgehen. Der Produktionsrückgang war nicht besonders groß und in den nachfolgenden Jahren konnte sich wieder ein Wachstum einstellen. Letztlich wurde das Hauptziel erreicht. Im Gegensatz zu den meisten (OECD) Staaten entstand in Österreich de facto keine zusätzliche Arbeitslosigkeit.

Doch wo viel Licht, da Schatten stark – um J. W. von Goethes Götze von Berlichingen zu zitieren - das Leistungsbilanzdefizit stieg von 18,9 Mrd. ATS (1976) auf über 30 Mrd. ATS (1977), was etwa 3,6% des BIP ausmachte. Das große Defizit 1977 resultierte aber unter anderem aus Vorziehkäufen, infolge eines wirtschaftspolitischen Kurswechsels. Als Maßnahme wurde eine Vermögenssteuer eingeführt, die NoVa, sowie ein 30%iger Mehrwertssteuersatz auf Luxusgüter, wobei Luxusgüter vor allem Güter mit hoher Importquote waren (bspw. PKWs). All diese Maßnahmen sollten einerseits die Zahlungsbilanz entlasten, andererseits Lohn- Preisstabilität und niedrige Inflation bringen. Ein weiteres Ziel – das der Budgetentlastung – wurde nicht erreicht. 1977 sank das Budgetdefizit zwar auf 3,8%, betrug im Folgejahr aber schon wieder 4,1%

Kreisky wurde aber vor allem durch die kaum vorhandene Arbeitslosigkeit berühmt, welche bis 1981 nie über 2,1% lag (vergl. BRD ca. 2,9% und OECD-Europa: > 5%) (nach Stiefel; Arbeitslosigkeit; 1979 – zitiert in www.aeiou.at/aeiou.encyclop.a/a675213.htm). Dies hatte nicht nur den Grund des 'Austrokeynesianischen Modells', welches in den internationalen Krisenjahren nach 1973 keinen

besonders hohen Arbeitslosensockel in Österreich aufkommen ließ, sondern auch wesentlich durch Austritte aus dem Arbeitsmarkt. Dies geschah so, dass die während der Wachstumsphase geholten ausländischen Arbeitskräfte – welche saisonal bedingt immer in ihre Heimatländer zurückkehrten – nicht mehr als Arbeitskräfte geholt wurden und der Arbeitsmarkt (genauer: die Nachfrage nach Arbeit) quantitativ sank. Waren 1973 noch 8,8% (226.800) der unselbstständig Erwerbstätigen Ausländer, so ging der Wert bis 1979 auf 6,2% (170.600) zurück. Butschek beziffert das 'nicht steigen' der Arbeitslosenzahlen durch diese Maßnahmen mit etwa 2%. Ebenfalls beschäftigungsfördernd wirkte sich die Senkung der Normalarbeitszeit auf 40 Wochenstunden und die Ausweitung des Urlaubes auf vier Wochen pro Jahr aus.

Tabelle 15: Ausländische Erwerbspersonen in Österreich 1975 bis 2003:

	Beschäftigte	Arbeitslose	Gesamt	% der Erwerbspersonen	relative Arbeitslosenquote
1975	191.011,00	4.792,00	195.803,00	6,10%	2,45%
1976	171.673,00	3.890,00	175.563,00	5,40%	2,22%
1977	188.863,00	3.541,00	192.404,00	5,90%	1,84%
1978	176.709,00	5.534,00	182.243,00	5,50%	3,04%
1979	170.592,00	4.620,00	175.212,00	5,30%	2,64%
1980	174.712,00	3.683,00	178.395,00	5,40%	2,06%
1981	171.773,00	6.056,00	177.829,00	5,30%	3,41%
1982	155.988,00	10.208,00	166.196,00	5,00%	6,14%
1983	145.347,00	9.533,00	154.880,00	4,70%	6,16%
1984	138.710,00	7.961,00	146.671,00	4,40%	5,43%
1985	140.206,00	8.139,00	148.345,00	4,40%	5,49%
1986	145.963,00	8.967,00	154.930,00	4,60%	5,79%
1987	147.382,00	10.297,00	157.679,00	4,70%	6,53%
1988	150.915,00	9.984,00	160.899,00	4,70%	6,21%
1989	167.381,00	10.564,00	177.945,00	5,20%	5,94%
1990	217.611,00	18.351,00	235.962,00	6,70%	7,78%
1991	266.461,00	20.474,00	286.935,00	8,00%	7,14%
1992	273.884,00	21.977,00	295.861,00	8,10%	7,43%
1993	277.511,00	27.086,00	304.597,00	8,30%	8,89%
1994	291.081,00	25.445,00	316.526,00	8,60%	8,04%
1995	300.303,00	24.891,00	325.194,00	8,90%	7,65%
1996	300.353,00	27.605,00	327.958,00	9,00%	8,42%
1997	298.775,00	27.532,00	326.307,00	8,90%	8,44%
1998	298.582,00	28.463,00	327.045,00	8,90%	8,70%
1999	306.401,00	27.207,00	333.608,00	9,00%	8,16%
2000	319.850,00	25.758,00	345.608,00	9,30%	7,45%
2001	329.314,00	30.607,00	359.921,00	9,70%	8,50%
2002	334.432,00	36.131,00	370.563,00	9,80%	9,75%
2003	349.559,00	38.209,00	387.768,00	10,20%	9,85%

(Tabelle aus Butschek 2004; S.98 – Berechnung ' % der Erwerbspersonen ' bzw. ' relative Arbeitslosenquote ': Eigenberechnung)

Als ebenfalls nicht unwesentlicher Grund sei die 1977 liberalisierte Filialgründung der Banken, Geld- und Kreditinstitute erwähnt, welche bis dahin noch einer Sondergenehmigung des Finanzministeriums bedurften. Der somit einhergehende Boom an Bankfilialen, die wie Pilze aus dem Boden schossen ging mit einer steigenden Beschäftigung im Dienstleistungssektor einher, welche zwischen 1974 und 1979 eben im Terziärsektor 178.500 zusätzliche Arbeitskräfte binden konnte, welche den Rückgang von 38.900 Stellen im Sekundärsektor mehr als kompensieren konnte. Allerdings sank seit 1975

kontinuierlich die Arbeitsproduktivität in der – vor allem verstaatlichten – Industrie, da Kreisky dazu übergegangen war – womöglich aus wahltaktischen Erwägungen – den Mitarbeiterstand möglichst zu halten.

Gesellschaftlich wurde unter anderem die Umweltbewegung zu einem bestimmenden Bestandteil der österreichischen und internationalen (Innen)Politik. In Österreich war klar das 'Atomkraftwerk Zwentendorf' das bestimmende Thema dieser Zeit. Bundeskanzler Kreisky ließ es erbauen und erst anschließend – nach Druck der Öffentlichkeit sowie anderer Parteien, Organisationen und Verbände – eine Volksabstimmung über das Bauwerk durchführen. Die Volksabstimmung vom 5. November 1978 ging mit 50,47% gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf aus, bescherte Kreisky somit eine teure Niederlage (das AKW kostete bis zur Stilllegung 1984 etwa 14 Mrd. ATS) und mündete im Atomsperrgesetz von 1978 (Quelle: http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XX/II/_01404/pmh.shtml), welches 1999 in das 'Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich (1999)' (Quelle: <http://www.salzburg.gv.at/1999a149.pdf>) übergeleitet wurde. Obwohl sich die ÖVP zuvor noch vehement für das Bauvorhaben einsetzte, fuhr sie einen Volksabstimmungswahlkampf gegen das Kraftwerk. Hintergrund dafür war die enge Verbindung des Bauvorhabens mit der Person Kreisky. Der damalige ÖVP Obmann Taus witterte seine Chance auf Schwächung des Kanzlers.

Auch innerhalb der FPÖ gab es Verschiebungen. Nachdem Langzeitobmann Friedrich Peter keine signifikanten Erfolge einfahren konnte, wurde das Rumoren innerhalb der freiheitlichen Bewegung immer lauter. 1978 kam es, dass der junge Grazer Politiker Alexander Götz – immerhin seit 1973 Bürgermeister von Graz - dem Bitten seiner Parteifreunde nachgab und den Bundesvorsitz übernahm. Götz war ein Mann der markigen Worte und großer Sprüche, dessen leidenschaftliche Ablehnung von Kreisky und dem Sozialismus per se, als legendär galt und gilt. Eine regelrecht euphorische Aufbruchstimmung war innerhalb der FPÖ zugegen, da man sich einerseits durch den Auftrieb des charismatischen Parteiobmannes, andererseits durch die verlorene Volksabstimmung Kreisky's Stimmenzuwächse erhoffte.

Doch bei den Nationalratswahl am 06. Mai 1979 wurden sowohl die Hoffnung der Freiheitlichen, als auch jene der Volkspartei bitter enttäuscht, was einerseits an der Person Kreisky und seinem 'Boygroup-Team' lag, andererseits an der immer noch guten - und der Regierung zugeschriebenen - wirtschaftlichen Lage Österreichs (welches ja von den internationalen Krisen und der Arbeitslosigkeit größtenteils verschont wurde). Außerdem war die Kommunikationspolitik der Oppositionsparteien teilweise dürftig. Die ÖVP setzte auf 'Erneuerung', während die SPÖ 'alles beim (guten) alten' lassen wollte. Trotz der teilweise immer noch heftig geführten Diskussionen rund um das abgeschaltete Atomkraftwerk und die immensen Kosten, setzte sich Kreisky durch und fuhr das beste Ergebnis seiner politischen Laufbahn ein.

Tabelle 16: Nationalratswahl 1979

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
1979	51,0% (+0,6)	41,9% (-1,0)	6,1% (+0,7)	1,0% (-0,2)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_060579.asp)

Wahlplakat der SPÖ 1979



Wahlplakat der ÖVP 1979



Wahlplakat der KPÖ 1979



(Quelle: demokratiezentrum.org/bildstrategien)

Die SPÖ fuhr also das beste Ergebnis ihrer Geschichte ein. Die FPÖ konnte trotz Aufbruchstimmung und Obmannwechsel keinen berauschenden Erfolg erzielen und die ÖVP verlor trotz vermeintlich guter Ausgangslage einen weiteren Prozentpunkt. Durch die Wahlarithmetik bedeutete dies, dass die SPÖ zwei Mandate und die FPÖ ein weiteres Mandat von der ÖVP bekamen. Die SPÖ hatte mit 95 Mandaten weiterhin eine solide Mandatsmehrheit für die folgende Legislaturperiode. Nach der Wahlniederlage erklärte ÖVP Obmann und Spitzenkandidat Taus seinen Rücktritt und wurde durch Alois Mock ersetzt.

Infolge des ersten Golfkrieges sowie der islamischen Revolution im Iran, kam es 1979 zu kurzfristigen Preissteigerungen und der zweiten Ölkrise nach 1973. Die Preise für Rohöl stiegen bis zu USD 38 pro Fass (Barrel = etwa 159 Liter), sanken dann aber wieder auf USD 20 pro Fass. In ihrer Auswirkung war die zweite Ölkrise wesentlich unspektakulärer als die erste. Die Menschen passen sich offenbar solchen exogenen Umwelteinflüssen schnell an. Doch mit der Ölkrise kam Anfang der 1980er Jahre ein lange vernachlässigtes Problem wieder in die österreichische Innenpolitik zurück – die Arbeitslosigkeit!

Doch obwohl das reale BIP 1981 sogar um 0,1% zurückging verharrte die Arbeitslosenquote weiterhin bei nur etwa 2,4%. Grund dafür war die Erwartung einer Wirtschaftsbelebung, welche erst im Sommer 1981 als nicht stattgefunden betrachtet wurde und eben erst ab diesem Zeitpunkt ein sukzessiver Abbau der Belegschaft begann. Dieser Abbau setzte sich dann bis 1982 fort; die Arbeitslosigkeit stieg auf 3,4% obwohl die wirtschaftliche Lage weitaus entspannter war und das BIP um 1,9% stieg. Diese war wohl eine 'Kompensation' der nicht getätigten Entlassungen von Mitarbeitern 1981 – Vergleichen könnte man das Ganze mit dem Bullwhip-Effekt (oder auch Forrester-Aufschaukelung), welcher ein zentrales Problem des 'Supply Chain Managements' darstellt und vom MIT (Massachusetts Institute of Technology) 1960 mit dem so genannten 'Bierspiel' spielerisch dargestellt wurde. Essenz bleibt

aber in beiden Fällen die Gleiche, nämlich eine falsche Erwartung bzw. Prognose über künftige Ereignisse (bspw. Nachfrage) und Informationsasymmetrien entlang einer Liefer- Kommunikations- oder sonstigen Entscheidungskette. Die Lösung ist in der modernen Betriebswirtschaftslehre für Logistiksysteme relativ einfach, für volkswirtschaftliche Zusammenhänge ist das Gebiet jedoch faktisch unerforscht.

Der zunehmende Einfluss des geldwirtschaftlichen Monetarismus sowie die Renaissance des Neoliberalismus (als angebotsorientierte Wirtschaftsphilosophie) in der Wirtschaftspolitik wurde ab den 1980er Jahren größer. Die englische Premierministerin Margaret Thatcher verhielt sich in ihrer als 'Thatcherismus' titulierten Wirtschaftspolitik genauso wie wenig später der US-Amerikanische Präsident Ronald Reagan mit seinen nach ihm benannten 'Reagonomics'. Auswirkungen der Anwendung monetaristischer und neoliberaler Philosophie waren zuerst in England und Amerika große Privatisierungswellen (Eisenbahn, Telekom, Luftfahrt sowie Versorgungsunternehmen, udgl.), Steuersenkungen, Deregulierung, das Minimieren des gewerkschaftlichen Einflusses sowie eine Einschränkung der staatlichen Wohlfahrtsleistungen (besonders (in GB) des Gesundheitssystems) in Großbritannien, und ähnliche Maßnahmen in den USA, wobei Präsident Reagan sich vor allem durch die 'Chicagoer Schule' leiten ließ und sich auf Ratschläge des Ökonomen Arthur Laffer verließ. Neben den vorhin erwähnten Maßnahmen der Deregulierung und Einschränkung von Sozialleistungen, ließ Reagan – auf Laffers Empfehlung hin - auch den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer sowie Kapital und Unternehmenssteuern senken.

Österreich blieb zunächst von den Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik verschont, musste sich damit aber partiell schon auseinandersetzen, was sich vor allem auf die zunehmende Forderung der FPÖ und der ÖVP nach Budgetkonsolidierung – wie es in vielen anderen OECD Staaten schon voll eingesetzt hatte – forderten. Dies bremste aber die Konjunktur, welche sich erst nach Erholung der US-Amerikanischen Wirtschaft ab 1983 erholte. Doch schon 1984 sollte es infolge einer Mehrwertsteuererhöhung schon wieder zu Abschwüngen kommen.

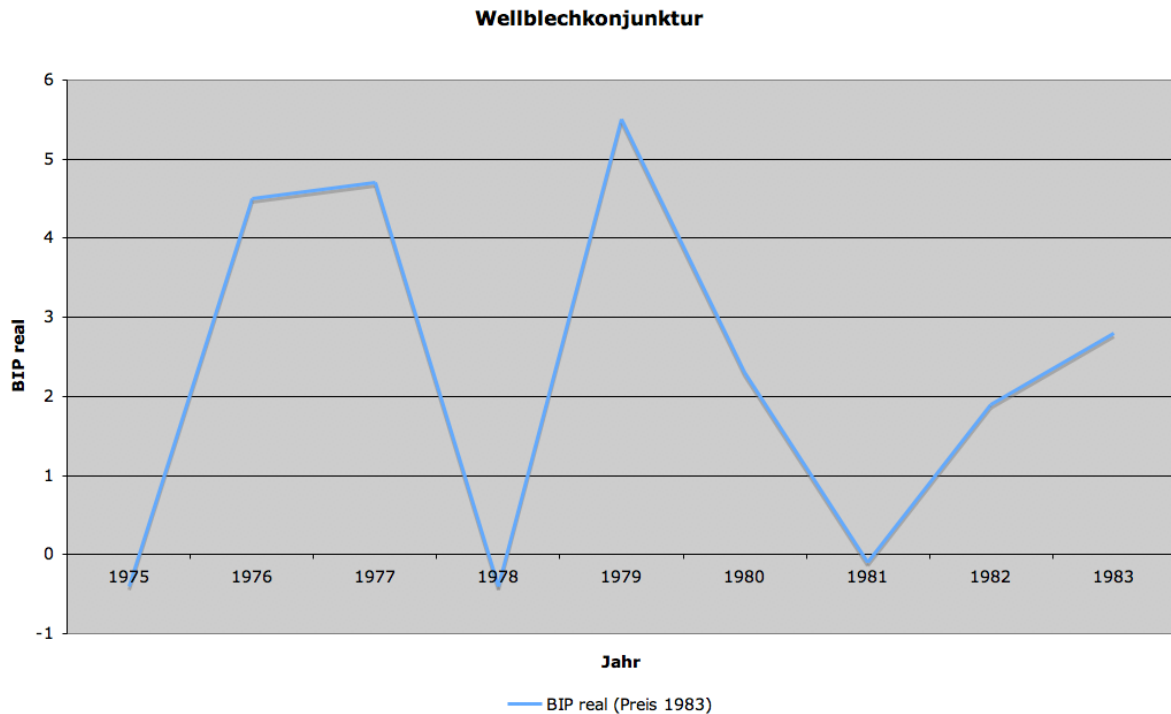
Tabelle 17: Veränderung des Realen BIP in Österreich – 1975 bis 1983

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
BIP real	-0,4	+4,5	+4,7	-0,4	+5,5	+2,3	-0,1	+1,9	+2,8

(Quelle: Butschek 2004; S. 221)

Graphisch dargestellt sieht das folgendermaßen aus:

Bild 7: Wellblechkonjunktur



(Bild: Eigenkreation)

Dieses Muster lässt sich auch in den Folgejahren feststellen. Der Ausdruck `Wellblechkonjunktur` war geboren, da das Muster der `Aufs und Ab's` dem Querschnitt eines Wellblechs ähnlich sieht. Charakteristisch ist, dass ohnehin teils mäßige Aufschwünge (eher ab Mitte der 1990er Jahre) von Rückschlägen immer wieder unterbrochen wurden. Das Muster gleicht aber eben auch dem Bullwhip-Muster – also jenem Phänomen welches ich vorhin angesprochen habe - und würde sich aus der Tatsache erklären, dass die handelnden Akteure (Akteure = Wirtschaftssubjekte i.S.v. Unternehmen, Haushalten und Staat) stets zeitverzögert und übertrieben reagierten.

Bei der FPÖ war es zwischenzeitlich turbulent geworden. Der Grazer Bürgermeister Götz, welcher für die Nationalratswahl 1979 geholt worden war, fühlte sich in Wien offensichtlich unwohl, denn schon im selben Jahr legte er seine Bundesobmannschaft wieder zurück. Die Mehrfachfunktion als Grazer Bürgermeister, Nationalrat, Klubobmann der FPÖ Fraktion und Bundesparteiobmann war in zeitlicher wie auch organisatorischer Hinsicht offenbar nicht zu bewältigen. Die nicht gerade berauschenden Ergebnisse der Landtagswahlen in Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich taten ihr Übriges um den für freiheitliche Verhältnisse fast schon üblichen Zwist wieder in den Parteivorstand zu hieven. Maßgeblich dafür zeichnete sich der Wiener Anwalt Norbert Steger, der aber im Gegensatz zu Götz's ideologischer Ausrichtung der FPÖ eher eine Liberale bevorzugte. Am 1. Dezember 1979 legte Götz nach intensiver Auseinandersetzung mit Steger und der Wiener Landesgruppe, seine Funktionen nieder, welche interimistisch vom Oberösterreichler Horst Schender übernommen wurden. Zeitlich war Götz wohl nur kurz Obmann des dritten Lagers, doch sollte seine Idee und sein Geist den Nährboden für die Ära Jörg Haider und die beeindruckendste Geschichte der FPÖ werden.

Steger war seit 1977 Obmann der Wiener FPÖ, welche er nur halbherzig leitete, da er seine Berufung in der Bundespolitik sah. (Die Wiener Zeitung arbeitete 2004 (Quelle: <http://www.wienerzeitung.at/linkmap/personen/steger.htm>) die Biographie Stegers auf und stellt als einen Schlüssel für Stegers Erfolg kommunikatorische Fähigkeiten, Organisationstalente, Zielbewusstsein, Strategie und die Fähigkeit sich in 'informellen Treffen' die Mehrheiten zu sichern. 'Informelle Treffen' sind aber nichts anderes als ein bekanntes politisches Synonym für Absprachen, bei welchem zumeist Ämter oder innerparteiliche Posten oder sonstiges versprochen wird um einen innerparteilichen Mitstreiter sozusagen 'auszuhebeln'.)

Stegers Konflikt mit Alexander Götz war sowohl innerparteilich als auch für die Öffentlichkeit kein Geheimnis. Als Götz zurücktrat, schlug der Bundesparteivorstand – nach informellen Gesprächen – Norbert Steger als neuen Bundesobmann vor, welcher dann am Bundesparteitag vom 2. März 1980 mit knappen 55,3% gewählt wurde. Steger war einer der umstrittensten Obmänner der FPÖ. Einerseits konnte die schwache Wiener Landesgruppe nur wenig Rückhalt bieten und Steger konnte nur unter Duldung der Oberösterreicher agieren. Außerdem konnten die wenigsten Funktionäre etwas mit dem neuen, liberalen Kurs der FPÖ anfangen. Steger ließ in dieser Hinsicht keine Fragen offen. Schon kurz nach Amtsantritt war die FPÖ Mitglied der 'Liberalen Internationalen', bei welchen Steger den Vizevorsitz innehatte.

Bei dem vom Journalisten Alfred Worms aufgedeckten AKH-Schmiergeldskandal sollte sich Steger erstmals einer breiten Öffentlichkeit präsentieren können, als er der Leiter der parlamentarischen Untersuchungskommission (AKH-Kommission) wurde. Zum Leidwesen der FPÖ konnte er daraus aber in keinsten Weise politisches Kapital schlagen. In Fernsehsendungen wirkte er verstaubt, antiquiert und elitär, was in der Öffentlichkeit nicht gut ankam. Somit fiel das Wahlergebnis 1983 auch sehr bescheiden aus.

Tabelle 18: Nationalratswahl 1983

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	sonstige
1983	47,6% (-3,4)	43,2% (+1,3)	4,98% (-1,1)	4,2% (+3,2)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_240483.asp)

Die Wahl fiel de facto für alle Parteien zwischen schlecht und verheerend aus. Die SPÖ verlor die absolute Mehrheit in Stimmen und Mandaten, die ÖVP konnte trotz des schlechten Abschneidens der SPÖ, sowie dem AKH Skandal nur 1,3%, aber durch die Wahlarithmetik vier Mandate gewinnen. Die FPÖ fiel trotz des beachtlichen Medienspektakels rund um den AKH Skandal und Steger als Kommissionsleiter auf ihr historisch schlechtestes Ergebnis, konnte aber (Wahlarithmetik) ein Mandat dazu gewinnen. Alle anderen Parteien verharrten in der Bedeutungslosigkeit. Doch ein ernstzunehmendes Signal ging ganz klar von dieser Wahl aus. Die konservative Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) und die progressive Alternative Liste Österreichs (ALÖ) – als Vorgängerparteien der Grünen – schafften zwar mit 2,0% bzw. 1,4% den Einzug in den Nationalrat nicht, man konnte aber durch die ähnliche Ausrichtung der beiden Listen das Potential für künftige Grünbewegungen in

Österreich erahnen. Momentan waren es in Summe zwar nur 3,4% - was einen Einzug ebenfalls nicht möglich gemacht hätte – doch koordiniert und strukturiert (vielleicht auch mit dem einen oder anderen Sympathieträger) wäre in Zukunft die 4%-Hürde zu schaffen.

In ihrer Bildstrategie gingen die Parteien differenziert vor. Die FPÖ affizierte natürlich den AKH Skandal in der Meinung einen Bonus damit zu kreieren. Die ÖVP wiederum versuchte Zukunftsperspektiven zu entwickeln sowie ihre Vorreiterrolle in der Wirtschaftskompetenz zu unterstreichen. Grund hierfür waren vor allem die Probleme in der verstaatlichten Industrie. Die SPÖ wiederum steigerte ihre Kommunikationsstrategie aus früheren Wahlen von `Kreisky – wer sonst` zu `Kreisky muß Kanzler bleiben`. Dies intensivierte die Aufforderung fast hin zu einem Befehl. Des Weiteren wurde die Parteifarbe – rot – ausgiebig in einem patriotischen `rot-weiss-rot` verwendet.

Wahlplakat der SPÖ 1983



Wahlplakat der FPÖ 1983



Wahlplakat der SPÖ 1983



(Bildquelle: www.demokratiezentrum.org/bildstrategie)

Die Möglichkeiten einer Regierungsbildung waren 1983 sehr beschränkt. Neben einer großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP standen – wie 1945 bis 1966 - nur noch die Alternativen mit einer Kleinpartei oder einer geduldeten Minderheitsregierung zur Verfügung.

Als Ironie der Geschichte kann wohl die Tatsache betrachtet werden, dass die FPÖ mit dem schlechtesten Ergebnis ihrer Geschichte dann tatsächlich den Weg zu den Regierungsbänken fand. Die `FPÖ-light` hatte also das erreicht, worauf Friedrich Peter und Alexander Götz jahrzehntelang hingearbeitet hatten.

Bei den Regierungsverhandlungen mit der SPÖ unter dem neuen Obmann Fred Sinowatz (Kreisky trat einerseits nach dem Verlust der absoluten Mehrheit, andererseits aus gesundheitlichen Gründen zurück) war auch schon der damalige Kärntner Generalsekretär Jörg Haider involviert, der Steger ab dem Zeitpunkt seiner Wahl als Bundesobmann den Weg so steinig wie möglich machte. Steger seinerseits konnte die – in informellen Treffen – versprochenen Posten und Ämter nicht durchsetzen, was ihn noch weiter destabilisierte.

Auch bei der Vergabe der Regierungsplätze musste Steger Abstriche machen. Er selbst wurde Vizekanzler und Minister für Handel, Gewerbe und Industrie, sein Freund und Attersee-Kreis-Mitbegründer Friedhelm Frischenschlager wurde Verteidigungsminister und – als Zugeständnis an die für Steger stimmenden Oberösterreicher – wurde der Schärddinger Holger Bauer Staatssekretär für Finanzen. Seine internen Gegner – noch rund um Alexander Götz und Jörg Haider – konnten mit dem Niederösterreicher Harald Ofner den Minister für Justiz und mit dem Steirer Gerulf Murer den Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft stellen.

Düster sah es am österreichischen Arbeitsmarkt aus. Die Quote konnte trotz steigendem BIP nur durch externe Maßnahmen wie der 'Aktion 8000' - einer Aktion des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales – in welcher Arbeitsplätze der öffentlichen Hand hoch subventioniert wurden (was allerdings eher zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gedacht war), der Rückführung ausländischer Arbeitskräfte, sowie durch 'Kosmetik' - wie etwa Schulungen, (Früh-)Pensionierungen, oder Arbeitsstiftungen - gering gehalten werden.

Fast schon abgeleitet kann das gesamtwirtschaftliche Paradigma werden. Während in den 50er bis 70er Jahren nachfrageseitige Impulse gesetzt worden, war spätestens ab 1983 in Österreich der Monetarismus/ Neoliberalismus zugegen. Somit war es nicht möglich eine expansive Fiskalpolitik zu betreiben, sondern man setzte auf die Politik des Budgetausgleichs. Infolge kam es trotz extremen Fokusses auf den Staatshaushalt zu eklatanten Defiziten. Konnte sich Androsch in den 70er Jahren noch über Defizite von etwa 1,5% 'freuen', war Finanzminister Salcher (und später Vranitzky) mit weitaus höheren Defiziten konfrontiert. 1983 war es die bisherige Rekordmarke von 5,2%.

Die Regierung beschloss im Folgenden einnahmenseitige Gegenmaßnahmen, und erhöhte die Mehrwertsteuer um 2% sowie einige Tarife und Gebühren, wodurch sich die Situation aber nicht verbesserte. 1984 betrug das Defizit 4,4% und 1986 wieder 5,0%. Trotz Steuererhöhungen und steigendem BIP vermochte die Regierung das Defizit nicht zu stabilisieren. Das latent hohe Defizit führte natürlich auch zu einer immer höher werdenden Staatsverschuldung. War sie 1981 noch bei 27% des BIP, wuchs sie bis 1986 schon auf über 42% an und erreichte 1987 einen Wert von 46,1%.

Das Mitte der 1980er Jahre äußerst hohe Zinsniveau tat das Übrige um die Situation nachhaltig zu verschlechtern. Positive Auswirkungen des hohen Defizits auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage war nicht zu erkennen (Butschek 2004; S. 111), was auf eine Fehlallokation schließen lässt. Summa summarum blieb in der Zeit der ersten freiheitlichen Regierungsbeteiligung das Wachstum des realen BIP weit hinter jenem der europäischen OECD Staaten zurück.

1985 bis 1997

Wie bereits angeschnitten, wurde in den frühen 1980er Jahren ein Paradigmenwechsel durchgeführt. Vom einstigen Austro-Keynesianismus hin zum Monetarismus/ Neoliberalismus eines Ronald Reagan oder einer Margaret Thatcher. Obwohl die ökonomischen Rahmenbedingungen in Österreich wesentlich besser waren als in weiten Teilen Europas bzw. der OECD Staaten wurde – einer Modeerscheinung gleichend – das neue System mit allen Vor- und Nachteilen vertreten.

Eingeholt von der Wirklichkeit wurde Österreich 1986 als mit dem Ende der verstaatlichten Industrie das Ende einer ganzen Ära eingeläutet wurde. Ein Ende, das vorhersehbar war, nicht aber unbedingt in den politischen Agenden stand bzw. stehen sollte. Auf der einen Seite waren die sozialistischen Betriebsräte und für die `Verstaatlichte` verantwortlichen Minister, auf der anderen Seite waren die ÖVP-Landeshauptmänner, welche die Standorte (bspw. VÖST) und die regionalen Arbeitsplätze keinesfalls missen wollen und somit bei jeder Infragestellung des `heiligen Grals` auf die Barrikaden stiegen um Personalkürzungen zu verhindern. Die verstaatlichte Industrie wurde ohnehin nicht zur Gewinnmaximierung verwendet, sondern diente alleine der Arbeitsplatzmaximierung. Daher konnten schon ab Mitte der 1970er Jahre keine Steuern in regulären Maße mehr entrichtet werden und somit von den politisch Zuständigen – Vizekanzler Pittermann und Finanzminister Klaus – im `Klessheimabkommen` erlassen.

Als Lösung für das Problem niedriger Produktivitäten wurde die Diversifizierung erwogen. So wurden Plastikflaschen in Stahlunternehmen hergestellt oder Auspuffe in Drahtfertigungskonzernen. Diese Diversifizierung erfolgte zumeist unter hohem politischen Druck und ohne die ökonomischen Auswirkungen zu prognostizieren. Die hohe Anzahl der politischen – statt ökonomischen – Entscheidungsträger ergaben klarerweise einen gnadenlosen Misserfolg – zumeist aber nachdem hunderte Millionen, bzw. Milliarden Schillinge investiert wurden, bevor das Unternehmen verkauft oder gar stillgelegt wurde.

Derweil wurde vor allem die politische Lage in Österreich sehr interessant und bewegte Österreich nachhaltig. Überhaupt war meines Erachtens mit der Bundespräsidentenwahl mit samt ihren Folgen, der Wahl Jörg Haiders zum Bundesparteiobmannes der FPÖ sowie dem Einzug der Grünen-Partei in den Nationalrat eines der `Schlüsseljahre` Österreichs nach 1945. Zunächst stand die Wahl des österreichischen Bundespräsidenten vor der Türe. Zur Wahl standen als Nachfolger des parteilosen Rudolf Kirchschläger, der von der SPÖ nominierte Gesundheitsminister Kurt Steyrer und der von der ÖVP nominierte ehemalige UNO Generalsekretär Kurt Waldheim.

Das Nachrichtenmagazin Profil deckte auf, dass Waldheim in seiner kürzlich zuvor erschienenen Biographie sein Rolle während des Zweiten Weltkrieges in der `Heeresgruppe E` geschönt und verharmlost hatte. Kampagnenartig, wie eine `Inszenierung am Burgtheater` (Spiegel, 10. März 1986), sollte laut dem damaligen Profil Chefredakteurs, Helmut Voska, jedem Dementi Waldheims mit neuen Enthüllungen in internationalen Zeitungen entgegnet werden. Der jüdische Weltkongress beantragte

im US Justizministerium die Aufnahme Waldheims auf der `watch list` was ein Einreiseverbot in die Vereinigten Staaten bedeutet. Es überrascht nicht, dass dies auch ohne größere Untersuchungen und Debatten von Justizminister Edwin Meese exekutiert wurde und Waldheim bis zu seinem Tod 2007 die Einreise in die USA untersagt war. Auch Israel und Kanada verhängten ein Einreiseverbot und verschiedene andere Länder – mit Ausnahme arabischer Staaten oder des Vatikans – richteten Waldheim aus, dass Staatsbesuche unerwünscht seien.

Waldheim gewann die Bundespräsidentenwahl im zweiten Wahlgang mit 53,9% nachdem er im ersten Wahlgang mit 49,6% nur knapp an der absoluten Mehrheit gescheitert war. Die mediale Inszenierung und die offenbar von einigen Seiten teilweise oder gänzlich unbewältigte Vergangenheit Österreichs während der NS Zeit rief innenpolitisch heftige Diskussionen hervor. Sätze wie jener des SPÖ Bundeskanzlers Sinowatz: „Ich nehme zur Kenntnis, dass nicht Waldheim bei der SA war, sondern nur sein Pferd“ (Quelle: <http://burgenland.orf.at/stories/200069/>) waren die Ursache für eine regelrechte Prozessflut.

Endeffekt – wenn auch nicht beabsichtigt - dieser Kampagne war aber, dass eine ganze österreichische Generation pauschal als Kriegsverbrecher tituliert wurde. Es war nur eine Frage der Zeit, dass ein Politiker diese Situation erkennen und daraus Profit schlagen würde. Und so trat der freiheitliche Politiker Jörg Haider auf die Bühne, stellte sich vor die `Kriegsgeneration` und wurde in Folge neben bspw. Bruno Kreisky einer der erfolgreichste Politiker der österreichischen Geschichte (Quelle: <http://www.wienerzeitung.at/linkmap/personen/haider.htm>).

Haider wurde am 13. September 1986 beim Parteitag in Innsbruck in einer Kampfabstimmung gegen Norbert Steger zum Bundesparteiohmann gewählt. Grund dafür war, dass Steger sowohl die Funktionäre als auch die Wähler der FPÖ de facto austauschen wollte. Nationale gegen Liberale. Dies kam in den Reihen der FPÖ nicht gut an. Die immer weiter ins Liberale driftende Politik Stegers – der eine FPÖ vergleichbar mit der deutschen FDP wollte – schürte den Unmut der immer noch verbreiteten und dominierenden konservativen und vor allem nationalen Reihen innerhalb der Freiheitlichen. Am Parteitag setzte sich Haider gegen Steger durch. Der amtierende Bundeskanzler Vranitzky, der das Bundeskanzleramt nach dem Wahlsieg Waldheims bei der Bundespräsidentenwahl und dem darauf folgenden Rücktritt Sinowatz' inne hatte, beendete darauf hin die Koalition mit der FPÖ und rief Neuwahlen aus.

Tabelle 19: Nationalratswahl 1986

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE
1986	43,1% (-4,5%)	41,3% (-1,9%)	9,7% (+4,7%)	4,8% (+4,8%)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1986.aspx)

Die SPÖ verlor mit 10 Mandaten vergleichsweise stark an Zuspruch, die ÖVP verlor 4 Mandate. Während die KPÖ und andere Splittergruppierungen den Einzug in den Nationalrat nicht schafften, konnten sich die Grünen unter Freda Meissner Blau mit 4,8% über 8 Mandate freuen. Wahlsieger war

aber die FPÖ, erstmals unter Jörg Haider antretend, der praktisch im Alleingang den Stimmenanteil von 5,0% auf 9,7% fast verdoppeln konnte und einen Mandatzuwachs von sechs Mandaten erreichte.

Wahlplakat der SPÖ 1986



Wahlplakat der ÖVP 1986



Wahlplakat der FPÖ 1986



Die Grüne Alternative 1986



Themensujet Arbeit/ Wirtschaft ÖVP 1986



Wahlplakat der KPÖ 1986



(Bildquelle: demokratiezentrum.org/bildstrategien)

Die SPÖ wie auch die ÖVP setzten auf staatstragende und patriotische Elemente. In beiden Bildern wehen die österreichischen Fahnen, was eine Dynamik der im Vordergrund stehenden Personen Vranitzky und Mock suggerieren soll. Die ÖVP will es besser machen, die SPÖ will mit Bewährtem einen neuen Weg gehen. Hauptthemenschwerpunkte waren Wirtschaft und Arbeit, welche aber sowieso einen Fixpunkt in fast allen Wahlkämpfen seit 1954 darstellen. Die KPÖ warb mit klassisch dunkelroter Hintergrundfarbe und kontrastreichem, aber absolut unharmonischem, gelb-grünen Farbtext. Angesprochen wurden klassische Themen wie Arbeit und Gleichberechtigung. Die Grünen – damals noch ohne Parteilogo – traten nach einem Zusammenschluss einiger Grünlisten mit Obfrau Freda Meissner Blau an. „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ war das halbe Zitat eines indianischen Sprichworts, welchem der Halbsatz „Wir haben die Erde von unseren Eltern nicht geerbt“ voransteht. Zum Unterstreichen dieses Leihens von Kindern wurde das Sujet auch als offensichtlich einfache Malerei eines Kleinkindes dargestellt. Aber auch die FPÖ ging unter dem neuen Obmann Haider neue Wege in der Plakatwerbung. Stirn und Kinn wurden abgeschnitten, sein Kopf in die Bildmitte gesetzt, der Kragen wurde hochgestellt und die für Politiker obligate Krawatte entfernt. `Leger` war neue freiheitliche Doktrin.

Parlamentarisch übten sich die Grünen zunächst in Aktionismus. Sie kamen in normaler Straßenkleidung ins Parlament und weigerten sich einen Klubobmann zu küren. Stattdessen erledigte diese `Aufgabe` eine Strohpuppe. Zum endgültigen Eklat kam es, als der Grünabgeordnete Andreas Wabl als Protest gegen den Bundespräsidenten Waldheim am Rednerpult des Parlaments eine

Hakenkreuzfahne ausrollte. Später machte er nur noch einmal von sich reden als er Jörg Haider in einer Plenarsitzung den gestreckten Mittelfinger zeigte.

Zum Ende der 1980er Jahre war es vor allem ein Ereignis, welches die österreichische Wirtschaftspolitik nachhaltig prägte, nämlich der Fall des 'eisernen Vorhangs', welches den Höhepunkt mit dem Mauerfall im November 1989 erreichte und des damit einhergehenden wirtschaftlichen Wandels im Osten Europas.

Die in der Zeit der österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Handelsbeziehungen mit den Ländern im Osten Europas, wurden durch die wirtschaftliche und politische Teilung des Kontinents nachhaltig belastet und erschwert. Vor allem die Tatsache, dass in den Mitgliedsstaaten der ehemaligen Monarchie ein Binnenmarkt entstand, in welchem von 'außen' nur schwer hineinzukommen war, gab einen recht geschützten Markt, von welchem die einzelnen Staaten durchaus profitierten. Dieser Handel wurde nach 1945 zwar temporär wieder aufgenommen, wurde aber in großem Maße durch den Kommunismus unterbunden, jedoch nie komplett gekappt. Als Beispiel sei erwähnt, dass die österreichische Firma PANI in den 1980er Jahren einen überwiegenden Teil ihres Umsatzes durch den Export ihrer Waren (Großbilddiaprojektoren) durch den Export in Staaten des 'Warschauer Paktes' erzielte, welche offenbar eine 'Kulturoffensive' starteten.

Die Ostöffnung Anfang der 1990er Jahre brachte für das wirtschaftlich schwächelnde Österreich sofort wieder Absatzmärkte ungeahnten Ausmaßes. Die politische und wirtschaftliche Führung Österreichs rechnete mit einer langsamen, aber stetigen Transformation der Oststaaten hin zu einem marktwirtschaftlichen System. Dementsprechend wurde der Außenhandel der bis dorthin in einem mehr als überwiegenden Maß hauptsächlich mit Deutschland und Italien stattfand wieder ins Zentrum wirtschaftspolitischer Überlegungen gerückt.

Ein weiterer Punkt der einen Erfolg für Österreich bedeutete war, dass viele ausländische Konzerne, welche in den Oststaaten investieren wollten, nun in Österreich eine Repräsentanz oder gar das Hauptquartier errichteten. Grund dafür war, dass in Österreich eine westliche Infrastruktur mit allen Annehmlichkeiten vorherrschend war, der komplette ost- und südosteuropäische Raum aber binnen kurzer Zeit schnell zu erreichen war. Eine 'menschliche' Komponente, die sich in der Handelsbilanz auswirkt!

Während all dieser Ereignisse, fanden im Oktober 1990 die 18. Nationalratswahlen statt. Das Ergebnis war wie folgt:

Tabelle 20: Nationalratswahl 1990

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE
1990	42,8% (-0,3%)	32,1% (-9,2%)	16,6% (+6,9%)	4,8% (+0,0%)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1990.aspx)

Die Wahlen 1990 endeten mit einem spektakulären Wahlsieg der FPÖ unter Jörg Haider, welcher einen Zugewinn von 6,9% absolut (entspricht einem Plus von ca. 70% relativ) verzeichnen konnte. Dies ging vor allem zu Lasten der ÖVP, welche mit einem Absolutverlust von 9,2% die größten Verluste ihrer Geschichte einfahren musste und das – zumindest bis dahin – schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte verzeichnete. Die SPÖ konnte ihr Ergebnis halten und musste nur einen Verlust von 0,3% hinnehmen, die Grünen blieben unter Spitzenkandidat Johannes Voggenhuber unverändert bei ihrem Ergebnis von 1986, konnten aufgrund der Bedingungen (Wahlarithmetik, Wahlbeteiligung, usw.) zwei Mandate dazu gewinnen. mandatsmäßig blieb die SPÖ unverändert bei 80 Mandaten stehen, die ÖVP verlor 17 Mandate und hielt nun 60 und die FPÖ gewann 15, was fast eine Verdopplung darstellte (von 18 auf 33 Mandate).

Wahlplakate der:



(Bildquelle: www.demokratiezentrum.org/bildstrategien)

Die SPÖ versuchte ihren Kandidaten mit einer Menge von 'Qualitäten' auszustatten. Neue Qualitäten, soziale, wirtschaftliche und andere Qualitäten wurden mit Bundeskanzler Vranitzky affiziert. Novum war, dass das erste Mal die EU Flagge innerhalb eines Plakates einer österreichischen Partei affiziert wurde. Daneben versuchte die SPÖ die Bevölkerung mit Informationen zu versorgen. Nachteil ist, dass bei einem Plakat, welches man teilweise nur für Bruchteile einer Sekunde liest, es unmöglich ist die Inhalte aufzunehmen. Die ÖVP gab sich wieder staatstragend mit vielen rot-weiss-roten Elementen. Die FPÖ plakatierte Jörg Haider, Heide Schmidt und Norbert Gugerbauer in einem bodenständigen Hintergrund aus mächtigen, österreichischen Bergen. Die Gleichberechtigung aller drei Proponenten stand im Vordergrund. Das Parteilogo bzw. der Parteiname wurde kurzfristig in „F“ umbenannt. Der Schriftzug „die Unbestechlichen“ suggerierte nicht nur einen direkten und ehrlichen Draht zum Volk, sondern auch, dass andere vielleicht nicht unbestechlich sind. Haider nannte diese

undefinierbaren „anderen“ auch immer gerne „jene“. Die Botschaft der KPÖ war leicht; raus aus der EU. Erwähnenswert, dass die EU erst zwei Jahre später – mit den Verträgen von Maastricht 1992 - gegründet wurde. Die Grünen kritisierten ebenfalls die EG, doch wurde wieder viel zuviel Text auf die Plakate geschrieben. Die Hauptfarbe blieb grün.

1989 wurde Jörg Haider als erster freiheitlicher Politiker Landeshauptmann in Kärnten, musste jedoch schon zwei Jahre später den Landeshauptmannsessel räumen, als ihn ÖVP und SPÖ mittels Misstrauensantrag abwählten.

Die politische Situation spitzte sich 1993 abermals zu, als Jörg Haider zum Volksbegehren 'Österreich zuerst' aufrief. Inhalt dieses Volksbegehrens waren die verfassungsmäßige Verankerung des Satzes 'Österreich ist kein Einwanderungsland', 'Einwanderungsstopp' sowie weitere in diese Richtung gehende Forderungen für das Schulwesen, die Justiz, Inneres, usw.

Im daraufhin entbrannten Richtungsstreit spaltete sich die Nationalratsabgeordnete Heide Schmidt mit fünf weiteren Abgeordneten – darunter der ehemalige Verteidigungsminister und Attersee-Kreisgründer Friedhelm Frischenschlager - von der FPÖ ab und gründete das 'Liberale Forum'. Haider und die FPÖ sprachen damals von 'Mandatsraub' da Schmidt und ihre Mitstreiter nicht als freie – oder 'wilde' - Mandatäre im Nationalrat saßen, sondern als Mitglieder einer Partei, welche nicht durch eine Wahl vom Wähler legitimiert wurde. Letzter Satz sei nur deshalb erwähnt, weil eine ähnliche Konstellation im Jahre 2005 bei der Abspaltung des BZÖ vorzufinden war.

Durch das Volksbegehren veranlasst wurde auch die Initiative 'SOS Mitmensch' gegründet, welche zum 'Lichtermeer' am Wiener Heldenplatz aufrief. Zu dieser Kundgebung kamen ca. 200.000 Menschen darunter viele Künstler wie Ludwig Hirsch, Wolfgang Ambros, André Heller, die EAV und viele weitere Künstlerkollegen. Das Volksbegehren erreichte mit knapp über 416.000 Stimmen zwar mehr Zuspruch als das Lichtermeer, doch blieb der von der FPÖ erwartete Erfolg bei weitem aus. Das Asylgesetz wurde nicht weiter geändert.

Am 12. Juni 1994 fand in Österreich eine weitere, richtungsweisende Abstimmung statt – die Volksabstimmung zum EU Beitritt, welche mit etwa 2/3 zu 1/3 für die EU Befürworter ausging. War die FPÖ in ihren Programmen bis 1985 noch eindeutig für ein gemeinsames Europa – sogar im Konzept einer bundesstaatlichen Organisation – so ritt Jörg Haider eine Kampagne gegen einen EU Beitritt Österreichs. Ebenfalls gegen den EU Beitritt waren zum damaligen Zeitpunkt noch die Grünen und die KPÖ.

Im 'Windschatten' der Volksabstimmung wurden im Oktober 1994 die 19. Nationalratswahlen durchgeführt. Zugespitzt wurde der Wahlkampf vor allem durch Heide Schmidt, die sich auf Haider und die freiheitlichen Wähler konzentrierte. Aber auch die Grünen erhielten durch das von ihnen unterstützte 'Lichtermeer' Oberwasser und griffen mit Spitzenkandidatin Madeleine Petrovic, Jörg Haider direkt an. Still und heimlich fand sich jeder mit der 'großen Koalition' als Fixbestandteil

österreichischer Politik ab, was im `Grünen Wahlplakat` Niederschlag fand: `Die große Koalition ist fix – Entscheiden sie den Kurs: Haider oder GRÜN`

Wahlplakat der SPÖ 1994



Wahlplakat der ÖVP 1994



Wahlplakat der FPÖ 1994



Wahlplakate der Grünen 1994



Wahlplakat des Liberalen Forums 1994



(Bildquelle: www.demokratiezentrum.org/bildstrategien)

Ansonsten blieben die Grünen ähnlich farblos wie das Plakat ihrer Spitzenkandidatin, während die FPÖ Jörg Haider mit dem mittlerweile berühmt gewordenen Spruch bewarb `einfach ehrlich – einfach Jörg´ sowie jenem Slogan, der 2008 unter HC Strache seine Renaissance erlebte - `Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist! Die SPÖ setzte – wohl in Anlehnung an die FPÖ der letzten Wahl – den Bundeskanzler mehr in die Mitte des Bildes und schnitt den obersten Teil des Haarschopfes ab, was eine Dynamik ins Bild bringen sollte. Themenmäßig beschäftigte sich die SPÖ mit Pensionen, Frauen und Gesundheit. Ansonsten änderte sich hinsichtlich des Stils nur wenig im Vergleich zur Nationalratswahl 1990. Die ÖVP versuchte als `Partei der Mitte´ zu kontern und verlangte einen Machtausgleich. Sie sah sich auch als Triebfeder in der Koalition. Überraschend war die Verwendung der Farbe `rot´. Heide Schmidt blieb ihrer liberalen Überzeugung treu und trat somit mit der Parteifarbe `blau´ (Farbe der Liberalen) an, welche jedoch in Abgrenzung zur FPÖ ein sehr helles Blau war. Nach intensivem Wahlkampf endete die Wahl wie folgt.

Tabelle 21: Nationalratswahl 1994

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	LIF
1994	34,9% (-7,9%)	27,7% (-4,4%)	22,5% (+5,9%)	7,3% (+2,5%)	6,0% (+6,0%)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1994.aspx)

Die SPÖ verlor 7,9% - trotz Kanzlerbonus – und fuhr somit das größte Minus ihrer Geschichte bei Nationalratswahlen ein. Die ÖVP sank erstmals in ihrer Geschichte unter die 30% Marke und büßte 4,4% der Wähler ein. Gewinner waren die Oppositionsparteien, allen voran Jörg Haider und die FPÖ, welche auf hohem Niveau startend weitere knapp 6% an Wählern zusätzlich werben konnte. Zweiter großer Gewinner war das LIF und Heide Schmidt, die auf Anhieb den Einzug in den Nationalrat schafften und sich den Grünen, die 7,3% erringen konnten, nur knapp geschlagen geben mussten.

Sonst schaffte keine der insgesamt 13 angetretenen Parteien den Einzug in den Nationalrat. Erstmals in der Geschichte der 2. Republik konnten SPÖ und ÖVP nur weniger als 66% der Stimmen bzw. Mandate auf sich vereinen und hatten somit keine verfassungsgebende Mehrheit mehr inne. Von den 183 Abgeordneten konnte die SPÖ 65, die ÖVP 52, die FPÖ 42, die GRÜNEN 13 und das LIF 11 Mandate erringen. Bundeskanzler wurde trotz dreier Wahlniederlagen in Folge wieder Franz Vranitzky; Vizekanzler wurde ÖVP Chef Erhard Busek.

Am 1.1.1995 war es dann soweit. Nach dem Entscheid durch den Verfassungsgerichtshof - nach erfolgter Volksabstimmung zum EU Beitritt Österreichs im Jahre 1994 (Quelle: http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vfgh&Dokumentnummer=JFT_10059170_94W00106_2_00&TabbedMenuSelection=JudikaturTab) - trat Österreich in der dritten Aufnahmewelle neben Finnland und Schweden der Europäischen Union bei.

Binnen eines Jahres war abermals der Nationalrat zu wählen. Grund dafür war zunächst der Obmannwechsel innerhalb der ÖVP, als Wolfgang Schüssel nach langem, internen Machtkampf den bis dahin amtierenden Obmann Busek nachfolgte und die anschließend von Schüssel inszenierten Budgetstreitigkeiten, welche schließlich in Neuwahlen mündeten.

Die dominanten Themen der 20. Nationalratswahlen waren jene der Pensionen und der Wirtschaftskompetenz. Die ÖVP verfolgte unter dem neuen Obmann Schüssel das neoklassische Modell in welchem sich automatisch ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt einstellt, sowie das Modell des Monetarismus von Milton Friedmann bezüglich des Budgets. Die SPÖ – durch drei Wahlniederlagen wieder an ihre Wurzeln erinnert – stürzte sich, zumindest nach außen, wieder auf keynesianische Lösungen. Berühmt wurde in diesem Wahlkampf vor allem der `Pensionistenbrief` des Kanzlers Vranitzky, der bis heute teilweise die Gemüter in Aufruhr bringt.

Die Grünen setzten wieder auf Frontfrau Petrovic mit dem Slogan `Farbe bekennen`, wobei im Sujet der Begriff `Farbe` konsequent in Schwarz geschrieben wurde. SPÖ und ÖVP setzten unisono auf eine Unterschrift ihres Spitzenkandidaten auf den meisten Plakaten, was eine persönliche Beziehung zu den Bürgern und fast einer `Bürgschaft` für die Wahlversprechen gleichkam.

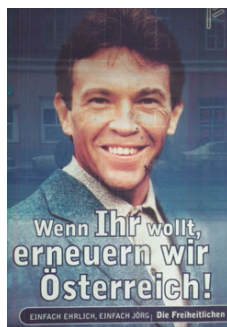
Wahlplakate der SPÖ 1995



Wahlplakate der ÖVP 1995



Wahlplakate der FPÖ 1995



Wahlplakat des LiF



(Bildquelle: www.demokratiezentrum.org/bildstrategie)

Haider und die FPÖ setzten die Strategie der letzten Jahre fort. Ehrlichkeit und Erneuerung waren zentrale Themen. Haider sah den Weg in das 'neue Österreich', welchen er auch plakatierte. Was die FPÖ immer wieder machte waren Umkehrschlüsse zu suggerieren. Das Plakat mit dem Text 'Er hat euch nicht belogen' - wobei das Wort „Er“ größer war als der übrige Text, lässt den Umkehrschluss zu, dass andere die Bevölkerung sehr wohl belogen haben. Das liberale Forum führte den Wahlkampf unter dem Motto 'Zeichen setzen!'. Alles in allem war aber die Strategie recht kompliziert (Bürgerbewegung gegen Bürgerblock) aufgebaut. Ein Kardinalsfehler im politischen Werben.

Tabelle 22: Nationalratswahl 1995

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	LIF
1995	38,1% (+3,2%)	28,3% (+0,6%)	22,0% (-0,5%)	4,8% (-2,5%)	5,5% (-0,5%)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1995.aspx)

Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP konnten mit viel Einsatz und Versprechungen (vergl. Pensionistenbrief) tendenziell Zugewinne erzielen. Vor allem die SPÖ gewann mit 3,2% am stärksten und erhöhte ihren Mandatsstand um 6 Mandate auf nun 71. Die ÖVP konnte von der von Schüssel vom Zaun gebrochenen Neuwahl nicht profitieren. Ein Stimmenzuwachs von 0,6% schlug sich nicht in einem Mandatsgewinn nieder – sie blieb bei 52 Mandaten.

Die Freiheitlichen verloren zunächst 0,5% der Stimmen und ein Mandat. Nach der Wiederholungswahl in der Gemeinde Donnerskirchen (Burgenland) und im Wahlsprengel 2 der Gemeinde Reutte (Tirol) kam die FPÖ nur noch auf 21,9% der Stimmen und verlor somit ein weiteres Mandat - an die ÖVP. Ironischerweise war es gerade die FPÖ, welche durch Ungereimtheiten in den besagten Gemeinden einer Wahlwiederholung forderte.

(Quelle: http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_1996/PK0455/PK0455.shtml)

Das LIF verlor wie die FPÖ ebenfalls 0,5%, der Wählerstimmen, konnte aber durch den doch deutlichen Stimmenverlust der Grünen – die mit 4,8% und 9 Mandaten nur noch knapp den Einzug in den Nationalrat schafften und nun wieder in der Ausgangsposition von 1986 waren – zur viertstärksten Partei (10 Mandate) avancieren.

Die Regierungen Vranitzkys waren durch - vor allem für die für sozialdemokratische Auffassungen (bzw sozialphilosophischen Wurzeln) - nicht unbedingt logischen Liberalisierungen bzw Privatisierungen ab 1987 geprägt. Darunter fallen unter anderem:

- 1987 – Verkauf von 15% der OMV an der Börse
- 1989 – Verkauf weiterer 10% der OMV an der Börse
- 1992 – Verkauf von 26% der Simmering-Graz-Pauker-Werke an Siemens
- 1992 – Verkauf von 49% der VAE an der Börse
- 1993 – 74% der AMI (heute: AMS) wird an der Börse verkauft
- 1993 – Verkauf weiterer 25% der VAE
- 1993 – Verkauf 100% der A.S.A Abfall Service (FR)
- 1993 – Verkauf von 48% der SGP-VT an Siemens
- 1994 – Privatisierung der VA Tech; 51% an der Börse
- 1994 – Verkauf weiterer 20% der OMV
- 1994 – die letzten 26% der AMS werden verkauft
- 1994 – Verkauf von 100% der AT&S
- 1994 – die letzten 26% der VAE werden verkauft
- 1995 – Verkauf von 27,3% der Böhler Uddeholm
- 1995 – Verkauf 100% von Schöller-Bleckmann

- 1995 – Verkauf 100% der Bernhard Steinkl Werkzeugmaschinen
- 1995 – Verkauf 31,7% der VA Stahl an der Börse
- 1996 – Verkauf weiterer 4,6% der VA Stahl
- 1996 – Verkauf weiterer 47,7% der Böhler Uddeholm
- 1996 – Verkauf weiterer 14,9% der OMV
- 1996 – Verkauf 100% der GIWOG Wohnbaugruppe
- 1996 – Verkauf 87% der VAMED
- 1996 – Verkauf 100% der VA Bergtechnik
- 1996 – Verkauf 100% der Austria Metall AG

(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Österreichische_Industrieholding)

Vor allem der EU Beitritt Österreichs 1995 änderte das wirtschaftliche Geschehen grundlegend. Die fast schon berüchtigten vier Freiheiten – nämlich die Freiheit des Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs – waren von 1995 an wie ein Nebel über sämtlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Des Weiteren war der europäische Fokus am Binnenmarkt der sich immer mehr und mehr erweitern sollte, sowie die Richtlinien zur Umsatzsteuergesetzgebung größtenteils in den Händen der europäischen Union.

Aber auch die verunglückten Spekulationsgeschäfte eines einzigen Mannes - Nick Leeson - in Singapur waren ein besonderes, wenn auch negatives, Highlight des Jahres 1995. Diese führten zum Bankrott der ältesten englischen Investmentbank Barings, die einer 1,4 Milliarden USD Zahlungsverpflichtung der Derivatspekulationsverluste Leasons nicht nachkommen konnte.

1997 bis 2005

Der US Präsident William Jefferson - Bill - Clinton und sein Vize Al Gore verkündeten 1993 in einer Erklärung die neue offensive US Technologiepolitik. Gore setzte noch einen drauf und verkündete, dass die US Regierung Netzwerke nicht nur zu einer Multi-Milliarden-Dollar-Industrie machen wolle, sondern auch zur Grundlage für Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Kultur. Somit war die Ära ab 1995 ökonomisch wie auch gesellschaftlich wesentlich dynamischer als die Dekaden davor. Grund dafür war die so genannte Informationsrevolution oder auch IT Revolution. Dies bedeutete, dass das Internet nicht nur als Basis zur Verbreitung von Informationen genutzt wurde, sondern viele Firmen überhaupt als Internetfirma gegründet wurden. Und die Phantasie war grenzenlos, was die nachfolgende Katastrophe – das Platzen der `DotCom-Blase´ bereits vorhersehbarer machte.

Es gab viele Arten wie sich die Unternehmen dem Internet bedienten. Einerseits als bloße Präsentationsplattform ihrer Unternehmen, was die traditionellen Firmen – begrifflich die `old economy´ - auch nutzte. Natürlich wurden auch ganze Firmen als ausschließliche Internetfirmen konzipiert und gegründet. Als berühmtes Beispiel sei das 1995 gegründete Unternehmen `ebay´ genannt. Man versuchte verschiedene betriebswirtschaftliche Bausteine, wie die Lagerung, Vertriebswege und sonstiges wegzulassen und hauptsächlich als Vermittler zwischen den

Produzenten und den Konsumenten aufzutreten, was sich in einer Verringerung der Preise niederschlagen sollte. EBAY stellten also durch Minimierung der Such-, Transaktions- und Abwicklungskosten einen fast perfekten Markt dar, wie sich ihn die Neoliberalen und Monetaristen in ihren kühnsten Träumen wohl nur schwer vorstellen konnten.

Alles konnte über Internet verkauft werden. Musik, Software, Autos, Versicherungen, Reisen und natürlich Pornographie. Letztere war wahrscheinlich auch der Grund für die exzessive und rasante Verbreitung des Internets insbesondere der Entwicklung von Breitbandinternetzugängen – ähnlich wie man es bei der Verbreitung der Videotechnologie VHS nachsagt waren auch hier menschliche Urtriebe ein technologischer Ansporn.

Eine weitere Spielart des Internets war die hoch umkämpfte Portalfunktion. Das Wort Portal ist in dieser Hinsicht wörtlich zu nehmen. Da das Internet im Jahre 1997 noch recht unerforscht und ungeordnet war, konnte man mit diesen Portalen den sprichwörtlichen `Eingang´ in die Untiefen des weltweiten Netzes finden. Dazu wurden eine Seite kreiert durch welche man je nach beliebigen alle möglichen anderen Seiten aufrufen konnte, welche auf diese Seite verlinkt waren. Mit der Zeit wurde die Suchmaschinenfunktion auf die Portalseite integriert (bspw. www.web.de) oder aber auch eine Suchseite als Portalseite mit verschiedensten Themen erweitert (bspw. www.yahoo.com).

Die bekannteste österreichische Portalseite – dies sei erwähnt weil sie mit der FPÖ unmittelbar zu tun hatte – war die Firma `yLine´. Jörg Haider erkannte sofort das Potential der `neuen Medien´ und unterschrieb einen Vertrag mit der yLine. Diese sollte die FPÖ in das 21. Jahrhundert führen, die Internetinfrastruktur liefern und eine Software erstellen, welche die Vernetzung aller freiheitlichen Organisationen – vom Parlamentsklub bis zum Gemeinderat, von der Bundesgeschäftsstelle bis zum Ortsfunktionär – ermöglichen sollte. Dieses Vorhaben kam aber über die Planungsphase nicht hinaus und kostete beiden Gruppierungen – der yLine und der FPÖ – viel Geld und Reputation. Klagen und Gegenklagen geschahen bis zum Tag der Insolvenz der yLine im Rahmen des allgemeinen Börsencrash (Dot.Com-Blase) des Jahres 2000/ 2001.

Indes war das größte wirtschaftspolitische Problem Österreichs das absolut nicht unter Kontrolle gebrachte Budgetdefizit, welches unter Finanzminister Salcher in den 1980er Jahren zwar den Höhepunkt erreichte, doch trotz Bemühungen und Ansagen der Finanzminister ab Lacina 1987 das Budgetproblem als vorderstes Ziel zu sehen, nicht in den Griff zu bekommen war. Die Sparpakete in den Jahren ab 1994 – welche nicht mit den Sozialpartnern akkordiert waren – und 1995 – unter Einbindung der Sozialpartner – brachten nicht nur dem Budget wenig an Ausgeglichenheit, sie verhalfen vor allem Jörg Haider und der FPÖ zu Wahlerfolgen am Fließband.

Die Verschuldungsquote war durch die Politik der letzten Dekaden und den in Österreich vorherrschenden Wohlfahrtsstaat von etwa 10% des BIP im Jahre 1975 auf etwa 60% des BIP im Jahre 1997 angewachsen, was nicht nur ein politisches Problem für den Finanzminister darstellte, sondern auch knapp an der Grenze der Konvergenzkriterien des Maastrichtvertrages schrammte.

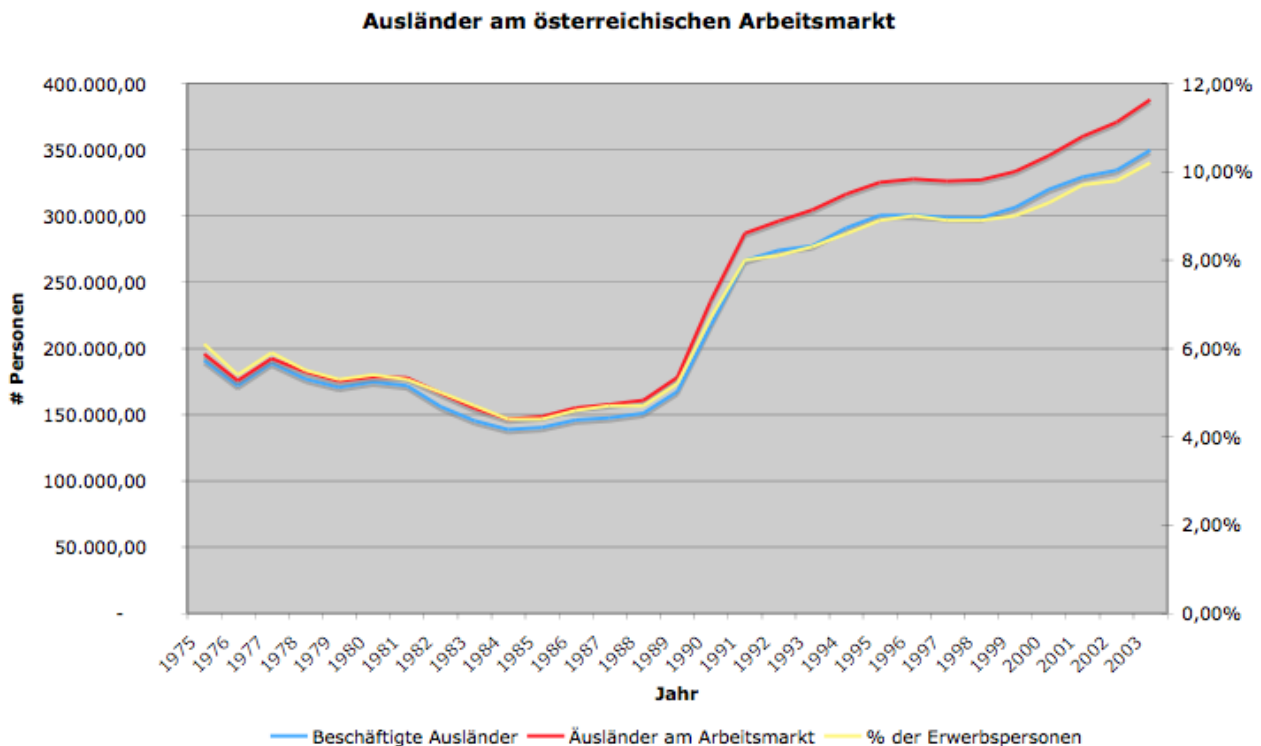
Trotz der günstigen Wirtschaftslage bis Anfang der 1990er Jahre vermochte die 'große Koalition' jedoch nicht das jährliche Defizit zu drosseln. Erst ab 1996 sank das jährliche Defizit wieder unter 5% - die einsetzende Konjunkturbelebung, vor allem durch die 'new economy' unterstützte Finanzminister Klima natürlich.

Doch woran scheiterte die Budgetsanierung? Butschek fand die Erklärung vor allem in den immer mehr ausufernden Sozialausgaben (Butschek 2004; S. 150), welche 1955 etwa 15% des BIP ausmachten sich bis 1997 aber verdoppelten. (Während dieser Punkt von mir persönlich noch bejaht wird, kann ich den Nächsten nur anzweifeln als Butschek meinte (S.152.), dass der hohe Personalstand der Bundesverwaltung signifikant zum Budgetdefizit beitrage! Meiner Ansicht nach sind bei einer Verwaltungsausgabenquote von ca. 15% der Staatsausgaben vor allem auf Bundesländerseite Einsparungen zu treffen; Anm.). Grund für die erhöhten Sozialausgaben findet man in ihrer Struktur und ihrer Geschichte. Die Sozialabgaben umfassen jene Abgaben, welche zur Bedienung der Pensions- und Arbeitslosengeldzahlungen (um die zwei Größten zu nennen) herangezogen werden.

Vor allem rund um die beginnenden bis späteren 1980er Jahre wurde zur Entlastung des Arbeitsmarktes die Frühpensionierung entdeckt, welche naturgemäß die Zahlungen von Arbeitslosengeld verringert, jedoch die Zahlungen an Pensionen erhöht. Aber auch ein zweiter, nicht zu unterschätzender budgetärer Brocken war zu bewältigen. Nämlich die sich ebenfalls ab Ende der 1980er Jahre abzeichnende negative Auswirkung der Zuwanderung und des Gastarbeitertums. Waren Gastarbeiter in den 1960er Jahren noch ein Bestandteil des Wirtschaftswachstums, so wurden sie zunehmend zu einem belastenden Budgetblock. Der simple Grund war, dass einerseits die Nachfrage nach ungelerten Arbeitskräften zurückging andererseits sich eine Masse an Gastarbeitern nun auf Dauer in Österreich niedergelassen hatte und Familien gründete.

Noch dazu kam ein sehr hoher Anteil an Asylanten und Zuwanderern aus den ehemaligen Jugoslawischen Staaten, welche nach dem Fall des 'eisernen Vorhangs' sich in Österreich eine angenehmere Zukunft versprachen.

Bild 8: Ausländer am österreichischen Arbeitsmarkt



(Bild: Eigenkreation)

Man sieht, dass seit den 1970er Jahren auch – wenn man es politisch sehen will – unter einer SPÖ Alleinregierung der Versuch unternommen wurde die Gastarbeiter wieder ihren Heimatländern zuzuführen. Dieser Trend änderte sich – ironischerweise – nach der FPÖ Regierungsbeteiligung unter Steger und erhielt einen kräftigen Schub nach dem Fall des eisernen Vorhangs 1989/ 90 und einen weiteren im Rahmen verschiedener Auseinandersetzungen im Rahmen des Balkankonfliktes.

Am Diagramm kann man vor allem zwei Tatsachen gut ablesen. Zum einen, dass Österreich stets bemüht war die Ausländer in den Arbeitsmarkt zu integrieren (zumeist parallel laufende Linien) aber auch die absolute Sättigung des Arbeitsmarktes und das resultierende Auseinanderdriften (im Diagramm ab 1992) zwischen arbeitslosen Österreicher und arbeitslosen Ausländern.

All diese Ereignisse, die teils `hausgemacht` teils exogen gegeben waren, führten zu einem nachhaltigen Defizit des österreichischen Staatshaushaltes. Es sollte aber erwähnt werden, dass der Haushalt in der Geschichte seit 1945 nur ein einziges Mal (1961 mit +0,4%) einen Überschuss aufwies.

Unter all diesen Gegebenheiten fanden am 3. Oktober 1999 die 21. Nationalratswahlen statt, welche einen Paradigmenwechsel in Österreichs Wirtschaftspolitik nach sich ziehen sollten.

Zunächst einmal aber die Bildstrategien der Parteien:

Wahlplakate der SPÖ 1999



Wahlplakate der ÖVP 1999



Wahlplakate der FPÖ 1999



Wahlplakate der Grünen 1999



Wahlplakat des Liberalen Forums 1999



(Bildquelle: www.demokratiezentrum.org/bildstrategie)

Tabelle 23: Nationalratswahl 1999

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	LIF
1999	33,1% (-4,9%)	26,9% (-1,4%)	26,9% (+5,0%)	7,4% (+2,6%)	3,7% (-1,9%)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/1999/Ergebnis.aspx)

Sowohl SPÖ als auch ÖVP fanden sich nach der Wahl in einem bis dahin historisch schlechtesten Ergebnis wieder, während die FPÖ und die Grünen das bis dahin historisch beste Ergebnis schafften. Alleine die SPÖ konnte noch über 30% Wählergunst auf sich vereinen. Das absolute Novum jedoch war, dass erstmals in der Geschichte die FPÖ zweitstärkste Partei in Österreich wurde und das, nachdem sie sechzehn Jahre zuvor den Einzug in den Nationalrat beinahe nicht geschafft hätten.

Das dominierende Thema diese Wahlkampfes war Jörg Haiders 'Kinderscheck' welcher schon in den Weißenseegesprächen von Herbert Haupt angesprochen worden war und auf eine oberösterreichische Idee zur Steigerung der Fertilitätsrate zurückging. Wobei es natürlich dem

Selbstverständnis der FPÖ als Familienpartei auch ohne Rücksicht auf künftige Bevölkerungsentwicklung und Pensionszahlungen gut zu Gesicht stand.

Im krassen Gegensatz zur Plakatanalyse auf der Internetseite des Demokratiezentrum (www.demokratiezentrum.org - siehe Quellenverweise; Anm.) versicherte mir in einem persönlichem Gespräch der damalige Verantwortliche für die freiheitliche Werbelinie und nunmehrige FPÖ Bundesgeschäftsführer Hans Weixelbaum, dass die Intension aller Verantwortlichen ein Themenwahlkampf war und dieser – in üblicher Überspitztheit – auch geführt wurde. Konkrete Forderungen spiegelten sich nicht unbedingt in allen Plakataffichierungen wieder, doch wurden sie weitgehend eingebaut. Auch direkte Antworten auf Plakate anderer Parteien wurden von der – damals mit unglaublichem Selbstvertrauen ausgestatteten – FPÖ getätigt als beispielsweise die SPÖ mit einer Plakatserie kam und titelte `Auf den Bundeskanzler kommt es an´ die FPÖ innerhalb weniger Tage plakatieren ließ `Uns kommt's auf die Menschen an´. Eine Tatsache, welche bei Weixelbaum immer noch ein gewisses Strahlen in den Augen aufkommen lässt.

Die SPÖ fuhr zwei parallel laufende Werbelinien. Zum einen die Person des Kanzlers Victor Klima, welcher vollkommen losgelöst von Sachthemen plakatiert wurde und nur mit der Kanzlerfrage spekulierte, während Sachthemen auf eigenen Plakaten behandelt wurden. Die ÖVP setzte auf Obmann Schüssel, der sich - wie im letzten Wahlkampf – mit Unterschrift und übergroßen Bildern für seine Wahlversprechen verbürgte. Die Grünen hatten mit Alexander van der Bellen einen neuen Obmann und Nachfolger der glücklosen Madeleine Petrovic gefunden und setzten auf `grüne´ Themen wie Umweltschutz sowie auf die Kompetenz ihres Spitzenkandidaten, der immerhin Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Wien ist.

Das Liberale Forum hatte neben der Gegnerschaft der Personen Schmidt und Haider wenig zu bieten, versuchte aber eine Geschlechterdiskussion zu entfachen. Interessant war immerhin die Durchführung einer so genannten `Teaser Kampagne´ was nichts anderes bedeutet als das ein Plakat affichiert wird, ohne den Urheber zu nennen, welcher erst in einer zweiten Stufe aufs Tapet – bzw. das Plakat – kommt. So betrachteten die Österreicher mal eine Zeit lang einen Besen und eine Schaufel mit der Überschrift `Gleichberechtigung?´. Erst später wurde das Logo des LiF hinzugefügt sowie eine Aufforderung `Liberal wählen´ um Frauen und Männer für gleiche Leistung mit gleichem Geld auszustatten. Ironischerweise widerspricht eine Steuerung am Arbeitsmarkt aber dem liberalen Verständnis, dass sich jedes Angebot - bspw. an kompetenten Frauen - seine Nachfrage schon selber sucht und findet.

Der Vollständigkeit halber sei noch das Auftreten der kommunistischen Partei KPÖ erwähnt, welche aber den Einzug in den Nationalrat abermals nicht schaffte aber mit ihrer Besetzungswahl der Nationalratswahlliste und ihrer Kampagne für Kopfschütteln aber auch Schmunzeln sorgte. Zum einen wurde der Wiener Künstler Alfred Hrdlicka auf die Liste gesetzt, welcher damals weniger aber immerhin 10 Jahre später dadurch auffiel, dass er die Hälfte aller Deutschen und Österreicher in einem Leserbrief als Faschisten und Antisemiten bezeichnete (Quelle:

[http://www.volksfreund.de/Buergermeister-stellt-Strafanzeige-wegen-](http://www.volksfreund.de/Buergermeister-stellt-Strafanzeige-wegen-Volksverhetzung;art1129.2025647)

[Volksverhetzung;art1129.2025647](http://www.volksfreund.de/Buergermeister-stellt-Strafanzeige-wegen-Volksverhetzung;art1129.2025647)), andererseits der Kabarettist Helmut Zenker, der 'Tohuwabohu ins hohe Haus' (Tohuwabohu ist eine von Zenker gestaltete ORF Serie, Anm.) bringen wollte. Außerdem schrieb man seinen Namen am Plakat mit einem 'Z' welches an 'Zorro' erinnern und wohl die Umverteilungspolitik der KPÖ symbolisieren sollte.

Nach 124 Tagen der Sondierungsgespräche war es dann aber soweit. Nachdem sich ÖVP und SPÖ nicht auf den Finanzminister einigen konnten sowie der ÖGB eine Erhöhung des Eintrittsalters für Frühpensionierungen ablehnte, was nach Meinung vieler (vergl. Butschek 2004; S. 177) nur eine 'Exit Szenario' der ÖVP war – man wird den Eindruck nicht los, dass die ÖVP gar nicht an einer Regierung mit der SPÖ interessiert war - kam es zur ersten blau-schwarzen Regierungsbildung der Geschichte.

Vor allem der Arbeit der Proponenten Andreas Kohl und Wolfgang Schüssel (der erste Österreicher, der als Vertreter der drittstärksten Partei Kanzler wurde; Anm.) von der ÖVP sowie Herbert Scheibner und Jörg Haider von der FPÖ war dieses Experiment zu verdanken. Die Reaktionen darauf waren gemischt, teils weniger positiv und teils auch panisch aggressiv gegen die neu entstandene Regierung. Zum Höhepunkt kam die, zum Teil auch durch die nun auf der Oppositionsbank platz nehmenden SPÖ, teilweise auch durch Medien gesteuerte Panik durch die ab nun statt findenden Donnerstagsdemonstrationen gegen die Regierung, der spontane Abzug des Israelischen Botschafters sowie dem sachlichen, rechtlichen und politischen Amoklauf der übrigen vierzehn EU Länder, welche zu den EU Sanktionen (Quelle: http://www.parlinkom.gv.at/PE/CHRONO/Chronologie_Portal.shtml) gegen Österreich aufriefen.

Gerüchteweise war es auch so, dass die Ex Bundeskanzler Klima und Vranitzky sowie der Bundespräsident Klestil (der mit Kabas und Prinzhorn zwei FPÖ Nominierte als Minister ablehnte und die Angelobung nur sehr widerwillig durchführte; Anm.) ihre internationalen Kontakte spielen ließen um zu erörtern (Quelle: <http://www.wien-konkret.at/politik/europa/eu-sanktionen/>) ob es nicht Möglichkeiten gebe Maßnahmen gegen einer Regierungsbeteiligung der FPÖ zu setzen. Die Ministerpräsidenten aus Finnland, Dänemark und Schweden berichteten über derartige Interventionsversuche aus Wien. Inhalte der Sanktionen waren wie folgt:

- Die Regierungen der 14 Mitgliedsstaaten werden keinerlei offizielle bilaterale Kontakte auf politischer Ebene mit einer österreichischen Regierung unter Einbindung der FPÖ betreiben oder akzeptieren (Österreichische Minister können somit unter anderem bei den so genannten 'informellen Treffen' der jeweiligen EU-Räte nicht anwesend sein und daher auch nicht mitbestimmen; Anm.)
- Es wird keine Unterstützung für österreichische Kandidaten geben, die Positionen in internationalen Organisationen anstreben;
- Österreichische Botschafter werden in den EU-Hauptstädten nur noch auf technischer Ebene empfangen. (Erklärung der portugiesischen EU-Präsidentschaft und seines damaligen Vorsitzenden, dem portugiesischen Ministerpräsidenten Antonio Gutarres; Anm.)

(Quelle: http://www.parlinkom.gv.at/PE/CHRONO/Chronologie_Portal.shtml)

Die offenkundig rechtswidrigen (Verstoß gegen Art. 6 und 7 EUV) EU 14 Sanktionen bewirkten jedoch nicht das erwünschte Ergebnis. Die Regierungsparteien rückten näher zusammen als sie einen gemeinsamen Entschließungsantrag `105AE/ XXI GGP` im österreichischen Parlament einbrachten. (Quelle: http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXI/A/A_00105/daten_000000.doc). Auch Österreichs größte Tageszeitung – die Kronen Zeitung – war auf der Seite der Regierungsparteien, sowie große Teile der Bevölkerung nun die EU mit Skepsis betrachteten als nun nachfolgend zunächst immer mehr und mehr `rechte` Parteien im Internationalen Spektrum wie auch als Regierungspartei auftraten (Silvio Berlusconi in Italien, Pim Fortyn in den Niederlanden, Philip de Winter in Belgien um nur einige zu nennen; Anm.), welche jedoch nicht unter Sanktionen gesetzt wurden. Außerdem wurden die ca. 1 Mrd. EUR an Nettoleistungen Österreichs an die EU immer noch gerne genommen, was noch mehr Unverständnis auslöste.

Zum Ende der EU Sanktionen kam es erst im Herbst 2000 als Martti Ahtisaari, Jochen Abraham Frowein und Marcelino Oreja den so genannten `Weisenbericht` erstellten und veröffentlichten, indem sie nach genauer Überprüfung Österreich die Rechtsstaatlichkeit und das Eintreten für `europäische Werte` sowie der FPÖ Demokratiebewusstsein attestierten.

Die Donnerstagsdemonstrationen waren hingegen eine vor allem von der sozialistischen Jugend, den Grünen und einigen non-profit-Organisationen organisierte Veranstaltungsserie, welche das Ziel hatten die FPÖ wieder aus der Regierung zu entfernen. Diese nahmen ihren Anfang bei der Angelobung der neuen blau-schwarzen Regierung am 4. Februar 2000 wo etwa 10.000 bis 20.000 Menschen demonstrierten und teilweise auch Farbbeutel, Obst, Gemüse, Steine, Knallkörpern und Flaschen schmissen. Die Mitglieder der Regierung mussten unterirdisch die Präsidenschaftskanzlei der Hofburg betreten. Genaue, wenn auch einseitige und unter der Ideologiebrille geschönte und über- oder untertriebene Beschreibungen dieser Tage gibt es auf <http://www.tatblatt.net/132chronologie-februar.htm>. Danach trafen sich die Demonstranten jeden Donnerstag um vom Ballhausplatz ausgehend eine nicht vorher festgelegte Route zu marschieren – zumeist jedoch am Sozialministerium sowie an der Esslinggasse (Bundesgeschäftsstelle der FPÖ; Anm.) vorbei. Bei der ersten Demonstration waren noch etwa 10.000 Menschen dabei, was dann ihren Höhepunkt bei der Großdemonstration am 19. Februar 2000 fand, als ca. 150.000 Menschen unter dem Titel `Widerstand gegen Schwarz Blau` gegen die Regierung demonstrierten (beim Lichtermeer gegen das Volksbegehren `Österreich zuerst` waren es noch 200.000; Anm.). Mit der Zeit wurden die Teilnehmer aber schnell weniger, sodass sich die Organisatoren was anderes einfallen lassen mussten. Somit wurden mit der Zeit die Demonstrationen zur Nebensache und diverse Kunstprojekte zur Hauptsache. Beispielsweise als der Regisseur Christoph Schlingensief einen Container vor der Staatsoper stürmte um effektiv die darin befindlichen Asylwerber (Schauspieler; Anm.) zu befreien. Anschließend drang man in das nahe gelegene Hotel Marriot ein um eine Podiumsdiskussion mit dem damaligen Finanzminister Karl Heinz Grassler und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zu verhindern. Als die Teilnehmerzahlen weiter sanken wurden andere Projekte –

man nannte sie Widerstandsprojekte oder Rahmenprogramme – in den Mittelpunkt gestellt. Unter anderem Lesungen von Elfriede Jelinek oder Hermes Phettberg!

Doch schon im Winter 2000 berichtete mir ein Polizist, dass mittlerweile mehr Polizisten als Demonstranten bei den Donnerstagsdemonstrationen teilnahmen. Offenbar ist die Demonstrationsbereitschaft eine Funktion der Außentemperatur – zumindest bei Demonstrationsserien die einen gewissen Zeitraum überdauern kann man das durchaus beobachten. Schließlich traf man sich nur noch zu einer Art `Jubiläumsdemonstration` als man sich an den Jahrestagen der Regierungsbildung von `blau-schwarz` mahndend zusammensetzt. Die letzte mir bekannte Donnerstagsdemonstration fand im Februar 2006 (6-jähriges Jubiläum; Anm.) statt.

Doch mit der seit 1986 bestehenden gossen Koalition war es nun aus. Ebenfalls mit der sich über die Jahrzehnte eingestellte `konsensuale Konfliktlösung` in strittigen Fragen. Da die FPÖ ohnehin nie viel mit den Sozialpartnern anfangen konnte – dementsprechend oft deren Auflösung provokant forderte – war die Konsensorientiertheit nun auch vorbei. Dies war für Bundeskanzler Schüssel nicht unbedingt ein Nachteil, der ohnehin ebenfalls nicht viel davon hielt und es `darauf ankommen ließ`.

`Ein guter Tag beginnt mit einem sanierten Budget` waren die Worte von Finanzminister Grassler im Oktober 2000. Warum auch nicht. Die Wirtschaft war 3,4% real gewachsen und somit war das Nulldefizit oberste Prämisse der neuen Regierung. Alles andere hatte sich dem gegenüber unterzuordnen. Die `neue Institutionenökonomie` hielt als Nachfolgerin bzw. Adaption des Friedman'schen Monetarismus Einzug in die Österreichische Bundesverwaltung. Das nicht unbedingt konsistente System, welchem hier nachgegangen wurde enthielt aber Schlagworte wie `Reduktion des Staatseinflusses (Stichwort: weniger Staat – mehr privat), Preisstabilität, Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung sowie ein ausgeglichenes Budget und eine Individualisierung der Vorsorge gegen die Risiken des Arbeitslebens. Diese Politik verfolgten nicht nur die Minister Grassler und Bartenstein sowie Bundeskanzler Schüssel sondern es war Maxime der europäischen Politik geworden. Nicht nur wirtschaftliberale Parteien wie es die FPÖ und ÖVP zweifelsfrei waren, auch sozialistische Parteien wie die SPD in Deutschland oder die Labor Party in England gingen dieser Politik nach.

Menschen hatten noch im `goldenen Zeitalter` eine Menge an Privatvermögen bilden können. Ab den 1970ern reduzierte sich dies zwar, doch konnte ein durchaus respektable, privater Kapitalstock gebildet werden, welcher veranlagt werden wollte. Vor allem die immer schneller werdende Verarbeitung von Daten war es, die sich gepaart mit einer schier unglaublichen Deregulierung – vor allem im Finanz- und Bankensektor – die Veranlagungsmöglichkeiten in die Höhe schnellen ließ. Auch neue Finanzinnovationen wie Optionen oder Futures beschleunigten dies natürlich. Es entstand eine gewisse `Casino Mentalität` bzw. eine `Casino Ökonomie` als Menschen bspw. über Futures nur noch auf erwartete Börsenkurse `wetteten` und somit die realen Firmenwerte vollkommen außer Acht ließen. Auch die Managerbonifizierung auf Basis der Aktienkurse war ein Multiplikator, als diese – teils auch durch kriminelle Methoden (vergl. WorldCom, Enron, usw.) – mehr an der Maximierung der

Börsenkurse interessiert zeigten, als am langfristigen Unternehmenswachstum. War es in vergangenen Zeiten in Managerkreisen noch Chic die Anzahl der Mitarbeiter als Maßzahl für den persönlichen Erfolg zu werten, so änderte sich dies signifikant, als die Börsenkurse in die Höhe schnellten, wenn Massentlassungen auf pompösen Pressekonferenzen angekündigt wurden. Es wurden eben die Kosten gesenkt!

Ein weiterer Baustein des bald folgenden Platzens der entstandenen 'new economy Blase' war die Umstellung der Bilanzierung auf die IAS/ IFRS. Natürlich galt weiterhin das österreichische Handelsgesetzbuch (HGB bzw. seit 2006 UGB), doch für große börsennotierende Unternehmen war es Usus in den stark Investororientierten Internationalen Standards ebenfalls zu bilanzieren. Sogar Nobelpreisträger Joseph Stiglitz vertrat in seinem Buch 'the roaring nienties' diese These. Auch das deutsche Handelsblatt titelt, dass die Regeln kompliziert und hauptursächlich für Fehler sind. Auch umstrittene Regeln wie bspw. das 'Fair Value Prinzip' bei der Ermittlung von Marktwerten beim Kauf oder Verkauf von Unternehmen (Quelle: Handelsblatt - <http://tinyurl.com/ygmqxbt>).

Nach dem Platzen der 'new economy Blase' erfuhr ganz Europa eine wirtschaftliche Stagnation. Die Wirtschaftsleistung in Österreich wuchs nur noch um 0,8%, 1,4% bzw. 0,7% in den Jahren 2001 bis 2003. Erst ab 2004 konnte wieder ein konstantes Wachstum auf höherem Niveau erreicht werden. Die Arbeitslosenquote während dieser Zeit betrug nach EU (EuroStat) Berechnung zwischen 3,6% bis 4,4%. Nur die Inflationsrate blieb durch das Weigern der EZB die Leitzinsen zu senken auf niedrigem Niveau bei 1,3% bis 2,7%. Angesichts des niedrigen Wirtschaftswachstums ist die niedrige Inflationsrate auch kein Wunder.

Während der Regierungszeit wuchs der Unmut der Wähler wie auch der Parteibasis über die FPÖ. Die FPÖ hatte sich zu weit aus dem Fenster gelehnt; hatte ein Nulldefizit versprochen unter Beibehaltung der sozialen Leistungen, sowie ein rasches Wirtschaftswachstum und Privatisierungen ohne Arbeitsplatzverluste. 'Mehr Privat – weniger Staat' war die freiheitliche Prämisse der 1990er Jahre gewesen unter dem offenbaren Irrglauben, dass eine effektivere Unternehmensführung mit dem gleichen Mitarbeiterstand auskommt wie bis zu diesem Zeitpunkt.

Die Realpolitik holte die FPÖ schnell ein. Die erste Wahl nach Regierungsantritt im Burgenland (2000) brachte noch ein recht kleines Minus von 1,4% und man fand sich bei ca. 12% der Wählergunst wieder. Doch für die seit etwa 15 Jahren fast durchgehend und ausschließlich gewinnende FPÖ war das ein herber Rückschlag, der auf das eine oder andere vollmundig gegebene Wahlversprechen zurückzuführen war, dessen Einhaltung die Parteibasis nun trachtete. Bei der Landtagswahl in der Steiermark (2000) schlug nicht nur ein sattes Minus von 5% auf 12,4% zu Buche, sondern es kam auch der Kommunist Kaltenegger als Stadtrat in die Grazer Stadtregierung was einerseits verwunderlich schien, da die KPÖ durch innerparteilichen Streit erneut Auflösungserscheinungen zeigte, doch für die FPÖ war dies ein eklatanter Tiefschlag.

Zu allem Überfluss für die Freiheitlichen brach bei der Wahl zum Wiener Gemeinderat (2001) auch noch die `Hump-Dump-Affäre´ über den FPÖ Spitzenkandidaten Hilmar Kabas herein, welcher in einer Ansprache den Bundespräsidenten Thomas Klestil als `Lump´ bezeichnete. Statt zu seinen Aussagen zu stehen und eine bloße Geldstrafe wegen Ehrenbeleidigung zu bezahlen – wie es später der Salzburger Landesobmann Karl Schnell tat, welcher sich zu Kabas solidarisch zeigen wollte – stotterte er in aller Öffentlichkeit herum er hätte nicht `Lump´ sondern `Hump oder Dump´ gesagt, wobei er wohl selber nicht genau wusste was das nun ist. Dies erzwang einen Wechsel der Spitzenkandidaten. Kabas ging und machte Platz für die ehemalige Richterin Helene Partik-Pablé. Diese konnte ob ihrer mangelnden Zugänglichkeit keine breite Zustimmung in der Wiener Wahlbevölkerung finden. Da halfen auch Plastikschmetterlinge mit der Aufschrift `Ich flieg auf Helene´ sowie das Verteilen von insgesamt 100.000 Schnitzselmmeln (Quelle: Gespräch mit BGF Weixelbaum; 2006) nichts. Die FPÖ fuhr ihr bis dahin größtes Minus in einer ihrer Hochburgen – Wien – ein, verlor 7% und stand nur noch bei knapp über 20%.

2002 war keine Landtagswahl, trotzdem war die FPÖ stets schwer beschäftigt – wenn auch zumeist mit sich selbst. Zwar konnte die Euroeinführung am 1. Jänner 2002 Anfang des Jahres noch als Stimmungsmache gegen die Europäische Union verwendet werden, doch schon im Sommer 2002 setzte das tragische `Jahrhunderthochwasser´ ein, welches in weiten Teilen Österreichs – vor allem Salzburg, Oberösterreich und Niederösterreich – Schäden in Milliardenhöhe (in EUR) verursachte.

Schon kurz darauf entbrannte ein Streit zwischen FPÖ und ÖVP über die angekündigte Steuerreform, welche zur steuerlichen Entlastung weiter Teile der österreichischen Bevölkerung dienen sollte. Vor allem Jörg Haider, der unter anderem die bevorstehenden Landtagswahlen in Oberösterreich, Tirol und Niederösterreich vor sich sah, beharrte auf der Einhaltung dieses Versprechens. Wolfgang Schüssel hingegen nahm diesen Unglücksfall des Hochwassers als Anlass sich `ausnahmsweise´ nicht an das Regierungsprogramm zu halten, sondern auf einen Aufschub der Steuerreform zu plädieren (dies sei vor allem deshalb erwähnt, weil Schüssel in der ab 2006 regierenden Koalition mit Gusenbauers SPÖ stets auf die Einhaltung des Programms beharrte; Anm.).

Mit ins Boot holte sich Schüssel Finanzminister Grasser, der immer noch sein Budget im Kopf hatte und versuchte die Ausgaben auch ohne große Rücksichtnahmen gegenüber Dritten, zu minimieren. Bald schon standen große Teile des freiheitlichen Parlamentsklubs, allen voran die `Wirtschaftsfraktion (RFW)´ rund um Haigermoser und Neudeck, sowie die Vizekanzlerin Riess-Passer und der Klubchef Peter Westenthaler, hinter Bundeskanzler Schüssel. Sogar im FPÖ Parteivorstand wurde dieses Thema behandelt. Nur der Kärntner Strutz gab eine Gegenstimme ab.

Dies wiederum brachte Haider – dessen Entscheidungen bis dahin nicht oder nur selten angezweifelt wurden – zur Forderung nach einer (verbindlichen) Volksabstimmung über die Steuerreform, was jedoch von der Regierung wie auch des freiheitlichen Parlamentsklubs abgelehnt wurde. Susanne Riess-Passer forderte dagegen eine (unverbindliche) Volksbefragung unter dem Titel `Hochwasserhilfe vor Steuerreform´ was von Haider als zynisch abgelehnt wurde. Nach einigen Tagen

Geplänkel zwischen Haider und der FPÖ Regierungsspitze fordert Haider einen Sonderparteitag, da die Steuerreform vom letzten Parteitag gefordert wurde und nur durch diesen (das höchste Gremium der FPÖ) wieder rückgängig gemacht werden konnte.

Am 30. August 2002 teilt Haider mit, dass die FPÖ eine andere Richtung verfolge, als sie unter seiner Mitwirkung nach der Nationalratswahl 1999 konzipiert worden (Quelle: <http://www.nlp.at/hl/medien/chrono0902.htm>). Dementsprechend wäre er an einem bundespolitischen Mitwirken nicht mehr interessiert und konzentrierte sich nur noch auf Kärnten.

Kurz darauf fanden sich die Landesparteioberleute von NÖ, OÖ, und Wien sowie Martin Strutz aus Kärnten beim freiheitlichen Volksanwalt Ewald Stadler ein. Gemeinsam hatten sie 380 Unterschriften von Delegierten gesammelt, welche für einen Sonderparteitag der FPÖ votierten. Die Bundespartei- sowie der Parlamentsklub und die freiheitlichen Regierungsmitglieder waren außer sich und drohten mit kollektivem (mit ein paar Ausnahmen) Rücktritt sollten die Unterschriften nicht zurückgezogen werden. Haider versammelte darauf die so genannten 'abtrünnigen' Delegierten in der steirischen Stadt Knittelfeld.

Am Vorabend zum Knittelfelder Delegiertentreffen trafen sich Haider und Riess-Passer und setzten ein Kompromisspapier auf. Am Tag danach wurde ein Alternativvorschlag diskutiert dessen Existenz Riess-Passer leugnete. Haider sagte zu 'seinem Vertrauten' Scheuch (Kurt Scheuch; Anm.) er solle das Programm der Vizekanzlerin 'sprichwörtlich' zerreißen, was Scheuch aber wörtlich nahm. Der damalige Verteidigungsminister und FP Grande Herbert Scheibner lief plötzlich ins Haider-Lager über und empfahl den Delegierten ein weiteres Kompromisspapier, welches Haider offenbar ausgearbeitet hatte. Dessen Inhalt war die Einsetzung einer Steuerreformkommission, Beschluss der Steuerreform für Jänner 2003, das Abhalten eines Sonderparteitages vor der Ratifizierung der EU Osterweiterung, Haiders Rückkehr in die Bundespolitik sowie keine Zahlung der bestellten Eurofighter-Abfangjäger vor der Steuerreform. Volksanwalt Stadler wurde mit der Kontrolle der Einhaltung der Beschlüsse beauftragt (Quelle: http://www.falter.at/web/print/detail.php?id=73&sub_id=46).

Am 8. September 2002 gaben Vizekanzlerin Riess-Passer, Finanzminister Karl-Heinz Grassler und Klubchef Peter Westenthaler in einer Pressekonferenz ihren Rücktritt bekannt. Tags darauf beendeten Riess-Passer und ÖVP Kanzler Schüssel die koalitionsäre Zusammenarbeit bekannt und verkündeten Neuwahlen.

Tabelle 24: Nationalratswahl 2002

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	LIF
2002	36,5% (+3,0%)	42,3% (+15,4%)	10,0% (-16,8%)	9,5% (+2,5%)	1,0% (-2,7%)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2002/Gesamtergebnis.aspx)

Wahlplakat der SPÖ 2002



Wahlplakat der ÖVP 2002

Wahlplakate der FPÖ 2002



Wahlplakate der Grünen 2002



(Bildquelle: www.demokratiezentrum.org/bildstrategie)

Die Wahl endete für die FPÖ verheerend. Am Ende stand ein fettes Minus von 16,8% zu Buche. Die FPÖ fuhr die schlimmste Niederlage ihrer Geschichte ein, fand sich bei nur noch knapp zwei Drittel ihrer Wähler von 1999. Noch nie hatte eine Partei ähnlich viel innerhalb von nur zwei Jahren verloren. Schuld daran waren in erster Linie natürlich die vorher skizzierten, innerparteilichen Streitereien. Dann kam auch noch ein Wechsel an der Parteispitze hinzu als der amtierende Obmann und Spitzenkandidat Matthias Reichhold 'spontan' an einem Herzleiden erkrankte und somit für diese aufwendigen und körperlich anspruchsvollen Tätigkeiten nicht mehr zur Verfügung stand (sein Herzleiden hinderte ihn aber nicht am Ausfüllen des Vorstandspostens bei der ASFINAG; Anm.) Somit musste – als der Wahlkampf schon auf Reichhold ausgerichtet war, und alle dafür notwendigen Güter gekauft waren – Sozialminister Herbert Haupt einspringen.

Sämtliche Werbeartikel konnten de facto nicht verwendet werden. Das kostete Millionen. Der durch einen schweren Autounfall sowie einer Hepatitiskrankheit (Hepatitis C; Anm.) schwer gezeichnete und dementsprechend rhetorisch wenig einsetzbare Herbert Haupt tat was er konnte, doch war die Niederlage – auch in dieser Höhe – durch kein Zutun der Welt mehr abzuwenden. Im Nachhinein und mit etwas Distanz betrachtet schuldet die FPÖ Herbert Haupt sehr viel, denn außer ihm war – siehe Reichhold – kein Spitzenpolitiker willens oder fähig die Partei, in dem angeschlagenen Zustand und der unabwendbaren Niederlage in Sicht, zu übernehmen.

Die Zerrissenheit der FPÖ spiegelte sich sogar auf den Plakaten wieder, als sie versuchten alle möglichen Interessen mit dementsprechendem Kandidatenmaterial abzudecken. Nicht weniger als fünf Personen zierte das Wahlplakat – Haupt selber (Vertreter der sozialen Schiene sowie Haider Vertrauter), Magda Bleckmann (Vertreterin des nationalen Flügels), Thomas Prinzhorn (Vertreter des Wirtschaftsflügels), Jörg Haider selbst und der Oberösterreicher Max Walch (als Vertreter der Arbeitnehmer).

Die Grünen warfen ihre Wahlkampfstrategie der letzten Jahre ebenfalls total über den Haufen. Statt Diversifizierung wurde ein Fokus auf den Spitzenkandidaten Alexander van der Bellen gelegt. Statt ausschließlich grünem Hintergrund mit eckigen Bildern und dumpfer Schrift - was fürchterlich billig und hektisch wirkte - war es ein großes Bild von van der Bellen, ein ruhiger Hintergrund – zum Hemd passend – sowie ein Text in schwarzer Schrift. Nur das Parteilogo stach grünfarbig hervor. Die Strategie ging voll auf. Die Grünen erhielten 2,5% mehr an Zustimmung, hielten nun 9,5% und waren nur noch knapp hinter der FPÖ liegend.

Die SPÖ unter Spitzenkandidat Gusenbauer konnte - durch ihre Oppositionsrolle bedingt – einen klassisch sozialistischen Wahlkampf führen. Das Thema 'Menschlichkeit' war prägend, was vor allem auf die Maßnahmen wie Rezept- Ambulanz- und Studiengebühren, sowie auf die ohnehin als kalt und unmenschlich titulierte angebotslastige Wirtschaftspolitik von Grasser, Bartenstein und Schüssel zurückzuführen war. Gusenbauer präsentierte sich am Wahlplakat in einer heterogenen Menschenmenge (Familien, Pensionisten, Bildungsbürger, Politiker, usw.) mit dem Schriftzug 'weil jeder Mensch zählt'. Schlussendlich war auch das eine gangbare Strategie, denn die SPÖ fuhr 3% mehr Wählerstimmen ein als 1999 und war jetzt auf 36,5%.

Durch mehrere taktische Glanzstücke vermochte aber die ÖVP als unumstrittener Wahlsieger vom Platz zu gehen. Mit einem Plus von 15,4% war das die größte jemals gemessene Steigerung einer Partei innerhalb einer Wahlperiode – bzw. zwischen zwei Wahlen. Der Erfolg der ÖVP ruht auf zwei Säulen. Zum einen konnte sie 633.000 Wähler von der FPÖ abziehen und auf sich vereinen, zum zweiten konnte die ÖVP durch den sich zuspitzenden Lagerwahlkampf (bürgerliche FPÖ/ÖVP und sozialistische SPÖ/Grüne) 129.000 Nichtwähler des Jahres 1999 zur Wahlurne bewegen.

Eine taktische Glanzleistung konnte Schüssel auch setzen, als er den in der Kronenzeitung – und somit in der Öffentlichkeit – sehr beliebten Finanzminister Grasser überredete eine weitere Legislaturperiode Finanzminister zu bleiben. Grasser trat darauf hin medienwirksam aus der FPÖ aus und kandidierte als parteiunabhängiger Finanzminister.

Schüssel – als Vertreter der erstmals seit 1966 wieder stärksten Partei ÖVP - wurde mit der Regierungsbildung betraut. Es wurden Sondierungsgespräche sowohl mit der SPÖ als auch mit den Grünen geführt, doch waren das dem Vernehmen nach (bspw. Cap im ORF; Jänner 2003) nur Scheingefechte. Da sich eine Mehrheit mit der FPÖ ausging, war es auch folgerichtig abermals eine Koalition mit ihr zu beginnen. Zum einen müssten einer SPÖ als Koalitionspartner mehr Minister- und Staatssekretärsposten gegeben werden als einer 10% FPÖ, und die etwa mit der FPÖ gleich starken Grünen waren ideologisch (Stichwort: Homoehe, Verteilungspolitik, usw.) sicher weiter von der ÖVP weg als es die FPÖ war. Noch dazu war die FPÖ in einer Art Demutsphase, in welcher sogar der sonst alles überstrahlende Kärntner Landeshauptmann Haider schwer angeschlagen war.

Die FPÖ konnte im Kabinett Schüssel II nur noch 3 Minister und 4 Staatssekretäre (die auch noch oft ausgewechselt wurden) halten. Der Rest ging an die ÖVP. Auch hatte die FPÖ nur noch 18 Abgeordnete im Nationalrat.

Als Anmerkung sei noch erwähnt, dass es in der Politik – vor allem in der FPÖ – Usus war, dass ein einmal verdienter Posten nicht ohne weiteres (iSv. unfreiwillig) wieder abgegeben wird. Dementsprechend war das – ähnlich dem Kapitalismus – auf Wachstum beruhende System in dem Moment instabil, als sich die Wahlniederlage abzeichnete, was spätestens nach der Gemeinderatswahl in Wien 2001 der Fall war. Mit einem Regierungsbeitritt der FPÖ waren immerhin 7 Posten an Ministern und Staatssekretären vergeben, was nun wieder Platz im Nationalrat machte usw. Auch das – wenn nicht sogar: vor allem das - war ein Motiv für den Regierungseintritt. Doch zu diesem Zeitpunkt gab es schon Kritiker am weiteren Verbleib der FPÖ in der Regierung; allen voran der freiheitliche Volksanwalt Ewald Stadler, der Salzburger Landesobmann Karls Schnell, der Wiener Landesobmann Hilmar Kabas sowie sein Nachfolger Heinz Christian Strache.

Und die Regierung hatte sich einiges Vorgenommen (siehe Regierungsprogramm XXII GGP. – Quelle: <http://www.bs13.goed.at/archiv/regierungsprogramm.pdf>). Allen voran die Staats- und Verwaltungsreform, welche mit Einrichtung des `Österreich Konvents` vorangetrieben werden sollte, die Vorbereitung der EU Osterweiterung 2004 sowie der EU Präsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006, die Abwicklung des Eurofighter Kaufs, das Asyl Gesetz Neu, die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie, die Reform des Handelsrechts (in Unternehmensrecht), Arbeitsmarktflexibilisierung, Forcierung der Privatisierungen staatlicher und staatsnaher Betriebe, Flexibilisierung der Zumutbarkeitsbestimmungen und die so genannte Pensionssicherungsreform.

Auf Budgetebene sollte der Grasser-Bartenstein-Schüssel Kurs der letzten Jahre weitergeführt werden. So wurde ein ausgeglichenes Budget über den Konjunkturzyklus, die Einhaltung des EU Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie Einsparungen von 3,0 Mrd. EUR durch die Verwaltungsreform und die Eindämmung der Schattenwirtschaft veranschlagt. Ausgabenseitig hatte sich die Regierung eine Steuerreform vorgenommen, welche nach eigenen Vorstellungen im Regierungsprogramm den Wirtschaftsstandort Österreich stärken, eine Verbesserung der Eigenkapitalbildung in Unternehmen, eine Vereinfachung des Steuersystems und eine generelle Kaufkraftsteigerung unter der Prämisse der stetigen Schuldentrückzahlung, bewirken sollte.

Ein wesentlicher Punkt war aber die Stabilisierung des öffentlichen Pensionssystems, welches im Budgetbegleitgesetz 2003 sowie im Sozialversicherungs- Änderungsgesetz 2003 niedergeschrieben wurde. Inhalt war die Verlängerung der Pensionsbemessungsgrundlage auf 40 Jahre, die Reduzierung der jährlichen Steigerungsrate und Erhöhung der jährlichen Abschläge für Frühpensionierungen. Ebenso wurde die vorzeitige Pensionierung bei Arbeitslosigkeit sowie langer Versicherungsdauer aufgehoben. Außerdem wurden die Pensionskrankenversicherungsbeiträge um 1% auf 4,75% angehoben, aber die Ambulanzgebühr abgeschafft, da diese durch die schwierige Administration wesentlich mehr kostete als sie einbrachte. (Butschek 2004; S. 188)

Streitpunkt nach außen war allerdings die Pensions(sicherungs)reform 2003, welche zu einem nationalen Schulterschluss der Oppositionskräfte in Österreich führte. Parteien (allen voran die SPÖ), Kirchen und Gewerkschaften riefen zu Protestmaßnahmen auf. Nutznießer war vor allem die oberösterreichische SPÖ mit Obmann Erich Haider, welche fast die kompletten Stimmenverluste der FPÖ in Höhe von 12,2% aufsaugen konnte, ein Plus von 11,3% erreichte und nun bei 38,3% stand. Dieses Ergebnis gab es seit Jahrzehnten nicht mehr. Für die FPÖ doppelt schmerzhaft, als das Ergebnis im Heimatbundesland des FPÖ Arbeitnehmervertreters und Bundesobmannstellvertreters Max Walch sowie Haiders Schwester Ursula Haubner stattfand. „Tröstlich“ war nur, dass zuvor die Freiheitlichen in Niederösterreich mit Franz Marchat und Barbara Rosenkranz an der Spitze mit 4,4% nur noch ein Viertel der Stärke der letzten Wahlen hatten und noch schlechter notierten als die Oberösterreicher.

Oberösterreich kämpfte unter schwereren Voraussetzungen und hatte aber mit etwa 8% doppelt so viel Stimmenanteil wie die Niederösterreicher. Vor allem die unter der Ägide Schüssel/ Grasser mit 45,4% historisch höchste Abgabenquote wurde von den Österreichern natürlich nicht goutiert.

Eine weitere Einführung unter Grasser war die strukturelle Neuordnung der Finanzverwaltung, welche auch unter seinen Nachfolgern Molterer und Pröll ihr Weiterkommen finden sollte. Darunter fiel vor allem die so genannte `new government structure` und `corporate governance` sowie `e-government` - FinanzOnline oder Findok.

Sinn dieser Bündel an Maßnahmen sollte unter anderem eine strukturelle Neuorganisation der Finanzverwaltung sein, die sich im Nachhinein betrachtet mehr schlecht als recht auswirkte. Dass nun ein Landesdirektor in Regionalmanager umbenannt werden sollte war noch nicht besonders schlimm. Doch die realen Auswirkungen daraus – bspw. dass Prüfer nur eine gewisse Zeit zum Prüfen haben oder dass interne Organisationsbereiche geschlossen und in anderen Bereichen wieder neu gegründet wurden (vergl. Steuerfahndung, usw.) – waren wesentlich gravierender, als nun die Finanzverwaltung mit ihren Umgliederungs- und Reformtätigkeiten dermaßen beschäftigt waren, dass sie sich um ihre primäre Aufgabe gar nicht mehr kümmern konnten (die Informationen zu den letzten Absätzen kommen durch Interviews mit Personen aus dem Bundesministerium für Finanzen bzw. aus Finanzämtern, welche jedoch nicht namentlich genannt werden wollen; Anm.).

Kernstück der seit 2000 amtierenden Regierung war jedoch das Vorantreiben der Privatisierungsmaßnahmen, niedergeschrieben im ÖIAG Gesetz (2000). Da die Unmenge den Rahmen der Arbeit sprengen würde, seien folgend nur die Größten oder Umfassendsten genannt:

Alleine im Jahre 2000 wurden neben der österreichischen Staatsdruckerei, das Dorotheum, der Flughafen Wien, die Telekom Austria sowie die P.S.K. (teil)privatisiert. Alleine beim Kauf der P.S.K. wurde aber die Unzulänglichkeit der Proponenten ersichtlich als sich alleine durch das Aufdecken der Stillen Reserven der P.S.K. (vornehmlich Grundstücke) der Kauf fast selbst refinanzierte.

2001 war der größte Brocken der Verkauf der Austria Tabak an die Gallaher Group. Auch das sollte sich schnell als Schnäppchen herausstellen als die Bilanzsumme bald den Kaufpreis übertraf.

Ein weiterer Verkauf stand 2003 an – was ebenfalls ein wahlkampfdominierendes Thema in Oberösterreich war – nämlich der Verkauf der Postbus AG. Irritierend war, dass nun ein halbstaatliches Unternehmen (die ÖBB) ein ÖIAG Unternehmen kaufte. Ebenfalls 2003 war noch die Veräußerung von 25% der Böhler Uddeholm anstehend.

Somit waren vor allem die Privatisierungen wohl jener Bestandteile der Regierungspolitik, die am weitesten im Sinne einer neoklassischen Wirtschaftspolitik betrieben wurden.

2004 war dann wieder Wahljahr in Österreich, und diesmal ein ganz ein spezielles, denn zu wählen galt es den Kärntner Landtag unter dem amtierenden Landeshauptmann Jörg Haider. Am gleichen Tag waren auch die Landtagswahlen in Salzburg wo die FPÖ wieder die üblichen knapp 10% (exakt: 10,9%) ihrer Stimmen einbüßte. Große Siegerin diesmal wieder die SPÖ, welche erstmals seit 1945 stärkste Partei in Salzburg wurde und die ÖVP auf Platz zwei verwies. In Kärnten waren die Umfragen bis kurz vor der Wahl für die Kärntner FPÖ ebenfalls sprichwörtlich `im Keller`. Nachdem die Freiheitlichen in Umfragen einen Monat vor der Wahl noch bei ca. 30% stagnierten, merkte man eine mediale Zuspitzung (Quelle: <http://www.news.at/articles/0409/510/75936/entscheidung-7-maerz-2004-haiders-show>) zwischen den Spitzenkandidaten der SPÖ-Ambrozy und der FPÖ-Haider. Haider wurde bei 38% gesehen, die SPÖ bei 39%.

Doch der Wahlabend wurde anders als die dramaturgischen Medienplaner und Statistiker sich das vorgestellt hatten. Die FPÖ konnte das Ergebnis von 1999 sogar noch ausbauen und erhielt 42,5% der Stimmen, die SPÖ 38%, die Grünen 6% und die ÖVP verzeichnete eine historische Niederlage mit 11,6% (-9,1%), woraufhin sowohl der SPÖ als auch der ÖVP Spitzenkandidat zurücktreten mussten.

Doch lange konnte man den Erfolg nicht auskosten. Die Spannungen zwischen der Parteibasis und der Parteiführung wurden immer stärker. Grund dafür war, dass sich die FPÖ in ihrer Regierungsarbeit immer mehr dem Koalitionspartner ÖVP anglich. Eine `freiheitliche Handschrift` konnte vom Bürger nicht erkannt werden. Ewald Stadler warf den Verantwortlichen auch noch Ideologielosigkeit vor, was in den Reihen der Freiheitlichen ein starke Beschimpfung ist. Neben Stadler und dem selbsternannten freiheitlichen Parteiideologen Andreas Mölzer rückte aber vor allem ein Mann mehr und mehr in das Licht der Öffentlichkeit – Heinz Christian Strache.

Als Haider im Jahre 2005 den EU Beitritt der Türkei befürwortete kam es zum endgültigen Bruch zwischen Strache und Haider. Absolutes Chaos herrschte dann nach der Wahl des Niederösterreichischen Gemeinderats. Die FPÖ erhielt nur noch 3,3% der Stimmen und schaffte mit einigen Ausnahmen den Einzug in die Gemeinderäte nicht mehr. Die Riege um Haider diskutierte eine völlige Neukonzeption der FPÖ, welche durch eine Neugründung unter anderem Parteinamen stattfinden hätte sollen. Die nationalen Kräfte rund um Strache und Stadler fanden keinen Gefallen an

dieser Idee und so ließ Strache offen ob er am bald stattfindenden Parteitag gegen die amtierende Obfrau Ursula Haubner bzw. – man wusste es nicht – gegen Jörg Haider antreten würde.

Haider und die Seinen kamen dem zuvor und spaltete sich in einer „Nacht und Nebelaktion“ von der FPÖ ab. Am 3. April 2005 wurde die Satzung des neu gegründeten BZÖ im Innenministerium hinterlegt, am 4. April wurde die offizielle Gründung bekannt gegeben und am 6. April wurden die Statuten im Amtsblatt der Wiener Zeitung veröffentlicht.

Ironischerweise waren es die Haiderskeptiker des Nationalrates, die 2002 nicht wollten, dass Haider wieder in die Bundespolitik kommt, die nun plötzlich auf seiner Seite standen und zum BZÖ überliefen. Diese bekannte opportunistische Grundhaltung resultierte fast ausschließlich daher, dass das größte Unterscheidungsmerkmal der beiden Parteien – neben der Parteifarbe – die Tatsache war, dass das BZÖ immer noch Regierungsverantwortung tragen wollte, die Überbleibsel der FPÖ ihr Heil aber sich konsolidierend auf der Oppositionsbank sahen.

Schlussendlich kann man die wirtschaftlichen wie auch politischen Gegebenheiten folgendermaßen zusammenfassen: Wirtschaftlich hat sich ein signifikant neoliberaler Kurs unter der Triebfeder der ÖVP und dem Finanzminister Grasser ergeben. Die große ideologische Distanz zwischen den Parteien der großen Koalition vermochte manche Projekte nur langsam und unter Einbindung breiter Bevölkerungsschichten – respektive der Sozialpartner – anzugehen. Vor allem während der zweiten Koalition unter einer signifikant geschwächten FPÖ als „Juniorpartner“ der ÖVP wurden die Projekte wesentlich aggressiver und offensiver angegangen. Die FPÖ lehnte die Sozialpartner ohnehin ab und auch die ÖVP konnte sich diesem Hemmschuh nun entledigen. Die Bevölkerung jedoch goutierte nicht alle Projekte in dem Masse wie es sich die Regierungsparteien wohl gewünscht hätten – bspw. die Pensionsreform 2003 – und reagierten mit Demonstrationen und Streiks.

Auf politischer Ebene konnte man ein Schauspiel bestialischer und unlogischer Selbstzerfleischung einer Partei erleben, wie es in aufgeklärten Staaten wohl kaum ein zweites Beispiel gibt. Vor allem grenzenloser Opportunismus, sowie irrwitzige Selbsteinschätzung und die Fähigkeit sich bei zwei vorliegenden Alternativen stets für die Falsche zu entscheiden waren Triebfedern für die freiheitliche Katastrophe.

Jörg Haider hatte 1986 die FPÖ übernommen als ihr Verbleib im Nationalrat durch eine miserable Darstellung Norbert Stegers am buchstäblich seidenen Faden hing, und fuhr bei seiner ersten Wahl fast 10% ein. Nach stetiger dreizehnjähriger Aufbauphase wurde die FPÖ 1999 zur zweitstärksten politischen Kraft Österreichs gewählt und errang fast 27% der Stimmen. Nicht einmal eine Legislaturperiode – genauer: zweieinhalb Jahre - später wurde die FPÖ für ihre innere Zerstrittenheit bestraft und hielt sich etwa am Stand von 1986 – 10%. Und nur weitere zweieinhalb Jahre später – im Frühjahr 2005 war die FPÖ de facto politisch tot. Die Abspaltung des BZÖ mit samt ihren Folgen – immerhin gingen alle Minister, alle Staatssekretäre und 16 von 18 Nationalräten sowie die komplette Bundesratsfraktion mit zum BZÖ, die stärkste Landesgruppe Kärnten verabschiedete sich zur Gänze

und die immer noch organisatorisch sehr starken und finanziell recht starken Landesgruppen Vorarlberg und Oberösterreich konnten sich in keinster Weise einheitlich für oder gegen einen Verbleib entscheiden – war für die FPÖ dermaßen verheerend, sodass ein Verbleib in der österreichischen Politik mehr als nur fraglich war.

2005 bis 2009

Der grundlegende Unterschied zwischen der US Amerikanischen FED und der europäischen EZB liegt zwar nur im Detail, vor allem aber im zu erfüllenden Auftrag. Heruntergebrochen auf einen einfachen Satz versucht die FED das Wirtschaftswachstum zu maximieren, während die Inflationsrate so gering wie möglich gehalten werden soll, die EZB hingegen richtet ihren Fokus ganz klar auf die Minimierung der Inflationsrate - respektive die Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes – und erst in zweiter Linie um Wachstum, langfristige Zinssätze, Außenhandel, usw. welches im Artikel 105 (2) des Maastrichter Vertrages über die europäische Union festgeschrieben wurde.

Diese wesentlich dynamischere Geldpolitik der USA verschaffte den Vereinigten Staaten gegenüber Europa einen Wachstumsvorteil nach der Stagnation rund um das Platzen der `new economy Blase`. So war das durchschnittliche Wachstum in den USA ca. bei 3,6%, während sich der Euroraum mit 1,6% - in Deutschland sogar nur 0,8% - zufrieden geben musste (Quelle: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1551592,00.html>). Im Rahmen dieser durchaus positiven Gegebenheiten trat der US Präsident George W. Bush seine zweite Präsidentschaftsperiode an. Eines seiner Wahlziele war, dass jeder Amerikaner ein eigenes Haus besitzen solle und dementsprechend war auch die Wirtschafts- Geld- und Zinspolitik angelegt. Die Leitzinsen waren um 2005 auf einem sehr niedrigen Niveau, während die Grundstücks- und Wohnungspreise im Allgemeinen und schon längere Zeit im Steigen begriffen waren. Eine Konstellation, welche vor allem den Amerikanern durch den `Florida Landboom` von 1926 noch bekannt sein hätte sollen. Freilich war die Ausgangslage wie auch der Hergang ein völlig anderer, doch man wusste wohin es führt, wenn man weitläufig Kredite aufgrund der Erwartung steigender Immobilienpreise gewährt.

Bild 9: Werbung eines Hypothekarkreditgebers



Im Jahre 2005 war die bald folgende Katastrophe buchstäblich auch noch staatlich unterstützt. So wurden aufgrund der Gegebenheiten – vor allem des niedrigen Zinssatzes - und des Wahlversprechens vor allem der US Amerikanischen Bevölkerung niedrigerer Bonität Hypothekarkredite (und auch Konsumkredite) regelrecht aufgedrängt.

Das Bild einer Hypothekermaklers soll dies visualisieren. Die somit steigende Nachfrage nach (Bildquelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/ba/P060708_22.03-02retouched.jpg) Grundstücken und sonstigen Eigenheimen ließ die Preise für selbige dementsprechend ansteigen. Diese künftig hohen Preise galten als Besicherung für die Kredite, welche nun nahezu unabhängig der Bonität im großen Stil gewährt wurden.

2005 erreichte die Investitionsquote im Wohnbau ein Allzeithoch von 6% des BIP. Der große Innovationsdrang der US Amerikaner, vor allem im Bereich der Finanzprodukte, gepaart mit der Notwendigkeit der Kapitalbeschaffung zur Vergabe weiterer Kredite ließ die Banken die Kredite verbrieften. Diese verbrieften Kreditforderungen wurden in so genannten 'special purpose vehicles', also Gesellschaften die zu einem bestimmten Zwecke gegründet wurden, eingebracht und danach als forderungsbesichertes Wertpapier verkauft. Da diese Kreditbündel von 'Subprimes' also Menschen niedriger Bonität (tatsächlich würde man den Begriff 'Subprimes' wohl im Stile Reinhard Fendrichs als 'Negaranten' übersetzen) den Investoren schmackhaft gemacht werden sollten, wurden Bündel unterschiedlicher Risiken und somit verschiedener Ratigs abermals gebündelt und danach im ganz großen Stil verkauft.

All diese für die künftige Entwicklung der Weltwirtschaft maßgeblichen Ereignisse wurden in der österreichischen Innenpolitik de facto nicht aufgenommen. Seit 2002 sah man dem personellen, intellektuellen und programmatischen Verfall der FPÖ zu. Dieser Verfall erreichte im April 2005 seinen Höhepunkt als sich Jörg Haider und sechzehn von achtzehn Nationalratsabgeordneten sowie der gesamten Kärntner und teils größere teils kleinere Teile anderer Landesgruppen abspalteten und eine neue politische Bewegung – das BZÖ; Bündnis Zukunft Österreich – gründeten.

Für die FPÖ war das in mehrfacher Hinsicht eine Katastrophe. Zum einen finanziell. Nach der Wahlniederlage 2002 wurde man auf knapp ein Drittel der Abgeordneten dezimiert, was sich auf die monetäre Ausstattung – Wahlkampfkostenrückerstattung, Parteienförderung in Abhängigkeit des Wahlerfolges – signifikant auswirkte. Dazu kam jetzt, dass die Mehrheit der Abgeordneten 'überliefen' und die restliche FPÖ zur Gänze von monetären Zuflüssen abgeschnitten war. Monetär besser ausgestattete Landesgruppen wie Oberösterreich oder Vorarlberg wollten eine Abspaltung ebenfalls nicht ausschließen und handelten sich sehr geschickt – vielleicht auch ein wenig erpresserisch – absolute Autonomie aus. Auch in den sich zur FPÖ bekennenden Landesgruppen gab es

Abwanderungstendenzen, so zum Beispiel der Wiener Gemeinderat Günter Barnet, welcher zum BZÖ wechselte.

Genauso schlimm wie der finanzielle war der strukturelle Wechsel. Für einen kurzen Zeitraum war die FPÖ auf die Bundesländer Wien, Niederösterreich, Salzburg und das Burgenland beschränkt. Die Steiermark zerbrach nach Abwanderung einiger Spitzenfunktionäre und in Tirol gab es ein `Hick Hack` rund um den damaligen Obmann Willi Tilg, welcher dann doch eine eigene Bürgerliste gründete. Das größte Problem nach außen hin war aber der – zumindest nominelle – Wegfall fast aller Spitzenfunktionäre der FPÖ. Immerhin gingen alle Minister und Staatssekretäre inkl. deren politische, parlamentarische und ministerielle Mitarbeiter zum BZÖ. Die FPÖ hatte als zwei-Personen-Gruppe im Parlament auch nur wenig Rangierraum. Letzteres konnte zumindest durch das neue `Medien-Sternchen` der Kronenzeitung und `Dichand-Liebling` Barbara Rosenkranz ausgeglichen werden, welche durch ihre wackeres Sitzenbleiben bei der Abstimmung (am 11. Mai 2005) über die Ratifizierung der EU Verfassung zur Anti EU Ikone besagter Tageszeitung wurde. Nur zwei Monate zuvor, bei der Nationalratssitzung am 3. März 2005 votierte sie noch für den Vertrag.

Zu guter Letzt bleibt noch der personelle Aspekt, welcher teilweise in den vorigen Punkt schon eingeflochten wurde. Die freiheitliche Lichtfigur – Jörg Haider – war wohl der berühmteste Abgang. Aber auch jener Personenkreis, welcher rund um das Jahr 1999 der FPÖ zu den Wahlerfolgen nominell beigetragen haben – Scheibner, Haupt, Haubner, usw. – wechselten ins neue, `orange` Lager.

Die neue Führungsspitze der FPÖ rund um den Wiener Politiker Heinz Christian Strache und den damaligen Volksanwalt Ewald Stadler standen vor einer nur schwer zu erfüllenden Aufgabe. Es galt einer freiheitliche Partei, welche de facto ohne monetäre Mittel, ohne maßgebliche Repräsentanz in den Bundesverwaltungen, ohne mediales Gewicht, ohne profunde Funktionäre, mit sich täglich ändernden Strukturen, einem `Ruf einer negativen Streitkultur` und noch ohne politisches Konzept ein Dasein zu sichern.

Das größte Glück der FPÖ war, dass sie den Kärntner Herbert Kickl in ihren Reihen halten konnten. Kickl machte als Redenschreiber von Jörg Haider auf sich aufmerksam. Auch umstrittene Aussagen Haiders auf diversen Aschermittwochstreffen oder anderen Bühnen wie sein Sager rund um Ariel Muzikant (...Dreck am Stecken; Anm.) oder die Bezeichnung des früheren französischen Präsidenten Jaques Chirac als Westentaschennapoleon entspringen der Feder Kickls. Kickl war von nun an – der gemeinsam mit dem nunmehrigen Bundesgeschäftsführer Hans Weixelbaum – die Linie der FPÖ vorzeichneten, planten und durchführten.

Zunächst galt es im Herbst 2005 nicht weniger als drei Wahlen zu schlagen. Die Landtagswahlen in der Steiermark, im Burgenland und in Wien. Sowohl der FPÖ als auch dem abgespaltene BZÖ wurden von den Meinungsforschern in Umfragen ein Desaster prognostiziert. Das BZÖ war eine

vollkommen unbekannte Größe, man baute jedoch auf den `Haider Effekt`. Der FPÖ wurden Werte am Rande der Wahrnehmungsschwelle – also bei 2% bis 4% vorausgesagt.

Den Anfang machten am 2. Oktober 2005 die Steirer. Die FPÖ konnte jedoch im Wahlkampf keine besonderen Akzente setzen. Vielmehr beherrschte das Thema rund um die Causa Hirschmann (Hirschmann wurden angeblich Aufträge in Millionenhöhe zugesichert, falls er bei der Landtagswahl nicht antritt – Quelle: <http://oesterreich.orf.at/steiermark/stories/56453/>) sowie ein Duell des amtierenden Landeshauptmannes (sic) Waltraut Klasnic (Klasnic wollte trotz ihres weiblichen Geschlechts immer als Frau Landeshauptmann angesprochen werden; Anm.) und dem dynamischen SPÖ Chef Franz Voves. Schlussendlich konnte die SPÖ klar gewinnen (+9,3%) und stellte von nun an den Landeshauptmann. Die ÖVP fuhr eine krasse Niederlage ein (-8,6%), was Waltraut Klasnic unter Tränen zum Rücktritt bewegte. Die KPÖ konnte durch ihren Grazer Stadtrat Kaltenegger, der offenbar sehr gute Arbeit in seinem Ressort leistete, ein Zuwachs von 5,3% auf sich verbuchen und hielt nun bei 6,3% was bedeutete, dass die KPÖ drittstärkste Partei in der Steiermark wurde. Ein absolutes Novum, da sie sogar im tendenziell `linken` urbanen Gebiet Wiens keinerlei Anstalten machte mehr als 2% der Wählergunst auf sich zu vereinen – eben der Verdienst einer einzigen Person. Fast schon ironisch, galt der Kommunist Kaltenegger als `Jörg Haider der Steiermark` (in Anspielung auf die politische Zugkraft Haiders, der im Alleingang die Wahlergebnisse der FPÖ von 5% im Jahre 1986 bis auf knapp 27% im Jahre 1999 hinaufschnellen ließ). Die Grünen verfehlten mit 4,7% zwar die 5% Hürde, konnten in der Stadt Graz allerdings ein Direktmandat verbuchen. Die FPÖ schaffte ebenso wie das BZÖ und die Liste Hirschmann den Einzug in das Landesparlament nicht. Während das BZÖ mit 1,7% und Hirschmann mit 2,1% den Einzug klar verpassten, scheiterten die freiheitlichen mit 4,6% nur knapp. Vor allem der Wählerabgang zu anderen (Protest)Parteien wie die KPÖ, die Liste Hirschmann oder das BZÖ, sowie die Tatsache, dass etwas 20% der Wähler vom 2000 nicht mobilisiert werden konnten (Quelle: <http://www.sora.at/de/start.asp?b=246>) waren Grund für das Abschneiden.

Nur eine Woche später war das Burgenland an der Reihe. Fast typisch unspektakulär wurde der Wahlkampf geführt. Schlussendlich konnte sich die SPÖ durchsetzen und erhielt mit einem Zuwachs von 5,7% ein Ergebnis von 52,2% was die absolute Mehrheit bedeutete. Auch die ÖVP konnte Gewinne verbuchen und stieg um 1,1% auf 36,4%. Die Grünen verloren mäßig -0,3% und hielten bei 5,2%. Die große Unbekannte waren wieder die Freiheitlichen, welche in einem bis dahin wesentlich stärkeren Bundesland (also in einem Bundesland, welches historisch und demoskopisch eher der FPÖ zugeneigt war) der Steiermark eine Woche zuvor abgewählt wurden. Im Burgenland aber konnte man auf die solide Arbeit der Proponenten Hans Tschürz und vor allem Ing. Norbert Hofer bauen, welche einen emotionslosen, aber offenbar effektiven und für burgenländische Verhältnisse zielführenden Wahlkampf führten. Dementsprechend verloren sie im Gegensatz zur - noch vor Knittelfeld und der Abspaltung des BZÖ – letzten Wahl nur knapp die Hälfte ihrer Stimmen und wurden mit 5,8% klar in den Landtag gewählt und waren immer noch drittstärkste Partei des Burgenlandes. Ein absoluter Achtungserfolg, der hier gar nicht verschwiegen werden soll, im

Anbetracht der schlechten Ausgangssituation durch die Landtagswahlen in der Steiermark sowie der Umfragewerte, in welchen die FPÖ bei etwa 4% gesehen wurde.

Den Abschluss im Wahlreigen 2005 bildete die Gemeinderatswahl (entspricht der Landtagswahl in anderen Bundesländern; Anm.) in Wien. Die FPÖ startete ebenfalls mit Umfragewerten von etwa 2% bis 2,5% und einem übermächtigen Bürgermeister Michael Häupl als politischen Gegner. Für den Wahlkampf verantwortlich zeichnete sich neben den Strategen Kickl und Weixelbaum erstmals HC Strache als Spitzenkandidat. Man scherte sich nicht viel um Zahlen und zog mit einer komplett neu designten Werbelinie in den Wahlkampf und titelte ein 'Duell um Wien' zwischen dem auf Werbeplakaten immer jung und erfrischend aussehenden HC Strache und einem in unglücklichen Posen affichierten Bürgermeister Häupl. Danach kam Kickl auf die Idee des Reimens und der Kommunikationsstrategie 'das Eine' gegen 'das Andere' abzuwiegen. 'Pummerin statt Muezzin', 'Daham statt Islam' oder 'Freie Frauen statt Kopftuchzwang'. Die Slogans waren seither auch immer Zentrum vieler Auseinandersetzungen. Von zu Hart, bis reißerisch und hetzerisch wurden sie vom politischen Gegner der FPÖ angeprangert. Kickl erzählte mir in einem persönlichen Gespräch, dass eben eine differenzierte Auseinandersetzung auf Wahlplakaten schlicht nicht sinnvoll sei. Außerdem sei es legitim auf Plakaten plakativ zu sein. Strache versuchte indes seinen geringen Bekanntheitsgrad zu verbessern. Ich selbst war am Weg zu Vorlesungen als ich bei einer Kundgebung am Floridsdorfer Bahnhof zusehen konnte. Strache stand auf einem kleinen Podest, ein Mikrofon, ein Podium, eine Audiobox und eine Rückwand mit einem Bild von ihm und einem Wahlspruch. Die Zeit der Massenauftritte war offenbar vorbei, sprach Strache vor einem Laufpublikum von etwa 20 bis 50 Personen. Diese Auftritte, so erzählte er später, machte er täglich bei fast allen Bahnstationen und Märkten Wiens. Man kann natürlich von seinen politischen und persönlichen Ansichten halten was man will, doch der Eifer, den Strache zu dieser Zeit an den Tag legte nötigt doch einigen Respekt ab.

Am Donnerstag vor dem Wahlsonntag entschloss man sich dann doch auf Risiko zu spielen – immerhin war es damals doch möglich um nicht zu sagen sehr wahrscheinlich, dass es einfach niemanden interessiert - und entschloss sich zu einer Abschlusskundgebung am Victor Adler Markt im 10. Wiener Gemeindebezirk, bei welcher ich selbst anwesend war. Es kamen nach Angaben der Verantwortlichen sowie der Polizei etwa 2.500 bis 3.000 Personen sowie die übliche Phalanx von Demonstranten. Man wurde an die Zeit Haiders zurückerinnert (wobei Haider am Höhepunkt seiner Obmannschaft 10.000 Zuhörer in die Klagenfurter Eishalle bzw. am Wiener Stephansplatz lockte).

Auch am Sonntag, 23. Oktober war ich persönlich bei der 'Wahlabschlussfeier' der FPÖ in einem Wiener Innenstadtlokal dabei um mich persönlich über die Vorkommnisse kundig zu machen. Zunächst wurden um 17.00h in der ORF Informationssendung Zeit im Bild – Wahl Spezial – die Nachwahlbefragungen veröffentlicht. In jener hatte die SPÖ eine absolute Mehrheit, die ÖVP rund um 20%, die Grünen um die 17% und die FPÖ etwa 8%, was ein schallendes Gelächter und Jubelrufe im Kreise der Grünen Partei hervorbrachte, welches via ORF auf eine Leinwand in besagtem Lokal

übertragen wurde. Doch die erste Hochrechnung ab 18.00h drehte das Ergebnis völlig, was den etwas verhaltenen Applaus in der bestens informierten SPÖ Parteizentrale im Nachhinein erklärte.

Schlussendlich konnte die SPÖ die in den Medien vorhergesagte absolute Mehrheit ihre Wähler nur schwer mobilisieren, gewann aber 2,2% und erkämpfte sich 49,1% der Stimmen, was aber eine absolute Mandatsmehrheit zur Folge hatte. Die ÖVP wie auch die Grünen gewannen etwas mehr als 2% und hielten nun 18,8% bzw. 14,6%. Die große Überraschung waren aber die Freiheitlichen, welche zwar 5,4% relativ zum Ergebnis 2000 verloren, jedoch im Gegensatz zu den Umfragewerten - welche sie anfangs bei 2% und zum Schluss bei 8% sahen – ein respektables Ergebnis von 14,8% einfuhren und sogar die Grünen auf Platz vier verwiesen. Nachdem das BZÖ nur 1,2% schaffte und somit nicht in den Gemeinderat einzog war es ab nun klar – zumindest für den Moment - dass die FPÖ als Partei weiterexistieren würde und das BZÖ als Experiment gescheitert war. Genau sagen konnte man das aber erst nach den ersten Bundesweiten Wahlen nach der Spaltung – den Nationalratswahlen 2006!

Ab Ende 2005, Anfang 2006 schwächte die US Wirtschaft – vor allem im Baubereich – drastisch ab. Dazu kam ein hoher Leitzinssatz um die Inflation einzudämmen. Dies bewirkte, dass Schuldner niedriger Bonität – insbesondere bei variabler Kreditverzinsung – ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen konnten und somit im großen Stile ihre Häuser verkauften. Dies bewirkte ein Sinken der Immobilienpreise welche aber zur Kreditbesicherung dienten. Banken saßen nun auf einer großen Anzahl `fauler Kredite`. Auch die Verbriefungen, welche von den Rating Agenturen durchwegs niedriges Risiko attestiert wurde waren mit einem Schlag wertlos oder zumindest einer eklatanten Wertminderung ausgesetzt.

In Österreich merkte man davon noch recht wenig. Vor allem die Ratspräsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006 machte klar, dass es in keinem Falle vorgezogene Neuwahlen gebe, wie es die Opposition periodisch forderte. Vor allem der Finanzminister, wie auch die Innenministerin waren häufig parlamentarischen Misstrauensanträgen ausgesetzt. Die FPÖ betätigte sich gestärkt durch die Wiener Gemeinderatswahl als außerparlamentarische Opposition und begann mit dem Volksbegehren `Österreich bleib frei` auf sich aufmerksam zu machen. Die immer noch ÖVP geführte schwarz-orange Regierung setzte ganz im Willen der ÖVP nahe stehenden Organisationen – der Wirtschaftskammer sowie der Industriellenvereinigung – auf Exporte und förderte diese. Weiters gab es auch für selbiges Klientel eine Art Sondergesetzgebung in wirtschaftspolitischer Hinsicht. So wurde 2005 die Körperschaftsteuer mit der Begründung eines internationalen Wettbewerbs (von der Opposition als Steuerdumping tituliert) von 34% auf 25% gesenkt. Daneben war die so genannte Gruppenbesteuerung – d.h., dass eine Besteuerung von Gewinnen (Verluste auch von ausländischen Unternehmens innerhalb der Gruppen) nur auf (oberster) Gruppen- bzw. Veranlagungsebene, nicht jedoch auf (unteren) Unternehmensebene stattfindet - der größte Brocken, welcher eine signifikante Steuererleichterung für Konzerne vorsah. Die Gruppenbesteuerung war ein `Liebkind` Grassers und wurde mit jährlichen Verlusten von etwa 100 Mio. EUR veranschlagt. Sinn der Gruppenbesteuerung war es vor allem – neudeutsch – Headquarters nach Österreich zu bringen und einerseits durch die

Gewinnbesteuerung der Abgabepflichtigen andererseits durch Schaffung neuer Arbeitsplätze schlussendlich einen positiven Saldo aufzuweisen. Trotz intensiver Recherchen findet man von der Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und Gewerkschaften bis zu Organisationen wie Attac oder dem Weblog verschiedenster Politiker keine konkreten Zahlen wie sich die Gruppenbesteuerung auf die Steuereinnahmen auswirkte und weiterhin auswirkt. Einiger Anhaltspunkt war die Rede von SPÖ Bundesrat Konecny, welcher schon am 05.11.2004 eine Anfrage an den Bundesfinanzminister Grasser stellte (Quelle: http://www.parlament.gv.at/PG/DE/BR/J-BR/J-BR_02265/fnameorig_029470.html), in welcher der Herr Bundesrat einerseits von einer ohnehin realen (KÖST) Steuerlast von 19% vor 2004 sprach, welche die Reform ab 2005 weiter absenkte, andererseits die Gruppenbesteuerung einen Steuerausfall von mindestens 500 Mio. EUR jährlich mit sich bringe. Die von Grasser angesprochenen positiven Effekte würden durch Mitnahmeeffekte der Unternehmen kompensiert.

Die Arbeiterkammer OÖ berechnete die in einer Pressekonferenz im Oktober 2008 (Quelle: http://www.ak-ooe.at/pictures/d76/PKUnterlage_Steuerentlastung_02102008.pdf) veröffentlichte Minderung der durchschnittlichen realen Steuerquote von Unternehmen von 21% (2004) auf 17% (2006). Die Steuerausfälle durch die Senkung des Körperschaftsteuersatzes bezifferte die AK auf 1,4 Mrd. EUR. Ähnlich sieht dies – zur Beweiswürdigung der AK Zahlen – auch die Statistik Austria in ihrem Bericht der `Statistik der Körperschaftsteuer 2005 (Quelle: Statistik Austria; Artikelnummer: 20-8140-05 - Wien 2009). Trotz Anstieges des zu versteuernden Einkommens um ca. 25% auf etwa 19 Mrd. EUR, war ein Rückgang der Steuereinnahmen um 4,2% auf knapp über 5 Mrd. EUR zu verzeichnen. Die Gruppen bildeten trotz zahlenmäßig geringen Anteils von 1,1% immerhin 5,6 Mrd. EUR zu versteuerndes Einkommen (29,6% der Gesamtbemessung). Rechnet man das Ergebnis der Statistik Austria sowie der AK OÖ (bezüglich KÖST Senkung) hoch, ergibt sich ein jährlicher Steuerausfall von etwa 700 Mio. EUR durch die Gruppenbesteuerung was zum Einen wesentlich höher ist als vom Finanzminister veranschlagt, andererseits die Bildung von Hauptquartieren in Österreich – mit normalerweise ein paar Sachbearbeitern, einer Sekretärin und einem kleinen Aufsichtsgremium – weder den gewünschten Beschäftigungseffekt mit sich zog und auch keine signifikante Auswirkung auf die Wertschöpfung haben kann.

Ein großes Problem in Österreich war aber, dass – vor allem durch Exporte der Sachgüterindustrie – zwar das BIP 2006 um 5,2% anstieg (2004 bis 2007 durchschnittlich +4,9%; Anm.) jedoch sowohl die Arbeitslosen- wie auch die Beschäftigungszahlen stagnierten und das Realeinkommen in verschiedenen Bereichen sogar rückläufig war. Besonders die Jugendarbeitslosigkeit war exorbitant hoch und war somit Thema der im Herbst 2006 stattfindenden vorgezogenen (nur um zwei Monate vorgezogen; Anm.) Neuwahlen welche am 14. Juli 2006 im Nationalrat einstimmig beschlossen wurden.

Innerhalb Österreichs gab es im Vorfeld zur Wahl ein beherrschendes Thema – die BAWAG Affäre. Die gewerkschaftseigene BAWAG gewährte dem Derivatenhändler Phillip Barnett – Chef des Unternehmens REFCO – einen Kredit über 350 Mio. EUR, und dies nur wenige Tage bevor Barnett

wegen Bilanzfälschung ins Gefängnis musste. Die Gläubiger REFCOs beschuldigten anschließend die BAWAG von der Bilanzfälschung gewusst, wenn nicht sogar sie unterstützt zu haben und reichten eine Klageschrift in Höhe von 1,3 Mrd. USD ein. Im Juni 2006 einigte man sich auf einen Vergleich und einer Zahlung von etwa 680 Mio. USD.

Im Zuge dessen deckte die Finanzmarktaufsicht (FMA) auf, dass hochriskante Spekulationsgeschäfte (Karibik-Geschäfte) in Form umfangreicher Zins- und Währungsswapgeschäfte vom Sohn des ehemaligen BAWAG Generaldirektors Walter Flöttl – Investmentbanker Wolfgang Flöttl - getätigt wurden. Die Verluste wurden in Briefkastenfirmen auf der Karibik `geparkt`. Prüfer der Nationalbank bezifferten den Verlust auf etwa 1,9 Mrd. EUR.

Die Verluste lasteten jedoch nicht in den BAWAG Bilanzen, sondern wurden als Schuldverschreibungen in verschiedenste Stiftungen ausgegliedert, für welche die BAWAG die Kredite gab.

Politisch relevant wurde die Causa vor allem als herauskam, dass der Präsident des österreichischen Gewerkschaftsbundes Fritz Verzetnitsch ohne Befragung oder Zustimmung der zuständigen ÖGB Gremien, mit dem Streikfonds der Gewerkschaften für die Verluste Flöttls haftete (Quelle: <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3926&Alias=wzo&cob=236119>). Auch das Nachrichtenmagazin Profil berichtete in seiner damaligen Ausgabe (Quelle: <http://www.profil.at/articles/0624/560/143392/bawag-circulus>), dass der Finanzmarktaufsicht wie auch der ÖNB die Tatsache der Spekulationsverluste, welche offenbar um 1995 begannen, schon ab dem Jahr 2001 bekannt waren. Vor allem die Tatsache, dass es sich beim ÖGB um eine der SPÖ nahestehenden Organisation handelt war ein umkämpfter Punkt im Wahlkampf. Aber auch der ÖVP Nahe Finanzminister Grasser musste sich die Frage nach der politischen Verantwortung stellen lassen, da der FMA die Lage wohl bekannt war, aber nicht oder nur unzureichend eingeschritten wurde (Quelle: <http://www.orf.at/?href=http%3A%2F%2Fwww.orf.at%2Fticker%2F222932.html>).

Neben der BAWAG Affäre waren weitere beherrschende Themen die vorhin angesprochene Jugendarbeitslosigkeit sowie der so genannte Pflagenotstand. Zur allgemeinen Erheiterung sorgte die `Halbmond und Gipfelkreuzdiskussion` als in einer ORF TV Konfrontation der BZÖ Spitzenkandidat Peter Westenthaler aus einem Briefwechsel zwischen dem österreichischen Alpenverein und dem SPÖ Integrationsbeauftragten Omar Al-Rawi zitierte, dass Al-Rawi die Forderung aufstellte Halbmonde neben den auf den Berggipfel stehenden Gipfelkreuze zu stellen. Im Nachhinein entpuppte sich dieser Briefwechsel als Fälschung einer selbsternannten Künstlergruppe. Nach Klagsandrohung Al-Rawis sowie des Alpenvereins revidierte Westenthaler seine Aussagen.

Wirtschaftspolitisch tat sich innerhalb der Wahl neben den Spekulationsgeschäften der BAWAG, der Jugendarbeitslosigkeit und der Grasser'schen Forderung nach einer Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungsteuer (dazu später mehr; Anm.) nicht viel. Auf nicht ökonomischer Ebene waren vor allem

die Diskussionen rund um einen Tschad-Einsatz des Bundesheeres, der Pflegenotstand und die Frage ob lebenslange Haft ziel führend ist, für den Wahlkampf maßgeblich.

Tabelle 25: Nationalratswahl 2006

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	BZÖ
2006	35,3% (-1,2%)	34,3% (+8,0%)	11,0% (+1,0%)	11,0% (+1,5%)	4,1% (+4,1%)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/End_Gesamt.aspx)

Wahlplakat der SPÖ 2006



Wahlplakat der ÖVP 2006



Wahlplakat des BZÖ 2006



Wahlplakate der FPÖ 2006



Wahlplakate der Grünen 2006



(Bildquelle SPÖ, FPÖ, ÖVP, Grüne: www.demokratiezentrum.org/bildstrategie)

(Bildquelle BZÖ:

http://www.wirtschaftsblatt.at/images/uploads_430/3/c/6/259014/thumbDi_thumbDi_thumbDi_westi2006reste_apa20080818134525.jpg)

Die SPÖ verlor leicht, die ÖVP stark – und somit mehr als die Hälfte der „neuen“ Wähler von 2002. Die FPÖ gewann einen Prozentpunkt und konnte zufrieden sein, da ihnen in den Umfragen nur etwa 8% gegeben wurden. Tatsächlich aber erhoffte man sich ein ähnliches Ergebnis der Wiener Gemeinderatswahl von 2005 und konnte den Unmut über die hochgesteckten Erwartungen nur schwer verbergen. Die Grünen gewannen 1,5% dazu und waren mit der FPÖ nun mit 11% gleich auf. Exakt 532 Wählerstimmen mehr (ca.1 Promille mehr) verhalfen den Grünen allerdings auf Platz drei,

was ihnen neben dem dritten Nationalratspräsidenten auch die Volksanwaltschaft sicherte, welche nun bald zu wählen war. Knapp schaffte es das BZÖ mit Listenführer Westenthaler in den Nationalrat einzuziehen. Der Einzug bzw. Verbleib – wie man es sehen will – im Nationalrat wurde fast ausschließlich durch ein sensationelles Ergebnis in Kärnten erreicht, wo das BZÖ vor allem durch Jörg Haider als Landeshauptmann fast 25% erreichte. Insgesamt kamen von 193.500 Stimmen für das BZÖ fast 81.600 – also 42% - aus einem Bundesland, welches aber nur für 6,9% der gültigen abgegebenen Stimmen zeichnete. Die übrigen Parteien und Listen, darunter der oft als 'Kronzeitungskandidat' gehandelte Hans Peter Martin, die KPÖ und weitere Kleinst- und Splittergruppierungen schafften den Einzug nicht. Einzig der Obmann des Liberalen Forums – Zach – wurde von SPÖ Chef Gusenbauer auf die SPÖ-Bundesliste an wählbare Stelle gesetzt um den Liberalen ein Angebot zu machen die SPÖ zu wählen.

Den Wahlkampf selbst gestalteten die Parteien unterschiedlich. Die SPÖ – die als stimmen- und mandatsstärkste Partei aus der Wahl hervorging – startete schon im Sommer ihren Wahlkampf mit Parteivorsitzenden Gusenbauers Wahlkampftour 'Startklar' durch ganz Österreich. Die Prioritäten waren auf die Sicherung der Pensionen, Gesundheit (i.S.d. Pflegedebatte) sowie auf die Schaffung neuer Jobs gerichtet. Daneben versprach Gusenbauer buchstäblich das 'Blaue vom Himmel'. Gerechte Verteilung des Wohlstandes, 100.000 neue Betreuungsplätze für Kinder, die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin (Stichwort: neue Fairness braucht das Land), die Abschaffung der Studiengebühren sowie die Stornierung der Eurofighter (Stichwort: Sozialfighter statt Eurofighter) und die Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit wurden von der SPÖ versprochen.

Die ÖVP führte einen 'Feel Good' Wahlkampf, der eigentlich nie in die Gänge kam. Ein Professor für Steuerrecht am BWZ der Universität Wien, mit welchem ich über die Auswirkungen der fiskalpolitischen Forderungen der Parteien sprach, meinte: "...und da gibt's noch eine Partei, die noch nicht begriffen hat, dass überhaupt Wahl ist...!" Schüssel präsentierte sich zwar gewohnt staatsmännisch, zeigte sich auf Plakaten beim Wandern und Wasser trinken, doch Inhaltlich gab die ÖVP nur wenig her, außer dass sie den Status quo weiter bestehen lassen wollten.

Ganz anders die FPÖ, welche die Plakate der Wienwahl – im übertragenen Sinne – gleich kleben lassen konnte. Abermals wurde die Werbelinie der Wienwahl verwendet. Man setzte auf den Frontmann HC Strache, und harte, teils überzogene, sich reimende Sprüche. 'Daham statt Islam', 'Deutsch statt nix verstehen', 'Sozialstaat statt Zuwanderung' und 'Sichere Pensionen statt Asylmillionen' sowie das seit 1999 entdeckte Thema der kritischen Haltung gegenüber der Europäischen Union mit dem Slogan 'Heimat statt Schüssel und Brüssel'. Schlussendlich wurde oftmals in die gleiche Kerbe geschlagen wie es die SPÖ tat (i.S.v Pensionen, Sozialstaat) nur eben um einige Ebenen aggressiver als es der staatsmännisch anmutende Wahlkampf der SPÖ tat. 'Wir für Euch' bzw. 'Österreich zuerst' erinnerten an klassische Haider Sprüche der 1990er Jahre.

Vollkommen konträr im Inhalt war der Wahlkampf der Grünen. Man affizierte eine offenbar aus der Bosphorusregion stammende Person mit dem Titel 'Ich wähle Grün, weil Österreich auch meine

Heimat ist'. Daneben gab es Mutationen – auf Spitzenkandidat Alexander van der Bellen zugeschnitten – mit dem Text 'Es geht auch ohne Ausländerhetze' was nicht nur einen Gegenpol zur FPÖ darstellen sollte, sondern der FPÖ auch den Tatbestand der Hetze – quasi als Odium diktatorischer und rassistischer Wahlkampfführung und andere an Gewaltanwendung erinnernde Assoziationen bei der Bevölkerung hervorrufen sollte.

Das BZÖ trat seinen Wahlkampf unter dem Motto 'Mut gewinnt' an. Der Kabarettist Michael Niavarani merkte in einem seiner Programme an, dass mit dem Motto wohl auf die Frisur des Spitzenkandidaten – Westenthaler – Bezug genommen wird. Sowohl FPÖ als auch BZÖ stritten sich um den Namen 'die Freiheitlichen' mit welchem sich beide Parteien bezeichneten. Gemäß einem Gerichtsurteil musste das BZÖ diese Bezeichnung allerdings von den Werbeartikeln entfernen. Nach einer Gegenklage musste die FPÖ allerdings den Satz 'Wahlbetrug verhindern' entfernen, wobei sie das Wort 'Wahlbetrug' nur durch das Wort 'Wählertäuschung' überklebten. Man wurde als einfacher Wähler den Eindruck nicht los, dass der thematische Inhalt beider Parteien immer mehr hinter das plumpe Vorhaben rutschte die 'Bruderpartei' zu schädigen. Inhaltlich stellte das BZÖ allerdings die Forderungen nach Senkung der Ausländerzahl um 30% (was von Experten als ein Schreiben an das Christkind verhöhnt wurde, da – abgesehen von rechtlicher Unmöglichkeit – es logistisch ein Ding der Unmöglichkeit sein würde), der Abbruch der EU Verhandlungen mit der Türkei (wobei LH Haider noch bis 2005 dafür war; Anm.) sowie schärfere Gesetze gegen Triebtäter. Nur etwa eine Woche vor der stattfindenden Wahl trat die bis dahin amtierende Justizministerin Karin Gastingner aus dem BZÖ mit der Begründung aus, sie wolle keiner Bewegung angehören, welche ausländerfeindlich ist und mit Ängsten der Bürger operiere (Kurier vom 26. September 2006). Bei den am Wahltag stattfindenden Wahlfeierlichkeiten wurde der Pressesprecher Gastingners auf Wunsch Westenthalers von dessen Leibwächtern 'unsanft' aus dem Lokal befördert. Bei einer darauf hin angestregten Klage gegen Westenthaler bestritt dieser vor Gericht seinen Befehl zum 'Rausschmiss' was sich als unwahr heraus stellte und ihm eine Verurteilung wegen Meineides einbrachte.

Bei den Regierungsverhandlungen mit der ÖVP konnte die SPÖ fast keines ihrer hochgesteckten Wahlziele durchsetzen. Die Eurofighter wurden nicht storniert, die Studiengebühren nicht abgeschafft. Daneben wurden die in der öffentlichen Wahrnehmung wichtigsten Ministerposten (Finanzminister, Wirtschafts- und Arbeitsminister, Außenminister und Innenminister) der ÖVP überlassen, was der SPÖ den Ruf einer 'Umfallerpartei' gab. Vor allem die Studenten zeigten klar ihren Unmut über diese Ergebnisse; insbesondere das sofortige Brechen des Wahlversprechens die Studiengebühren ersatzlos abzuschaffen. Die SPÖ Studentenorganisation VSSTÖ demonstrierte gegen die eigene Partei sodass Gusenbauer zu einigen Festivitäten durch die Hintertüre reinkommen musste. Die Vorsitzende der VSSTÖ trat aus Protest aus der SPÖ aus. Die damalige Journalistin der Tageszeitung 'die Presse' und nunmehrige Kommentatorin für den 'Kurier' - Anneliese Rohrer - gratulierte in einem nach der SPÖ-ÖVP Regierungsübereinkunft geführten ORF Interview in der ZIB3 (nunmehr ZIB24; Anm.) der FPÖ schon für künftige Wahlerfolge, und kommentierte somit die Enttäuschung der Wähler über die SPÖ und vor allem über den Vorsitzenden Gusenbauer, der seinen Kindergartenraum für seine Ideale und Wahlversprechen zu opfern schien.

Bedingt durch einen ab etwa 2004 einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung wirkte sich dieser vor allem auf zwei Bereiche aus. Einerseits stieg die Inflation rasch an, andererseits begann schon ab 2003 ein immer stärkeres Steigen des Ölpreises. Und auch der Euro wurde im Verhältnis zum Dollar seit seiner Einführung als Realwährung immer stärker. Weniger durch einen sprunghaften Anstieg des Verbrauchs oder einer Einschränkung der Fördermenge, als vor allem durch Spekulationen – also die Finanzinstrumentarien der Optionen und Futures – kletterte der Ölpreis ab 2007 unaufhörlich nach oben. Vor allem die Tatsache, dass der Euro mit dem Ölpreis Mitwuchs dämpfte allerdings die Preise an den Zapfsäulen im Euroraum. Nichts desto trotz war dies fortan ein bestimmendes politisches Thema quer durch Europa und natürlich auch in Österreich.

Unter Federführung von Barbara Rosenkranz und dem bis dahin einzig verbliebenen Landtagsabgeordneten der FPÖ Gottfried Waldhäusl zog die FPÖ Niederösterreich – wohl schon im Wahlkampf für die 2008 stattfindende Landtagswahl – mit einem Flugblatt zu Felde mit dem Slogan 'Stoppen wir den Spritpreiswahnsinn' und forderten den Landeshauptmann sowie den Finanzminister auf den Benzinpreis regional (!) in Niederösterreich auf einen Euro pro Liter zu begrenzen. Durch die rechtliche und ökonomische Unmöglichkeit dieses Vorhabens reagierte aber weder der politische Gegner noch die Bevölkerung in irgendeiner Art und Weise auf dieses Flugblatt.

Trotz der offensichtlichen Unkenntnis der Akteure verlief die Landtagswahl aber passabel für die FPÖ, welche sich auf 10,5% etwa verdoppeln konnte und von nun an auch eine Landesrätin stellte. Die ÖVP unter Landeshauptmann Erwin Pröll konnte ihre absolute Mehrheit verteidigen und sogar noch 1,1% dazu gewinnen. Große Verlierer waren die SPÖ (-8,1% auf 25,5%), was einen Obmannwechsel nach sich zog, sowie die Grünen, welche trotz großer Erwartungen um 0,3% auf 6,9% fielen.

Bei den kurz danach stattfindenden Landtagswahlen in Tirol konnte die FPÖ ebenfalls ein akzeptables Ergebnis erzielen und erreichte 12,7% (+4,7). Beide Regierungsparteien verloren stark. Die ÖVP verlor fast 10% und stand nun bei knapp 40%, die SPÖ über 10% und war nun bei etwa 16%. Auch die Grünen erlitten einen schweren Dämpfer, verloren 5,2% und hielten nur noch bei knapp über 10%. Großer Wahlgewinner war der abtrünnige ÖVP Arbeitnehmervertreter Fritz Dinkhauser, der mit seiner 'Liste FRITZ' beim erstmaligen Antritt 18,3% der Stimmen erreichte und sofort zweitstärkste Partei in Tirol wurde.

Grund für das schlechte Abschneiden der SPÖ und der ÖVP sah man in den massiven Streitigkeiten der beiden Regierungsparteien und dem immer wieder medial schlecht abschneidenden Bundeskanzler Gusenbauer. Schon im April 2008 schien die Koalition nach nicht einmal eineinhalb Jahren auseinander zu brechen. Doch – vielleicht durch die bevorstehende Fußballeuropameisterschaft in Österreich und der Schweiz motiviert – arbeitete man weiter. Der Abpfiff im Finale, welches Spanien gewann, erfolgte am 29. Juni und schon eine Woche später – am 07. Juli erklärte der Vizekanzler und Finanzminister Molterer dramatisch 'es recht!' und die gemeinsame Regierungsarbeit somit für beendet.

Hauptgrund für die Auflösung war die SPÖ Krise in welcher Bundeskanzler Gusenbauer de facto öffentlich durch die eigene Partei demontiert wurde (Doppelspitze Gusenbauer-Faymann in der SPÖ). Noch dazu schrieben Gusenbauer und sein Regierungskordinator, der seit August nunmehriger Parteichef der SPÖ Werner Faymann, einen Leserbrief an die Kronenzeitung in welchem sie eine neue EU Linie der SPÖ propagierten. Dies wiederum gefiel der Europapartei ÖVP nicht. Man ortete Führungsschwäche und titulierte die Krise in der SPÖ als Krise der Republik.

Zeitgleich zur Wahlauseinandersetzung in Österreich wurde aus der Hypothekenkrise der USA eine ausgewachsene und weltweite Finanzkrise, welche erstmalig seit den 1930er Jahren nicht nur – mit Ausnahme Japans 1991 - Entwicklungs- und Schwellenländer (Asienkrise, Südamerikakrise, Mexikokrise, usw.) sondern vor allem die Industriestaaten traf. Hauptursächlich verantwortlich waren die vorher erwähnten, im großen Stil verkauften verbrieften Schuldverschreibungen der US Amerikanischen Hausbesitzer. Ab Juli 2008 wurde eine regelrechte Kettenreaktion ausgelöst. Zunächst mussten die US Hypothekenbanken Fanny Mae und Freddie Mac – welche über 5 Bio. USD an Krediten vergaben - durch massive Zahlungen durch das US Finanzministerium gestützt werden. Die Unsicherheit, welches sich nun einstellte, veranlasste die Anleger Geld im großen Stile abzuziehen, wie es sonst nur bspw. durch Hyperinflation zustande kommt. Zum absoluten Supergau kam es am 15 September 2008 als die Investmentbank Lehmann Brothers Insolvenz anmeldete. Das US Sprichwort `to big to fail` - also die Tatsache, dass volkswirtschaftlich relevante Unternehmen notfalls staatlich am Leben gehalten werden - wurde bei Lehman nicht angewandt. Dies endete in einer verheerenden Vertrauenskrise zwischen den Banken. Niemand wusste ob die Bilanzen stimmen und somit verweigerte man weitgehend die Interbankgeschäfte.

In Österreich gingen Finanzminister Molterer und Bundeskanzler Gusenbauer den Weg, welchen zuvor Irland antrat und gab Garantien in Höhe von etwa 85 Mrd. EUR für die Banken ab. Daneben wurde Partizipationskapital in Höhe von 15 Mrd. EUR für Banken bereitgestellt.

Währenddessen wurde eifrig Wahl gekämpft. Der Tiroler Rebell Fritz Dinkhauser wollte den Schwung seines Wahlerfolges mitnehmen und trat Bundesweit an. LiF Obmann Zach wurde wegen Involvierung in einen Lobbyingskandal beim Rüstungskonzern EADS (Quelle: <http://derstandard.at/?url=/?id=1220458699162>) von der Gründerin Heide Schmidt abgelöst. Ebenfalls abgelöst wurde der wegen Falschaussage verurteilte Peter Westenthaler, der durch Jörg Haider ersetzt wurde. Ansonsten bildete sich noch ein Wählerspektrum rund um die Liste RETTÖ, welche vehement eine Volksabstimmung zum EU Reformvertrag (Nachfolger des EU Verfassungsvertrages; Anm.) forderte. Daneben gab es noch ein paar regionale Listen sowie als österreichweit antretende Gruppierung die KPÖ sowie die Christenpartei. Auch EU Parlamentarier Hans Peter Martin sowie dem Schauspieler Karl Heinz Hackl wurden im Vorfeld Chancen eingeräumt, jedoch trat Martin nicht an und Hackl scheiterte am Aufbringen der Unterstützungserklärungen.

Vor allem das Thema der Inflation – hervorgerufen durch die bis dahin stetig teurer werdenden Lebensmittel sowie die exponentielle Steigerung der Rohölpreise, welche am Höhepunkt etwa 135 USD pro Barrel kosteten - bestimmte den Wahlkampf in überragender Art und Weise. Die Wirtschaftskrise hatte die Köpfe der Österreicher offenbar noch nicht erreicht. Novum dieser Wahl war, dass etliche Wahlversprechen schon vor der eigentlichen Wahl versucht wurden einzuhalten. Das lag an dem Umstand, dass kurz vor der Nationalratswahl noch eine Plenarsitzung des Nationalrats anberaumt wurde. So fiel mit den Stimmen der SPÖ, der FPÖ und den Grünen etwa die Studiengebühren – zumindest wurde sie sehr eingeschränkt.

Im Wahlkampf selbst setzte sich die SPÖ vor allem für die Grundsicherung und eine Vermögenszuwachssteuer ein. Auffallend war, dass der zu diesem Zeitpunkt immer noch amtierende Bundeskanzler Gusenbauer keinerlei Auftritte oder sonstige öffentliche Termine wahrnahm. BZÖ Spitzenkandidat Jörg Haider kommentierte dies in einer Rede in Baden bei Wien mit den Worten, dass Gusenbauer momentan besser versteckt sei als Osama Bin Laden. Ansonsten verwies Haider in seinen Auftritten immer auf das Modelland Kärnten, welches er in fast allen Belangen (politische und ökonomische Parameter) vom bundesweiten Schlusslicht weit nach vorne gebracht habe. Unter dem Besinnen auf `alte Werte` war der Wahlkampf des BZÖ hauptsächlich durch das Ausländerthema geprägt. Ebenso für die FPÖ, welche eine eigene Sozialversicherung für Ausländer forderte. Ansonsten war die FPÖ ziemlich im Mainstream des Anti Inflationdenkens verhaftet und stellte dementsprechende Forderungen. Die Grünen gingen wieder mit Prof. van der Bellen ins Rennen. Wahlziel Nummer eins war das Angehören einer Regierung nach der Wahl. Der Freiheitliche Norbert Hofer meinte einmal, dass van der Bellen Zwentendorf (Atomkraftwerk; Anm.) wieder aufsperrn würde, dürfte er Vizkanzler werden. Über dieses primäre Wahlziel hinaus setzten sich die Grünen gegen das Abschieben der Familie Zogaj (bosnische Familie, welche Asyl beantragte, dieser Antrag jedoch abgelehnt wurde; Anm.) ein. Weiters wurde ein Gesamtschulmodell, die Reform der Vermögensteuer sowie eine Subventionierung öffentlicher Verkehrsmittel gefordert. Die ÖVP forderte ein Nulldefizit, welches für 2011 vorgesehen war. Daneben wollte man ein Österreich-Ticket für die Bundesbahnen.

Tabelle 26: Nationalratswahl 2008

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	BZÖ
2008	29,3% (-6,0%)	26,0% (-8,3%)	17,5% (+6,5%)	10,4% (-0,6%)	10,7% (+6,6%)

(Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2008/start.aspx)

Wahlplakate der SPÖ 2008



Wahlplakate der ÖVP 2008



Wahlplakate der FPÖ 2008



Wahlplakate der Grünen 2008



Wahlplakat des BZÖ 2008



Wahlplakat des LiF 2008



Wahlplakat der Liste Fritz 2008



(Bildquelle: <http://www.wien-konkret.at/politik/nationalratswahl2008/wahlwerbung/>)

Das Ergebnis glich einem Donner Schlag. Die zerstrittenen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP verloren stark. Die SPÖ sank erstmals in ihrer Geschichte unter die 30% Marke, die ÖVP schaffte es ihr historisch niedrigstes Ergebnis von 1999 noch zu unterbieten und hielt nur noch 26,0%. Damit war vor allem die Verfassungsgebende zweidrittel Mehrheit weg. Auch die Grünen verloren erstmals unter van der Bellen und wurden sogar nur noch fünft stärkste Partei, da sie hinter das sensationell gewinnende BZÖ zurück fielen. Dieses errang seinen Wahlerfolg durch einen quasi Alleingang des Kärntner

Landeshauptmannes Haider. Auch die FPÖ konnte sich über Zugewinne freuen und war nun wieder drittstärkste Partei Österreichs.

Maßgeblich verantwortlich für dieses Ergebnis war die Tatsache der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre. Die Generation 16 bis 30 Jahre wählte bis zu 42% entweder FPÖ oder BZÖ, bei den unter 30 jährigen Männern liegt die FPÖ an Platz eins, bei den unter 30 jährigen Frauen auf Platz zwei. Auch der immer wieder getätigte Vorwurf die FPÖ und das BZÖ seien rassistische Parteien mag hier in Zweifel gestellt werden, wurde die FPÖ immerhin von 19% und das BZÖ von 12% aller in Österreich geborenen Menschen mit Migrationshintergrund gewählt. Die 'pro Ausländerpartei' Grünen schafften in der Gruppe nur 11%. Sieht man sich das Wahlmotiv des Spitzenkandidaten an, dann gewinnt überragend der Kärntner Landeshauptmann Haider 59%. Danach Faymann mit 53% und ganz zum Schluss Molterer mit 25%. Strache und van der Bellen liegen mit knapp 50% dazwischen.

(Quelle: http://www.sora.at/images/doku/SORA_ISA_Analyse_NRW_2008.pdf)

Die Regierungsbildung dauerte mangels Alternativen nur sehr kurz. Die SPÖ lehnte eine Regierungsbeteiligung der FPÖ und des BZÖ kategorisch ab und Faymann sagte schon am Wahlabend er wolle als Bundeskanzler einer SPÖ-ÖVP Regierung vorstehen. Mit den Grünen erreichte die SPÖ keine Mehrheit. Die ÖVP versuchte zwar kurz eine 'bürgerliche Regierung' mit BZÖ und FPÖ zustande zu bringen scheiterte aber an der FPÖ, welche keinesfalls mit dem BZÖ eine Regierung bilden wollte. Auch eine Koalition aus ÖVP, Grüne und BZÖ kam nicht zustande, da sich die Grünen wehrten mit einer 'rechts der Mitte' stehenden Partei zusammen zu arbeiten.

Sozusagen als Rahmenprogramm zur Wahl schlitterte auch Österreich immer weiter in die Wirtschaftskrise. Zunächst musste die Constantia Privatbank vor dem Konkurs gerettet werde, welche vor allem durch Probleme der Immofinanz und Immoeast mitgerissen wurde. Ende Oktober nahm die 'Erste Bank' als erste Bank die Möglichkeit wahr ihr Eigenkapital durch das angesprochene Partizipationskapital – in Höhe von 2,7 Mrd. EUR - aufzustocken. Die Kommunalkreditbank wurde verstaatlicht und die Kärntner Hypo Alpe Adria Bank mit 900 Mio. EUR Partizipationskapital unterstützt.

Aufsehen erregte vor allem das Ostgeschäft der österreichischen Banken, welche etwa 300 Mrd. EUR in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern investiert hatten und im Rahmen der allgemeinen Krise vermehrte Zahlungsausfälle wahrscheinlich waren. Die Zinsen für österreichische Staatsanleihen steigen darauf hin an. Die Ratingagenturen (die in der Vergangenheit kläglich versagten) ließen sogar durchhorchen Österreich die Bonitätsstufe von AAA zu entziehen und schlechter zu bewerten.

Signifikant wirkte sich die Krise vor allem auf Börsenkurse und Zinsen aus. Einerseits wurden die Leitzinsen sowohl von der FED als auch von der EZB auf 0,25% bzw. 1,0% gesenkt, doch das Misstrauen der Banken ließ den EURIBOR weiter hoch stehen. Alleine auf eine Aussendung des Geschäftsführers der FMA boten quasi über Nacht alle Banken plötzlich keine Fremdwährungskredite mehr an. Einer Studie der Arbeiterkammer zufolge wurden die Sparzinsen wohl an die niedrigere Zinsentwicklung angepasst, doch blieben die Kreditzinsen bis Ende 2008 hoch.

Auch die Börsen erlebten eine wahre Talfahrt. Mitte 2007 noch auf einem Höchststand von fast 5.000 Punkten liegend, standen sie Mitte 2008 immer noch auf etwa 4.500 und verloren bis Ende 2008 fast 3.000 Punkte und lagen etwa bei 1.700 Punkten. Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl meinte bei der ORF Pressestunde am 20. Dezember 2008, dass die Kurse nicht mehr weiter fallen würden und sich somit ein gutes Einstiegsszenario darstelle. Wer seinem Rat folgte war bis etwa März 2009 mit einem weiteren Verfall auf den Tiefststand von 1.411 Punkten konfrontiert, was einen Verlust von fast 20% gleichkommt.

Stephan Schulmeister, Ökonom am WIFO, bezeichnete die Sachlage einmal ganz nüchtern indem er meinte, dass ein ATX, der sich vom Jahr 2003 an bis Mitte 2007 fast verfünffacht (+500%) in keiner Relation zu einem Wirtschaftswachstum von etwa 4% pro Jahr steht. Die Börse bildet also in keinsten Weise ein realwirtschaftliches Bild ab. Schulmeister nannte solche Situationen auch die 'manisch depressiven Preisschwankungen auf dem Kapitalmärkten' und fragte nach was die 'unsichtbare Hand' (Adam Smith – der Wohlstand der Nationen - 1778; Anm.) wohl macht.

Analyse der Wirtschaftsprogramme

Die Analyse der freiheitlichen, ökonomischen Programmatik wird unter folgendem Gesichtspunkt erstellt, dass die Tatsache ins Kalkül gezogen wird, dass die FPÖ ihre Grundsatzprogrammatik nur zu fest vorgegebenen Zeitpunkten – also zu Parteitag - ändern kann. Dementsprechend wird untersucht ob es eine, abhängig von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage oder einer Änderung in der Parteispitze, Anpassung des Grundsatzprogramms oder aber abweichende Wahl- oder Aktionsprogramme gibt. Ein Vergleich mit eingebrachten Gesetzestexten kann nicht erbracht werden, da dies den Umfang dieser Arbeit bei weitem Sprengen würde. Jedoch werde ich versuchen die tatsächliche ökonomische Umsetzung der jeweiligen Programme (vor allem des Grundsatzprogramms) bei Regierungsbeteiligungen – vor allem jener ab 2000 – herauszuarbeiten.

Die freiheitlichen Wirtschaftsprogramme

Die VdU von 1949 bis 1956

Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms (1. Parteitag – Salzburg 1949)

Die VdU verfasste in ihrem kurzen Dasein nur drei Programme. Zum einen das Grundsatzprogramm – damals noch Verbandsprogramm – von 1949, das 'soziale Manifest' von 1950 und das 'Ausseer Programm' 1954, welches das Grundsatzprogramm in einigen Eckpunkten modifizieren sollte.

Das Grundsatzprogramm von 1949 beginnt mit allgemein gehaltenen Eckpfeilern wie das Bekenntnis zur Demokratie, Gleichbehandlung der Staatsbürger, das Bekenntnis zum Rechtsstaat und zur republikanischen Staatsform sowie zur Bundesverfassung. Als allgemeines Ziel des Grundsatzprogramms kann die 'Durchsetzung von Reformen' in der Gesetzgebung und der Verwaltung angegeben werden. In Artikel 1 (RZ 9 und 10) wird auch auf das Bekenntnis zum Christentum und zum deutschen Volkstum hingewiesen.

Als – vor allem im Vergleich zu den Föderalismusbestrebungen der FPÖ ab 1993 – auffallendste programmatische Ausrichtung ist im Artikel 2 (RZ 2) die Forderung nach einer Schaffung der 'Vereinigten Staaten von Europa' zu nennen. Der VdU begründet dies mit der Erhaltung des Friedens in Europa. Dies ist insofern bemerkenswert als das, zumindest programmatisch, keinerlei chauvinistisch nationalistisches Verhalten an den Tag gelegt wurde, obwohl etliche frühere Nationalsozialisten, bzw. dem Nationalsozialismus nahe stehende Personen wie Friedrich Peter, Anton Reinthaller usw., innerhalb des VdU ihre neue politische Heimat fanden.

Der VdU erkannte schnell, dass Österreich in den letzten 4 Jahren seit 1945 politisch und gesellschaftlich de facto in nur zwei Lager aufgeteilt wurde; jenes der SPÖ und jenes der ÖVP mitsamt ihren Bündnen, Kammern und sonstigen Organisationen. Zum 'Zusehen' verdammt fiel auch der Artikel 3 des Grundsatzprogramms aus, in welchen vor allem Reformen der Verwaltung (RZ 16,

17 und 18) im Sinne der Vereinfachung gefordert werden, aber auch politischer Proporz und Protektionismus (RZ 14) sowie politische Einflussnahme (RZ 15, 19 und 20) kritisiert wird.

Der sechste und letzte Artikel befasst sich mit der Kulturpolitik, wobei auch Schul- und Bildungspolitik impliziert wurde. Als Kinder der Revolution von 1848 wird selbstverständlich die Presse- und Meinungsfreiheit gefordert (RZ 52) sowie abermals die Freihaltung von politischen Einflüssen in der Bildungspolitik (RZ 51). Implizit, aber nicht ausdrücklich, wird in RZ 48 abermals auf das deutsche Volkstum hingewiesen, welches es zu pflegen und weiterzuentwickeln gilt.

Summa Summarum ist das erste Grundsatzprogramm der VdU ein sehr kurz und allgemein gehaltenes Programm zur Gesellschaftspolitik. Eindeutig ist, dass in Österreich das Proporzsystem zwischen SPÖ und ÖVP schon recht ausgereift war. Kleinparteien wie VdU und KPÖ waren de facto von der politischen Willensbildung ausgeschlossen. Dementsprechend waren vor allem die Forderungen nach Entpolitisierung der staatlichen und zivilen Organisationen sowie ein 'schlanker Staat' im Sinne des Leistungsprinzips die Forderungen der ersten Stunde. Aus der Geschichte heraus war der VdU ohnehin gegen eine absolutistische Staatsmacht gerichtet – egal ob Monarchie oder Parteienstaat. Zu Hinterfragen, aber natürlich nicht endgültig zu klären, ist die Frage ob der VdU auch dieses dermaßen revolutionistische Gesicht aufgesetzt hätte, wären sie ab 1945 in einer Allparteienregierung gewesen und hätten ab der ersten Nationalratswahl ähnlichen Stimmenanteil wie SPÖ und ÖVP verbuchen können.

Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Einer der Gründer des VdU und erster Obmann war der promovierte Volkswirtschaftsprofessor an der Wiener Hochschule für Welthandel Herbert Alois Kraus. Vielleicht kam deshalb den Artikeln 4 und 5 besondere Bedeutung zu, stellen sie mit 25 von 53 Randziffern mehr als 47% des Gesamtprogramms dar.

Gleich im ersten Punkt (RZ 21) wird eine 'planvolle Lenkung' der Wirtschaft (inkl. Landwirtschaft) gefordert. Eine stabile Währung sowie ein absolut ausgeglichener Staatshaushalt (RZ 22) werden wohl vor allem in Erinnerung an die galoppierende Inflation der Zwischenkriegszeit sowie der Wachstumsinflation von 1947 gefordert. Aber auch das 1947 beschlossene zweite Verstaatlichungsgesetz war einen eigenen Punkt (RZ 24) wert, in welchem jegliche Verstaatlichung dann abgelehnt wird, wenn der Markt den jeweiligen Betrieb auch selbst tragen könnte. Politisch wird es wieder ab der RZ 27, in der eine von den Parteien – nicht mehr vom Staat – unbeeinflusste Kreditpolitik gewünscht wird. Aber auch ein bis heute immer wieder freiheitliches Thema wurde aufgeschrieben, als der VdU eine Tätigkeit der Wirtschaftsverbände auf ein volkswirtschaftlich notwendiges Maß beschränken will (RZ 35).

Einen bis heute wichtigen Punkt nimmt seit damals immer wieder die österreichische Bauernschaft ein. Ein Schutz der agrarischen Inlandsproduktion (RZ 30) war eine der wenigen protektionistischen Forderungen des VdU, genauso wie ein Eindämmen der Landflucht durch Bildung und Ausbildung

sowie einer Verbesserung der Lebensbedingungen. Hier konnten sich offensichtlich die nicht zur ÖVP abgewanderten Teile des Landbundes durchsetzen. Bei einer sonst sehr marktwirtschaftlich orientierten Ausrichtung war dies die einzige explizit angesprochene protektionistische Maßnahme.

Eine ideale Steuerpolitik wird sehr weit, als sozial gerecht und nicht wirtschaftszerstörend (RZ 28), gefasst. Sehr liberal wird das Programm wieder wenn es um die Agenden des Außenhandels geht. Als Grund dafür wird das - damals als österreichische Achillesferse bekannte – außenwirtschaftliche Ungleichgewicht vermutet. Und so wird in RZ 32 explizit die Förderung des Exports und in RZ 33 die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Güter im Ausland verlangt.

Im sozialpolitischen Teil des Grundsatzprogramms findet man (RZ 36), hinsichtlich des eher liberal ausgerichteten Wirtschaftsteils, etwas überraschend die Forderung nach einem 'Recht auf Arbeit' sowie einem Arbeitsbeschaffungsplan, welcher Vollbeschäftigung garantieren soll.

Als oberstes Ziel sieht der VdU die Schaffung eines Zustandes, in welchem „jedem Schaffenden der gerechte Anteil am Arbeitsertrag und des Volksvermögens gesichert werden soll“, wobei als Maßstab die Leistung gelten soll (RZ 41). Dies beschreibt den freiheitlichen Leistungsgedanken. Vor allem arbeiteten (Stand: 1951) zum damaligen Zeitpunkt noch etwa 1,09 Millionen Menschen (32,6%) im Sektor der Land- und Forstwirtschaft, 1,25 Mio. (37,6%) im Industriesektor und nur 0,9 Mio. Menschen (29,8%) im Dienstleistungssektor (Butschek, 2004; S.216). Eine Messung der Produktivität am Gesamtergebnis war also noch relativ einfach.

Als ideologischen Anhang gibt es in den RZ 46 und 47 noch den Wunsch nach der Einbürgerung von Volksdeutschen und der Ablehnung des Klassenkampfes.

Das Wirtschafts- und Sozialprogramm des VdU ist in erster Linie gemäßigt liberal und zum überwiegenden Teil marktwirtschaftlich ausgerichtet. Vor allem die Tatsache, dass man aufgrund der Mandatsverteilung keinerlei Einflussnahme auf staatsnahe Betriebe ausüben konnte war noch zusätzlicher Antrieb für Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen. Die Sozialpolitik war in den Nachkriegsjahren vor allem auf Schaffung der zerstörten Infrastruktur ausgerichtet, wobei die Forderungen nach Wohnungs- und Siedlungsbau besonders herausstechen.

Ein besonderes Anliegen dürfte den Autoren des ersten Programms sowohl die Bildung als auch die deutsche Volkstumszugehörigkeit gewesen sein, findet man zwar kein eigenes Kapitel, jedoch innerhalb jedes Anderen eigene Absätze in diese Richtungen.

Schlussendlich kann man sagen, dass das erste Programm des im März 1949 gegründeten VdU eher schnell (im September) vor der im November des genannten Jahres stattgefundenen Nationalratswahl geschrieben wurde. Eine grundsätzlich in eine Richtung philosophische Ausrichtung lässt sich zwar im allgemeinen, gesellschaftspolitischen Teil feststellen, fehlt aber in der ökonomischen Ausrichtung,

zumindest wenn man die klaren Linien der – keynesianischen – SPÖ, der – marxistischen – KPÖ oder der – neoliberalen – ÖVP zugrunde legt.

Aktions- und Wahlprogramme

Nach dem Grundsatzprogramm von 1949 gab es nur noch zwei weitere Programme. Zum einen das Ausseer Programm (2. Parteitag – Bad Aussee 1954) zur Gesellschaftspolitik 1954 sowie das soziale Manifest von 1950, welches vom Zentralausschuss für Gewerkschafts- und Sozialpolitik im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand des VdU geschrieben und beschlossen wurde. Der wahrscheinlich bemerkenswerteste Punkt ist in der Einleitung beschrieben, als der VdU feststellt, dass „...Kapitalismus und Kommunismus als rein materialistische Systeme zum Untergang führen. Nur eine ethische Erneuerung kann die Grundlage einer sozialen Erneuerung sein.“ Dies ist deshalb bemerkenswert, weil sich der VdU dadurch in seinen sozialphilosophischen Wurzeln vollkommen von den vorherrschenden Systeme abkoppelt und seine Grundlagen im Idealismus sieht (vergl. deutscher Idealismus nach Kant); realpolitisch hatte dies aber keinerlei Auswirkungen.

Weiters wird festgehalten, dass der Mensch sowohl als Individuum, als auch als Mitglied einer Gemeinschaft im Mittelpunkt steht. Ein klares Bekenntnis zum liberalen Individualismus oder zum sozialen Kollektivismus wird also nicht abgelegt. Im vierten Absatz werden aber schon wieder die Wurzeln des Jahres 1848 bemüht, als sich der VdU selbst als „...Rebellion gegen soziale Ungerechtigkeit“ bezeichnet.

Im Absatz 1 wird aber schon jeder Staat abgelehnt, welcher das Kollektiv in das Zentrum des Denkens setzt und im zweiten Absatz wird die im Grundsatzprogramm manifestierte Forderung nach einem vereinten, bundesstaatlich organisierten Europa wiederholt. In den folgenden Absätzen wird immer wieder auf die Ablehnung von Sozialismus, Marxismus und Klassenkampf hingewiesen. Der VdU sieht sich infolge dessen im bürgerlichen Lager der Republik. Weiters werden vor allem die schon im Grundsatzpapier beschriebenen Forderungen – bspw. nach dem Recht auf Arbeit, einem `schlanken Staat` oder auch dem Leistungsprinzip in der Entlohnungs- und Steuerpolitik – wiederholt.

Im sozialen Manifest driftet der VdU trotz Wiederholung der angestammten Themen weit ins bürgerlich-liberale Lager. Leistung und die Ablehnung des Sozialismus wurden viel deutlicher herausgehoben, bürgerlich-liberale Ansätze weitaus mehr betont.

Im Ausseer Programm des Bundesvorstandes von 1954 wird erstmals der Begriff der `Freiheit` verwendet. Hier erfolgt neben der Feststellung, dass Österreich ein deutscher Staat ist auch jene, dass Europa vor jeder Art von Überfremdung geschützt werden müsse. In Artikel 2 wird sogar von einem gemeinsamen, europäischen Kulturbewusstsein gesprochen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik wird erst im (letzten) Punkt 5 behandelt. Hier wird erstmals die `soziale Marktwirtschaft` erwähnt, zu welcher sich der VdU im Ausseer Programm bekennt. Wieder wird gegen Marxismus und Klassenkampf polemisiert, privates Eigentum und ungehinderter Wettbewerb

gefordert. Im Sinne der freien/ sozialen Marktwirtschaft wird die Ausschaltung sämtlicher Monopolrenten sowie die Bekämpfung von Kartellen gefordert. Auf sozialer Ebene kämpfte der VdU für ein System, in welchem der Staat für „...alle durch Krankheit, Unfall oder auf andere Weise unverschuldet in Not geratene Menschen das höchstmögliche Maß an sozialer Hilfe zu garantieren und den Schaffenden aller Stände im Alter einen ausreichenden, der früheren Leistung entsprechenden Lebensunterhalt zu sichern“ hat.

Somit plädierte der VdU für ein umfassendes Sozialsystem mit Einschränkungen. Nämlich nur durch Krankheit, Unfall oder andere Weise unschuldig in Not geratene Menschen sollten in den Genuss staatlicher Hilfe kommen. Das Leistungsprinzip wird hier also genauso angewandt wie in der Forderung nach Pensionen für `Schaffende` wobei die in diesem System vor allem die Frauen signifikant benachteiligt sind, da für den VdU Kindererziehungszeiten und Hausfrauenarbeit nicht hinreichend mit dem Begriff `schaffen` verbunden ist.

Im letzten Absatz des fünften Punktes erklärt der VdU noch, dass sie sich von anderen Parteien vor allem dadurch unterscheiden, dass die Verbindung zwischen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben wohl VdU Programm ist und die anderen Parteien sowieso nur Zusammenschlüsse verschiedener Interessensgruppierungen – wie Bünde oder Kammern - sind.

Der VdU erklärt sich im Ausseer Programm also definitiv als außerhalb der Interessensvereinigung, in welchen er niemals Fuß fassen konnte. Die Bundes- und Landesorganisationen der Arbeiterkammer wurden durch einen Gesetzesbeschluss der drei Regierungsparteien SPÖ, ÖVP und KPÖ ab 1945 formell konstituiert, erst danach in den einzelnen Bundesländern. Später wurden bundesweite Arbeiterkammerwahlen abgehalten bei welchen der Arbeitnehmerflügel des VdU zwar hinter der sozialistischen Fraktion auf Platz 2 kam, diesen Platz in den 1950er Jahren jedoch nicht behaupten konnte und hinter den ÖAAB zurückfiel. Die Verluste waren teilweise gravierend. Bei den Wirtschaftskammer- und Landwirtschaftskammerwahlen war der VdU von Anfang an erfolglos und spielte de facto keinerlei Rolle.

Zusammenfassung

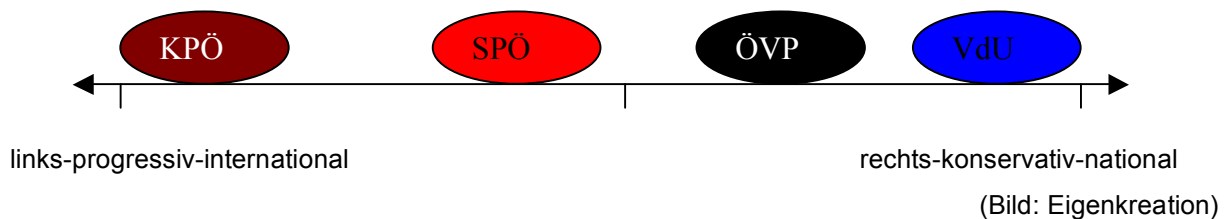
Der VdU verfasste sein Grundsatzprogramm aus einer klaren Außenseiterposition heraus. Weder in der Regierung vertreten noch wesentlich in Interessensvertretungen verhaftet war das Programm vollständig auf oppositionelle Tätigkeiten ausgerichtet. Die immanente Kritik an den Parteien, dem Staat (i.S.v.: die Regierung), den Kammern und Bündnen war ebenso herausragend wie der Kampf gegen Proporz und Protektionismus. In wirtschaftlicher Hinsicht gab sich der VdU ein liberales – wenn auch gemäßigt liberales – Gesicht. Die Prolongierung der sozialen Marktwirtschaft, der Kampf gegen Kartelle und Monopole sowie Verstaatlichung war genauso Bestandteil des Programms wie der Wunsch nach einer möglichst gleichmäßigen Vermögensverteilung und einer Sozialgesetzgebung unter Inbedachtnahme der ökonomischen Entwicklung sowie der individuellen Umstände. Im sozialen Manifest von 1950 verhielt es sich ähnlich. 1954 war der VdU schon kurz vor seinem Zerfall. Richtungsstreitigkeiten zwischen Liberalen und Nationalen prägten das Programm, wobei die

ideologische Komponente nur ein Teil der Wahrheit ist. Zum einen wanderten viele Wähler, in Richtung SPÖ und (weniger in Richtung) ÖVP, zum anderen konnten ehemalige Nationalsozialisten mit der zunehmend liberalen Ausrichtung des `dritten Lagers` überhaupt nichts anfangen. Das Ausseer Programm war der letzte Versuch einer Einigung zwischen beiden Lagern innerhalb des VdU, wobei der überwiegend liberale Führungsteil den Nationalen durchaus rhetorische Zugeständnisse machte indem er etwa Österreich als `deutschen Staat` titulierte und sich zu gewachsenen Gemeinschaften wie Heimat, Volk oder Familie bekannte. Hinsichtlich der ökonomischen Ausrichtungen waren nur wenige Änderungen festzustellen.

Die VdU in der Bewertung:

Im Laufe der Jahre wurden viele Bewertungsmodi von teilweise sehr anerkannten Politologen publiziert. Die wohl einfachste Form ist die `links – rechts` Achse, welche ihre Wurzeln in der französischen Nationalversammlung hatte. Sinn ist es eine graphische Darstellung von Parteien oder Interessensgruppen und deren Lage innerhalb eines gewissen Spektrums zu erhalten. Würde man das nun auf die Parteienlandschaft von 1949 anwenden, so hätte man etwa folgendes Bild:

Bild 2: triviale Darstellung im eindimensionalen `links/ rechts` Schema

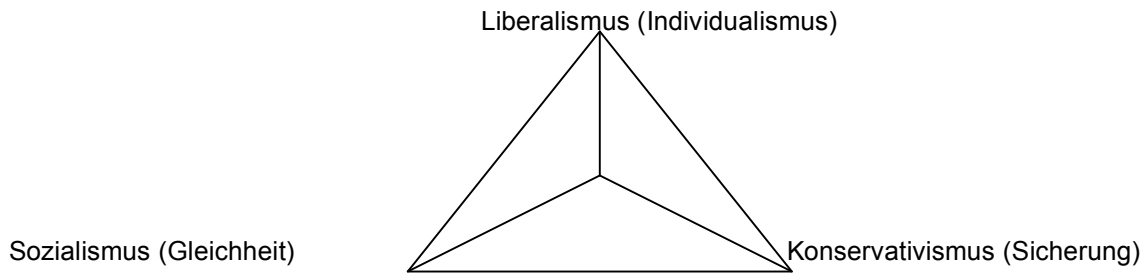


Mit diesem sehr eindimensionalen Konstrukt kann man jedoch keinerlei Feinheiten erkennen oder andere als die auf der Achse aufgebrachten Wertepaare beschreiben und vergleichen. Des Weiteren muss die in diesem Beispiel zwangsweise so wählen, dass die Werte `rechts, konservativ und national` bzw. `links, progressiv und international` innerhalb einer Partei stets korrelieren. Würde beispielsweise die ÖVP durch die Wahl ihres Obmannes einen internationaleren Weg (etwa im Sinne der ökonomischen Internationalisierung) wählen, würde man sich mit dem Auftragen am Wertevektor schon wesentlich schwerer tun. Grundsätzlich kann den meisten Wertepaaren (national-international, progressiv-konservativ, elitär-egalitär,...) eine Normalverteilung unterstellt werden. Das bedeutet, dass die Parteien, welche in der `Mitte` des politischen Spektrums angesiedelt sind, ein höheres Wählerpotential haben – natürlich gibt es Verschiebungen, deren Gestalt allerdings eine Arbeit der Politikwissenschaften herausfinden möge!

Schwierig wird diese Darstellung vor allem, wenn noch eine weitere Dimension in Form eines politischen und weltanschaulichen Paradigmas hinzukommt, was spätestens seit der Französischen Revolution 1789 der Fall war. Allerspätestens seit damals gibt es die drei großen Strömungen des Liberalismus, des Sozialismus sowie des Konservativismus.

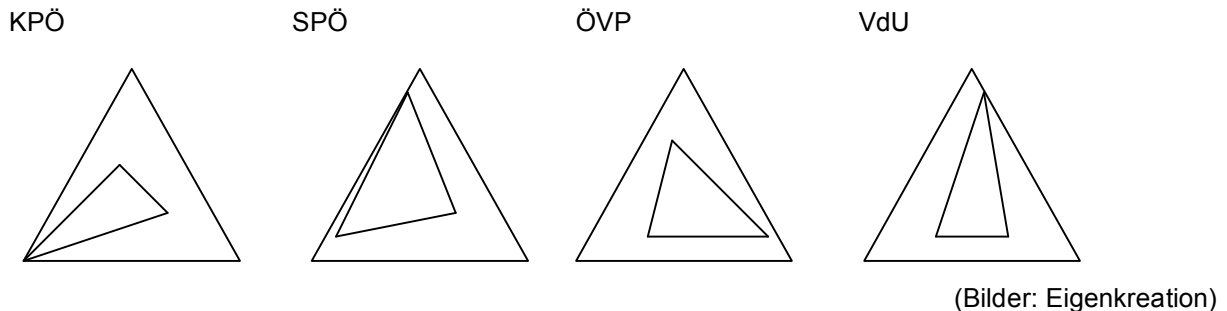
Bild 3: das Wertedreieck

(Quelle: http://lexikon.freenet.de/Politisches_Spektrum#Politisches_Wertedreieck)



Die Parteien in ein einziges Wertedreieck einzuzeichnen wäre etwas unübersichtlich, dementsprechend kann man für jede Partei ein eigenes Wertedreieck generieren – der Mittelpunkt ist stets das Gegenteil des Wertes der Spitze.

Bild 4: Beispiel für die politische Landschaft 1949 bis 1954 in Österreich:



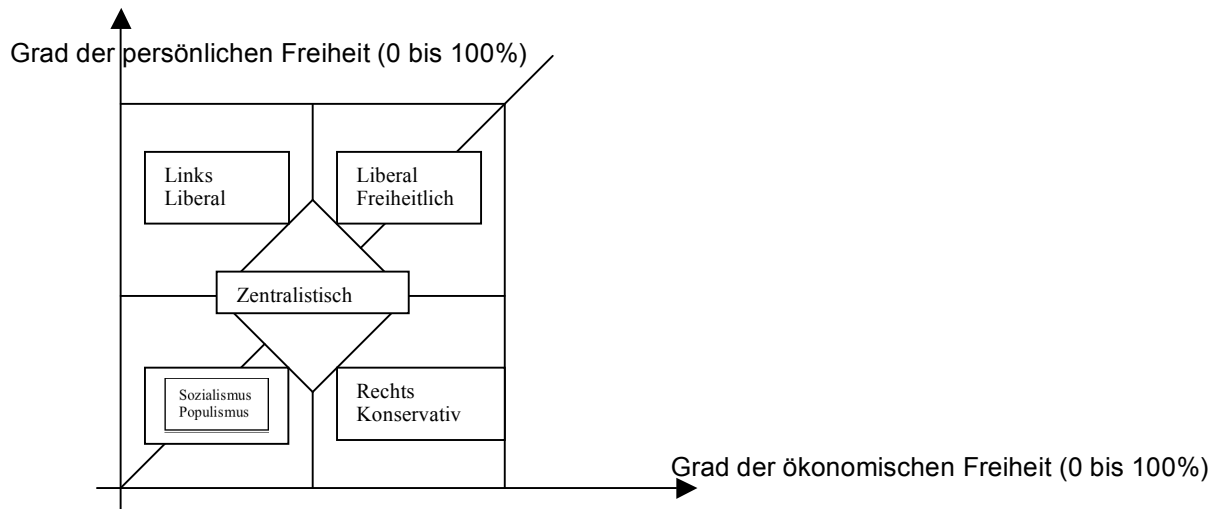
Anmerkung: die kleinen Wertedreiecke der Parteien haben sich durch ein Schätzung ergeben, welche in den Gesprächen mit Mitgliedern der FPÖ insbesondere des freiheitlichen Parlamentsklubs fußt.

Praktischerweise ergibt sich die Vermutung, dass die Fläche innerhalb der kleinen Dreiecke das Potential an Wählern wiedergibt wie auch die Schwierigkeit die Parteistabilität zu wahren. Je größer die Fläche, desto mehr potentielle Wähler werden angesprochen, desto schwieriger wird es aber auch diese an sich konkurrierenden Werte innerhalb einer Bewegung zu `verkaufen`. Die Schnittmenge aller kleinen Wertedreiecke ergibt wohl die Menge an Wählern, um welche bei Wahlkämpfen gerungen wird. Der Nachteil dieser Darstellung ist jener, dass ein schneller Vergleich einerseits nicht möglich ist sowie die Schwierigkeit weitere wichtige Werte wie die nationale Identität oder die ökonomische Ausrichtung als Parameter in das System zu bekommen.

Abhilfe schafft hier der so genannte `Hoefelsche Parteiraum` welcher auf der x-Achse den Grad der von der Partei angestrebten ökonomischen Umverteilung aufträgt, auf der y-Achse die angestrebte Orientierung zwischen Individualismus und Kollektivismus. Eine Modifizierung dieses Typus ist das `Nolan Diagramm (1970)`, welches nach dem US Amerikanischen Politologen David Nolan benannt wurde. Nolan verwendete hierbei ein zweidimensionales Diagramm, in welchem er einerseits die gesellschaftliche, andererseits die ökonomische Freiheit eintrug.

Bild 5: der Nolan – Parteiraum

(Quelle: <http://www.theadvocates.org/quizp/index.html>)



(Bild: Eigenkreation – modifiziert nach www.libertyandeconomics.com/2009_08_01_archive.html)

Der Fragenkatalog und das Diagramm von David Nolan, sind auf der Internetseite unter:

<http://www.testedich.de/quiz26/quiz/1226521836/Politischer-Kompass-Wegweiser-der-Ideologien> anzusehen. Für dieses Diagramm wurde Nolan zu den 2.000 herausragenden Intellektuellen des 20. Jahrhunderts gewählt. Vor allem durch die Aufspaltung des bis dahin ausschließlich verwendeten 'links-rechts-Schemata' in ein zweidimensionales Schema wurde er geehrt.

Doch die Parteienlandschaft von heute - vor allem eine Partei wie die FPÖ - kann man in so ein Konstrukt nur schwer hineinsetzen. Denn erstens gibt es eine Unzahl von Werten und Paradigmen, welche das Nolan Diagramm nicht erfasst und zweitens kann bei diesem Chart auch die demokratischste Partei in die Nähe Diktatorischer oder Totalitärer Regime geraten.

Vor allem aber ist die Anzahl der Vertreter eines Wertes oder eines Paradigmas innerhalb einer Partei in keinsten Weise berücksichtigt. Zu diesem Zwecke habe ich ein Diagramm generiert, welches eine n-dimensionale Erweiterung des Nolan-Diagramms darstellt. Mann kann somit alle beliebigen Werte und Paradigmen miteinander vergleichen, jedoch wird die Einordnung in eine 'Schublade' fast unmöglich. Bei einer eventuellen Standardisierung dieses Diagramms – das lasse ich jedoch den Politologen über – wird die Vergleichbarkeit und Einordnung sicherlich noch wesentlich steigen.

Tabelle 5: der VdU relativ zu den heutigen Parteien

	Ökonomisch	Elite	Ökologisch	Religion	Gemeinschaft	National	μ	σ
KPÖ	-1,00	-0,95	0,80	-0,90	0,90	-0,90	-0,34	0,924346616
Grüne	-0,80	-0,20	-0,90	-0,90	-0,90	-0,95	-0,78	0,285919569
SPÖ	-0,40	0,10	0,25	-0,50	-0,25	-0,20	-0,17	0,289251909
BZÖ	0,40	0,65	0,75	0,10	0,60	0,65	0,53	0,238222585
ÖVP	0,70	0,75	0,80	0,80	0,20	0,25	0,58	0,280475786
VdU*)	0,75	0,55	0,60	0,50	0,75	0,75	0,65	0,114017543

*) geschätzte Werte (Interview mit FP GS Kickl) der VdU

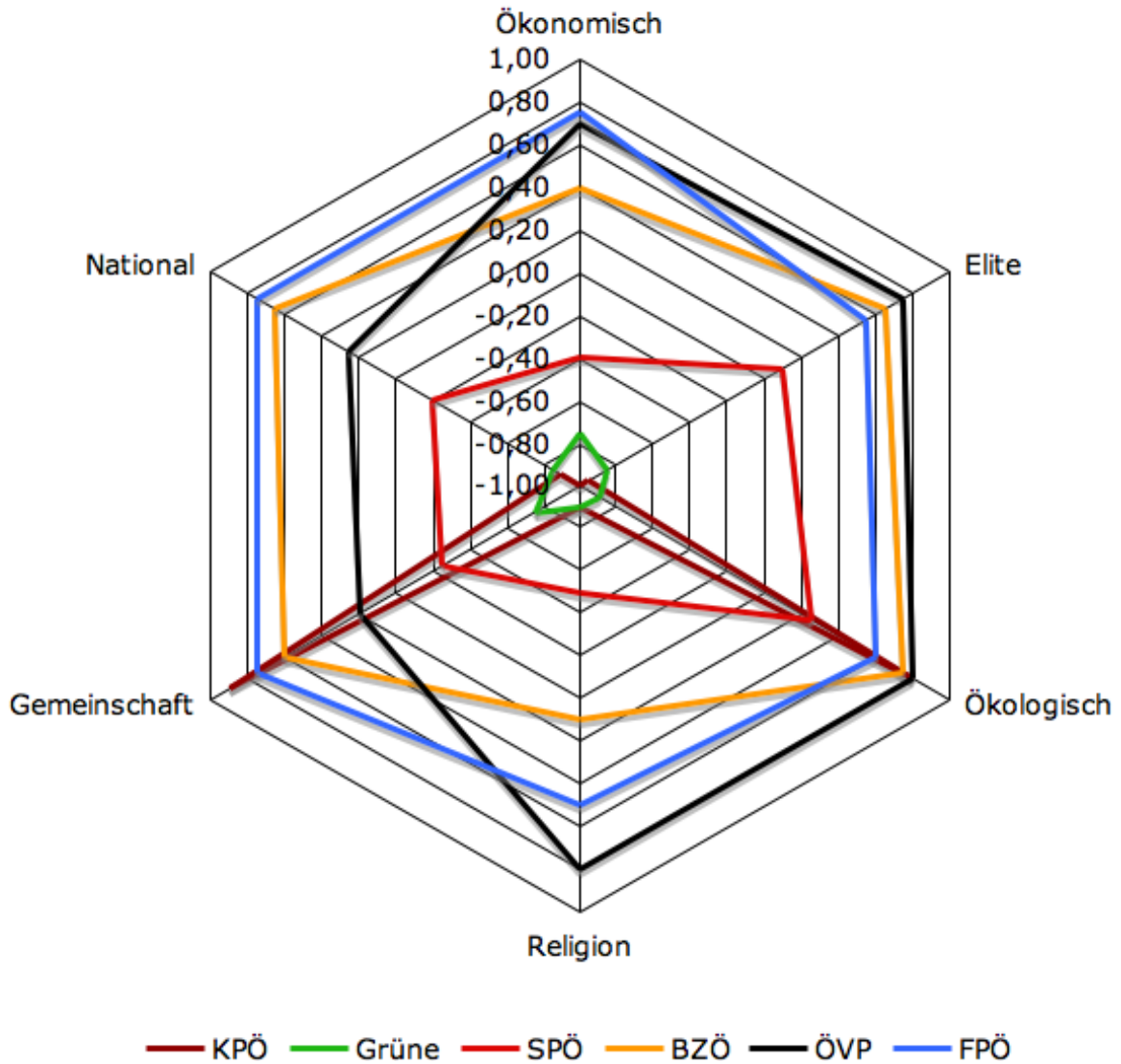
Alle Parteien werden über n Werte verglichen (hier: n=6), wobei immer Referenzen gegeben sein müssen. Als Referenz in der ökonomischen Rubrik sind als Extremwerte beispielsweise das System des Kommunismus sowie der Wirtschaftsliberalismus angegeben. Der Kommunismus, der eine absolute Gleichverteilung (i.S.d. Lorenzkurve) anstrebt, und der Liberalismus, welcher ein Konzept nach dem Motto 'survival of the fittest' prolongiert. Somit kann man zwischen diesen beiden Fixpunkten (-1, 1) die anderen Parteien eintragen. Mit Ausnahme der FPÖ waren aber alle anderen Parteien mit den wahrscheinlichen Werten von 2009 eingetragen (außerdem gab es die Grünen 1949 noch lange nicht) was eine simple Vereinfachung darstellen soll. Es ist sehr schwer die Ausrichtung der FPÖ (VdU) von vor 60 Jahren zu schätzen.

Der Mittelwert μ gibt die Hauptausrichtung der Partei an – je näher bei Null, desto mehr potentiellen Anspruch auf Wähler hat die Partei, da ich wieder eine annähernde Normalverteilung aller Menschen im jeweiligen Wertespektrum unterstelle. Die Standardabweichung σ gibt die Stabilität der einzelnen Parteien innerhalb ihrer eigenen Philosophien an. Der VdU hätte also einen weitaus 'rechts' angesiedelten Fixpunkt bei 0,65 und wäre in diesem Sinne auch als Stabil anzusehen, da der Sigma-Wert bei 0,114 ist (je näher bei Null, desto stabiler). Trotzdem gab es 'Grabenkämpfe' und schließlich eine Parteineugründung. Warum? Dies soll im Übernächsten Punkt der 'internen Stabilität' geklärt werden.

Würde man die Tabelle aufzeichnen, entstünde folgende Graphik:

Bild 6: geschätztes Werte n-Eck österreichischer Parteien

Werteanalyse



(Bild: Eigenkreation)

Man sieht, dass sich bei n Werten ein Kreis mit 'Dellen und Beulen' ergeben würde. Ein perfekter Kreis würde sich ergeben, wäre die Ausrichtung in jedem Wert beispielsweise genau Null (also Radius=1), was auch den absoluten Maximalwert an potentiellen Wählern (50%) ergeben würde. Mit der jeweiligen Schwankung innerhalb eines Wertes (bspw. ökonomische Ausrichtung der FPÖ von 0,6 bis 0,9) ergibt dann die potentielle Anzahl der Wähler, welche besagte Partei innerhalb dieses Wertes anspricht.

Wie man der Graphik entnimmt hat die FPÖ/ VdU von 1949 bis 1956 eine nach außen hin 'rundliche' und somit stabile Form. Doch wie kam es zur Parteiauflösung und Neugründung? Würde man einen

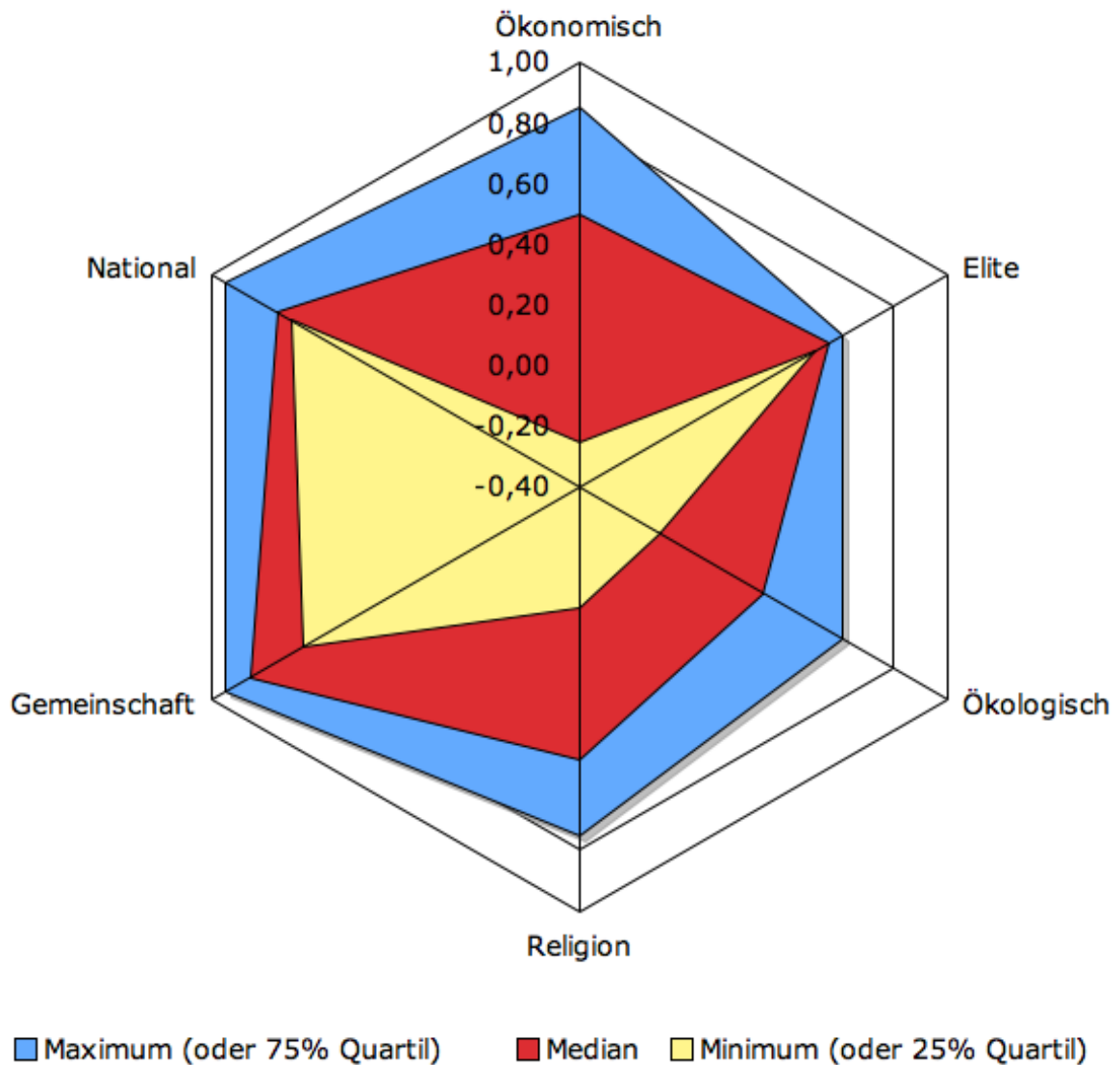
Fragebogen zu ebendiesen Werten nicht nur der Parteispitze – welche die Strategie und die Ausrichtung de facto festlegt – sondern den Funktionären geben, entstünde vielleicht ein anderes Bild.

1955 könnte dies so ausgesehen haben:

	Ökonomisch	Elite	Ökologisch	Religion	Gemeinschaft	National
Fmax	0,85	0,60	0,60	0,75	0,95	0,95
Fmed	0,50	0,55	0,30	0,50	0,85	0,75
Fmin	-0,25	0,50	-0,10	0	0,65	0,3

Bild 7: geschätztes Werte n-Eck der VdU

Innerparteiliche Verteilung



(Bild: Eigenkreation)

Auch aus diesem Bild ist noch keine signifikante Instabilität zu entnehmen. Diese wird erst sichtbar, wenn man die einzelnen Werte/ Paradigmen gewichtet. In folgendem Beispiel gibt es die Möglichkeit die Prioritäten zwischen 1 (am meisten wichtig) und 6 (am wenigsten wichtig) zu verteilen.

In der VdU dürfte es bei den bekannten Parametern 1955/ 56 etwa so ausgesehen haben:

	Ökonomisch	Elite	Ökologisch	Religion	Gemeinschaft	National
Gewicht i	4	3	5	6	2	1

Über die Formel:

$$\text{gewichteter Wert} = \frac{\text{Wert} \times \sum_{i=1}^n \text{Gewichtungen}_i}{\text{Gewicht}_i}$$

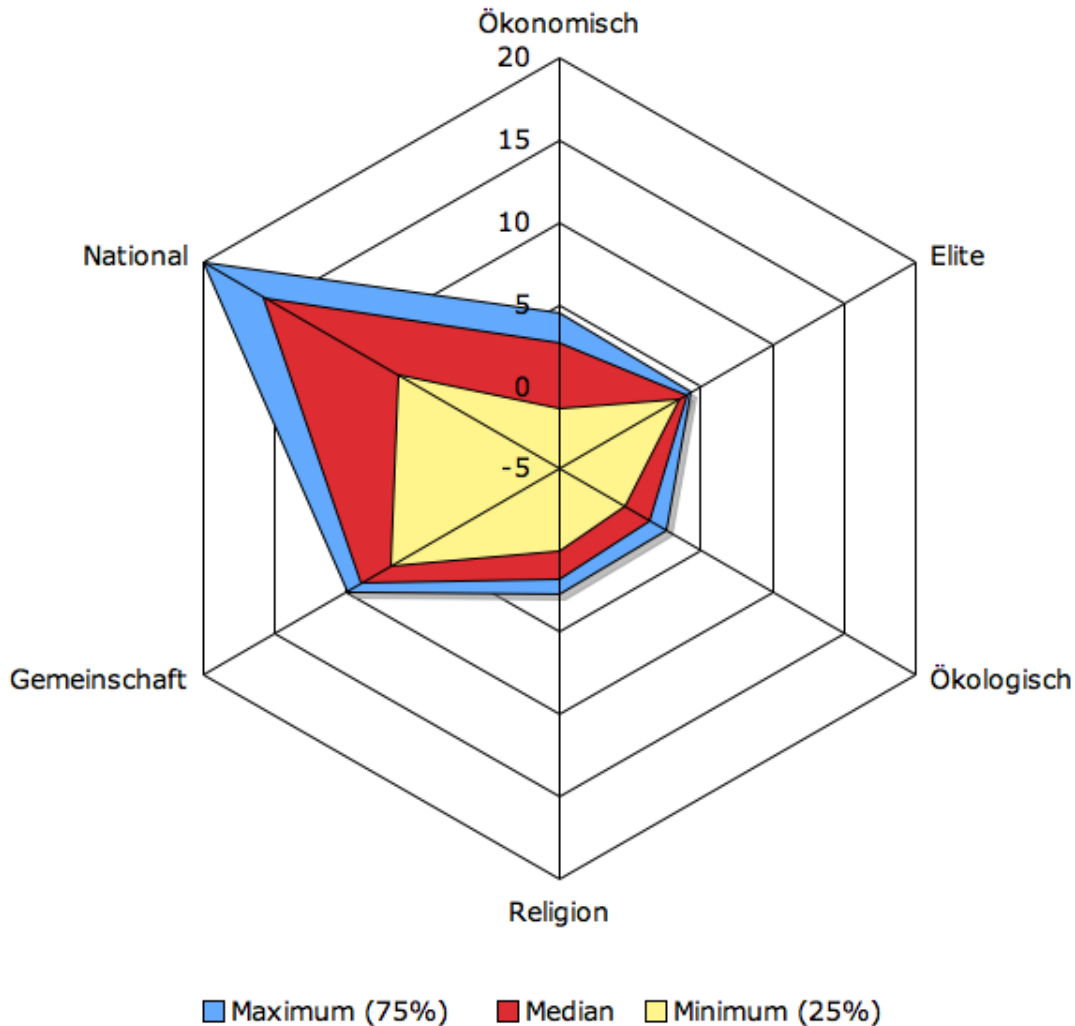
kommt man zu den gewichteten Werten:

	Ökonomisch	Elite	Ökologisch	Religion	Gemeinschaft	National
Fmax	4,4625	4,2	2,52	2,625	9,975	19,95
Fmed	2,625	3,85	1,26	1,75	8,925	15,75
Fmin	-1,3125	3,5	-0,42	0	6,825	6,3

Die resultierende Graphik sieht folgendermaßen aus:

Bild 8: geschätztes, gewichtetes Werte n-Eck der VdU 1956

Gewichtete Werte



Man sieht, dass je näher die einzelnen Zahlenwerte innerhalb eines politischen Wertes beisammen liegen, desto stabiler ist die innere Struktur der Partei. Je weiter auseinander liegend diese Zahlenwerte sind, desto instabiler wird das System. Eine Kompensierung erfährt das System nicht, da es ja bloß um den `inneren Zusammenhalt` der Partei geht. Es werden dadurch nicht mehr Wähler akquiriert.

Der VdU war also im Bereich seiner nationalen Gesinnung höchst instabil, was auch 1956 zu einer Auflösung der Partei und Gründung einer Neuen führte.

Die FPÖ von 1956 bis 1968

Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Das erste Parteiprogramm der FPÖ wurde in fast schon `alter Tradition´ schnell zusammengestellt und so beinhaltet es nur 14 Punkte, welche allerdings in den `Richtlinien freiheitlicher Politik (1958)` weiter ausformuliert wurden. Am 8. ordentlichen Parteitag (vom 21. bis 23. Mai 1966 in Klagenfurt) wurde eine Neufassung des Parteiprogramms beschlossen, über welches 1968 am Ischler Parteitag abgestimmt wurde.

Wie schon im Vorgängerprogramm des VdU bekannte sich auch die FPÖ zum Grundsatz der Freiheit sowie zu den Rechten von Menschen und Völkern (RZ 1), der Ablehnung von Klassenkampf und Interessensvertretungen (RZ 2), Rechtsstaatlichkeit, Eigenständigkeit sowie Gleichwertigkeit aller Völker (RZ 3).

Neben der Ablehnung eines Angriffskrieges (RZ 14) forderte die FPÖ in ihrem ersten Programm auch die bekannte Förderung junger Eltern und kinderreicher Familien (RZ 6). Nationale Themen wurden nur indirekt – als volksbewusste Erziehung der Kinder (RZ 7), Familienförderung als Fundament (RZ 6) – erwähnt. Unter die 14 Punkte fallen sieben Punkte unter ökonomische Forderungen im weiteren Sinne und vier Punkte unter ökonomische Forderungen im engeren Sinne.

Das erste Grundsatzprogramm der FPÖ stellt in den ersten vier Punkten eine allgemeine, positive Einstellung der FPÖ zu Demokratie und Pluralismus, in den nächsten Punkten eine nationalliberale, gesellschaftspolitische Wunschordnung und abschließend eine liberale wirtschaftspolitische Ausrichtung, dar.

Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Wie bereits erwähnt war die ökonomische Ausrichtung in erster Linie hochgradig liberal ausgerichtet. Die Forderung nach einem `schlanken Staat´ (RZ 5), die Förderung schöpferischer Kräfte (RZ 8), das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft sowie das Ablehnen der `Diktatur der Kammern´ (RZ 9), die Wertbeständigkeit des Geldes (RZ 10), die Einforderung eines Leistungslohns (RZ 11), eine wirtschaftlich gesunde Bauernschaft (RZ 12) sowie dem Schutz der Selbstständigkeit freier Berufe und dem Schutz geistiger Arbeit (RZ 13), waren die ökonomischen Forderungen im weiteren Sinne.

Der quantitativ längste ökonomische Punkt bestand aus zwei Sätzen, RZ 5 – alle anderen ökonomischen Forderungen kamen mit einem Satz aus. Das dies nur schwer bei Wahlen als konkrete Hilfestellung für Funktionäre zu verwenden war ist klar. Vor allem, da ein vorwiegend ökonomisches Parteiprogramm einem überwiegend gesellschaftspolitischen Wahlkampf, nur bedingt punkten konnte.

Im engeren Sinne ökonomisch waren die Forderungen nach einer sparsamen Verwaltung und einem sozialen Steuersystem (RZ 5), das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft (RZ 9), die Wertbeständigkeit des Geldes (RZ 10) sowie das anstreben eines Leistungslohns (RZ 11).

Aktions- und Wahlprogramme

Die Tatsache undifferenzierte Schlagwörter als programmatisches Heilmittel verkaufen zu wollen wurde auch zur damaligen Zeit kritisiert und so kam es – immerhin – am 3. ordentlichen Parteitag in Salzburg 1958 zu einer Ausformulierung der 14 Punkte des Parteiprogramms und somit zu den `Richtlinien freiheitlicher Politik`!

Aufgrund des Umfangs des Basisentwurfes und der somit schier unendlichen Auslegungsmöglichkeiten gibt es selbstverständlich keinerlei Unterschiede oder Widersprüche des Grundsatzprogramms zu den Richtlinien. Schon im ersten Punkt (RZ 1) bezieht die FPÖ klar Stellung und tituliert das politische System des Kommunismus als größte Bedrohung für die Freiheit von Menschen und Völkern. Dies ist in erster Linie natürlich eine gesellschaftspolitische Ansage, erlaubt es der FPÖ aus Konsistenzgründen nun allerdings nicht mehr eine Vermögensumverteilung zu fordern – der Markt hatte sich nun endgültig in der FPÖ durchgesetzt.

Wenn auch nicht im engeren Sinne ökonomisch, ist vor allem der dritte Punkt erwähnenswert, spricht die FPÖ hier ganz klar aus: „Die Einigung Europas ist ein so überragendes Ziel, daß sich ihm alle anderen Zielsetzungen unterordnen müssen, denn keine europäische Nation ist für sich alleine in der Lage, eine entscheidende Rolle in der Weltpolitik zu spielen.“ (Reiter 1982; S. 259). Bemerkenswert ist vor allem aus heutiger Sicht, die alles überstrahlende Forderung nach einer Einigung Europas, was der FPÖ in früheren Tagen – also vor allem unter den Obleuten Anton Reinthaller und Friedrich Peter – als Wunsch des abermaligen Anschlusses an Deutschland angelastet wurde. Die FPÖ war von ihrer liberalen Grundeinstellung her also die erste österreichische `Europapartei`.

Im gleichen Atemzug, also einen Absatz später, wird jedoch auch dem starken, deutschnationalen Lager innerhalb der FPÖ Tribut gezollt, als `die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind` gefordert wird. Des Weiteren wird die durch Jörg Haider berühmt gewordene Frage der `österreichischen Nation` gestellt, ohne aber eine explizite Antwort zu liefern um einen Brückenschlag zwischen Deutschnationalen und Liberalen zu schaffen.

Aber schon im Punkt vier wird die Tatsache ausformuliert, welche als `die Achillesferse` der FPÖ zu bezeichnen ist – nämlich die Nicht-Partizipation an der Sozialpartnerschaft. Und so wird die FPÖ auch innerhalb ihrer Forderungen immer liberaler und fordert zunehmend den Ausstieg des Staates aus der Wirtschaft.

Als de facto erste fiskalpolitische Forderung lässt sich jene im fünften Punkt verifizieren, in dem die Freiheitlichen folgendes bezüglich Steuern forderten:

- sie dürfen nicht leistungshemmend sein
- sie dürfen den wirtschaftlich Schwächeren nicht über Gebühr belasten
- der Steuersatz soll `erträglich` und `in der Anwendung für alle gleich` sein
- es sollen familienpolitische Gesichtspunkte einfließen

Über die Deckung der Staatsausgaben oder über Umverteilungsgrade machte sich die FPÖ hingegen weniger Gedanken. Warum auch, in der Zeit des Wirtschaftswunders war fast jede europäische Wirtschaftspolitik eine Erfolgreiche. Eine wachsende Bevölkerung und jährlich steigendes Wirtschaftswachstum samt der daraus resultierenden Steuereinnahmen wurden von Regierung und Opposition gerne wieder verteilt, wobei die Sozialpartner aus SPÖ und ÖVP – auch in den Folgejahren - eher dazu tendierten diverse Sozialleistungen (Kranken- und Pensionsversicherung, Arbeitslosenentgeltfortzahlung, usw.) einzuführen, während die FPÖ in liberaler Art und Weise dafür eintrat die Steuerlast der Bevölkerung eher gering zu halten.

Die eben angeführten Forderungen sind auch dementsprechend zu verstehen. Nicht leistungshemmend, jedoch regressiv wirkend, ein niedriger Steuersatz, der auf alle Einkommen gleich wirkt und natürlich das freiheitliche Steckenpferd – die familienpolitische Betrachtungsweise.

Vielleicht nicht unmittelbar wirtschaftspolitisch, jedoch ideologisch nachvollziehbar war die Ausformulierung der Forderung nach einem staatlichen, finanziellen Zuschuss für die Arbeit im Haushalt, welche die FPÖ in ihrem Programm als `höchste zu bewertende Berufsarbeit` bewertet.

In Punkt neun bekennt sich die FPÖ zur sozialen Marktwirtschaft, ohne aber auf `der freiheitlichen schlimmsten Gegner` – den Marxisten – zu vergessen. Als Befehlswirtschaft wird die Planwirtschaft titulierte. Explizit grenzt sich die FPÖ diesmal aber vom Liberalismus ab. Die FPÖ befindet in ihrem Programm, dass „...der Staat sehr wohl in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen muß, wenn dies notwendig ist, um Schäden für die Gesamtheit zu verhindern oder soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen.“ (Reiter 1982; S. 268)

Dies ist insofern erwähnenswert, als die FPÖ erstmalig den Staat als lenkenden und umverteilenden Faktor zwischen Arbeit und Kapital anerkennt. Dieser sollte sich allerdings – und das geht auch ganz klar aus dem Programm hervor – so klein wie möglich gestalten. Leistungsfähigkeit, möglichst freier Wettbewerb und wirtschaftliche Freiheit waren im darauf folgenden Absatz gleich wieder bemüht.

Dieser, fast manische Drang des Leistungsbewussten spitzte sich in der Forderung nach „Zwangsarbeit für Asoziale“ zu, was allerdings nur als Nebensatz erwähnt wurde, als darauf eingegangen wurde, dass bis auf wenige Ausnahmen keiner zu Arbeitsleistungen gezwungen werden darf.

Die liberale Denkweise setzte sich in der Forderung fort, dass Österreich schnellstmöglich zur 'Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft' beitreten soll. Die Begründung war, dass die Marktfunktionen vollkommener sind, je größer der Markt ist.

Der zehnte Punkt widmete sich komplett dem Thema der Inflation. Dieser an sich nicht unumstrittene Punkt (nämlich die Frage ob eine gemäßigte Inflation nutzenstiftend sein kann oder einfach nur negativ ist), war für die Freiheitlichen, wie auch für alle anderen Parlamentsparteien dieser Zeit, indiskutabel. Wohl durch die Hyperinflation der Zwischenkriegszeit als auch durch die Wachstumsinflation nach Ende des zweiten Weltkriegs, war die Preisstabilität oberste wirtschaftspolitische Prämisse.

Nicht nur die FPÖ in ihren Programmen, auch die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP setzten Wahlplakate dermaßen ein, als sie Preisstabilität garantierten und prophezeiten, dass durch die Wahl des politischen Gegners der Inflation Auftrieb geleistet werde.

Diesem Phänomen folgten auch die Freiheitlichen, und so wurde die Geldentwertung mit wortgewaltigen Phrasen wie „nationales Unglück“, „Raubbau am Volksvermögen“ oder „prellen um den Lohn der Arbeit“ geschmückt. Gleichzeitig wurde auch die Ablehnung von Deflation angesprochen, was mit der Forderung nach produktiver Vollbeschäftigung und krisenfesten Arbeitsplätzen begründet wurde.

Zusammenfassung

Im Gegensatz zu Reiter welcher behauptete, dass die FPÖ in ihrem Programm von 1956 liberale Ideen nur als Anhängsel zu nationalen Zentralaussagen tätigt (Reiter 1982; S. 70), lässt das Programm nach meiner Analyse den Schluß zu, dass Reiters Aussage nur hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Ausrichtung stimmt. Auch die Bekenntnisse zur sozialen Marktwirtschaft lassen trotzdem die schlüssige Vermutung zu, dass die ökonomische Ausrichtung der FPÖ in überwiegendem Maße liberaler Natur war. Dies fußt zum Einen in der Tatsache, dass in der marxistisch, kommunistischen Politik der erklärte Gegner der FPÖ lag und sie somit tendenziell das Gegenteil vertraten, zum Anderen wohl aber auch daran, um sich sowohl als Regierungspartner für eine Großpartei attraktiv zu machen als auch das Wählerspektrum über die Deutschnationalen hinaus zu erweitern.

Die FPÖ fuhr also auf zwei Gleisen. Gesellschaftspolitisch hielt sie sich vorwiegend in deutschnationalen Gefilden auf, während sie ökonomisch auf liberaler Seite war. Der Erfolg gab ihnen zunächst Recht, konnten sie bei der ersten Wahl als FPÖ, das letzte Wahlergebnis als VdU überbieten. Zum anderen öffnete sich die FPÖ auch und wurde für SPÖ und ÖVP zum denkmöglichen Koalitionspartner. Vor allem die Volkspartei zeigte sich zunächst interessiert, es gab 1963 aber auch erheblichen Unterstützung aus sozialistischer Richtung, welche in der 'Olah-Affäre' endete.

Mit dem Salzburger Bekenntnis feierte die FPÖ die 100jährige Tradition der nationalfreiheitlichen Demokraten. Der Obmann Friedrich Peter wurde durch den Spruch berühmt, dass „Nationale und Liberale in der FPÖ gleichermaßen Platz haben“. Die Überschriften aus dem ersten FPÖ-Programm wurden mit Leben gefüllt. Gesellschaftspolitisch öffnete man sich von einer konservativ-nationalen Partei zu einer liberal-nationalen und so sollte man in Zukunft – auch durch die Forderung einer Internationalisierung i.S.v Beitritt zur EWG – mit einer Regierungsbeteiligung rechnen können.

1966 konnte aber die ÖVP eine absolute Mandatsmehrheit erreichen und regierte somit absolut in einer Alleinregierung!

Die FPÖ 1968 bis 1970

Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Geprägt war das Ischler Programm vor allem durch die vorherrschende ÖVP-Alleinregierung Klaus. Da die Forderungen der Vorgängerprogramme sich vor allem gegen die große Koalition und das Proporzsystem wandten, war es mit einem Male schwierig geworden sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen.

Trotzdem war das Programm ein `Potpourri` an Forderungen von 1949 bis 1966. Signifikante Unterschiede zu den Programmen der Vorgängerjahre gab es aber selbstverständlich. Gleich der erste Satz kam einem Donnerschlag gleich, welcher ganz lapidar: „Wir wollen den Europäischen Bundesstaat“ lautete. Dieser Satz, wie auch die programmatische Verankerung des Umweltschutzgedanken (Reiter 1982; S. 85ff) sowie das Herunterbrechen von Grundsätzen auf Detailfragen wie die Raum- und Lebensordnung.

Neben den europäisch, bundesstaatlichen Bestrebungen war kurzfristig die Gründung bzw, der Beitritt zu einer Währungs- Sozial- und Wirtschaftsunion angedacht. Selbstverständlich wurde der Brückenschlag zu den Deutschnationalen getätigt, indem man im Ischler Programm das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft, sowie die Grundlagen einer idealistischen Weltanschauung der FPÖ, schrieb.

Vor allem der Familie, der Bildung, sowie der Bauernschaft und der umfassenden Landesverteidigung kamen in diesem Programm bedeutende Rollen zu. Als Unterstreichung des bildungsbürgerlichen Daseins wurde ein zusätzlicher Antrag (Antrag A-5) beschlossen, welcher `alle Bildungsreserven ausschöpfen` sollte. Die Forderungen waren:

- Schaffung der 5. Volksschulklasse statt des Polytechnikums
- Nichteinführung des 9. Schuljahres an den Höheren Schulen
- Lichtung des Lehrstoffs
- Einführung eines Abschlusszeugnisses nach der 6. Klasse (Beamtenzeugnis)
- Ausweitung der Begabtenförderung
- Hochschulreform
- Bildungs- und Schulanleihe zur Finanzierung

Aber auch für die neu gewonnene Zielgruppe der Landwirte wurde ein eigener Antrag (Antrag A-6) eingebracht, welcher zum Großteil höher Förderungen für die Bauernschaft, aber auch sozial- und fiskalpolitische Elemente wie die Abschaffung der Umsatzsteuer für Gebrauchsmaschinen oder die Angleichung an das ASVG (Allgemeine Sozialversicherungsgesetz) beinhaltete.

Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Auch die ökonomische Ausrichtung des Ischler Programms unterschied sich nicht sonderlich von den Programmen der früheren Jahre. Erstaunlich war aber gleich der zweite Halbsatz, dass die Wirtschaft von „...der gemeinsamen Arbeit der Sozialpartner getragen wird.“ Das war das erste Mal, dass sich die FPÖ nicht implizit oder explizit gegen die Sozialpartner ausgesprochen hat, im Gegenteil, man bediente sie sogar mit dem Satz der `Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft`. Ob dies vor allem auf die Aktivitäten rund um die `Habsburg- bzw. Olah Affäre` zurückzuführen ist bleibt unbeantwortet.

Die restlichen Forderungen blieben aber größtenteils unverändert. Eigenverantwortung, Leistungsprinzipien, die Ablehnung von Verstaatlichung sowie die – neue - Forderung nach einem europäischen Großwirtschaftsraum waren weiter im Rennen um die Gunst des Wählers sowie der Funktionäre. Vor allem aber im Punkt der Bauernschaft wurden liberale Werte wieder bemüht, als die Ablehnung protektionistischer Maßnahmen gefordert wurde.

Aktions- und Wahlprogramme

Durch die Stagnation der FPÖ bei den letzten Wahlen – man hatte sich mehr ausgerechnet – wurde am Ischler Parteitag besonders ein Mann berühmt, welcher die `Freiheitliche Aktion zur demokratischen Neuordnung` welche unter dem Namen `Formel 70` bekannt wurde, ins Leben rief. Der Steirische Landesparteiobermann und Grazer Vizebürgermeister Alexander Götz, welcher sich in den Reihen der Freiheitlichen als konservativ-nationaler einen Namen machte.

Die Formel 70 wurde nun zu einem Wahlprogramm zur Nationalratswahl von 1970, in welcher vor allem auf Gesellschaft, Bildung, Aufstieg und Europa eingegangen wurde. Weit ab der sonst eher verstaubten Grammatik in den Programmen, war hier erstmalig eine Werbelinie zu erkennen. Blumige Worte wie Gesellschaftsformel, Bildungsformel, Aufstiegsformel und Europaformel, gingen mit Begriffen wie `mehr direkte Demokratie`, `Fortschritt durch Bildung` oder `offene Gesellschaft` einher. Nicht mehr die bloße Abbildung von Grundsätzen auf einem Programm mit detaillierten und konkreten Forderungen war die selbst gestellte Aufgabe, auch der Verkauf an die Bevölkerung sowie an die Funktionäre dürfte ein Triebfeder der Autoren gewesen sein. Als Beweis dafür könnte man den gesamten Titel anführen, welcher lautet: Formel 70 – damit die Richtung stimmt!

Drei der vier Punkte – mitsamt ihren vielen Unterpunkten – beschäftigen sich ausschließlich mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen. Nur in der Aufstiegsformel wird Wirtschaftspolitik betrieben,

aber selbstverständlich wieder unter der Prämisse des Leistungsprinzips, welches die FPÖ nun seit ihren Anfängen kontinuierlich einsetzte.

Die FPÖ wendete sich diesmal wieder gegen Proporz, Parteibuchwirtschaft und Klassenkampf. Sie verfolgte wieder eine liberal ausgerichtete Wirtschaftspolitik, wobei sie auch im Gebiet der Ökonomie, vor allem gesellschaftspolitische Gedanken, wie die Gleichbezahlung von Mann und Frau, Abschaffung des Kammerzwangs oder der Neuorganisation des Gewerberechts, vorantrieb. Einzig de facto ökonomische Forderungen sind aber schon in den Bereich der Außen- und Europapolitik (Europaformel) verschoben worden. So wollte die FPÖ eine gemeinsame Europawährung, den Beitritt zur EWG sowie die Schaffung eines wirtschaftlichen Donaauraums (Reiter 1982; S. 190 bis 204).

Zusammenfassung

Überraschend ist, dass das Formel 70 Programm - als Wahlprogramm - besser ausformuliert ist, als das Grundsatzprogramm. Die FPÖ versucht hier mit einer sehr offensiven Strategie eine weitaus größere Anzahl von Wählern anzusprechen.

Albert Kadan und Anton Pelinka (Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien 1979; S.21) beschrieben das Programm als elitär-liberal, egalitär, sozial und sogar skurril! Skurril deshalb, weil von der 'Weltgeltung des Abendlandes' gesprochen wird, was die beiden Autoren als versteckten Antisemitismus auslegen. Reiter meint dazu allerdings, dass „...die beiden Forscher sich dadurch nicht unbedingt als Meister der Analyse herausstellen“ (Reiter 1982; S.72), und zitiert dann auch Wolfgang Neugebauer (Die FPÖ: vom Rechtsextremismus zum Liberalismus? in DÖW; Rechtsextremismus in Österreich nach 1945; Wien 1981; S.308-328) – welcher nach Reiters Ansicht sicherlich bemüht war derartige Klassifizierungen zu finden – „Es läßt sich im Parteiprogramm der FPÖ – sofern man keine bloßen Unterstellungen anwendet – keine antisemitische Aussage finden. Tatsächlich gibt es jedoch verschieden Begriffe, die – wenn sie von der FPÖ verwendet werden – als Anlaß zur Polemik genommen werden, wie z.Bsp. der Begriff Abendland oder das Wort Erbgesundheitspflege“ (Reiter 1982; S.72-73).

Die FPÖ 1970 bis 1985

Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Nach dem Ischler Parteitag 1968 und der 'Formel 70' setzte die FPÖ mit den Autoren Götz, Stix, Scrinzi und Peter einen weiteren Schritt, der österreichisch politischen Landschaft ihren Willen zu zeigen zukünftig Regierungsverantwortung zu übernehmen. Man vermutete, dass dies vor allem dann gelänge, wenn die FPÖ einen Schritt in Richtung Liberalismus geht. Somit wurde 1973 das 'Freiheitliche Manifest der Gesellschaftspolitik' am Parteitag vom 5. und 6. September in Linz beschlossen. Alleine der Name 'Manifest' stellt schon klar, dass es sich in diesem Werk nicht um bloßes Aufsummieren von Forderungen handelt, sondern versucht wurde – auf breiter Diskussionsbasis – einen ideologischen Leitfaden, einen ideologischen Meilenstein niederzuschreiben.

Das 'freiheitliche Manifest' war auch das bis dahin umfangreichste, jemals geschriebene Programm der FPÖ und setzte nicht nur neue Maßstäbe (bspw. im Punkt der Umweltpolitik), sondern beschäftigte sich auch sehr detailliert mit freiheitlichen Anschauungen bis tief in regionale und persönliche Fragestellungen hinein. Das ganze Programm ist hinsichtlich seiner Ausrichtung durch die Brille einer nationalfreiheitlichen Partei zu sehen. Alexander Götz beharrte auf konservativen Wertvorstellungen und deutschnationalen Elementen, welche genauso vorkommen wie ein großer Schritt in die Richtung des Liberalismus!

Das 'Manifest' umfasst zunächst acht Hauptpunkte:

- I. Der Mensch in der Gesellschaft
- II. Der Mensch in der Familie
- III. Der Mensch in der Bildungs- und Kulturgesellschaft
- IV. Der Mensch und seine Arbeitswelt
- V. Der Mensch und seine soziale Sicherheit
- VI. Der Mensch und seine Umwelt
- VII. Die gesellschaftlichen Institutionen dienen dem Menschen
- VIII. Der Mensch und seine Freiheit

Die Punkte I und VIII sind hauptsächlich, die Punkte II, III und VII in großem Maße philosophischer Natur. Die ökonomischen und sozialen Punkte IV und V sind philosophisch und konkret zu etwa gleichen teilen und überraschende Weise besteht der erstmalig ins Hauptinteresse freiheitlicher Politik gelangt Punkt VI (Umweltpolitik) hauptsächlich aus konkreten Vorstellungen.

Der Punkt I befasst sich mit:

- Der Mensch in der Gesellschaft
- Freiheit als Selbstbestimmung im Rahmen einer Ordnung
- Der Mensch, wie er ist
- Der Irrtum der Utopisten
- Totalitäre Systeme erstarren

- Freiheit und Autorität
- Die Menschen sind verschiedenartig
- Freiheit bringt unterschiedliche Entwicklung
- Gleichmacherei bedroht die Freiheit
- Aufstieg ist das Ziel
- Das Aktiv-Element
- Leistungswillig
- Aufstiegshilfen schaffen
- Individuum und Gemeinschaft – ein Stufenbau

14 Punkte freiheitlicher Ideologie sind im ersten Hauptpunkt versammelt. Begriffe wie Ordnung und Selbstbestimmung prägen dieses erste Kapitel. Die FPÖ versteht unter Freiheit nun nicht die Schrankenlosigkeit, sondern die Selbstbestimmung im Rahmen einer Ordnung. Des Weiteren bekräftigt das Manifest die Ablehnung sämtlicher autoritärer Systeme, und übermäßige Eingriffe in die persönliche Freiheit. Vor allem aber richtet sich das erste Kapitel gegen Gleichmacherei jeglicher Art. Es wird dabei auf die französische Revolution hingewiesen, deren Parole `Freiheit - Gleichheit – Brüderlichkeit´ als verhängnisvoller Irrtum abgewiesen wird. Für die freiheitlichen Autoren war die Gleichmacherei ein `...Feind der Freiheit.´

Natürlich wurden auch wieder – als klar Anti-Kommunistische Partei – die `linken Utopien´ kategorisch abgelehnt. Kein Programm kam bis dahin ohne diese Feststellung aus. Neu war allerdings das von Gerulf Stix geprägte Wort des `Aktiv Elements´ wobei hierbei Menschen gemeint waren, welche in einer Gesellschaft größeren Freiheitsraum für ihre persönliche Lebensgestaltung beanspruchen und mit `Lebenskraft, Lebensmut, Selbstvertrauen, Schaffens- und Wissensdrang´ nach `Veränderung´ und `Höherem´ streben und somit für ebendiese Gesellschaft einen wichtigen Einflussfaktor darstellen. Dieses Aktiv-Element ist durch keinerlei äußeren Merkmale gekennzeichnet und kann keiner spezifischen gesellschaftlichen Gruppe zugewiesen werden. Wichtig sei nur – so das Manifest – diesem Aktiv-Element bestmöglichen Entfaltungsspielraum zu gewähren.

Wichtig war den Autoren offenbar der Brückenschlag zwischen Gemeinschaft (Kollektivismus) und Individuum (Individualismus). Eine mechanistische Gesellschaftsbetrachtung – die Gesellschaft als Summe von Einzelmenschen – wurde als, die tatsächlichen Verhältnisse verfälschend, abgelehnt. Vor allem die Familie als Brücke zwischen diesen beiden Extrempositionen wurde hervorgehoben und somit eine perfekte Überleitung zu Punkt II geschaffen.

Punkt II. - der Mensch in der Familie - befasst sich mit:

- Mann und Frau
- Die Familie
- Die Frau in der Familie
- Teilzeitbeschäftigung und Rückkehr in den Beruf
- Die junge Familie

- Familienförderung und soziale Hilfe

Gleich zu Beginn wird festgehalten, dass sich die FPÖ zur Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau bekennt. Beide sollen die gleichen Möglichkeiten hinsichtlich ihrer Ausbildung und Berufstätigkeit erhalten sowie die gleiche (materielle) Anerkennung für erbrachte Leistungen bekommen. Als urfreiheitliche Forderung wird wieder der Bezug eines Müttergehältes genannt sowie, dass der Frau aus ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter keinerlei sozialversicherungsrechtliche Nachteile erwachsen dürfen.

Die Familie wird – obwohl ihr rein quantitativ nicht so viel Platz geboten wurde - als einer der wichtigsten freiheitlichen Werte angesehen. Qualitativ wurde das also kompensiert. Die Familie wird auch als Kristallisationspunkt des Heimatgefühls bezeichnet und somit wird auch die ideologische Bedeutung der Familie innerhalb der FPÖ ersichtlich.

Die Frau hat in der freiheitlichen Familienpolitik eine sehr konservative Rolle – vornehmlich als Hausfrau und Mutter – eingenommen. Diese kontroversielle Anschauung wird jedoch bei fast jedem Programm mit Respekt und der aufrichtigen Wertschätzung vor dieser `Berufswahl` beschrieben. Für einen Freiheitlichen ist die Rolle der Mutter also ganz anders besetzt als beispielsweise in humanistischen (Neu-Hegelianischen) Politiken. Trotzdem wurde dem Zeitgeist auch insofern entsprochen als sich Gedanken über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gemacht wurden – selbstverständlich nur für die Frau! Der Mann wurde klassisch-konservativ in der Rolle des Familienerhalters- und Ernährers gesehen.

Trotzdem darf nicht vergessen werden, dass sich die FPÖ in ihrem `ideologischen Korsett` doch sehr weit ins liberal-individualistische Lager gewagt hatte.

Auch relativ konkrete Forderungen brachte die FPÖ in ein sonst – natürlich – allgemein gehaltenes Grundlagenpapier; nämlich die Forderung nach Anpassung der Familienbeihilfe auf individuelle Bedürfnisse, die mindestens 50%ige Kostendeckung durch die Familienbeihilfe, die Unterstützung der Familie durch steuerliche Maßnahmen oder auch die Gewährung von Wohnbeihilfen für Familien.

Ebenfalls eine programmatische Konstante war die Bildungspolitik, welche im Punkt III gemeinsam mit der Kulturpolitik folgendes umfasste:

- Der Mensch in der Bildungs- und Kulturgesellschaft
- Das allgemeine und gleiche Recht auf Bildung
- Bildungspolitik
- Forschung und Lehre müssen frei bleiben
- Kultur und innere Freiheit
- Kunstförderung
- Kulturraum aus Volkskultur und Hochkunst
- Kulturpolitik weltweit

In dem Punkt wiederholt die FPÖ hauptsächlich bekannte Forderungen und Vorstellungen aus den Programmen früherer Zeit. Bildung wird neben der Familie als eine der wichtigsten politischen Ziele erachtet, vor allem hinsichtlich der Ausbildung und damit der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Staates.

Die Forderung nach Strukturierung der Ausbildung im freiheitlichen Sinne (vergl. mit den letzten Programmen), einer Abschaffung des polytechnischen Lehrganges oder auch der Forderung, dass Forschung und Lehre frei von Barrieren i.S.v. Kosten und (Zitat: `Das freiheitliche Manifest der Gesellschaftspolitik' - im Wortlaut abgedruckt in Reiter 1982; S. 105) `Verwaltungsballast' sein soll.

Neu war allerdings der für Freiheitliche wichtige Punkt des Kulturraums, in welchem vor allem die Förderung der deutschen Volkskultur beschrieben wird.

Die Punkte IV und V des Manifestes werden im nächsten Punkt dieser Arbeit behandelt.

Fast schon revolutionär war dann der Punkt VI – der Mensch und seine Umwelt – welcher bis dato noch von keiner anderen Partei in dieser Deutlichkeit behandelt wurde. Wahrscheinlich rührt das aber auch daher, dass erst ein paar Monate zuvor der `Club of Rome' und im Speziellen der US Ökonom Dennis Meadows sein Werk der `Grenzen des Wachstums' veröffentlicht hatte.

Die FPÖ nahm dies folgendermaßen in ihr Programm auf:

- Der Mensch und seine Umwelt
- Planung: Grundlage der Zukunft
- Umweltschutz – primäre Forderung der Industriegesellschaft
- Das ökologische Gleichgewicht
- Internationale Vereinbarungen sind unerlässlich
- Verbrauchsgewohnheiten neu durchdenken
- Energieplan und Sicherstellung der Rohstoffversorgung

Diese Forderungen sich natürlich hinsichtlich der schweren ökologischen Probleme der 1970er Jahre (vergl. Wohlstandsmüll, Kohleabbau Ruhrgebiet,...) zu sehen. Auch Meadows trug natürlich dazu bei. Doch vor allem der gehobene Mittelstand – also die primäre Wählerzielgruppe der FPÖ zu dieser Zeit – reagierte positiv und war für die aufkeimende Umweltbewegung zu begeistern. Somit kann den freiheitlichen Akteuren durchaus eine gewisse Weitsicht attestiert werden.

Im Manifest sieht die FPÖ die Gefahren vor allem durch atomare Verseuchung, übermäßigen Energieverbrauch, kurzfristige Ausbeutung bzw. Vergeudung der Ressourcen und der Zerstörung der Natur als Lebensraum durch kurz- bis mittelfristige Überlegungen (Zersiedelung, usw.)

Demnach richtet die FPÖ die Forderung, dass die Kosten des Umweltschutzes – kostenrechnerisch – nach dem Verursacherprinzip zu tragen sind. Des Weiteren sollte beim Finanzausgleich der `Vorrang des Umweltschutzes´ berücksichtigt werden. Die FPÖ will eine systematische Erziehung eines neuen Umweltbewusstseins und schlägt eine umweltfreundliche Produktion vor, dessen Wettbewerbsnachteile allerdings kompensiert werden müssen (bspw. in Form einer Pigou-Steuer). Aber auch explizit erwähnt sind die Forderungen nach einem Durchdenken der individuellen Verbrauchsgewohnheiten, einer Trennung in Trink- und Nutzwasser, einem neuen Gesetz zur Altölverwendung, einem Luftreinhaltegesetz, einer steuerlichen Begünstigung umweltfreundlicher Energieträger sowie der Herstellung umweltfreundlicher Verbrennungsmotoren.

Philosophischer wird es wieder bei den Punkten VII und VIII – also den gesellschaftlichen Institutionen sowie dem Menschen und seiner Freiheit. Hier wird festgehalten, dass der Staat keinen Selbstzweck erfüllen soll, sondern den Menschen zu dienen hat. Dem Kollektiv sollen Grenzen gesetzt werden und der Rechtsaat ist auf alle Fälle die Staatsform zu der sich bedingungslos bekannt wird. Dies geht soweit, dass gefordert wird die `...unwichtig gewordenen Verwaltungsbereiche einzuschränken, aufzugeben oder in privatwirtschaftliche oder nichtstaatliche Verwaltungen´ zu übertragen. Welche das sind oder wie das passieren soll wird nicht weiter erwähnt.

Im Gegensatz zu den ersten Programmen von VdU und FPÖ werden nun die Verbände als demokratisch sinnvoll bezeichnet. Nur zum Selbstzweck sollen nach freiheitlicher Anschauung auch diese nicht werden und eine `Diktatur des Apparates´ mit sich bringen.

Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Die ökonomische Gliederung des Manifests umfasst die Punkte `Arbeitswelt´ und `Soziales´. Erster Punkt wurde wie folgt gegliedert:

- Der Mensch und seine Arbeitswelt
- Weder staatliche Ohnmacht noch staatliche Allmacht
- Leistungsfreundliche Steuerpolitik
- Bewährung im Wettbewerb
- Gastarbeiter
- Bessere Struktur heißt: ertragreiche Arbeitsplätze
- Wachstums- und Verteilungspolitik
- Industriepolitik
- Ziele und Grenzen der Mitbestimmung
- Überbetriebliche Mitbestimmung
- Betriebliche Mitbestimmung
- Bodenrecht und Wohnungswirtschaft
- Raumordnung und Regionalpolitik
- Fortschrittliche Landschaftspolitik
- Optimales Einkommen für den Vollerwerbsbetrieb

- Fremdenverkehr und Landschaftsschutz

Gleich zu Beginn bekennt sich die FPÖ zur sozialen Marktwirtschaft, sieht aber im gleichen Atemzug die Eigenverantwortung des Unternehmers als Voraussetzung für eine leistungsstarke Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik solle dem Gesamtwohl dienen und die Gruppeninteressen (Gewerkschaften, Kammern, usw.) haben sich dieser unterzuordnen. Für alle im Wirtschaftsprozess tätigen Menschen soll grundsätzlich die gerechteste Einkommensverteilung angestrebt werden, also jene, welche der persönlichen Leistung entspricht. Somit fährt die FPÖ auch Geschütze gegen die ihrer Meinung nach 'übertrieben progressive Besteuerung' auf.

Vor allem aber die schon traditionelle, fast manische Gegnerschaft zum Staat bleibt hier nicht unerwähnt. Die FPÖ bejaht zwar staatliche Eingriffe, jedoch nur insofern als sie ein Funktionieren der Wirtschaft sichern. Diese Ansicht haben aber die meisten Parteien Westeuropas in ihrem Wirtschaftsprogramm verinnerlicht. Einzig unterschiedlich ist die ideologische Ausrichtung wann der Staat das dann auch machen darf. Die FPÖ der 1970er Jahre war in ökonomischer Hinsicht sicherlich mit einer liberalen Partei - wie heutzutage der deutschen FDP vergleichbar. Auch wenn die FPÖ selbst in ihrem Programm betont, dass diese staatlichen Eingriffe kein ideologischer Streitgegenstand sein sollen, sondern es ihnen nur auf die Zweckmäßigkeit ankommt, darf diese Aussage klarerweise nur unter Beachtung der eigenen Ideologie und der damals vorherrschenden politischen Situation gesehen werden.

Fiskalpolitisch gab es kaum Änderungen zu früheren Programmen. Gerecht, einfach und Kosten sparend und nicht leistungshemmend soll es sein. Neu hinzugekommen sind die Angst der Übersteigerung des Progressionstarifs, der Wunsch nach Berücksichtigung gesamteuropäischer Entwicklungen sowie die Forderung nach Abschaffung der Gewerbesteuer, verschiedener Bagatellsteuern sowie eine Umgestaltung der Körperschaftssteuer in eine Betriebssteuer.

Vorreiter war die FPÖ zum damaligen Zeitpunkt im Erringen neuen Wählerpotentials. Da sich weder die SPÖ – welche vor allem auf gewerkschaftlich organisierte Arbeiterstimmen abzielte – noch die ÖVP – die dem Großbürgertum, der Industrie sowie der Bauernschaft frönte – durch ihre Ausrichtung dem Mittelstand widmen konnten, versuchte dies die FPÖ in diesem Programm zu machen. 'Dynamische Mittelstandspolitik' war das Schlagwort in welchem sie versuchte kleinen und mittleren Unternehmen sowie unselbstständig Erwerbstätige in nicht gewerkschaftlich organisierten Betrieben die FPÖ schmackhaft zu machen. Im Manifest wurden dahingehend Unterstützungen in Form von Schulungen, Unterstützung bei Gewerbeübertritten, udgl. versprochen.

Revolutionär war, dass die FPÖ erstmalig das Problem der Gastarbeiter erkannte und ihnen einen eigenen Punkt widmete. Die FPÖ sah das so, dass „...momentane, kurzfristige Gewinne durch die Nutzung zusätzlicher Kapazitäten durch Gastarbeiter, langfristigen Nachteilen hinsichtlich einer wirtschaftlichen, sozialen und bevölkerungspolitischen Belastung gegenüberstehen.“ Die FPÖ forderte somit eine intensive Rationalisierung und eine Berechnung der Rentabilitätsgrenze von Gastarbeitern.

Auch die Belastung der Infrastruktur sowie den Kapitalexpert sahen die Freiheitlichen als Problem, welches es genauso zu lösen galt, wie jenes der „...überproportionalen Belastung des Sozialsystems.“

Im Punkt der Umverteilung gibt sich die FPÖ eher kryptisch. Es wird theoretisch das Wachstum gegen die Umverteilung abgewogen und festgestellt, dass Wachstum wichtiger ist. Jedoch gibt es keinen schlüssigen Ansatz ob die FPÖ die Verteilung des Vermögens als gerecht angesehen hat oder nicht. Als Rückschluss kann jedoch angenommen werden, dass aufgrund der mangelnden Forderungen tendenziell eher Zufriedenheit mit der momentanen Verteilung geherrscht hat, was – wenn man die vorher erwähnten Rahmenbedingungen beachtet - auch nicht verwunderlich ist.

Die Industriepolitik wünscht sich die FPÖ weltopen und lehnt jede Verstaatlichung kategorisch ab; ganz im Gegenteil wird hier erstmalig die Privatisierung der verstaatlichten Industrie gefordert.

Sozialpolitische Forderungen der FPÖ:

- Der Mensch und seine soziale Sicherheit
- Vorsorge durch Vermögensbildung
- Vorschläge zur Förderung der Vermögensbildung
- Die soziale Grundversorgung
- Erfüllter Lebensabend
- Krankenversicherung und Kostenbeteiligung
- Die Gesundheitsvorsorge
- Die Krankenbehandlung

Genau so wie bei der sehr liberal gehaltenen Wirtschaftspolitik, versuchte die FPÖ auch bei der Sozialpolitik ein sehr weites Feld an Personen anzusprechen und forderte von Grundversorgungen und Mindesteinkommen bis zur bekannten Forderung des 'Rechts auf Arbeit' alles das, was sozusagen SPÖ-nahe ist. Zum einen konnte sich hier die eher soziale Riege innerhalb der FPÖ durchsetzen, zum anderen konnte man die Forderungen so weit wie möglich formulieren, da eine Regierungsbeteiligung sowieso nicht besonders wahrscheinlich war.

Trotzdem gab es auch im Sozialprogramm selbstverständlich liberale Ansätze und so wurde gefordert, dass die Gemeinschaft nicht über Gebühr belastet werde und die Institutionen klarerweise so sparsam wie möglich mit den Geldern umgehen sollen.

Ebenfalls als sozialpolitischen Akt sahen die Freiheitlichen die Vermögensbildung und forderten staatliche Unterstützung dieser, etwa mit dem Wunsch der Förderung des Konten- Versicherungs- und Wertpapiersparens, Beseitigung der Doppelbesteuerung bei Kapitalgesellschaften, oder auch der Entwicklung neuer Beteiligungsmodelle (bspw. stille Gesellschafter) sowie die Abschaffung der Grunderwerbssteuer.

Trotzdem sollte eine soziale Grundversorgung gewährleistet sein, etwa im Falle der Erwerbsunfähigkeit. Aber man wurde natürlich auch nicht müde eine freiwillige Selbstvorsorge zu propagieren. Für die älteren Arbeitnehmer wurde eine nach Altersgruppen fallende Arbeitszeit und flexiblere Pensionszeiten gefordert.

Weiterentwicklung des Grundsatzpapiers

Da diesmal ein relativ großer Zeitraum betrachtet wurde (1970 bis 1985), finden sich naturgemäß recht viele Erweiterungen des Grundsatzprogramms sowie Wahl- und Aktionsprogramme. Diese Erweiterungen – und deshalb konnte auch ein so großes Zeitintervall gewählt werden – stellen keine signifikanten, grundsätzlichen Änderungen des Parteiprogramms dar!

Änderungen und Entschlüsse hinsichtlich landwirtschaftlicher Themen, der Raumordnung und legislative Entwicklungspläne prägten die Parteitage 1968 und 1970. Erst 1972 wurde unter anderem eine Entschlüsselung eingebracht (Resolution A-9), welche auf die freiheitliche Arbeitnehmerpolitik abgestellt war. Gleiche Einkommens- und Aufstiegsmöglichkeiten wurden gefordert. Ebenfalls die Vereinfachung eines Arbeitsplatzwechsels. Betriebliche Mitbestimmung und Mitverantwortung waren genauso in der Resolution vorhanden wie Forderung nach einem Teilzeitbeschäftigungsgesetz, der Milderung der `kalten Progression` und der Eindämmung der steigenden Lebenserhaltungskosten (vor allem die Inflation war hier gemeint).

Auffällig in diesem Zusammenhang ist aber, dass es kaum einen Parteitag gab an welchem nicht Forderungen zugunsten der Förderung der Bauernschaft zur Abstimmung gebracht wurden. Kraft ihrer Wurzeln vertrat die FPÖ noch immer landwirtschaftliche Interessen, wohl da der VdU aus Großdeutschen und Landbund entstand.

Ein zweiter, interessanter Punkt war ab Mitte der 1960er Jahre die permanente Forderung der FPÖ nach einem gemeinsamen Europa mit bundesstaatlicher Ausrichtung! Die Bildungspolitik war ohnehin in jedem Programm an bedeutender Stelle verhaftet.

Am Parteitag 1978 wurde die Resolution Nr. 60 beschlossen, in welcher das Gesetz abgelehnt wurde, welches den Bau des Atomkraftwerkes Zwentendorf hätte regeln sollen. Schlussfolgerung wurde folgende protokolliert: Die FPÖ hat keine Veranlassung einem Kernkraftwerksabenteuer, das die ÖVP aus einer „Adabei“-Großmannssucht begonnen hat, dem die SPÖ aus eben diesen Gründen beigetreten ist, das wir aber von Anfang an aus überzeugenden und nach wie vor unwiderlegten Gründen abgelehnt haben, im letzten Moment zuzustimmen. Vielmehr täte Österreich besser daran, sich dieses ohnehin befristete Abenteuer mit all seinen Gesundheits-, Umwelt- und wirtschaftlichen Risiken zu ersparen.

Aktions- und Wahlprogramme

Nationalratswahl 1971

Im Wahlprogramm zur NRW 1971 wendet sich die FPÖ „...an alle, die auf ihre eigene Leistung mehr vertrauen als auf die Obsorge des Staates“. Die FPÖ forderte eine Differenzierung des Einkommens nach persönlicher Leistung, einen Vorrang für Wirtschaftswachstum zu Europalöhnen, echten Wettbewerb, Gleichstellung der `Verstaatlichten` mit allen anderen Betrieben, einen schlanken und sparsamen Staat sowie ein einheitliches Arbeitsrecht. Insgesamt waren 10 der 19 Forderungen wirtschaftlicher Natur und somit die Hauptausrichtung der FPÖ klar abgesteckt. Als Zielsetzung gab sich die FPÖ unter anderem Vollbeschäftigung – die zu dem Zeitpunkt vorherrschte – und Währungsstabilität sowie sozialen Frieden. Österreich sollte nach freiheitlicher Anschauung die Rolle eines Industriestaates übernehmen.

Ein besonderes Anliegen war der FPÖ – aus zuvor genannten Gründen - die mittelständische Wirtschaft, welche sie zwar einerseits explizit erwähnte, andererseits aber neben einer zweiseitigen Beschreibung nur die Forderungen aufschrieben, welche auch im `freiheitlichen Manifest` schon niedergeschrieben wurden.

Die ersten Versuche einer Arbeitnehmerpolitik wurden ebenfalls initiiert. Schon im Einleitungssatz hieß es, dass dem Arbeitnehmer mehr innerbetriebliches Mitspracherecht eingeräumt werden soll, ohne jedoch die Entscheidungsfreiheit der Betriebsführung zu schmälern. Wie das passieren soll steht nicht im Text und bleibt der Phantasie des Lesers überlassen.

Im Gegensatz zum (künftigen) Manifest wird im Wahlprogramm ähnliches verlangt aber wesentlich schärfer, klarer und präziser ausgedrückt. Beispielsweise (Reiter 1982; S.214) „...die FPÖ fordert von Regierung und Volksvertretung die energische Bekämpfung des Preisauftriebs“.

Nationalratswahl 1975

Das Wahlprogramm zur NRW 1975 bekam den Namen `Alternative 75` was die Rolle der FPÖ als Oppositionspartei untermauerte und sie sich klar als Alternative zu SPÖ und ÖVP darstellen wollte.

Erstmals bezeichnete sich die FPÖ in diesem Programm selbst als national-liberale Partei, welche neben der im freiheitlichen Verständnis christlich-konservativen ÖVP und der sozialistisch-marxistischen SPÖ in einer historisch gewachsenen österreichischen Parteienlandschaft als `drittes Lager` ihren Platz hat. In diesem Zusammenhang sieht sich die FPÖ zwischen den beiden Großparteien als `Partei der Mitte` und als Ausgleich; also zur Politik der Sachlichkeit und Vernunft verpflichtet.

Abgesehen von diesen Neuerungen in der Einleitung ist das Wahlprogramm – Alternative 75 – ganz klar eine Ableitung des `freiheitlichen Manifestes` wobei erwähnt werden muss, dass viele Wortlaute sowohl im Grundsatzprogramm als auch im Wahlprogramm ident sind. Die FPÖ hatte offenbar vergessen, dass Wahlprogramme das Herunterbrechen der Grundsätze auf tagespolitische, aktuelle

Themen sind, deren Forderungsgehalt schon sehr präzise sein darf. Dies ist im Programm der 'Alternative 75' nicht passiert.

Nationalratswahl 1979

Das Wahlprogramm zur NRW 1979 war das erste Programm unter Alexander Götz als Parteiboss. Man könnte die Vorgänge nur besser verstehen, wenn man selbst am Tisch des Bundesvorstandes gesessen hätte. Es ist leicht festzustellen, dass das Programm einer Revolution gleich kam. Abgesehen davon, dass Alexander Götz indirekt als Messias dargestellt wurde, wurde er auch explizit (also namentlich) im Wahlprogramm erwähnt.

Das ganze Programm liest sich viel härter, prägnanter und direkter als jene der Vorgängerjahre. Vor allem die punktuelle Aufzählung von Forderungen und Ideen löste die schwerer lesbare Methode der Forderungsaufstellung im Fließtext ab. Schon beim Lesen spürt man die Auf- und Umbruchstimmung, welche damals geherrscht haben musste.

Inhaltlich änderte sich nicht sehr viel, nur die Art und Weise der Präsentation änderte sich indem sofort klar war wohin die politische Stossrichtung der FPÖ geht. Ebenfalls klar war, wer der erklärte Gegner der FPÖ – vor allem aber von Alexander Götz – war; nämlich Bundeskanzler Kreisky und seine SPÖ. War in den früheren Programmen noch der Staat per se als ineffizient angegriffen worden und die FPÖ als liberale Partei präsentiert worden, so tendierte das Wahlprogramm – unter dem Namen: frei sein statt abhängig – einerseits wieder mehr zur ideologisch deutschnationalen Ausrichtung und andererseits gegen die SPÖ als „der Staat“ (Alleinregierung).

Die FPÖ bekennt sich 'zur Gemeinschaft', 'zum Eigentum' und zu 'Europa', ist eine Partei 'der Gerechtigkeit', 'der Sachlichkeit' und 'der Leistung' sowie eine Partei der 'bürgerlichen Demokratie'. Sie beschreibt seit langem wieder einmal ihre freiheitlichen Wurzeln aus der Revolution von 1848 und leitet daraus ab maßgeblich an der Schaffung der heute noch gültigen Grund- und Freiheitsrechte beteiligt gewesen zu sein.

Im Programm selbst 'fordert' die FPÖ nicht mehr. Es wurden keine 'Wünsche' oder 'Vorstellungen' angeführt. Die FPÖ will! Ganz klare und nüchterne Punkte über den Ausbau des Rechtsstaates, der Sicherheit (auch erstmalig erwähnt) i.S.v. militärischer und ziviler Sicherheit (Polizei), sozialer Gemeinschaft, funktionstüchtiger Familien, Bildung und natürlich der Wirtschaft.

In letzterem Punkt wird die Forderung laut, dass Arbeitsplätze dauerhaft an einen hohen Bildungsstandard (hohe fachliche Kompetenz) geknüpft sind.

Die FPÖ will (auszugsweise):

- Einführung einer Wirtschaftsverfassung (Sicherstellung der sozialen Marktwirtschaft)
- Stärkung der Ertragskraft, des Wettbewerbs sowie der Innovationsbereitschaft
- Neuregelung der Ertragsbesteuerung

- Abschaffung diverser Steuern (Gewerbe- u. Lohnsummensteuer, Rechtsgeschäftsgebühren,...)
- Berücksichtigung des Energiesparens bei der Reform des Steuersystems
- Verringerung der Abgabenquote
- Vereinfachung der Steuervorschriften
- usw.

Nähere Ausführungen wurden nicht genannt, was in einem Wahlprogramm ja auch nicht zwingendermaßen notwendig ist.

Aktionsprogramm 1980

Schon im Wahlprogramm 1979 wird auf das damals noch zu erstellende Aktionsprogramm der 'Freiheitliche Zielvorstellung bei der Reform des österreichischen Steuerrechts' hingewiesen. 1980 wurde es dann der breiten Masse vorgestellt.

Grundsätzlich stemmt sich die FPÖ gegen das vorherrschende Steuersystem und titulierte es als 'den wirtschaftlichen Erfordernissen nicht angebracht' und verlangt einen Generalplan des Finanzministeriums zur systematischen und schrittweisen Reform auch unter Harmonisierungsbestrebungen der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wunschgemäß sollte der Generalplan eine Reform der Ertragssteuern, der Einkommen- und Lohnsteuern sowie der Verbrauchssteuern umfassen. Immer unter der Prämisse nicht leistungshemmend zu sein.

Bei der Unternehmensbesteuerung wurde die steuerliche Rechtsformneutralität gewünscht, außerdem der Nettovermögenszuwachs als Bemessungsgrundlage und einen einheitlichen Steuersatz von 30-40%. Die Einkommen- und Lohnsteuern sollten folgendermaßen reformiert werden:

Jahreseinkommen (ATS)	Grenzsteuersatz (%)
0 bis 50.000	0
50.000 bis 250.000	20
250.000 bis 1.500.000	Kein Satz angegeben
ab 1.500.000	60

Dazu kommen noch verschiedene Absetz- und Sonderausgaben (Alleinerzieher, Kinder, usw.). Die Vermögenssteuern sollen weiter bestehen, jedoch von der Einkommensteuer abgesetzt werden können. Die FPÖ schlägt bei den Verkehrssteuern eine Besteuerung von Energie (Gas, Kohle, Strom, Öl,...) ähnlich der Mineralölsteuer (MÖSt) vor.

Ein freiheitlicher 'Dauerbrenner' welcher sich noch bis ins Jahr 2009 gehalten hat war aber die Kritik am 2. Abgabenänderungsgesetz von 1977, in welchem der Vorsteuerabzug für PKW's, Kombis und Motorräder fällt.

Vergleich Soll/ Ist (Programm vs. Forderungen) und Analyse

Das 'freiheitliche Manifest der Gesellschaftspolitik' ist eine logische Entwicklung aus dem Programmparteitag 1968 in Bad Ischl und der Formel 70 (Ordnung 70). Dies liegt auch daran, dass sich die FPÖ und ihre Funktionäre kraft ihrer Wurzeln gerne an Werteordnungen 'festhalten'.

Vom Jahr der Gründung des VdU 1949 bzw. der FPÖ 1956 an wurde in keiner Weise ein annähernd adäquates Programm zur ideologischen und politischen Unterstützung der Basis hervorgebracht. Alleine eine Ansammlung von Schlagworten und teilweise besser und teilweise schlechter kommentierten Überschriften war bis dahin Usus. Spätestens am Ischler Parteitag 1968 als sich FPÖ 'Kronprinz' Alexander Götz bereit erklärte für eine Programm der Ordnung 70 zu plädieren, fingen die Reformbemühungen innerhalb der FPÖ an.

Nach der Nationalratswahl 1970 legte Gerulf Stix eine Denkschrift (Ein politisches Konzept für die FPÖ) vor, welches eine taktische und strategisch-programmatische Analyse enthielt. Friedhelm Frischenschlager sah in seinem Werk – Die Freiheitliche Partei Österreichs in: Liberal (Heft 7, 1974) in den Texten Stix's den unmittelbaren Auslöser für die Arbeiten zum 'Manifest'.

Im Folgenden wurde der Entwurf bis 1973 in allen Parteiorganisationen diskutiert. Der Vorsitzende des Arbeitskreises, welcher sich mit dem Entwurf des Manifestes befasste – Broesike – erhielt in der Endfassung ein Skript von über 500 Seite in Händen. Dies wurde am außerordentlichen Bundesparteitag in Linz 1973 diskutiert und zur Abstimmung gebracht.

Eine auch für die Zukunft der FPÖ wichtige Rolle übernahmen die Redner, welche neben Broesike der Obmann des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ) Jörg Haider und die Mitglieder des 'Atterseekreises' waren. Der Atterseekreis war eine Ansammlung von jungen Intellektuellen unter der Leitung der Proponenten Friedhelm Frischenschlager und Norbert Steger, welche politische Lösungen ausformulierten und anschließend an alle Parlamentsparteien sendeten. Friedrich Peter konnte sich schon sehr früh mit den Werken des Atterseekreises anfreunden und somit war der Kreis ein zwar nicht der FPÖ angehörender, aber stets teilnehmender Bestandteil. Das Interesse am Manifest war so groß, dass die ohnehin schon hohe Auflage von 10.000 Stück binnen weniger Wochen vergriffen war und nachgedruckt werden musste.

Um 1976 setzte sich eine Reihe von Arbeitsgruppen daran, am Manifest weiter zu arbeiten. Vorsitzender des Manifestausschusses war Jörg Haider, welcher in dieser Zeit jedoch nicht viel weiter brachte. Dies lag vor allem daran, dass Friedrich Peter am Parteitag 1976 erklärte, dass dies seine letzte Periode als Parteivorsitzender sei und sich die FPÖ für die nächste Periode nach einem anderen Obmann umsehen müsste. Es ist klar, dass in einer solchen Situation die sachpolitische Arbeit nur zweitrangig war.

Nach der Wahl Alexander Götz' zum Bundesparteiohmann wurde der Manifestausschuss wieder beauftragt für die Nationalratswahlen 1979 zusammenzutreten und eine Wahlplattform zu erstellen.

Die Wahl 1979 ging trotz hoher Erwartungen eher bescheiden aus. Götz wollte mit ÖVP Obmann Taus eine ÖVP-FPÖ Koalition schmieden, doch scheiterte dies an der absoluten Mehrheit der SPÖ. Nach dem Ausscheiden von Götz 1979, der offenbar keine Freude mehr an bundespolitischen Tätigkeiten hatte, kam es zu einem offenen Schlagabtausch zwischen dem liberalen Norbert Steger und dem konservativen (nicht nationalen) Harald Ofner, in welchem sich Steger durchsetzte und 1980 Parteiohmann der FPÖ wurde.

Am 'freiheitlichen Manifest' wurde auch nach der Machtergreifung Stegers nicht weiter geschrieben. Jörg Haider seinerseits arbeitete eine Kurzform mit Kernaussagen aus, welche den Interessenten leicht verständlich und leserlich war. Ab diesem Zeitpunkt gab es sozusagen zwei parallel laufende Strömungen. Zum einen setzte sich der Atterseekreis wieder in Bewegung und modellierte das ohnehin schon sehr liberal gehaltene Manifest noch weiter in nämliche Richtung. Währenddessen war auch Haider nicht untätig. Seine Kurzfassung des Manifestes enthielt aber auch etliche Elemente, welche nicht die Kurzform sondern ganz neue Ideen beinhaltete.

Schlussendlich ging die FPÖ mit der Erstellung ihres Manifestes einen großen Schritt in Richtung Liberalismus. Der Wille ein adäquater Partner für eine Regierungsbeteiligung zu sein war größer als die deutschnationalen Wurzeln, welche jedoch bei den übrigen Parteien negativ besetzt waren. Dieser Liberalismus war nicht nur ein gesellschaftlicher, sondern auch ein ökonomischer. Der Neoliberalismus sowie der damals moderne Monetarismus hatten sich innerhalb der freiheitlichen Elite – also der Parteispitze - durchgesetzt.

Die quantitative Ermangelung intellektueller Persönlichkeiten im deutschnationalen und konservativen Lager bereitete den Weg für Norbert Steger und die nächsten Jahre. Steger und Frischenschlager ließen in diesem Zusammenhang keine Fragen offen, welche Richtung die FPÖ einschlagen würde. Angefangen vom Ausspruch der 'Kellernazis' welche in der FPÖ nichts zu suchen haben bis hin zu seiner Vizepräsidentschaft der Liberalen Internationalen war der Weg für einen revolutionistischen Umsturz geebnet.

Die letzten Zweifel verschwanden, als Steger 1985 einen Sonderparteitag einberufen ließ um das neue freiheitliche Programm beschließen zu lassen.

Die FPÖ 1985 bis 1997

Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Im Anbetracht der Überlegenheit der `Liberalen` innerhalb der Steger-FPÖ wurde das Salzburger Programm 1985 zumindest im gesellschaftspolitischen Kontext in sehr nationaler Tradition geschrieben, aber auch Platz für konservative Anregungen waren dabei.

Grund dafür waren wohl zweifelsfrei die Autoren des Machwerkes, welche unter der maßgeblichen Federführung von Gerold Stix das Programm zusammensetzten. Ausnahme war der Wirtschaftsteil, für den sich vor allem der ehemalige freiheitliche `Parteihistoriker und Parteiideologe` Lothar Höbelt verantwortlich zeigte.

Ganz in diesem Sinne auch der dann doch sehr wechselhafte 28-seitige `Forderungskatalog` der einerseits Forderungen und Regelungen bis in die Detailbereiche der Raum- und Bauordnung ausformulierte, andererseits Bereiche wie Justiz/ Inneres - als `expliziten Block` komplett ausgelassen und nur innerhalb gewisser Themenblöcke erwähnte - für freiheitliche Verhältnisse doch sehr offen.

Auch in der Grundsatzfrage wurde man sich offenbar nicht weitläufig einig. Gleich in den ersten drei Unterpunkten der `Grundlegung` waren liberale und nationale Ansätze nebeneinander stehend. Steger durfte sich nach Aussagen freiheitlicher Zeitgenossen nur schwer mit dem Bekenntnis zum deutschen Volkstum angefreundet haben. Auch dass Familie und Volk organisch gewachsen waren stieß bei Steger genauso auf wenig Gegenliebe wie der Ausdruck einer ethnischen Gemeinschaft. Offenbar konnte er aber noch hineinreklamieren, dass ein tolerantes Nebeneinander der Völker ein anzustrebendes Ziel sei.

Trotz alledem war man im Großen und Ganzen den `freiheitlichen Weg` seit 1968 weitergegangen. Die Forderung nach einem gemeinsamen Europa war zwar wieder da, doch wurde sie diesmal relativiert. Eine bundesstaatliche Organisation wurde nicht mehr gefordert. Satt dessen ein Europa auf der Grundlage von Selbstbestimmung und zur Bewahrung seiner Eigenarten. Des Weiteren wird die österreichische Neutralität bejaht und hervor gestrichen.

Die freiheitliche Parteispitze verstand sich allerdings als Mitglied in der Riege der europäischen Liberalen und titulierte das auch immer wieder im Grundsatzprogramm.

Weitere klassisch freiheitliche Punkte wie die Leistungsbereitschaft der Bevölkerung sowie der Leistungswille der einzelnen Individuen wurde ebenfalls immer und immer wieder betont. Auch im Bereich der Marktwirtschaft war Steger zu Abstrichen gezwungen. Natürlich wurde die Leistung des freien Marktes bekundet und – auch klar für die exogen vorgegebenen Rahmenbedingungen – die Verstaatlichung von `Eigentum` abgelehnt, nicht jedoch ohne zu Vermerken, dass es aus sachlicher Zweckmäßigkeit doch manchmal ganz gut sei. Natürlich mit dem Nachsatz, dass die (Re)Privatisierung immanent nachzuprüfen sei.

Ein persönliches Steckenpferd Stegers war die Umwelt und der Umweltschutz. Wieso ein Liberaler, dessen Fokus so sehr auf der Effektivität und Wachstum der Unternehmen war, sich andererseits mit dem sich dann doch konkurrierenden Umweltschutz befasst, wollte er mir in einem Interview (12/2008) trotz mehrfacher Nachfrage nicht eindeutig sagen. Den Bereich übernahm im Jahr 2009 dann Ing. Norbert Hofer! Dazu aber später mehr.

Steger war Jurist und Technokrat! Und somit befassten sich die ersten Kapitel in diesem Sinne auch weniger mit `emotionalen` Themen, welchen in früheren Programmen vordergründig – also in den ersten Punkten – standen, sondern mit der `trockenen Materie` von Recht und Staat. Wahlrechts-, Kontroll- und Föderalismusdiskussionen bis hin zur Verwaltung waren die vorherrschenden Themen des ersten Programmblocks.

Das zweite Kapitel widmete sich schon mehr dem Selbstverständnis der damaligen freiheitlichen Partei, welche sich als international agierend sehen wollte und somit der Außenpolitik breiten Raum einräumte. Ein `Steckenpferd` der Freiheitlichen war und ist die Landesverteidigung, welche vor allem im Kontext des immer noch schwelenden `kalten Krieges` gesehen werden muss. Immerhin war das sowjetische Embargo der olympischen Spiele 1984 in Los Angeles erst kurz zurück und der schwer kranke, konservative Konstantin Tscherenko hielt als Nachfolger (nach dem verstorbenen Juri Andropow) das sowjetische Zepter in Händen. Beide genannten Generalsekretäre der KPdSU waren direkt dem Neostalinisten und 1982 abgetretenen absolutistisch regierenden Leonid Breschnew nachfolgend.

Weiteres Thema neben dem Ost-West-Konflikt war natürlich die europäische Integration, welche die FPÖ immer noch befürwortete, jedoch nicht mit der EG (Europäische Gemeinschaft) gleichgesetzt wissen wollte. Zur Neutralität Österreichs bekannte man sich genauso wie zur umfassenden Landesverteidigung und zur Schutzmachtfunktion Österreichs in der Südtirolfrage.

Viel Platz wurde der `Intellektuellenpartei` von 1985 den Bereichen Kultur, Sport, Bildung und Medien eingeräumt. Fokus war dabei auf diverse Kulturförderungen, dem Erhalt der deutschen Sprache, der Religionsfreiheit sowie dem breiten Spektrum von Bildung und Ausbildung der Jugend bis hin zur Erwachsenenbildung gerichtet.

Als eigenes Kapitel fungierte wieder die Familienpolitik. Eine Gleichstellung von Mann und Frau wurde genauso gefordert wie die Möglichkeit verschiedener Familienkonzepte – obwohl dem klassisch, traditionellen Weg der Ehe eindeutig Präferenz eingeräumt wurde. Es wurden Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt in der Familie gefordert, eine steuerliche Besserstellung für Familien, eine familienfreundliche Gesellschaft sowie materielle Sicherheit für Senioren und der Jugend.

Als absolutes Novum könnten die letzten drei Kapitel des Salzburger Programms von 1985 gesehen werden, als es sich in zunehmendem Maße und über fast sieben Seiten mit den Agenden von

‘Rohstoffen und Energie’ dem ‘Umweltschutz’ sowie ‘neue Horizonte’ beschäftigte und somit fast ein Viertel des gesamten Programms einnehmen.

Im Bereich von Rohstoff und Energie wird vor allem auf die Krisenvorsorge, die Energieproduktivität (Energieeinsatz pro Outputseinheit, Anm.), erneuerbare Energiequellen, Atomenergie, Sonnenenergie und der Elektrizitätswirtschaft eingegangen.

In der Umweltpolitik befasste man sich mit dem monetarisieren externer Kosten nach dem Verursacherprinzip, der Frage der Ernährungssicherheit, dem Schutz von Wald, Wasser, Tieren und Pflanzen und den ‘Grenzen des Wachstums’.

Der Umweltschutz in freiheitlicher Denkweise sollte also Schäden in den ökologischen Systemen verhindern mit raschen, durchaus auch einschneidende Maßnahmen. Es müsse der Bevölkerung klar gemacht werden, dass die Sanierung der Umwelt durchaus auch einen finanziellen Einsatz fordere. Somit darf ein Freiheitlicher in diesem Sinne auch unpopuläre Forderungen aufstellen und diese gegebenenfalls auch durchsetzen.

Einen Ausblick auf Künftiges gab es mit dem Bekenntnis zu Fortschritt und Technik, Computer und Informationstechnologie, Weltraum, Biotechnik bis hin zur Forschung in medizinischen Grenzbereichen (gemeint war die Stammzellenforschung; Anm.).

Die ganze umweltpolitische Programm sei in den Nachwehen des von Meadows geschriebenen Werkes ‘die Grenzen des Wachstums’ sowie der immer stärker werdenden Grünbewegung (Stichwort: Zwentendorf 1978 und Hainburger Au 1984) und der daraus resultierenden – im restlichen Europa auch aus dem Boden schießenden – Grünparteien entstanden, deren potentielle Wähler man natürlich gerne unter ‘freiheitlicher Flagge’ vereinen wollte.

Zusammenfassend ist das freiheitliche Grundsatzprogramm von 1985 ein ‘Krakenprogramm’ geworden. Die amtierende, liberale Parteispitze setzte zwar weitgehend Maßstäbe und konnte sich auch durchwegs durchsetzen, doch sind viele kleine ‘Fangarme’ im politischen Konservatismus verankert und gegen die freiheitlichen Wurzeln als nationale Partei konnte sich Steger auch nicht zur Gänze durchsetzen.

Beim Lesen merkt man eine gewisse Planlosigkeit der Akteure. Der Chef – Steger – konnte das Programm nur bedingt in die Richtung lenken wie er es gerne gehabt hätte. Manche Sätze selbst bestechen in vielen Fällen durch Relativierung, wenn nicht sogar Aufhebung, in Folgesätze. Es wurde eine viel ‘weichere’ Sprache gebraucht als in den vorherigen Programmen und durch viele Nebensätze und Bindewörter war ein einzelner Satz auch mal einen ganzen Absatz lang!

Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Das freiheitliche Wirtschaftskonzept wurde in `Arbeitsmarkt`, `Marktwirtschaft`, `Staatshaushalt und Steuern` sowie in das Kapitel `Sozialwesen` gegliedert.

Getragen wurde es vor allem durch die Erkenntnis der Veränderung der Arbeitsmärkte, gleichwohl man kritiklos den Marktkräften von Angebot und Nachfrage vertraute. Arbeit sollte im freiheitlichen Verständnis auch nicht nur ein bloßer Produktionsfaktor als bezahlte Tätigkeit sein, sondern vielmehr eine `Äußerung menschlicher Schaffenskraft`.

Die FPÖ befürwortete die zu dieser Zeit getätigten Arbeitszeitkürzungen und forderte einen erfolgsabhängigen Lohn für die Arbeitnehmer, zuvor jedoch auf die Bejahung eines Mindestlohnes (kollektivvertragliche Mindestlöhne) hinzuweisen. Wieder ein Thema waren die Gastarbeiter, deren Nutzen in Zeiten der Vollbeschäftigung die FPÖ zugestand, doch auch verlangte, dass Diese sich wieder in ihre Heimatländer zurückbegeben sollen, wenn der Bedarf an Arbeitskräften wieder sinkt. Als quasi Gegenleistung sollen Gastarbeiter das Recht auf vergleichbare soziale und humanitäre Leistungen haben, jedoch keinesfalls die Gleichen wie ein Staatsbürger. Auch Volkstum und Kultur der Gastarbeiter sollen weiter gepflegt werden – und vom Staat unterstützt – sodass eine Reintegration in ihre Heimatländer nach getaner Gastarbeit wieder ohne größere Hindernisse möglich wird.

Ein besonderes `Steckenpferd` liberaler Anschauung war natürlich die Marktwirtschaft, welche im 1985er Programm einerseits ein eigenes Kapitel bekam und sich auch noch auf über drei Seiten ausdehnen durfte.

Gleich zu Beginn wird erwähnt, dass die Marktwirtschaft das einzige Wirtschaftssystem ist, welches sich mit der liberalen Vorstellung von Mensch und Gesellschaft vereinbaren lässt. Die Verknüpfung `keine politische Freiheit ohne wirtschaftliche Freiheit` war gleich der zweite Satz und umgibt somit alle realpolitischen – also Politik, welche im politischen Alltag und nicht in intellektuellen Programmen gemacht wird – Entscheidungen mit der Prämisse immer die Marktwirtschaft für Alles und Jedes als Maßstab zu nehmen.

Relativiert wird diese Aussage dann im zweiten Absatz, als die Marktwirtschaft in freiheitlicher Hinsicht keinesfalls mit einem `Laissez-faire-System` gleichzusetzen ist. Die Grenzen beginnen wo Menschen ausgebeutet werden und ohnehin wolle man ja nur ineffiziente Monopole bekämpfen. Vor allem aber wollte man – vor allem nach der Ära Kreisky – die staatliche Allmacht zurückdrängen; eine der Forderungen, welche seit der freiheitlichen Geburtsstunde (auch als VdU) in keinem Programm fehlen durfte.

Privatwirtschaft und Selbstverwaltung waren wieder angesagt. Privatisierung der Unternehmungen und die Selbstverwaltung der Körperschaften, wobei allen voran die Sozialpartner gemeint waren, mit denen die FPÖ bis über das Jahr 2000 hinweg nicht viel anfangen konnte. Steger, als Minister für

Handel, Gewerbe und Industrie ließ in diesem Bereich dann auch seine Forderungen betreffend Flexibilisierung (im Interview: Aufhebung, Anm.) der Ladenöffnungszeiten, Umwandlung der Genossenschaften in Aktiengesellschaften, Senkung der Lohnnebenkosten, Kampf gegen die Schattenwirtschaft, Liberalisierung des Gewerberechts oder aber auch die Förderung der (privaten) Industrie in das Programm hineinreklamieren.

Den freien Berufen, der Land- und Forstwirtschaft sowie dem Tourismus wurde ebenfalls ein Extrapunkt gegönnt. Vergleichsweise minder – Anbetracht des Selbstverständnisses als europäische und internationale Partei - fiel die Bedeutung der Geld und Außenhandelspolitik aus, der weniger Platz als beispielsweise dem Punkt des Straßenbaus eingeräumt wurde. Doch gerade hier lässt sich die liberalistische und monetaristische Grundhaltung der Autoren ablesen, forderte man doch die Unabhängigkeit der Notenbank von Regierungen – offenbar nach dem Muster der FED (Federal Reserve Bank) – sowie die Sicherung der Kaufkraft nach innen und außen, Geldmengenausweitung im Rahmen des Produktivitätszuwachses (im Original: Aufrechterhaltung jener Geldmengenversorgung, die für eine ruhig wachsende Wirtschaft notwendig ist) und auch die Forderung nach eine Art 'adaptierten, magischen Viereck' nämlich Vollbeschäftigung, Währungsstabilität und geordneten Staatsfinanzen.

Des Weiteren sollte das Zinsniveau auf niedrigstmöglichem Stand gehalten werden. Ein besonderes Augenmerk richtete man – wohl aus anderem Grund als heute, aber trotzdem – auf die Banken, deren Privatisierung man forderte. Aber auch die Beteiligung der Banken an anderen, insbesondere industriellen Unternehmen sollte eingeschränkt oder unterbunden werden, sodass keine Fremdinteressen exogen den Kreditmarkt beeinflussen konnten. Banken sollen aus wettbewerbsrechtlichen Gründen außerdem keine Tochterunternehmen gründen können, welche sich in bankfremde Wirtschaftsbereiche einnisten. Sollte dies geschehen sein ist es rückgängig zu machen.

Der Kapitalmarkt musste den freiheitlichen Forderungen nach ebenfalls liberal gestaltet und belebt werden; außerdem sollten Aktien für breite Teile der Bevölkerung als Anlageform dienen.

Im Außenhandel sah sich die FPÖ als antiprotektionistisch und eingebettet in die internationale Arbeitsteilung, ein weltweiter Freihandel sei anzustreben, nur dort Ausnahmen zu setzen wo beispielsweise die Sicherung der Ernährungsgrundlage anderwärtig nicht gewährleistet werden könne. Die Rolle multinationaler Konzerne wurde zwar im Allgemeinen positiv betrachtet, jedoch eine internationale Regulierung gefordert welche einen eventuellen Machtmissbrauch bzw. die Einflussnahme kontrolliert.

Erstmalig in diesem Programm wurde der Fiskal- und Budgetpolitik besonderer Raum in Form eines eigenen Kapitels eingeräumt. Und so wurde – ganz im Geiste der Autoren – gleich in der Einleitung nicht nur Budgetpolitik monetaristischer Vorstellung propagiert, sondern diese gleich in den Stand einer moralischen Grundlage gehoben. Doch daneben wurde auch die Option gefordert,

gegebenenfalls zur Krisenbewältigung, eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu fahren. Daneben wurden allgemeine Grundsätze der Besteuerung aufgestellt, welche vor allem drei Dinge umfassten: zunächst die Minimierung der Abgabenquote damit die Staatsausgaben und notwendige staatliche Leistungen gedeckt werden ohne jedoch leistungshemmend auf die Bevölkerung zu wirken. Des Weiteren soll das Steuersystem für den Steuerpflichtigen durchschaubar sein sowie eine sozial gerechte Verteilung garantieren. Die Schwerpunkte waren daher eine Milderung der Progressionsstufen und eine Absenkung des Spitzensteuersatzes, Verringerung der Ausnahmeregelungen, Verbesserung der Eigentums- und Vermögensbildung, Aufwendungen im Interesse des Umweltschutzes sowie ein Freibetrag für Kinder für den nichterwerbstätigen Elternteil.

Für (Einzel)Unternehmer und Personengesellschaften soll der im Unternehmen belassene Gewinn nicht versteuert werden, sondern nur der als Privatentnahmen entnommene Gewinn. Für Kapitalgewinne sollte der Erwerb von Aktien und Unternehmensanteilen begünstigt sowie Bagatellsteuern und die Gewerbesteuer ersatzlos abgeschafft werden.

Es wurde im ökonomischen Teil der liberalen Triebfeder der Steger FPÖ wesentlich mehr Platz gelassen als im gesellschaftspolitischen Teil. Grund dafür war, dass sich hier der wirtschaftsliberale Flügel rund um Steger, Frischenschlager und Höbelt quasi auf konkurrenzlosem Boden bewegte und sich nationale und konservative Freiheitliche wie bspw. Ofner und Stix weniger um diesen Bereich bemühten. Ironischerweise hatte Steger und seine liberalen Freunde gerade hier jene Monopolstellung, welche sie im wirtschaftlichen Dasein bis aufs Blut bekämpften.

Arbeitsübereinkommen SPÖ-FPÖ 1983; das Regierungsprogramm

In nur 23 Seiten Schreibmaschinenschrift – vergleichbar mit Times; 12 Punkt; 2 facher Zeilenabstand auf heutiger Textverarbeitungssoftware – wovon nur etwa ein Drittel der Seiten vollgeschrieben und zwei Drittel der Seiten zum Teil beschrieben wurden, war das Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und FPÖ perfekt.

Man einigte sich grundsätzlich auf die Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und Neutralität Österreichs. Man wollte die demokratische Ordnung ausbauen und den inneren und äußeren Frieden erhalten sowie die wirtschaftliche Entwicklung fördern.

Zum Ausbau des Beschäftigungsstandes einigte man sich auf Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau der Marchfelderlandstrasse und insgesamt 10.000 Wohnungen sowie einer KMU Milliarde und diverse Umweltmaßnahmen. Besonderes Interesse galt dem Eindämmen der Jugendarbeitslosigkeit. Ganz und gar nicht freiheitlich war der Punkt 5 in dem eine Strategie für Unternehmensbereiche der verstaatlichten Industrie entwickelt werden sollte – die FPÖ hatte zuvor für die Privatisierung plädiert. Ein Punkt in dem sich klar die SPÖ durchgesetzt hatte.

Für das Budget plante man einen sparsamen Umgang, das Absenken von Subventionen, das Zulassen von Budgetvorträgen in das nächste Jahr, die Überprüfung von Folgekosten, die

Abschaffung der 30 Schilling Wohnbeihilfe, eine 20%ige Anonymitätsgebühr für anonyme Wertpapiere, die Steuerfreigrenze von 7.000 auf 10.000 Schillinge für Spareinlagen zu erhöhen, einen Verzicht auf die Kreditsteuer, ein leistungsförderndes Steuersystem (welches zum Rohstoff- und Energiesparen animieren sollte; Anm.) sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuersätze.

Die FPÖ 1997 bis 2005

Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Die Urheber des freiheitlichen Parteiprogramms in der Fassung von 1997 waren in erster Linie Herbert Scheibner, Ewald Stadler und Lothar Höbelt sowie Susanne Riess-Passer und Jörg Haider. Das Programm wurde am Linzer Parteitag 1997 vom Bundesparteitag der FPÖ beschlossen. Erstmals war es auch so, dass das Programm eine andere Struktur bekam als die vorangegangenen. Zum einen war es so, dass die einzelnen Punkte der Priorität nach geordnet waren. Das heißt, dass der Inhalt des Kapitels 1 wichtiger war als Jener des Kapitels 2 usw. Dies setzte man bis Kapitel 17 fort. Zum anderen beinhaltete jeder Artikel eine Art 'einleitender Worte' welche Fett geschrieben wurden und – und das war neu – nur mit zweidrittel Mehrheit der Delegierte geändert, die darunter in 'normaler' Schrift stehenden Ausführungen mit einfacher Mehrheit abgeändert werden konnten.

Jeder der Autoren brachte ein Spezifikum ein. Scheibner war sehr militärisch im Wunsch der Ausdrucksweise und wollte das Programm an die USA bzw. die NATO angelehnt wissen. Jörg Haider reklamierte gewisse nationalpatriotische Passagen hinein, welche Susanne Riess-Passer (tendenziell liberal) wieder draußen haben wollte. Ewald Stadler hielt durch seine Religiosität das Programm sehr konservativ und geriet mit Riess-Passer sowie der veröffentlichten Meinung – nach Beschluss des Programms – in Konflikt durch seinen Wunsch der Einbeziehung des Begriffs des 'wehrhaften Christentums'.

Vor allem Ewald Stadler ist es zu verdanken, dass das Programm de facto über keinerlei – oder nur sehr wenig – Auslegungsspielraum verfügte.

In Kapitel I wird einmal das freiheitliche Selbstverständnis deklariert – Freiheit als höchstes Gut. Man berief sich auf die sozialphilosophischen Wurzeln einer 'idealistischen Weltanschauung' und sah die Freiheit als Abwehrhaltung gegen den staatlichen Zwang. Man spricht von einer natürlich gewachsenen Gemeinschaft – das Volk und die Familie – fordert Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie Presse- und Informationsfreiheit, was in der freiheitlichen Anschauung in der österreichischen Demokratie offenbar noch ausbaufähig war. In guter Tradition wurde wieder ein Focus auf die Eigenverantwortung und das Selbstbestimmungsrecht gelegt was eine – auch schon bekannte – bestmögliche Entfaltung aller schöpferischen Kräfte bewirken sollte.

Neben dem Selbstverständnis steht im Kapitel II die Unantastbarkeit der Menschenwürde im Vordergrund, die eben nur in einer freien Gesellschaft (in Abgrenzung bspw. zum Kommunismus) gewährleistet werden kann. Der Mensch hätte einen Sinn in sich selbst, die Daseinsberechtigung sei

unabhängig von Nützlichkeitsabwägungen (dieser Satz kam aufgrund der in Europa aufkeimenden Euthanasiedebatte; Anm.). Auch die Gentechnik wird in diesem Zusammenhang ebenso abgelehnt wie eine staatliche Umerziehung, Bevormundung oder Gängelung. Man schrieb: „Anstand, Ehre und Moral sollen den Gebrauch der Freiheit bestimmen.“

Die nationalen Wurzeln – als herausragendes politisches Element – wurden im Kapitel III manifestiert, welches unter der Überschrift 'Österreich zuerst' geführt wurde und wohl an das gleichnamige Volksbegehren erinnern sollte. Diese 'Österreich zuerst Mentalität' zieht sich nun aber seit Jörg Haider bis über das Jahr 2009 hinaus und ist in der FPÖ unabdingbare Konstante des politischen Seins.

Österreich sei mehr als ein bloßer Zweckverband. Man bekennt sich zur Demokratie und zur Rechtsstaatlichkeit und vor allem zur Pflicht zur Solidarität mit den Landsleuten im Sinne von sozialer Unterstützung von Härtefällen, die Pflicht zur Leistung von Beiträgen (i.S.v Steuern und Abgaben) oder zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Angesichts der langen Tradition und weit reichenden Errungenschaften könne Österreich stolz auf die von seinen Bürgern erbrachten Leistungen sein. Im gleichen Atemzug wird eine kulturelle Verflachung und die tendenziell stärker werdende Bestrebung Traditionen zu verunglimpfen und Österreich mutwillig herabzusetzen kategorisch abgelehnt. Dies rührt aus der Tatsache, dass sich die FPÖ in einem 'kulturellen Kleinkrieg' mit bspw. der Autorin Elfriede Jelinek (die sich für die Freilassung des 'Häfenliteraten' Jack Unterwiesinger einsetzte, welcher danach – in Freiheit – nicht weniger als neun Morde beging; Anm.) oder dem Regisseur Christoph Schlingensiefel befand. Überhaupt war die künstlerische Elite des Landes nicht gut auf die FPÖ in Haider'scher Ausprägung zu sprechen, da er sich für deren Auffassung zu wenig von den Taten der Nationalsozialisten im dritten Reich distanzierte.

Auch Kapitel IV war im Sinne der nationalen Tradition geschrieben als ein 'recht auf Heimat' proklamiert wurde. Zum öffentlichen Eklat kam es als die FPÖ in diesem Programm die deutschsprachige Bevölkerung Österreichs - in Abgrenzung zu den österreichischen Minderheiten der Kroaten, Roma, Slowenen, Tschechen, Slowaken und Ungarn – als der deutschen Volksgruppe Angehörige, oder kurz: Deutsche; nannte. Der seit der Zeit der Entnazifizierung gelernte Groll gegen die – umgangssprachlich - 'Piefke' verwandelte diese simple Tatsache der Nennung der Dinge bei Namen in eine mediale Hexenjagd gegen Haider und Stadler. Ein Österreicher ist ein Österreicher und kein Deutscher, fand man.

Neben der Volksgruppenebene wurde aber auch der Erhalt einer lebenswerten Umwelt gefordert, doch der für die FPÖ wichtigste Satz – der natürlich wieder öffentliche Diskussionen nach sich zog war jener, dass „Österreich aufgrund seiner Topographie, seiner Bevölkerungsdichte und seiner beschränkter Ressourcen keine Einwanderungsland sei“ genauso „...werden multikulturelle Experimente abgelehnt“, da mutwillig gesellschaftliche Konflikte geschürt würden, jedoch mit dem Nachsatz, dass rassistisch, religiös oder politisch Verfolgte zweifellos Asylanspruch in Österreich haben,

wieder mit der Einschränkung des Verweises auf das Dublin Abkommen der EU (sichere Drittstaaten Abkommen; Anm.)!

Kapitel V war ein Novum, was es noch nie zuvor in einem freiheitlichen Programm gab, nämlich der Bezug auf die christlich-abendländischen Wurzeln Europas. Wertebewusstsein wurde ebenso gefordert wie der Erhalt des Religionsunterrichts. Klargestellt wurde auch eine institutionelle – wenn auch nicht geistige – Trennung von Kirche und Staat, sowie das viel Zitierte 'wehrhafte Christentum' welches sich jedoch nicht gegen andere Religionen, sondern gegen die 'geistige Verflachung' der Kirche zur Wehr setzen sollte (nach Artikel 2 lit. 4; Anm.). Susanne Riess-Passer verwehrt sich mit Kräften gegen die Aufnahme des Christenbezugs, konnte sich aber nicht durchsetzen (nach Ewald Stadler; Collegium Scala 2005).

Anders als in den vorigen Programmen wurde das Projekt Europa (die EU; Anm.) auch nicht mehr zur Gänze als Heilsbringer für das politische und wirtschaftliche Fortkommen des Kontinents gesehen, sondern als Schicksalsgemeinschaft, welche sich durch das kulturelle Erbe der Völker trägt. Die FPÖ bekennt sich klar zur Mitgestaltung allerdings mehr in der Rolle des Mittlers, wie es durch seine Neutralität in den letzten Dekaden immer wieder zu finden war. Klargestellt wurde aber, dass – im nun krassen Gegensatz zu früheren Programmen – Österreich kein Bundesstaat eines europäischen Superstaates werden solle, die EU sich zu einem losen Staatenbund entwickeln solle – frei nach Charles de Gaulle: ein Europa der Vaterländer!

Wieder zurück in alter Tradition wurde dann im Kapitel VIII eine Demokratiereform gefordert. Die Parteien- und Apparateallmacht (gemeint waren die Sozialpartner, Anm.) wurde kritisiert und eine Liberalisierung der Medienlandschaft gefordert. Vor allem das staatliche Fernsehen war der FPÖ nicht wohl gesonnen, so forderte man es in privaten Händen. Auch die Sozialpartnerschaft wurde nun offen und erstmals dezidiert als quasi 'Nebenregierung' in einem 'Schattenparlament' tituliert. Kritisch hinterfragt wurde vor allem die innere Entscheidungsfindung.

Lieb und Teuer war auch die Forderung nach Erweiterung des Grundrechtskataloges – natürlich nur für Staatsbürger – mit folgenden Punkten (Artikel 2 lit. 4):

- Recht auf Heimat
- Soziale Grundrechte
- Recht auf Schutz der Familie
- Recht auf angemessene Bildung
- Recht auf beruflich-schöpferische und kulturelle Entfaltung
- Recht auf Sicherung der Altersvorsorge
- Recht auf intakte Umwelt und
- Recht auf eine sparsame, wirtschaftliche, zweckmäßige und widmungsmäßige Verwendung der öffentlichen Abgaben, verbunden mit dem Appellationsrecht des Einzelnen an den Rechnungshof.

Dem gegenüber standen auch Bürgerpflichten (-lit. 5; Anm.) der allgemeinen Abgabepflicht und der Solidarität.

Die Scheibner'sche Forderung nach Annäherung an die NATO manifestierte sich im Artikel 3 mit der Forderung, Österreich müsse Teil eines gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitssystems werden. Dies war nicht als bloße Integrierung in die GASP gemeint.

Im Salzburger Programm 1986 in den Hintergrund gerückt, aber nun wieder mit dabei war das Kapitel IX – Recht und Ordnung, deren Einhaltung sich die FPÖ auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die Inhalte dazu sind aber hinlänglich bekannt. Erwähnenswert trotzdem war die Aufnahme der Forderung nach Verschärfung der Strafen bei sexuellen Übergriffen – vor allem bei Kindern – sowie die Forderung nach Verbesserung der Stellung von Verbrechensopfern. 'Opferschutz vor Täterschutz' war das damalige Schlagwort.

Weit abgerutscht nach hinten – nämlich erst im Kapitel XII vorkommend – ist die Familie, wobei sie im Programm von 1997 mit der Gemeinschafts- und Generationenfrage kombiniert wurde. Klargestellt wird aber gleich, dass die Familie die absolut wichtigste soziale Grundlage einer Freien Gesellschaft ist und diese durch ein Kind von Mann und Frau zur Familie wird. Eine Generationsübergreifende Erziehung und Fürsorge ist anzustreben. Was im vorletzten Satz noch implizit dargestellt wurde, wurde noch in Artikel 1 lit. (1) explizit niedergeschrieben – nämlich die Ablehnung der Bestrebungen gleichgeschlechtliche Partnerschaften einer Familie gleichzustellen. Schon vorsorglich wurde in Artikel 2 lit. (3) der Kinderscheck als neue innovative Idee angepriesen.

Als Wiederholung und versehen der Wichtigkeit dieses Punktes wurde die Forderung nach strengster Bestrafung der Täter bei Kindesmissbrauch der Artikel 4 nahe zur Gänze gewidmet.

Altobmann Stegers Steckenpferd – der Umweltschutz – wurde in Kapitel XIII bearbeitet. Gefordert wurde dementsprechend eine Art 'ökologischer Generationsvertrag' im Bewusstsein, dass die Forderung nach industriellem Wohlstand und Schonung der Umwelt in Kontrast stehen. Um dieses Dilemma aufzulösen forderte man die Internalisierung der externen Kosten wie Geräusch- Licht- oder Schadstoffemissionen.

Man merkt in einem Programm natürlich nicht nur die sozialphilosophischen Wurzeln einer Partei, sondern auch eine akute politische Gegebenheit. 1997 standen die ökonomischen Sterne gut und so konnte man es sich leisten in einem Programm die Forderung nach einer Ökosteuer aufzuschreiben. Diese sollte vor allem Lenkungseffekt mit sich bringen, bspw. eine relative Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft, die Chance von Innovationen, die Streichung anderer Steuern sowie das hemmen umweltschädlicher Produktionen und Produktionsweisen. Ebenfalls gefordert wurde die explizite Ausweisung der externen Kosten im Bruttosozialprodukt.

Kapitel XIV beschäftigt sich mit der Förderung der freien Bauernschaft und Kapitel XV mit der freien Kunst. Beiden Kapiteln wurde inhaltlich aber nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Erwähnenswert im

Kapitel der Kultur ist es aber, dass die deutsche Sprache als wichtigste Trägerin des kulturellen Ausdrucks besonders schützenswert sei.

Zu meiner persönlichen Verwunderung vollkommen abgeschlagen auf Platz sechzehn war das Kapitel XVI des Rechts auf Bildung. Die FPÖ, welche bis 1986 noch die absolute Vertreterin des intellektuellen Bildungsbürgertums war, wandelte sich unter Haider zusehends in eine Art SPÖ mit national-liberalem Grundcharakter.

Die FPÖ bekennt sich jedoch zu einem freien Zugang zur Bildung unbeachtet der sozialen Schicht und lehnt – eher aus ideologischen denn aus fachlichen Gründen – die Bildung einer Gesamtschule aller zehn- bis vierzehnjährigen ab.

Auch das letzte Kapitel XVII überrascht an dieser, letzten, Stelle – die Wissenschaft. Selten zuvor waren so viele – in absoluten Zahlen – Akademiker in der FPÖ und mit Ausnahme des `Berufspolitikers` Herbert Scheibner waren mit Haider, Riess-Passer, Höbelt und Stadler alle Autoren Akademiker.

Zusammenfassend ist das Grundsatzprogramm der FPÖ von 1997 – wie in der Einleitung schon beschrieben - komplett anders als die Vorgängerprogramme. Liberale Elemente hielten sich vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik (mehr dazu im nächsten Punkt; Anm.), während die gesellschaftspolitische Ausrichtung tendenziell konservativ war und unter der Prämisse deutschnationaler Wurzeln geschrieben wurden. Dieser Fokus auf das nationale Element, gepaart mit der Person Haider und seinem Auftreten verliehen der FPÖ eine bis dahin ungewohnte Stabilität und war Garant für künftige Wahlerfolge. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang, dass erst als eine Führungsdiskussion (Haider vs. Riess-Passer; Anm.) ausbrach und die liberale (sowohl wirtschafts- als auch gesellschaftspolitisch; Anm.) Fraktion rund um Scheibner, Riess-Passer, Schweitzer und Walch sowie ideologiefreie Proponenten wie der Skistar Patrick Ortlieb oder der Leichtathlet Elmar Lichtenegger die nationalfreiheitliche Stoßrichtung zu `verdünnen` begannen, erst dann wurden die revolutionistischen Kräfte der FPÖ wieder frei und das nächste Chaos konnte beginnen.

Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Die FPÖ sieht ihre ökonomische Ausrichtung in ihrem Programm zwischen jenem des 'ungezügelter Kapitalismus' und jenem des 'gescheiterten Sozialismus' (gemeint ist hier wohl das Scheitern des Kommunismus in der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Paktes; Anm.). Die FPÖ will eine Marktwirtschaft, welche freien Wettbewerb sichert und einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung Vorschub leistet. Man geht von der Gleichwertigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital aus und stützt das Regelgerüst der sozialen Verantwortung darüber. Im Prinzip ist das Konzept mit jenem der 'sozialen Marktwirtschaft' zu vergleichen, jedoch erinnerte der Begriff der sozialen Marktwirtschaft zu sehr an die Partei des regierenden Bundeskanzlers. Somit musste ein neues Wort her, welches die ökonomische Ausrichtung auch der freiheitlichen Partei zugeordnet werden konnte. Der Begriff der 'fairen Marktwirtschaft' war geboren.

Schlussendlich war die faire Marktwirtschaft freiheitlicher Prägung mehr in Richtung des Neoliberalismus und der angebotslastiger Wirtschaftspolitik gehalten. So wird auch in Artikel 1 lit. (5) die umfassende Deregulierung des Wirtschaftslebens gefordert, welche als Garant für die Stabilität des Arbeitsmarktes gesehen wurde. Unterstützt wird die Forderung auch in Artikel 3 lit. als dort echte Privatisierung ohne weitere Einmischung von Staat, Kammern und Parteien postuliert wird. Überhaupt sollte die Einmischung der Politik komplett aus der Wirtschaft verschwinden.

Der Artikel 2 befasste sich zumeist mit der Internalisierung externer Kosten bspw. der Energiewirtschaft, des Verkehrs oder sonstiger Schadstoffemissionen. Man verlangte Kostenwahrheit und eine Verlagerung der Besteuerung vom Faktor Arbeit hin zu Verbrauchsbesteuerung nicht erneuerbarer Rohstoffe. Die Kostenwahrheit sollte auch die Wettbewerbsverzerrung durch Billiglohnländer eindämmen – und insbesondere die Kinderarbeit hintan halten.

Für die FPÖ bedeutete die faire Marktwirtschaft vor allem die Entpolitisierung politisierter Wirtschaftszweige – vor allem der Banken, der Versicherungen, der Medien, des gemeinnützigen Wohnbaus und subventionierter non-profit Organisationen aus. Man verstand sich als 'Anwalt der Erwerbstätigen im nicht geschützten Sektor'. Vor allem die Beteiligungsmacht der Banken und Kreditinstitute sollte massiv beschränkt werden. Aber auch die Fokussierung des Aufbaus eines funktionierenden österreichischen Kapitalmarktes war freiheitliche Prämisse.

Neu war – in Artikel 4 erwähnt – die freiheitliche Vorstellung einer neuen Unternehmenskultur – eine Art Betriebsverfassung – welche eine moderne Partnerschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer regeln sollte. Diese Forderung zielte vor allem auf die Eindämmung der Einflussphäre der Sozialpartner ab, welche in lit. (1) gleich explizit niedergeschrieben wurde. Kammern und Verbände sollten sich weniger um 'zentralistische Kollektivvertragsvereinbarungen' kümmern, als viel mehr sich auf ihre Kernaufgaben beschränken welche auf freiwilliger Mitgliedschaft beruht.

Artikel 5 befasste sich mit der Besteuerung von Unternehmen, welche – selbstredend – niedrig sein sollten. Ein Fokus lag dabei auf Klein- und Mittelbetrieben und deren Möglichkeit der Eigenkapitalbildung. Man wollte weg von Subventionen und hin zu steuerlichen Begünstigungen.

Natürlich konnte in dieser Geisteshaltung nichts funktionieren ohne einer tief greifenden Verwaltungsreform – das Allheilmittel jeder `wie finanziert man das´ Diskussion. Ein schlanker Staat nach den Maßstäben privatwirtschaftlicher Strukturen und Prozessabläufe wurde proklamiert. Dies sollte den finanziellen Spielraum für alles Mögliche sein – hier: der Entlastung der erwerbstätigen Bevölkerung.

Auch die Arbeitszeitflexibilisierung im öffentlichen Bereich wurde gefordert. Man sah Einsparungspotentiale durch Verringerung der Regelungsdichte und Entbürokratisierung. Auch eine Rücknahme der Steuer- und Abgabenquote war hehres freiheitliches Ziel.

Unterstützend einwirken sollte vor allem die technologische Revolution. Heimische Unternehmen sollten führend in den Schlüsseltechnologien – EDV, Telekommunikation und Transport – werden. Man verlangte eine Technologieoffensive und eine darauf abzielende Bildungspolitik.

Zu guter letzt wiederholte man noch einmal, dass Österreich kein Zuwanderungsland ist, da in diesem Falle der Lohndruck zu massiven Verzerrungen am Arbeitsmarkt führen wird. Die Arbeitslosenzahlen gestatteten daher keine Zuwanderung von Arbeitskräften mit nicht nachgefragten Qualifikationen. Des Weiteren ergebe sich aus der Zuwanderung eine Teuerung am Wohnungsmarkt (mehr Nachfrage; Anm.) außerdem sah man den sozialen Frieden gefährdet. Als Abhilfe schlug man ein Saisonier-Modell vor.

Ebenfalls ins Ökonomische drifft Kapitel XI – die Sozialpolitik, welche nach freiheitlicher Anschauung solidarisch und gerecht sein soll. Hier wird die Solidargemeinschaft auch als Risikogemeinschaft titulierte und selbige Risiken sollen eben durch einen solidarischen Akt der humanen Gesellschaft für bestimmte Risiken minimiert werden. Exemplarisch werden Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und schwere Formen von Benachteiligung und Schicksalsschlägen aufgezählt. Wichtig war der FPÖ die soziale Treffsicherheit – man wollte keine Almosen nach dem Gießkannenprinzip verteilen. Man war sich bewusst, dass der Wohlfahrtsstaat an der Finanzierung scheitern würde, wenn die Streuung der Leistung nicht nach Prioritäten der Bedürftigkeit erfolge.

Auch die Altersversorgung wurde angesprochen – das bekannte Drei-Säulen-Modell. Also eine Verbindung aus staatlicher Pension - welcher keinerlei Sonderpensionsrechte (bspw. für Politiker, Kämmerer, usw.) entwachsen darf - einer betrieblichen wie auch einer privaten Pension. Vollkommenes Unverständnis erntete der `finanzielle Vorgriff´ zu Lasten künftiger Generationen; spricht: das Schuldenmachen des Staates, seiner Institutionen sowie der Länder und Kommunen.

Die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung sollte nach dem Subsidiaritätsprinzip geschehen. Also vom Individuum, über die Familie, über Selbsthilfe- und Hilfsorganisationen, Kirchengemeinschaften und Betrieben und erst in Letztinstanz der Staat, welchem die Grundversorgung abliege. Man postulierte, dass kleine soziale Netzwerke nicht nur treffsicherer, sondern auch kostengünstiger sein als zentralistische, staatliche Einrichtungen. Zu guter letzt forderte Man eine wirksame Bekämpfung des Missbrauchs der Sozialleistungen.

Zusammenfassend ist das Wirtschafts- und Sozialprogramm das historisch liberalste, i.S. eines Neoliberalismus. Die Politik kann durchaus als Angebotspolitik beschrieben werden. Die Sozialpartner – allen voran Gewerkschaft und die Arbeiterkammer – wurden regelrecht zum Feindbild, welche es zu Umgehen gilt. Maßgeblich verantwortlich für das ideologisch konsistente, aber in den einzelnen Forderungen doch recht unrunde Programm zeichnete der Historiker Lothar Höbelt. Überhaupt war es überraschend, dass das Wirtschaftsprogramm hauptsächlich von Juristen (Haider, Stadler, Riess-Passer, Anm.) sowie einem Historiker (Höbelt; Anm.) geschrieben wurde. Die Auslegungsspielräume waren klein, die Sätze sitzen sprichwörtlich wie eine Eins und an Intellektualität war das Programm als Ganzes nicht nur allen vorherigen der FPÖ, sondern auch Jenen des politischen Mitbewerbs überlegen. Trotzdem wird – wie man anschließend auch an der Regierungsarbeit sehen wird die Inkonsistenz der einzelnen Forderungen eklatant sichtbar. Vielleicht hätte man doch neben der Armada an Juristen auch eine Ökonomen oder zumindest BWL Studenten zu Rate ziehen sollen. Vielleicht wäre der FPÖ in ihrer Regierungsarbeit dann einiges erspart geblieben.

Aktions- und Wahlprogramme (Widerspruch?)

Da das Wahlprogramm des Jahres 1999 war trotz intensiver Recherche nicht aufzutreiben. Der Archivar der FPÖ, Dr. Staudinger, ließ mir aber einige APA/ OTS Pressemeldungen zukommen, welche das Wahlprogramm beschreiben. Das unter der Federführung des ultraliberalen industriellen Thomas Prinzhorn erstellten 10 Punkte Programms umfasste die Forderung nach dem Kinderbetreuungsscheck, einer Flat Tax und einer Entlastung für Haushalte und Unternehmen.

Der Kinderscheck sollte 5.700 Schillinge pro Monat für das erste, die Hälfte davon für jedes weitere Kind bis zum sechsten Lebensjahr des jeweiligen Kindes umfassen. Die Flat Tax beinhaltete einen Steuerfreibetrag in Höhe von 450.000 Schilling pro Familie und danach einen einheitlichen Steuersatz von 23%. Der Mittelstand sollte durch Senkung der Strompreise und Mieten gestärkt werden. Finanziert sollte dies aus Verwaltungseinsparungen der Unternehmungen werden. Weiters sollten Lohnnebenkosten gesenkt werden. Dazu nannte man die Abschaffung der Kommunalsteuern.

Nach dem wirtschaftlichen Teil folgte der Gesellschaftliche. Österreich ist kein Einwanderungsland, hieß es. Einwanderungsstopp, Einbürgerungen frühestens nach 10 Jahren und eine EU Osterweiterung erst nachdem europäische Mindeststandards der Beitrittsländer eingehalten wurden. Daneben wurde der Schutz der Jugend gegen Missbrauch, Kinderpornographie und Drogen gefordert, sowie sicher Jugendarbeitsplätze.

Auch Herbert Scheibners militaristische Handschrift merkte man im letzten Punkt als eine starke Landesverteidigung sowie die Ausweitung der Miliz zur Stärkung eine 'Profi Truppe' zu Grenzschtutzzwecken sowie zur Humanitären- und Katastrophenhilfe gefordert wurde.

Anders das Wahlprogramm 2002 – also jenes Programm welches geschrieben wurde als die Dämme zu brechen begannen und sozusagen das Krisenmanagement der freiheitlichen Akteure von 2002 darstellt.

Auffallend gegenüber allen anderen Programmen – egal ob Grundsatz-, Wahl- oder Aktionsprogramme - ist der Umfang. Insgesamt 106 Seiten (und somit umfangreicher als bspw. das Regierungsprogramm 2000; Anm.) wurden aufgewandt um den Wählern sozusagen die umfassende, qualitative und vor allem quantitative Arbeit der FPÖ Regierungsmannschaft der letzten Jahre vor Augen zu führen.

Dabei wurde für jede Überschrift bzw. für jedes Kapitel die gleiche Struktur verwendet, welche sich in fünf Punkte untergliederte. Zuerst schrieb man über das 'Erbe' welches man 2000 übernommen hatte, dann das 'Ziel' welches man sich damals gesteckt hatte gefolgt von der 'freiheitlichen Handschrift' mit welcher das Problem angegangen wurde. Zum Schluss kam noch die 'freiheitliche Erfolg' den die FPÖ für die Bürger herausholen konnte und ein 'Zukunftsausblick' was man noch vorhabe. Das Ganze in einem 106 Seiten Konvolut, welches zwar nicht mehr nach interner Priorität – wie bspw. das Grundsatzprogramm – gegliedert wurde, aber immerhin Alphabetisch. Man begann mit der Abfertigung NEU, ging über Energie und Ladenöffnungszeiten, bis hin zur Verwaltungsreform und Volksgruppenfragen.

Aufgrund des Umfanges, werde ich hier nur die wirtschaftlich relevanten Teile und gegebenenfalls auffällige Punkte zur Analyse heranziehen. Wie in der ganzen Arbeit bisher werde ich auch hier keine Wertung über Sinn und Unsinn bzw. die Qualität der Forderungen und Errungenschaften abgeben und in gewohnter Weise darauf achten, keine Gut- oder Schlechtheißung zu in die einzelnen Sätze zu implizieren.

Erster Punkt des Programms war die Abfertigung NEU, welche von der FPÖ im Programm 1997 und 1999 gefordert wurde und sich die Regierungspartner im Anschluss auch einigen konnten. Gröblich stieß sich FPÖ vor allem an der Tatsache, dass der Abfertigungsanspruch – im alten System – bei Selbstkündigung erlosch sowie allfällige Liquiditätsprobleme mittelständischer Unternehmungen bei der Auszahlung selbiger; eventuell bei notgedrungenen Entlassungen mehrerer, altgedienter – und somit teurer – Mitarbeiter. Ziel war es, diese Missstände einzudämmen und für die Arbeitnehmer einen Abfertigungsanspruch ab dem ersten Arbeitstag zu institutionalisieren. Durch die Schaffung der 'Abfertigung NEU' wurde diese Wahlversprechen umgesetzt. Als Erfolg verkaufte die FPÖ vor allem die Tatsache, dass nun auch Lehrlinge und Saisoniers anspruchsberechtigte sind.

Danach kümmerte man sich um das Kapitel 'Arbeit' oder besser gesagt um das Thema der Arbeitslosigkeit. Durch die allgemeine Stagnation der europäischen Wirtschaft infolge der 'new economy Krise' stieg die Anzahl der Beschäftigungslosen stark an. Die Freiheitlichen umschifften dieses Thema und nannten in den Erfolgen, dass es seit 1945 noch nie so viele Personen (absolut; Anm.) in Beschäftigung gab. Die resultierte natürlich aus der auch durch Zuwanderung gestiegenen Bevölkerungszahl. Für die Zukunft wünschte sich die FPÖ 1.000 EUR Mindestlohn, Senkung der Lohnnebenkosten, Minderung der Schattenwirtschaft, Erleichterung eines Berufswechsels, usw.

Erwähnenswert, wenn auch nicht im ökonomischen Sinne, ist die Tatsache, dass die FPÖ den nächsten Punkt des 'Asylwesens' extrem kurz hielt. Hier konnten weder die von der FPÖ bis 1999 aufgestellten Forderungen, noch die von der Bevölkerung erwarteten Maßnahmen in gewünschter Art und Weise durchgesetzt werden. Vor allem war die Regierungszeit dermaßen kurz, dass sich eventuelle Erfolge noch nicht in der Statistik niederschlagen konnten.

Ein Thema, welchem Butschek in seinem Buch ein ganzes Kapitel widmete war jenes der Fehlallokation monetärer Mittel in Schiene und Bahn anstatt des Straßenausbaus. Auch von der FPÖ-ÖVP Regierung dürfte er im Nachhinein nicht besonders angetan gewesen sein. Die Ausgliederung in eine Privatwirtschaftliche geführte Gesellschaft wurde zwar getätigt, doch setzte die Regierung wieder ihr Augenmerk auf umweltfreundliche Transportweisen und steckten – natürlich auch notgedrungen – Milliarden in die ÖBB. Butschek wird's nicht gefallen, doch die Fokussierung der Schiene als Transportweg ist eine politische Frage, keine rein ökonomische, und somit leicht zu erklären. Auch die FPÖ setzte darauf und versprach in ihrem Wahlprogramm die Kosten zu dämmen und einen weiteren Ausbau der Bahn um den Pendlern ein hochwertiges Angebot liefern zu können.

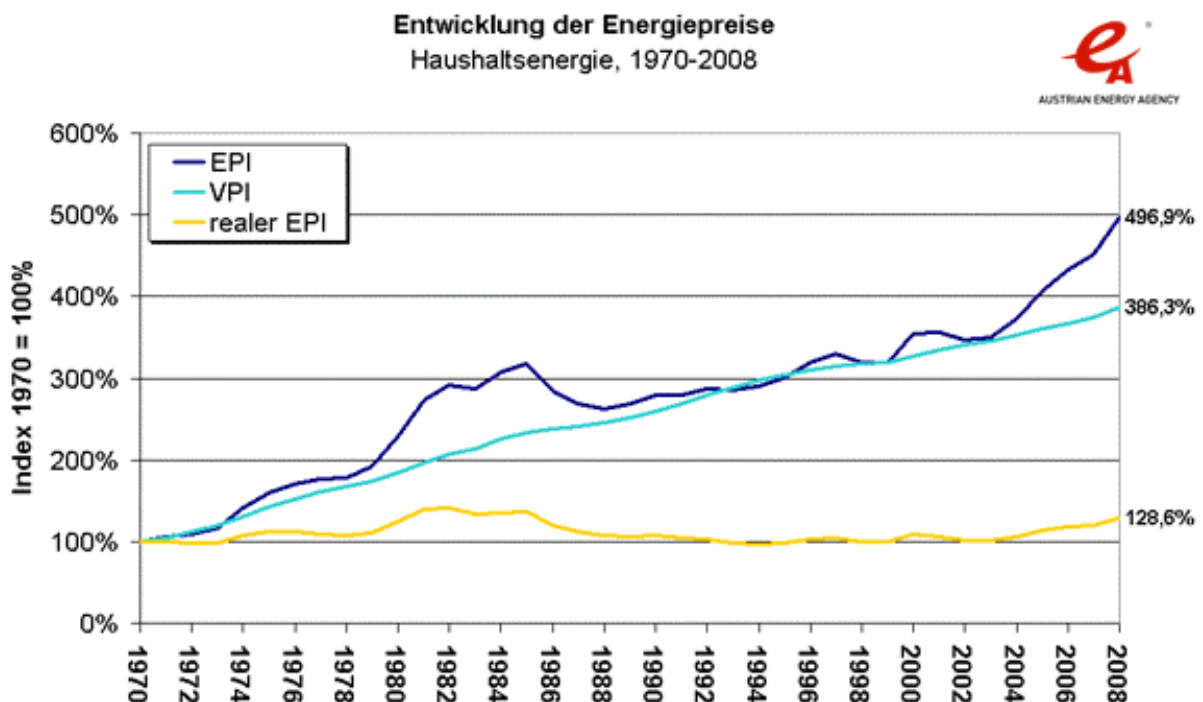
Kurz und Bündig wurden die Errungenschaften bzw. Vorstellungen zum Budget beschrieben – und das obwohl das Nulldefizit neben dem Kindergeld das Liebling der FPÖ war. Man wollte zeigen, dass eine Verschuldungspolitik wie unter Salcher bis Edlinger nicht nötig sei, vergaß aber zu erwähnen, dass man sich das (im übrigen nur nominelle; Anm.) Nulldefizit über die höchste Abgabenquote seit 1945 'erkaufte'. Man rechnete die Zinsbelastung für jeden einzelnen Bürger bis auf die Zahlung pro Sekunde herunter, was das einzig Plastische an diesem Programm war. Der Rest war eher zu lesen wie ein Telefonbuch. Natürlich wurde das Nulldefizit als Erfolg verkauft. Man verwies auch externe Problematiken wie die Anschläge des 11. September oder das Jahrhunderthochwasser von 2002 und bot die Konjunkturpakete I und II der Bevölkerung feil. Anzumerken in diesem Fall ist es, dass die Konjunkturpakete und Steuerreformen der Marke Grasser/ Bartenstein/ Schüssel fast ausschließlich der ÖVP-Klientel (Gruppenbesteuerung, vorzeitige Abschreibungen, befristete Investitionszuwachsprämie, KÖST Senkung, usw.) zu Gute kamen. Die realen Auswirkungen auf die Bevölkerung bleiben eher niedrig. Dies lag eventuell auch an der Entlastungssumme von ca. 1,5 Mrd. EUR (0,6% des BIP), welches in erster Linie kapitalintensiven Unternehmungen zu Gute kam. Eine Breitenwirkung durch die Zielgruppendefinition wurde nicht erreicht und somit wirkten sich Reformen und Konjunkturpakete nur mit etwa 0,25% bis 0,5% BIP Zuwachs aus (Quelle: WIFO Monatsbericht 11/2003 bzw.

[http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/MB_2003_10_05_KONJUNKTURBELEBUNGSMASSNAHMEN\\$_SHOW.HTM;jsessionid=8f821093ce544c613afb11c4ff695f4eafd43168382?p_filename=MB_2003_10_05_KONJUNKTURBELEBUNGSMASSNAHMEN\\$_SHOW.HTM](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/MB_2003_10_05_KONJUNKTURBELEBUNGSMASSNAHMEN$_SHOW.HTM;jsessionid=8f821093ce544c613afb11c4ff695f4eafd43168382?p_filename=MB_2003_10_05_KONJUNKTURBELEBUNGSMASSNAHMEN$_SHOW.HTM))

Auch in Zukunft wollte man Strukturreformen fortsetzen, das Qualitätsmanagement verbessern, Kosten reduzieren und Ergebnisse transparenter darstellen.

Erwähnenswert, weil es ein Fall von Marktversagen ist wie er im Buche steht, ist die Liberalisierung des Energiemarktes.

Bild 9: Entwicklung der Hausenergiepreise in Österreich 1970 bis 2008



(Quelle:

<http://www.energyagency.at/pop/bild.htm?url=/fotos/ewja.gif&titel=Energiepreisindex%20der%20D6sterreichischen%20Energieagentur&comment=&popup=1>)

An diesem Beispiel sieht man klar, dass der Energiepreisindex real seit den 1970er Jahren fast nicht verändert hat. Die reale Steigerung ab 2004 kann man den überdurchschnittlichen Rohölpreisen zuschreiben, welche hauptsächlich aufgrund von Spekulationen zustande kamen und sich bis 2008 noch erhöhten. Trotzdem sieht man, dass die Liberalisierung, welche noch unter einer SPÖ-ÖVP Regierung 1999 (ELWOG – Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz 1999 bzw. GWG – Gaswirtschaftsgesetz 2000; Anm.) begann und 2002 und 2003 ihre Endausbaustufe erreichte, zu keiner Verringerung der Energiekosten beitrug. Die FPÖ wusste bei der Erstellung dieses Programms noch nichts vom kläglichen Marktversagen und prolongierte eine jährliche Ersparnis für den Endkunden von 270 Mio. EUR bzw. für Unternehmen von 700 Mio. EUR.

Auch für die zwei Jahre später anstehende EU Osterweiterung sollte ein Konzept gefunden werden. Die FPÖ, die seit der Obmannschaft Haiders in das EU-kritische Lager gewechselt ist wollte noch folgende Punkte verhandelt wissen bevor einer Erweiterung die Zustimmung gegeben wird. Es sollten die in den kopenhagener Verträgen festgelegten Kriterien eingehalten, außerdem europäische Sozial- und Umweltstandards erfüllt werden. Außerdem solle eine finanzierbare Lösung für die Agrarpolitik gefunden werden (auch Frankreich war das sehr dahinter in Hinblick auf das Agrarland Polen; Anm.) und Kernkraftwerke stillgelegt werden. Zum Schluss versprach man noch vollmundig einen Ausstieg aus EURATOM und die Anschaffung der Beneschdekrete (oder Benešdekrete, Anm.) bzw. der AVNOIJ Bestimmungen.

Natürlich durfte im Bereich der Familie auch nicht die Einführung des Kindergeldes fehlen. Künftig wollte man die Bedeutung der Familien noch mehr aufwerten und das Kindergeld evaluieren. Ebenfalls mit im Reportuar: die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung von Arbeiter und Angestellten.

Als Standorterfolg bzw. Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Österreich verkaufte man im Großen und Ganzen die Konjunkturpakete. Außerdem die Streichung des Arbeitssuchtages bei Selbstkündigung, was aber eher ein 'anzipfen' der Arbeitnehmer gewertet werden muss als eine sinnvolle Maßnahme. Auch in Zukunft wolle man die Lohnnebenkosten weiter senken, eine Erhöhung der Steuerbegünstigung nicht entnommener Gewinne, eine Verringerung der statistischen Auflagen (eine – und jetzt muss man doch werten – absolut sinnfreie Maßnahme, welche permanent in den Papieren des Rings freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) vorkommt, weil die Daten ja wieder den einzelnen Unternehmen zugute kommen; Anm.) sowie einer Stärkung des Venture-Kapital-Sektors für KMUs.

Ein umfangreicheres Kapitel bildet jenes der Steuern und Abgaben. Man merkt schon beim lesen, dass der maßgebliche Autor RFW Chef und - im Jahr 2002 – amtierende Bundesobmannstellvertreter Thomas Prinzhorn war. Gleich zu Beginn peinigte man das Steuersystem als ungerecht, unfair, kompliziert und leistungshemmend. Viel Einfachere wäre das Steuersystem durch jenes der FPÖ der 'fairen Steuern' was ein Begriff für den Wunsch der Einführung einer 'Flat Tax' ist. Im gleichen Atemzug verwies man auf die ausufernden Staatsschulden. Man brauchte zuerst ein Nulldefizit um einen Spielraum für künftige Steuersenkungen und Systemanpassungen bzw. -änderungen zu schaffen. Man verglich sich gerne mit dem unter der Stagnation (bzw. Rezession) leidenden Deutschland. Bis 2010 wollte man die Abgabenquote von über 45% auf 40% senken. Auch die Forderung nach Vereinfachung des Steuersystems in Form von fairen Steuern (Flat Tax), Budgetdisziplin und Senkung der öffentlichen Ausgaben wurde wiederholt. Eine allfällige Steuerreform sollte die Eckpunkte der gleichmäßigen Entlastung aller Wirtschaftssubjekte (Personen und Unternehmen), Steuerfreiheit für Bruttojahresbezüge bis 14.500 EUR, steuerliche Begünstigung für kleiner und mittlere Einkommensbezieher bis 3.000 EUR und einer Einsetzung eines linearen Steuertarifs enthalten.

(persönliche Anmerkung: Zum Begriff eines linearen Steuertarifs sei angemerkt, dass dieser über das Einkommen natürlich auch steigen kann. Offenbar meinte man einen konstanten Steuertarif, der einer Flat Tax gleich kommt. Auf Nachfrage bei dem RFW Mitglied und Mitarbeiter des aktuellen (2009) Wirtschaftssprechers Themessl – Herrn Mag. Knestl – über die Höhe dieses Einheitssatzes meinte dieser etwa 30%. Auf mehrmalige Nachfrage kam dann plötzlich ein Stufensatz (Grenzsteuersatz; Anm.) bis 40%. Schlussendlich – und diese persönliche Meinung sei mir gestattet - sind sich die freiheitlichen Steuerverantwortlichen über die Tragweite einer Flat Tax (relative Benachteiligung der Wenigverdiener; Anm.) nicht im Klaren. Man verweist stets auf die Vorteile der Flat Tax bspw. in Slowenien oder der Slowakei und vergisst gerne, dass nach dem Fall des eisernen Vorhangs die Abgabendisziplin der Bevölkerung de facto nicht vorhanden war. Somit war eine Flat Tax besser als gar keine Steuereinnahmen. Eine Revidierung des Steuersystems dieser Staaten nach Vorbild von Deutschland oder Österreich ist meines Erachtens nur eine Frage de Zeit.)

Als Erfolg feierte die FPÖ auch die Einführung der Studiengebühren, welche sie auch in Zukunft nicht missen wollten. Das letzte Kapitel befasste sich mit der Verwaltungsreform. Diese Allzwecklösung für alle budgetären Probleme wurde mit der FPÖ mit einem erwarteten Einsparungsergebnis im 'Endausbau' bis 2003 von 21,2 Mrd. EUR veranschlagt – alleine 15 Mrd. EUR durch Personaleinsparungen. Der damalige Rechnungshofpräsident Fiedler meinte zu diesen Phantasiezahlen, dass es im Zuge einer Verwaltungsreform wahrscheinlich zu keinen größeren Einsparungen kommen würde und schon gar nicht in dieser Größenordnung. Es sein nicht unwahrscheinlich, dass sich die Kosten im ersten Jahr durch Anpassungsschwierigkeiten sogar erhöhen würden. Erst danach sein eine Reduktion vorstellbar (Quelle: <http://www.orf.at/?href=http%3A%2F%2Fwww.orf.at%2Fticker%2F238792.html>).

Fazit des Wahlprogramms: die einst kraftvollen und auf emotionaler Ebene wirkenden Forderungen wurden durch die Autoren (Reichhold, Prinzhorn, Haupt, usw.) in seelenlose Gestrüppe umgewandelt. Für ein Grundsatzprogramm oder die Aushändigung an ein Expertengremium mag die nüchterne und sachliche Arbeit bzw. die Vielzahl von Details und Aneinanderreihung von Zahlen durchaus Ergebnis optimierend wirken, doch für jenen Personenkreis welchem dieses Programm ausgehändigt wurde – also kleine Ortsfunktionäre, einfache Parteimitglieder und Bürgern – ist dieses Werk zweifellos zu leblos und kompliziert. Es kann einem interessierten Bürger durchaus zugemutet werden die eine oder andere Sache nachzuschlagen bzw. nachzudenken. Bei einer Wahl jedoch muss der potentielle Wähler innerhalb von Sekunden entscheiden ob er genug Vertrauen in die jeweilige Wahlwerbende Partei setzt oder nicht. Dementsprechend wäre ein – man mag es plumperes Programm nennen, wahrscheinlich effektvoller und effektiver gewesen als das gerade analysierte.

Eine zweite Tatsache dieses Programms war die Vollmundigkeit – um nicht zu sagen Überheblichkeit – mit welcher man noch so hochtrabende Forderungen aneinanderreichte. Vor allem hinsichtlich der Europäischen Union ausgesprochenen Forderungen (bspw. Forderungen bei deren Erfüllung man der EU Osterweiterung zustimme wie soziale Mindeststandards, Ausstieg aus EURATOM, usw.) sollte man als redlicher Politiker nicht in den Mund nehmen, da es auch für den nur teilweise interessierten

Politikkonsumenten von Anfang an klar war, dass eben diese Forderungen niemals erfüllt werden können.

Man versuchte angesichts der drohenden Katastrophe mit Quantität vor Qualität und Versprechungen statt Erfüllungschancen bei der Bevölkerung zu punkten. Eine Tatsache, die während der nachfolgenden Regierungsarbeit ab 2002 von den Wählern und der Parteibasis wahrgenommen wurde und die ohnehin labile Situation der FPÖ weiter zur Eskalation brachte.

Regierungsprogramme:

Regierungsprogramm 2000:

Auch innerhalb der Regierungsprogramme werde ich mich in erster Linie mit den wirtschaftsrelevanten Teile befassen und nur bei `bedeutenden` Teilen oder sich den freiheitlichen Grundsätzen widersprechenden Themen und Blöcken vertiefend eingehen.

Kapitel 1 befasst sich mit den Maßnahmen zur Außen- und Europapolitik. Man bekennt sich zur europäischen Integration und will diese Vorantreiben. Eine gemeinsame Friedens- Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft soll aufgebaut werden. Permanent wird das Wort `Frieden` - passend oder auch nicht - in den Fließtext eingearbeitet. Die Osterweiterung soll den Friedens- und Stabilitätsraum ausweiten und durch GASP international für Friedens und Konfliktlösung sorgen. Dieser Friedens- und Stabilitätzuwachs liege immerhin im Interesse Österreichs.

Abgesehen von der inflationären Verwendung des Begriffs `Frieden` wurden danach die Vorteile einer EU Osterweiterung für Österreich aufgezählt. Diese Umfassen gemäß Regierungsprogramm die Ausweitung des Wirtschaftsraums und die somit entstehenden neuen Märkte. Die Erweiterung soll unter der Wahrung österreichischer Anliegen und Wettbewerbsinteressen wie Arbeits- Umwelt- und Kernenergiesicherheit, Landwirtschaft, Verkehrsfragen und nicht weiter bestimmten anderen offenen Problemen durchgeführt werden.

Explizit erwähnt wurde in Absatz 3 die Wirtschafts- und Währungsunion mit den zu Grunde liegenden Stabilitätskriterien. Man bekannte sich zur Budgetdisziplin, zur Preisstabilität sowie zur `Weltstellung` des Euro.

Breiter Raum wurde dem `neuen sozialen Gesellschaftsvertrag` gewidmet. Dieser beschäftigte sich mit Arbeit und Sozialem, Pensionssicherung und Altersvorsorge, Familien und Jugendprogramme, Frauenpolitik, Gesundheit sowie Konsumentenschutz. Man vertrat den Standpunkt in einer sozialen Gesellschaft all jenen helfen zu wollen, welche nur unzureichend oder gar nicht zum Selbstschutz in der Lage sind. Man versuchte die `soziale Treffsicherheit` genauer zu gestalten, den Missbrauch sozialer Leistungen zu verhindern und überhaupt einen sozialpolitischen Paradigmenwechsel einzuführen. Unter anderem sollte der Bürger vom Bittsteller zum Kunden werden.

Man versprach eine aktive Arbeitsmarktpolitik, bei welcher in erster Linie die Vermeidung von Arbeitslosigkeit im Vordergrund stand. Sollte der Bürger doch betroffen sein, so wollte man sich in erster Linie um Frauen und ältere Menschen kümmern. Man darf nicht vergessen, dass dies noch vor dem Platzen der `new economy Blase` stattfand und somit die Arbeitslosigkeit mit 5,8% (nach traditioneller Berechnung; Anm.) auf einem 10 Jahres Tief war. Eine Effizienzsteigerung wollte man auch mit der Ausgliederung des AMS (Arbeitsmarktservice) erreichen. Aber auch die Eingliederung so genannter Langzeitarbeitsloser sollte forciert werden.

Weitere beschriebene Maßnahmen waren die Abfertigung NEU, ein Armutsbekämpfungsprogramm durch Vernetzung und Koordination von Bund, Ländern und Gemeinden, die Aktion: Fairness, welche die sozialrechtliche (Urlaub, Krankenstand, usw.; Anm.) Gleichbehandlung regelt, die Bündelung von Sozialleistungen um die soziale Treffsicherheit zu erhöhen – Änderung der Zumutbarkeitsbestimmungen, Dauer des Bezuges von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe – eine bessere Integration gesellschaftlich benachteiligter Gruppen wie bspw. Behinderte in Form von Projekten, Einmalzahlungen oder Zahlungen von Ausgleichtaxen sowie die verbesserte soziale Absicherung von Pflegenden.

Ein großer Punkt war die Reform des Sozialversicherungssystems, welche die Effizienz steigern, die Kosten senken, Synergieeffekte schaffen und die Qualität beibehalten sollte. Trotz aller gut gemeinten Vorschläge und Ziele wurde man als gewöhnlicher Bürger aber den Eindruck nicht los, dass das primäre Ziel der Reform jenes war, den sozialistischen Präsidenten der Sozialversicherungen – Hans Salmutter – zu entfernen. Im Bereich der Familien, Kinder und Senioren war wohl das Prestigeprojekt des Kindergeldes, welches Haider zuvor schon in Kärnten eingeführt hatte, das erwähnenswerteste.

Auch der Wirtschaftsstandort Österreich sollte gestärkt werden. Als Maßnahmenpaket dazu sollten die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Urlaubsaliquotierungen, der Entfall des Arbeitssuchtages bei Selbstkündigung sollten neben der Senkung der Beitragszahlungen für den Insolvenzfond (-0,4%), der Unfallversicherung (-0,2%), der Arbeitslosenversicherung (-0,5%) sowie der Entlastung aus künftigen Mehreinnahmen insgesamt 15 Mrd. EUR für die Unternehmungen bereitgestellt werden.

Ein Liebling der blau-schwarzen Regierung war die Belebung des Kapitalmarktes. Dies ruht aus der österreichischen Tradition (im Gegensatz zur US Amerikanischen, Anm.), dass Geld für vor allem Klein- und Mittelbetriebe (KMU) aus langfristigen Krediten und nicht über die Ausgaben von Wertpapieren an der Börse kreierte werden. Ebenfalls sollte eine Stärkung des Venture Capital Segments bspw. durch Liberalisierung der Veranlagungsvorschriften für Venture Capital Geber nach internationalem Vorbild gelingen. Außerdem sollte eine Beteiligungsfinanzierung für KMU steuerlich verbessert werden.

Im Wunsch nach einem verstärkten Wettbewerb sollten die Normalarbeitszeiten für alle Branchen ohne Kollektivvertrag flexibilisiert werden und auf Einzel- und Betriebsvereinbarungen beruhen, eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten auf 72 Wochenstunden und eine vollständige Energieliberalisierung stattfinden. Es wurde eine unabhängige Bankenaufsicht unter Verantwortlichkeit des BMF gestellt, die Spekulationssteuer eingeführt, aber die Börsenumsatzsteuer abgeschafft. Vor allem aber die Neuorganisation der ÖIAG, bzw. der Fusion der ÖIAG, der PTA und der PTGB in eine ÖIAG AG, erreicht werden, sowie die Privatisierung der taxativ im Regierungsprogramm aufgelisteten Unternehmen forciert werden. Eine 100%ige Privatisierung war das Ziel.

Die Staatsverwaltung per se wurde von den Regierungsparteien als absolut ineffizient und aufgebläht angesehen, dementsprechend wurde ein 'schlanker Staat' sowie die Anwendung der Grundsätze des

betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens vorgesehen. Anreizsysteme zur Budgeteinhaltung sowie Sanktionen bei Nichteinhaltung waren ebenfalls neu und Inhalt des Regierungsprogramms.

Als letzter, wenn auch sehr einschneidender Punkt wurde die Budgetpolitik definiert. Man bekannte sich zur Budgetkonsolidierung und verwies auf die Stabilitätskriterien. Langfristig sollte ein ausgeglichener Bundeshaushalt zu erreichen sein. Als Eckpunkte gab man die Ziele an, die Budgetziele vor allem Ausgabenseitig zu erreichen, Transparenz und Kostenwahrheit umzusetzen, das Ausgabenwachstum unter das nominelle BIP zu drücken, die Aufgaben- und Ausgabenverwaltung zusammenzuführen sowie budgetäre Ausgaben durch konkrete Gegenfinanzierungen zu decken.

Der öffentliche Dienst sollte effizient gestaltet werden. Kernmaßnahme war die Absenkung des Personalstandes um 9.000 Personen, welche zum Großteil durch Nichtersetzen des natürlichen Abganges (Kündigung oder Ruhestand; Anm.) bis 2003/ 2004 erreicht werden sollten. Aber auch verschiedene betriebswirtschaftliche Maßnahmen wie ein modernes Controlling sollten helfen diese Ziele zu erreichen. Als konkretes Einsparungspotential aller Maßnahmen nannte man 10 Mrd. EUR pro Jahr.

Weiters soll der Selbstfinanzierungsgrad der Gesellschaften ASFINAG, ÖBB und SCHIG erhöht werden. Dies sollte unter anderem durch das Anpassen der Vignettenpreise bzw. der LKW Maut bei der ASFINAG, oder durch strukturelle Trennung der ÖBB in die Bereiche Absatz und Infrastruktur erfolgen. Danach aber wieder eine Zusammenlegung der SCHIG (Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH; Anm.) mit der HL-AG (Infrastruktur Baugesellschaft der ÖBB – Stromhandel, Bahnstromlieferung, Telekommunikations- und Bauleistung; Anm.) erfolgen. Darüber hinaus sollte das Dienstrecht der Bediensteten evaluiert werden.

Weitere Maßnahmen waren das nach eigenen Angaben erfolgsneutrale Abziehen von Vermögen aus dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zur Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaft, die massive Beschränkung der Ermessensausgaben des Bundes, die Auflösung des FLAF zur Finanzierung des Kindergeldes, die Reform (i.S.v.: Privatisierung) der Immobilienbewirtschaftung, die Verwendung der Privatisierungs- und Veräußerungserlöse zur Schuldentilgung, eine Abgaben- und Steuerreform mit dem Ziel einer Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Österreich sowie weitere Maßnahmen wie die Anhebung der Tabaksteuer und der motorbezogenen Versicherungssteuer.

Im Regierungsprogramm 2000 bemerkte man eindeutig einen Paradigmenwechsel in der österreichischen Wirtschaftspolitik. Die FPÖ als quasi Seniorpartner einer trotzdem ÖVP geführten Regierung hinterließ eindeutig ihre Handschrift und konnte einige Wahlversprechen des Wahlprogramms von 1999 in das Regierungsprogramm aufnehmen. Für die ÖVP war das aufgrund ihrer eignen Wirtschaftsphilosophie kein Problem und somit war eine Einigung durchaus abzusehen. Die maßgeblichen Bemühungen der beiden Parteien konzentrierten sich einerseits auf das Budget und in einem ebenfalls sehr großen Maße auf Privatisierungsmaßnahmen.

Einzig die tagespolitische Umsetzung der ambitionierten Ziele scheiterte teilweise kläglich. Exemplarisch genannt sein die Ambulanz- oder Rezeptgebühr, für welche sich Sozialminister Haupt verantwortlich zeichnete und einen klaren Bruch in der Linie der FPÖ darstellte. Nachdem sich die Ambulanzgebühr als 'Schuss ins Knie' erwies und mehr kostete als sie einbrachte, wurde sie schon bald wieder gestrichen. Im Geiste der Selbstfinanzierung führten Finanzminister Grassler und Unterrichtsministerin Gehringer auch die Studiengebühren ein. Die noch im Wahlprogramm 1999 beschriebene Freiheit der Wissenschaft und Lehre wich den Bemühungen nach ausgefallenen Einnahmeposten.

Regierungsprogramm 2003:

Die Regierungsbildung von 2003 stand unter dem Vorzeichen, dass die FPÖ fast auf ein Drittel ihrer Größe von 1999 geschrumpft ist, während die ÖVP fast alle abgewanderten Wähler der FPÖ 'aufsaugen' konnte sowie einen großen Teil Nichtwähler mobilisierte. In der Politik gilt es offenbar als persönliche Niederlage, wenn man eine Position unfreiwillig aufgeben muss. Man kann bspw. nicht jedem Minister – etliche hatten innerparteilich nicht viel Mitspracherecht und waren nur eine Art 'Quote' eines gewissen Bundeslandes – die Schuld für das verheerende Abschneiden bei der Nationalratswahl 2002 geben. Somit hatte die FPÖ – schwer geschwächt – jede Menge Personal und de facto keine Posten mehr um dieses unterzubringen. Eine Regierungsbeteiligung und die daraus folgende Unterbringung als Minister und Staatssekretär sowie etlicher Posten für frustrierte Freiheitliche aus den verschiedenen Geschäftstellen in den Ministerien war die erfolgsversprechendere Alternative als jene einer weiteren Aufschaukelung und Instabilität durch ein Mehr an nun beschäftigungslosen Parteigängern.

Des Weiteren war die Frage im Raum ob auch als dezimierte Juniorpartner eine gestalterische Rolle in der Bundesregierung eingenommen werden kann. Die Aussagen darüber gehen naturgemäß auseinander. Die damaligen freiheitlichen Regierungsmitglieder sind der festen Überzeugung sie konnten gestalten und es wäre alles viel schlimmer gekommen wäre die FPÖ in Opposition gegangen (man hörte immer wieder bspw.: Regierungsbeteiligung der Grünen), während sich einer großer Teil – wenn nicht sogar ein Großteil – der übrigen FPÖ, insbesondere der Parteibasis, lieber mit Jörg Haider an der Spitze in einer Konsolidierungsphase auf der Oppositionsbank gesehen hätte und die nachfolgende Regierungsbeteiligung als Pfründesicherung und opportunistisches Verhalten titulierte.

Größter Brocken des 2003 verabschiedeten Regierungsprogramms war die Einrichtung eines Österreich-Konvents unter der Führung des in der Bevölkerung sehr angesehenen ehemaligen Rechnungshofpräsidenten Franz Fiedler, welcher sich mit der österreichischen Bundesverfassung bzw. deren Reform beschäftigen sollte. Eine umfassende Arbeit begann. Parlamentarier, Kammern, Organisationen, Vereine und Experten versuchten nicht nur die österreichische Bundesverfassung hinsichtlich der Aufgaben des 21. Jahrhunderts zu reformieren als vielmehr alle ein mehr oder weniger direktes Lobbying zu betreiben. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang sei die Tatsache, dass neben Tonnen von geschriebenem Papier und unzähligen Stunden menschlicher Arbeitszeit der Konvent 2005 zwar eine Empfehlung abgab, diese jedoch seither in den Ausschüssen,

Unterausschüssen und weiteren Arbeitsgruppen des österreichischen Parlaments untergingen. Bis dato gilt die `alte` Bundesverfassung.

In den Agenden der europäischen Unionsfragen konnte sich die FPÖ mit ihren Forderungen nach der Schutzmachtfunktion Österreichs gegenüber Südtirol sowie das Eintreten der Regierung für Interessen der altösterreichischen Minderheiten im Ausland (Sudetenland, Siebenbürgen, usw.) zu vertreten. Danach wird es schwarz (i.S.v.: ÖVP-lastig). Das Bekenntnis zur Erweiterung der EU, das konstruktive Mitwirken an Konferenzen, die Umsetzung von EU Regelungen, die Vorbereitung der Erweiterungsprozesse sowie der Ratspräsidentschaft Österreichs für 2006, die Unterstützung der Beitrittsverhandlungen von Rumänien und Bulgarien zur EU sowie die Türkei als Beitrittskandidat gemäß Kopenhagener Verträgen trug die Handschrift der ÖVP.

Im Bereich der Asyl- und Integrationsbestimmungen sowie der Justiz waren die Regierungspartner ohnehin nicht weit auseinander und somit einigte man sich auch schnell auf einen Maßnahmenkatalog. Insbesondere die Innenminister – Strasse, danach Prokop und Platter – wurden gemäß ihrem persönlichen Auftreten so gewählt (law and order policy; Anm.), dass eine Verschärfung der von der ÖVP vorgeschlagenen Maßnahmen fast nicht mehr möglich gewesen wäre ohne die EMRK zu verletzen. Somit wurden weiter FPÖ Wähler abspenstig gemacht.

Den Wirtschaftsstandort wollte man mit Entbürokratisierung und Flexibilisierung attraktiver machen. Die Flexibilisierung der Arbeits- wie auch Ladenöffnungszeiten sind die Gleichen wie im Programm 2000. Daneben gab es auch noch die Mittelstandsfinanzierung (Basel II), Privatisierung der Energieversorgungsbetriebe, die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft (Ankurbelung der Exportwirtschaft), Eindämmung der Schattenwirtschaft durch Aufstockung der KIAB aber es war auch Regierungsvorhaben die Liberalisierung (gemäß GATS) der Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung und Kunst sowie Kultur nicht weiter voranzutreiben.

Sozialpolitisch wurde die Notstandshilfe in eine Sozialversicherung NEU überführt (also die Überführung der Verantwortung vom AMS hin zu den Ländern; Anm.), die Flexibilisierung (i.S.v. Verschärfung; Anm.) der Zumutbarkeitsbestimmungen, die Reform der Altersteilzeit bzw. im Arbeitsrecht den Anspruch auf Elternteilzeit, weitere Gleichstellungen von Arbeitern und Angestellten sowie 1.000 EUR Mindestlohn für Vollzeitarbeit. Gerade hier konnte die FPÖ noch ihre Forderungen einbringen.

Weniger durchsetzen konnte sich die FPÖ im Bereich der Frauenpolitik. Zwar trat die FPÖ in ihren Programmen immer für die Gleichstellung der Frauen sowie für die Bezahlung des `gleichen Lohns für gleiche Arbeit` ein, doch die Maßnahmen der Forcierung des Gender Mainstreamings, dem geschlechterbezogenen Sprachgebrauch in offiziellen Schriftstücken, der Umsetzung der EU Vorgaben (Anti-Diskriminierungsgesetze, usw.), Genderquoten usw. wurden von der FPÖ nur widerwillig eingewilligt und sprechen eine ganz deutliche Sprache. 2000 noch hätte die FPÖ über dermaße `Errungenschaft` wahrscheinlich nicht einmal nachgedacht.

Auch die Verwaltungsreform sollte vorangetrieben werden. 10.000 Dienstposten sollten bis 2006 eingespart und die Überstunden um 8% zurückgefahren werden. Überhaupt sollte der öffentliche Sektor auf OECD Schnitt gesenkt werden und diverse Ausgliederungen evaluiert werden. In der Finanzpolitik wurden die 2000 begonnen Maßnahmen weiter getan und forciert. So soll die Wirtschaftspolitik mit dem EU Wachstums- und Stabilitätspakt im Einklang sein, ein ausgeglichenes Budget über den Konjunkturzyklus erstellt werden, 3 Mrd. EUR durch Verwaltungsreformen, Schwarzarbeitbekämpfung und Reformen im Pensionsbereich eingespart werden. Letzteres meinte die Regierung bitterernst, als das Wort `Pensionsharmonisierung` das Wort des Jahres 2004 in Österreich wurde. Weiters sollten – bedingt durch die Stagnation der Wirtschaft – Steuerreformen in zwei Etappen (2004 und 2005) kommen, was den Steuerzahlern eine Nettoentlastung von rund 2,5 Mrd. EUR bringen sollte. Vor allem Eigenkapitalbasis der Unternehmen sowie eine grundlegende Vereinfachung des Steuersystems, eine stärkere Gebührenfinanzierung sowie die Rückführung des Schuldenstandes war das Ziel der Regierungsparteien.

Wieder ein eigener Punkt, der die Priorität dieser Maßnahme für BM Grasser und BK Schüssel vor Augen führen soll – die weitere Forcierung der Privatisierungen der ÖIAG Unternehmen. Ziel waren neben dem Erhalt der Arbeitsplätze vor allem hohe Privatisierungserlöse, die Beibehaltung der Entscheidungszentralen in Österreich sowie die Berücksichtigung des österreichischen Kapitalmarktes. Wieder waren so gut wie möglich 100% Privatisierung angestrebt.

Ein krasser Reifall der letzten Regierung war die Neuorganisation der ÖBB, was auch Protestmaßnahmen der ÖBB-Bediensteten nach sich zog, welche sogar in einem Streik mündeten. Somit sollte wieder alles geändert werden, mit dem Ziel den Finanzierungsbedarf der ÖBB bzw. der SCHIG aus dem Budget zu minimieren bspw. machte man auch nicht vor PPP (Public Private Partnership) Modellen halt. Als wesentliche Maßnahmen sollte die ÖBB Holding als Dachorganisation gegründet werden, die SCHIG-Finanzierungsteil wieder in die ÖBB reintegriert und an die Bundesbeteiligungs- und Managementgesellschaft (geplante Rechtsnachfolgerin der ÖIAG nach erfolgtem Privatisierungsauftrag gemäß ÖIAG Gesetz; Anm.) übertragen werden.

Auch der Kapitalmarkt war wieder einen eigenen Punkt wert mit den gleichen Zielen wie im Regierungsprogramm 2000, jedoch unter Einbindung der neuen Basel II Kriterien. Des Weiteren sollte eine Rating Agentur für den Mittelstand geschaffen werden, die zweite und dritte Säule der Altersversorgung ausgebaut werden (wobei die Gelder zwingend zu einem gewissen Prozentsatz – nach Verordnung des Bundesministers für Finanzen – am österreichischen Kapitalmarkt veranlagt werden müssen). Neu entdeckt wurde von der Bundesregierung eine immer wieder von Jörg Haider eingebrachte Forderung, nämlich die Währungsreserven der ÖNB auf – wie man im Regierungsprogramm ausdrückte – in EU Einklang zu bringen; sprich: zu verkaufen. Weitere Maßnahmen mit der ÖNB waren die Konzentration auf das Kerngeschäft und der Verkauf von nichtbetriebsnotwendigen Beteiligungen sowie die Verringerung der Pensionsrückstellungen auf konforme und versicherungsmathematisch notwendige Ausmaße.

Fazit: das Regierungsprogramm 2003 war wesentlich auf die Bedürfnisse des Seniorpartners ÖVP abgestimmt. Freilich konnte die FPÖ noch Akzente setzen, doch vor allem der `Verkauf der Ideen´ gelang weder als Senior- und schon gar nicht als Juniorpartner. Im Gegensatz zu dem 108 Seiten starken Konvolut des Regierungsprogramms von 2000 genügten drei Jahre später knappe 40 Seiten. Warum sollte es auch mehr sein. Ein Großteil der freiheitlichen Regierungsmannschaft bedurfte der Zustimmung der ÖVP und war somit Programmatisch nicht weit weg vom Koalitionspartner. Noch dazu oblag der ÖVP de facto das Auslegungsmonopol in gegebenenfalls strittigen Fragen. Realpolitisch merkte man, dass die FPÖ in keinster Weise fordernd oder gar aggressiv alte Forderungen aufs Tapet brachte. Dies war natürlich – wie schon mehrfach angesprochen – ein idealer Nährboden für die revolutionistischen Kräfte in der FPÖ, welche naturgemäß nicht lange auf sich warten ließen.

Die FPÖ ab 2005

Prinzipielle Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Das vom 27. ordentlichen Parteitag am 23. April 2005 in Salzburg beschlossene Parteiprogramm stellt auch die Letztfassung zum momentanen Zeitpunkt (August 2009; Anm.) dar. Im Gegensatz zum Vorgängerprogramm 1997 wurde de facto nichts verändert. Es beginnt immer noch mit dem Kapitel I – Freiheit als höchstes Gut, und endet mit dem Kapitel XVII – Wissenschaft und Lehre ist frei. Dazwischen wurde die Reihung der einzelnen Kapitel nicht geändert. Ob das an der gleichen Prioritätensetzung liegt mag bezweifelt werden. Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass sich in der Schnelligkeit zwischen Parteispaltung vom Anfang April 2005 bis zum Parteitag Ende April 2005 einfach nichts anderes aufstellen lies. Noch dazu waren ja fast alle Programmatiker zum BZÖ übergewechselt.

Doch wenn man mit der sprichwörtlichen Lupe sucht, dann findet man tatsächlich Änderungen zwischen den Versionen von 1997 und 2005.

In Kapitel IV 'Schicksalsgemeinschaft Europa' wurde der Absatz 4 zugefügt. Man will am Erfordernis einer zweidrittel Mehrheit bei parlamentarischen Beschlüssen über Schulgesetze festhalten. Offenbar hat sich hier aber nur ein Fehler eingeschlichen, denn der gleiche Punkt wurde in Kapitel XVI 'Recht auf Bildung' - dort passend - ebenfalls eingefügt.

Die größten Änderungen gab es im Kapitel VII 'Außen und Sicherheitspolitik'. Im Artikel 2 Absatz 1 wurde der Teil gestrichen, in welchem die Neutralität als unvereinbar mit GASP und dem EU Beitritt sowie überhaupt als entbehrlich bezeichnet wurde. Stattdessen wurde der Satz eingefügt, dass man den historischen Wert der Neutralität sieht. Im Weiteren wurde die Neutralität als ein bestimmender und erfolgreicher Faktor in Österreichs Außenpolitik bezeichnet. Absatz 2 wurde komplett umgeschrieben als 1997 der Staatsvertrag und dessen Bestimmungen als obsolet bezeichnet wurden; 2005 verweist man auf die Konflikte im nahen Osten und will die friedensvermittelnde Rolle Österreichs seit 1955 beibehalten. Ebenfalls wurde der Artikel 3 geändert. 1999 war der Wunsch nach Vollmitgliedschaft zur NATO noch da, während 2005 die Gefahr des internationalen Terrorismus bzw. jene an den europäischen Außengrenzen angesprochen wurde. Man bekennt sich 2005 allerdings zur europäischen Beistandspflicht.

Der einzig etwas umfangreichere Teil waren die Neuerungen im Kapitel VIII 'Demokratiereform'. Artikel 4 bis 8 sind komplett neu. Artikel 4 befasst sich mit der Aufwertung des Bundesrates, der Abschwächung der legislativen Macht der Regierung (i.S.v. Regierungsvorlagen), sowie der Forcierung der Persönlichkeitswahl (Stimmensplitting). Im Artikel 5 geht es um die Wahlen von Bundespräsidenten (das Volkswahlprinzip soll bleiben) sowie Bürgermeister und Landeshauptleute auch mittels Volkswahl direkt gewählt werden sollen. Im Artikel 6 fordert man die Stärkung des Rechnungshofs und im Artikel 7 neue, föderalistische Kompetenzverteilung nach dem Subsidiaritätsprinzip. Gemäß Artikel 8 sollen die Bundesländer Mitbestimmungsrechte bei gemeinsamen Landes- und Bundesorganen haben.

Im Kapitel XVI 'Recht auf Bildung' steht unter Absatz 4 abermals, dass man am Erfordernis einer zweidrittel Mehrheit bei parlamentarischen Beschlüssen über Schulgesetze festhalten will. Diesmal passt es auch zur Überschrift.

Ökonomische Ausrichtung des Grundsatzprogramms

Exakt der gleiche Wortlaut wie im Programm 1997!

Aktions- und Wahlprogramme (Widerspruch?)

Wahlprogramm 2006:

Am Besten versteht man den intellektuellen und wirtschaftsideologischen Umbruch von 2005, wenn man die Präambel des Entwurfes eines freiheitlichen Wirtschaftsprogramms für die Nationalratswahl 2006 liest, welches anschließend im 'Handbuch freiheitlicher Politik; 1. und 2. Auflage; S. 163' seinen fixen Platz fand:

Ökonomisches Selbstbild der FPÖ (MMag. Petschnig/ Ing. Jägerbauer/ Ing. Hofer – FPÖ NRW Wahlprogramm 2006):

Die FPÖ versteht sich auf Basis ihrer sozialphilosophischen Grundlagen als patriotische, liberale und soziale Partei. Diese Werte verkörpern die festen Grundpfeiler und die weltanschaulichen Prinzipien freiheitlicher Wirtschaftspolitik.

Die patriotischen Grundsätze begründen für die FPÖ einen absoluten und eindeutigen Interessensvorrang des eigenen Volkes und des eigenen Staates. Die Wirtschaft hat für den Staat und das Volk die materiellen Grundlagen für eine gedeihliche Entwicklung und ein angemessenes Leben im Wohlstand zu besorgen. Nicht radikaler und grenzenloser Egoismus und Hedonismus gilt der FPÖ als Ziel, sondern eine wirkungsvolle Zusammenfassung aller schöpferischen Kräfte in Staat und Volk zum gemeinsamen Nutzen. Durch die Wirtschaft soll das Fortkommen der Gemeinschaft gestützt werden, und die Gemeinschaft bilden alle Teile des Staates bzw. des Volkes. Nicht zuletzt unsere eigene Geschichte soll uns diesbezüglich als Lehrmeisterin dienen.

Das liberale Verständnis der FPÖ setzt dieser Konzentration der Ressourcen dort Grenzen, wo im Namen nationaler Interessen die grundlegende Freiheit des Einzelnen eingeschränkt werden kann. Wir bauen auf die Eigeninitiative und die Belohnung von Leistung als grundlegende Werte, da diese Prinzipien, unter Setzung geeigneter Rahmenbedingungen, die bestmögliche Wohlfahrt für alle garantieren. Der öffentliche Einfluss gilt als notwendiges Mittel zum höchsten Ziel und nicht als Wert an sich und ist folglich auf genanntem Umfang zu beschränken.

Ihre soziale Überzeugung bringt für die FPÖ diese sich widerstrebenden Prinzipien in Einklang. Auch wenn dem Einzelnen größtmöglicher Spielraum zur Selbstverwirklichung überlassen werden soll so muss jedem Individuum doch klar sein, dass der Mensch als 'zoon Politikon' in Interaktion mit der

Gemeinschaft lebt und für das Fortkommen dieser Gemeinschaft mitverantwortlich ist. Wir bekennen uns daher zu einer nach Leistungsfähigkeit und Gemeinschaftlichkeit abgestuften Mitwirkung aller bei Erhalt und Finanzierung des Staates und der öffentlichen Leistungen, um jedem Mitglied unseres Staates und unseres Volkes ein menschenwürdiges und gemeinschaftlich behütetes Leben zu ermöglichen.

Wahlprogramm 2006:

Das Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2006 wurde auf 12 Seiten in punktierter Aufzählungsweise geschrieben. Man befasste sich zunächst mit den Arbeitnehmern und verknüpfte die Forderungen sehr oft mit dem Ausländerthema. Befristete Beschäftigungsbewilligungen, Verlust der Aufenthaltserlaubnis für Langzeitarbeitslose sowie 'schwarz' arbeitende Ausländer, bzw. eine eigene Sozialversicherung für Gastarbeiter. Weiters setzte man das Motto 'Ausbildung statt Zuwanderung' ins Zentrum des Programms, und wollte damit einen Kontrast zur Industriellenvereinigung darstellen die zwar einerseits nur mehr wenige Lehrlinge ausbildete andererseits die Zuwanderung schon ausgebildeter Fachkräfte forderte (Facharbeiterdiskussion; Anm.). Erstmals setzte die FPÖ ihren Fokus auf atypische Beschäftigungen (Werkverträge, freie Dienstverträge, usw.; Anm.).

Ganz neu war die Forderung eines Familiensteuersplittings, also eines Steuermodells, welche die Steuerleistung von der Familiengröße abhängig macht, was die Fertilitätsrate steigern und junge Menschen motivieren sollte, Familien zu gründen.

Einen eigenen Punkt – obwohl es in den meisten anderen Punkten in der einen oder anderen Weise eingeflochten war – war das Ausländerthema. Man forderte einen Einwanderungsstopp, das Festschreiben, dass Österreich kein Einwanderungsland ist in der Bundesverfassung, einen Verwaltungs-Straftatbestand der 'Anpassungsverweigerung', Aufhebung der Sonderrechte für türkische Staatsbürger, usw. Insgesamt umfasste der Punkt nicht weniger als dreißig Unterpunkte und breitete sich über eineinhalb Seiten aus. Das Ausländerthema war neben jenen der Sicherheit das neue, programmatische FPÖ Kernthema geworden.

Ganz neu war die Verwendung eines eigenen Punktes zum Thema 'Wasser'. Dies lag in erster Linie an der sich unter der Administration HC Strache's zunehmend kritischen Haltung zur EU und die von der EU in diversen Ministerräten und 'informativen Treffen' aufgeworfene Forderung der Binnenmarktregelung in Wasserfragen oder anders ausgedrückt eine Liberalisierung bzw. Privatisierung des Wassermarktes. Daneben versprach man die umfassende Wasserversorgung sowie mehr Platz für Flüsse und Bäche im Sinne eines weit reichenden Hochwasserschutzes.

Im Punkt der Wirtschaft (Wirtschaft bedeutet in der freiheitlichen Diktion immer Betriebe und Unternehmen i.S. einer Betriebswirtschaft; Anm.) forderte man, dass die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit um 4% auf EU Durchschnittsniveau zu senken ist. Man meinte in diesem Falle die Lohnnebenkosten. Des weiteren wollte man eine degressive Abschreibung schnelllebigere

Wirtschaftsgüter (30% im ersten Jahr bspw. für Computer; Anm.), eine stärkere Begünstigung nicht entnommener Gewinne, einen Freibetrag in Höhe von 700.000 EUR für unentgeltliche Betriebsübergaben, die Wiedereinführung eines Investitionsfreibetrages, die Abschaffung der Mindest KÖST, die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaften für Kammern (hier: nur die Wirtschaftskammer; Anm.) sowie die Humanisierung des Steuersystems. Letzteres würde eine negative Korrelation zwischen der Anzahl der Arbeitnehmer und der relativen Steuerleistung bedeuten.

Substanziell gegen das eigene Grundsatzprogramm wandte man sich im Punkt `Budget Staat Steuern`. Man forderte die Verhinderung jeglicher Bestrebungen die Grundversorgung mit öffentlichen Dienstleistungen (Energie, Wasser, Infrastruktur; Anm.) zu liberalisieren bzw. zu privatisieren. Das System der Individualbesteuerung sollte jenem des Familiensteuersplitting weichen. In den Steuerklassen I und II (Familie; enge Angehörige; Anm.) soll die Erbschafts- und Schenkungssteuer bis zu einer Luxusgrenze von 500.000 EUR entfallen. Die Mehrwertsteuer auf Energie sollte halbiert werden.

Einen eigenen Punkt nahm auch das Thema der `Gesundheit und Pflege` ein. Zwar prinzipiell kein freiheitliches Kernthema, doch von maßgeblicher Bedeutung im Nationalratswahlkampf 2006. Die Handschrift des stellvertretenden Bundesobmannes und Behindertensprechers Norbert Hofer (Hofer ist nach einem Absturz mit einem Paragleitschirm selbst schwer gehbehindert; Anm.) merkt man quer durch das ganze Programm – vielleicht mit Ausnahme der `hard fact` Themen wie Sicherheit und Ausländer – vor allem durch die Einbindung expliziter Forderungen für behinderte Menschen sowie der erstmaligen Verwendung der Forderung nach einem komplett energieautonomen Österreich (Hofer ist auch Energiesprecher der FPÖ).

In der Außenpolitik legt sich die FPÖ fest, keinesfalls einen Beitritt der Türkei zur EU zuzulassen und lehnt diesen kategorisch ab. Ebenfalls neu war der letzte Punkt `Autofahrer`. Dieser wurde vor allem wegen den immer stärkeren Anstieg des Rohölpreises eingeführt. Da viele Autofahrer unter der Last der jeweiligen Tankstellenrechnung ächzten, sah man hier einen zugegebenermaßen populistischen Angriffspunkt zur Wählergewinnung. Der Burgenländische Landesobmann Johann Tschürtz sagte es einmal sehr nüchtern: „...auch meine Oma fährt mit dem Auto!“

Wahlprogramm 2008

Das Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2008 wirkt einerseits sehr professionell, andererseits auch wieder sehr einprägsam. Statt Punktierungen verwendete man diesmal Absätze. In der Einleitung umreißt man schon grob das Wahlkonzept. „Die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Heimatlandes (`Heimatland` ersetzt immer öfters das Wort `Österreich`) wird durch anonyme Verwaltungsapparate der EU eingeschränkt.“ Der Islam (ein neuer Begriff statt Ausländer im Allgemeinen) sei expansiv und wirke sich schädlich auf die österreichische Kultur und den sozialen Frieden aus. Trotz erneuerbarer Ressourcen im eigenen Land bezieht Österreich überwiegend Energieimporte. Auch in diesem Programm erkennt man die programmatische Federführung von Bundesobmannstellvertreter Norbert Hofer und Generalsekretär Herbert Kickl.

Unter der Überschrift 'Österreich zuerst' subsumierte man die freiheitliche Geisteshaltung der prioritären Behandlung Österreichischer Staatsbürger. Asyl sei selbstverständlich gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention zu gewähren, doch wollte man Zuwanderung unter dem Scheinrechtstitel des Asyls rigoros unterbinden. In ungewohnter Manier kam der Punkt der 'sozialen Gerechtigkeit' gleich als Punkt zwei. Man hielt sich diesmal mehr an das Grundsatzprogramm und zählte gemäß diesem die Gründe für existenzbedrohende Risiken auf. Unter der Rubrik 'mehr Geld in der Tasche' wollte man die Auswirkungen der 2008 immer noch hohen Inflation sowie des hohen Spritpreises bekämpfen. Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Heilbehelfe (Rollstühle, usw.), war freiheitliches Ziel. Man wollte eine steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit vor allem durch die Senkung der Lohnnebenkosten und forderte abermals die Humanisierung des Steuersystems (gemeint wurde die KÖST, die mit steigender Arbeitnehmerzahl sinken sollte; Anm.). Bagatellsteuern (Luftsteuer, Lustbarkeitsabgabe, usw.) sollten überhaupt abgeschafft werden. Überraschend forderte man im Sinne der 90er Jahre FPÖ einen schlanken Staat und ein ausgeglichenes Budget – zumindest über einen Konjunkturzyklus. Dies war umso erstaunlicher als die FPÖ in der Öffentlichkeit im Rahmen der 2008 voll einsetzenden Wirtschaftskrise mindesten 6 Mrd. EUR zur Wirtschaftsankurbelung forderte, was alleine schon zu einem Budgetdefizit - trotz Kompensationseffekten - von mindestens 5% führen würde. Überhaupt wurde etliches aus den 1990er Jahren bemüht, was vor allem daran lag, dass viele Parlamentarier aus den Reihen des Rings Freiheitlicher Wirtschaftstreibender entsprangen. Diese wiederum setzten auf 'bewährte' Prinzhorn Themen der 90er Jahre. Verwaltungseinsparungen, Ausgabenbeschränkungen des Staates auf ein notwendiges Maß und Senkung der Steuern (und somit der Umverteilung; Anm.) sind Forderungen aus der freiheitlichen Mottenkiste, welche 2006 nicht am Tapet standen. Darauf wird in der Analyse etwas später eingegangen.

Besonders wurden wieder die kleinen und mittleren Unternehmen mit Forderungen bedacht. Eine besondere Forderung des RFW, welche wie auch in früheren Programmen und zahlreichen Klausuren immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt wird ist jene nach Erhöhung der Grenze für die Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter. Erstaunlich ist vor allem die Vehemenz, mit welcher dies in Sitzungen oder Arbeitskreisen gefordert wird. Fast so als würde die wirtschaftliche Existenz aller Unternehmungen und Unternehmer von der sofortigen Abschreibung eines Büroschranks abhängen. Und auch ein beständiges Mitglied im Forderungskatalog ist die Abschaffung der Mindest KÖST sowie die Begünstigung nichtentnommener Gewinne. Schlussendlich muss mir aber dann doch gestattet sein die volkswirtschaftliche Sinnhaftigkeit mancher Forderungen zu hinterfragen und die Behauptung aufzustellen, dass manche Forderungen, welche die FPÖ in Wahlprogrammen aufstellt nur auf persönliche Interessen einer innerhalb der Partei wichtigen oder angesehenen Persönlichkeit zurückzuführen sind. Eine Vielzahl von Sitzungen an denen ich beiwohnte sei als Beweis dafür benannt.

Durch den Erfolg 2006 wieder fix – der Autofahrer, diesmal als 'Melkkuh des Finanzministers' bezeichnet. Der Autofahrer wird sogar als tragende Säule der Staatsfinanzen bezeichnet. Angesichts

3,1 Mrd. EUR Steueraufkommen durch die MÖST im Gegensatz zu ca. 20 Mrd. bei Lohnsteuern und noch mal soviel bei der Mehrwertsteuer darf diese These in Zweifel gezogen werden. Trotzdem forderte man eine Erhöhung des Kilometergeldes wie auch der Pendlerpauschale.

Vergleich Soll/ Ist und Analyse

Das Grundsatzprogramm von 2005 ist überwiegend jenes von 1997. Der wirtschaftspolitische Teil ist sogar ident. Man kann sicherlich ableiten, dass das Programm 1997 für freiheitliche Begriffe sehr gut war und dementsprechend nur wenig abzuändern war. Vor allem der damalige Chefideologe und Hauptautor Ewald Stadler würde sich über den letzten Satz durchaus freuen. Betrachtet man aber die Positionierung der FPÖ im politischen Tagesgeschäft kommt man zu einem weniger schmeichelhaften Schluss.

Die Positionierung der FPÖ 2005 und 2006 fand Niederschlag im Selbstbildnis einer sozialen Heimatpartei. Dies widerspricht aber weitestgehend – zumindest in ökonomischer Hinsicht – den Grundsätzen des Parteiprogramms. Als Beispiel sei der Fokus auf die Interessen der Arbeitnehmer ab 2005 erwähnt, der sich signifikant vom so genannten `kleinen Mann´ Jörg Haiders unterscheidet. Auch die Forderungen nach dem Erhalt und Ausbau des Sozialstaates statt Beschränkung auf ein notwendiges Maß, Erhöhung von Vermögenssteuern statt Abschaffung derselben oder einem Familiensteuersplitting statt einer Flat Tax sei als Beispiel für einen Wandel der FPÖ in den ersten Jahren der Administration Strache erwähnt.

In den Folgejahren folgte aber eine weitere ideologische Metamorphose bzw. Rückentwicklung auf jene FPÖ die bis 1999 bestand, welche Niederschlag in einer recht ähnlichen und teilweise identen Wortwahl bei Forderungen im Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2008 wieder fand. Als Grund kann zweifelsfrei die Personalie angegeben werden. Natürlich ist es denkunmöglich, dass ein Parteichef in allen politisch relevanten Gebieten Spezialist ist. Die Ökonomie ist auch – und das hat er selber immer wieder gesagt - nicht das Spezialgebiet Straches. Man muss Strache zu Gute halten, dass er in Fragen in denen er sich eben nicht so gut auskennt, keine falsche Scham kennt und eben Spezialisten in diesem Gebiet als Berater zuzieht. Genau in diesem Detail steckt aber die Boshaftigkeit der Geschichte. Seine Berater sind in überwiegendem Maße entweder Personen, welche ihr Hauptaugenmerk auf die individuelle Profitmaximierung setzen oder Personen welche in den 1990er Jahren mit Jörg Haider `aufgewachsen´ sind und dementsprechend immer noch die `alten´ Forderungen erheben.

Strache und ein großer Teil seines Beraterstabes haben die Zeichen der Zeit ab 2005 sicherlich erkannt und der FPÖ ein soziales, heimatverbundenes Image verpasst. Man konnte sich aus irgendwelchen Gründen offenbar nicht halten oder nicht durchsetzen und somit hielt ab 2008 wieder die liberale Linie eines immer noch unter geteilter BZÖ-FPÖ Herrschaft stehenden RFW Einzug in die ökonomisch-politische Gestaltung der FPÖ.

Kurs korrigierend setzte sich in den Jahren ab 2005 immer wieder Norbert Hofer ein, welcher vor allem durch die Herausgabe des 'Handbuches freiheitlicher Politik; 1. Auflage ab 2008' eine allzu liberale Übermacht – und somit eine wirtschaftsideologische Vermischung zur ÖVP - verhindern konnte. Abschließend sei zu erwähnen, dass freilich auch die im Wirtschaftsverband der Freiheitlichen befindlichen Personen ein durchaus hehres Ziel anklingen ließen, doch alleine durch den Umstand, dass kein Ökonom im Parlamentsklub der FPÖ sitzt, es eine einfache Tatsache ist, dass einfache Unwissenheit und individuelle und zum Teil auch bloß regionale Erscheinungen auf makroökonomische Ebene extrapoliert werden, der Grund für diese heterogene Wirtschaftspolitik ist.

Ab 2009

Bis zum heutigen Tag (August 2009; Anm.) wurde das Grundsatzprogramm von 2005 nicht verändert. Dieses wiederum entspricht fast zur Gänze jenem von 1997; d.h. dass die FPÖ programmatisch seit nunmehr 12 Jahren fast unverändert ist. Trotzdem lassen sich offenbar mit genug politischem Willen auch aus ein und demselben Programm teilweise diametral aufeinander stehende Forderungen ableiten (vergl. NATO Beitrittsforderung 1997 - Neutralitätserhaltung 2005, Flat Tax 1997 – Familiensteuersplitting 2005, usw.). Der Grund dafür liegt wohl in der Homogenität der freiheitlichen Führungsspitze auf Bundesebene und dem Fingerspitzengefühl der Proponenten Hofer und Kickl, welche die sich teilweise widerstrebenden Interessen (standespolitische Interessen) von etwa 50.000 Mitgliedern weitestgehend in Einklang bringen konnten. Ein wesentlicher Grund ist, dass parallel zu einem eventuellen Grundsatzprogramm das 'Handbuch freiheitlicher Politik' mittlerweile in zweiter Auflage herausgegeben wurde. Dieses über 280 Seiten umfassende Handbuch beschreibt in hoher Detaildichte die häufigsten politischen Problemfelder und schafft neben klaren Antworten in – für Freiheitliche – eindeutigen Fragen auch politische Handlungsspielräume und -grenzen in welchem ein politischer Akteur sich bewegen kann. Es ist also keines den 10 Geboten oder anderen sich absoluter Wahrheitsbringung anmaßenden Abhandlungen nachempfundenes Schriftstück, sondern ein Leitfaden, an welchem sich ein freiheitlicher Funktionär halten kann, ohne am glatten politischen Parkett auszurutschen.

Inhaltlich befasst man sich mit Freiheit und Verantwortung, Heimat und Identität, Recht und Gerechtigkeit, Familie und Generationen, Wohlstand und Arbeitswelt, Gesundheit, Sicherheit, Weltoffenheit und Eigenständigkeit, Wissen und Inspiration sowie ein Europa der Vaterländer. Insgesamt wurde dieses Handbuch in erster Auflage 250.000 Mal von der Internetpräsenz der FPÖ herunter geladen. Und auch die 2. Auflage erfreute sich wachsender Beliebtheit als sie in der ersten Woche ihrer Einführung im Mai 2009 35.000 Mal herunter geladen wurde.

Konkret in ökonomischen Fragen sieht die FPÖ in Punkt 5.1.5 (S. 165) vor:

'Im Sinne der Nachhaltigkeit strebt die FPÖ daher eine an den konkreten Herausforderungen und Zielen orientiert und nicht von ideologischen Vorbehalten kompromittierte Wirtschaftspolitik mit einem über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Budget an. Jede historische Konstellation bedingt ihre eigenen politischen Antworten, und zu deren Findung ist das gesamte, umfangreiche Repertoire

der Wirtschaftswissenschaft heranzuziehen und von ideologisch motivierten Einschränkungen zu befreien.'

Man sieht den internationalen Handel nicht im Widerspruch zum freiheitlich-solidarischen Grundkonzept und anerkennt die wohlfahrtstiftende Wirkung, sieht die Internationalisierung und Globalisierung aber nicht als Heilsbringerin sondern beäugt sie kritisch. Vor allem die Rolle multinationaler Konzerne, die ein de facto oder auch reales Monopol in ihren Branchen haben wird mit der gleichen Argwohn betrachtet wie reine Geldsammelinstitute – wie auch Hedge Fonds, welche nur wenig zu einer realwirtschaftlichen Wohlfahrtsteigerung beitragen, jedoch in signifikanter Weise ein Ungleichgewicht in der Verteilung hinterlassen. Vor allem die 'gefühlte Ungerechtigkeit' von der fiskalpolitischen und wirtschaftlichen Bevorzugung von Großunternehmen – wie im Beispiel einer für 2015 vorgesehenen transatlantischen Wirtschaftsgemeinschaft – ist in dem Handbuch die Rede und wird von der FPÖ abgelehnt. Ganz aktuell und aus tagespolitischem Anlass eingeflochten wurde die Forderung nach Spekulationsverbot mit Steuergeldern und eine Ausweitung der so genannten Managerhaftung. Etwas unpassend, da es einen Bruch in dem sonst recht abgerundet scheinendem Programm ist die Forderung nach Beibehaltung des Bankgeheimnisses, was auf eine im Sommer 2009 durch den deutschen Finanzminister Seehofer losgetretene Debatte über Steuerflüchtlinge nach u.a. Österreich fußt. Die Kronenzeitung stellte sich hinter Finanzminister Pröll und wo die Kronenzeitung steht, ist für gewöhnlich die FPÖ auch nicht weit.

Ein wenig holprig aber in Anbetracht der vielen Interessen sicherlich optimiert wurde der Punkt der 'Staatsfinanzen' in welchem hauptsächlich an 'kleinen Schrauben gedreht' wurde – bspw. verschiedene Steuern verringern oder Gebühren zur Gänze abschaffen. Gravierende Einschnitte wie das steuerliche Familiensteuersplitting wurden in sieben Zeilen einer halben DIN A4 Seitenbreite abgehandelt. Einer alten Forderung der FPÖ wurde hier auch wieder Platz eingeräumt, nämlich der Reduktion der Bezüge für Politiker und Spitzenbeamte. Dies sei nur deshalb erwähnt, weil die FPÖ seit ihrem ersten Programm 1956 und auch zuvor als VdU immer und immer wieder die individuelle Leistungsbereitschaft und die wohlfahrtstiftende Wirkung von Anreizsystemen zu Papier brachte. Und gerade in einem so wesentlichen und wichtigen Bereich wie der legislativen und exekutiven Staatsverwaltung soll – polemisch ausgedrückt - nach Minimumlöhnen bezahlt werden. Der Anreiz hochqualifizierter Mitarbeiter in die Politik zu gehen ist ohnehin schon minimal, da bspw. ein Posten im mittleren Management einer Bank mit einem weit höheren Salair, jedoch mit weitaus weniger Verantwortung verbunden ist. Als neutraler Beobachter lässt einem das Gefühl nicht los, als würde man der immer wieder beschriebenen 'Neidgesellschaft' nachgeben.

Für Klein- und Mittelbetriebe wurde die Senkung der Lohnnebenkosten angedacht, eine Steuerfreiheit für nichtentnommene und reinvestierte Gewinne gefordert, sowie – wie soll es anderes sein – die Indexanpassung bei der Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter. Eine weitere Forderung, welche gut gemeint war, war jene der Rechtsformneutralität. Die FPÖ beanstandete, dass Einzelunternehmen bei höheren Gewinnen mit einem Grenzsteuersatz von 50% gegenüber Kapitalgesellschaften mit einem Grenzsteuersatz von (25% KÖST plus 25% KEST bei Entnahme;

Anm.) 43,75% benachteiligt sind und dementsprechend die beiden Tarife anzugleichen sind. Dies ist zwar nominell korrekt, doch kommt der 50% Grenzsteuersatz erst bei einem Gewinn von EUR 60.000 zum Tragen. Dazwischen gelten geringere Steuertarife, sodass eine Gleichheit der Steuerlast der beiden Systeme erst bei einem gleichen Durchschnittsteuersatz von 43,75% zustande kommt. Dieser wäre ab einem Gewinn von 156.240 EUR pro Jahr (nach EStG 2009; Anm.) gleich, jedoch sei anzumerken, dass fast kein Einzelunternehmer auch nur annähernd in diese Gewinnzonen kommt und wenn, dann sollte die freiheitlich propagierte Eigenverantwortung zum Tragen kommen und sich die jeweilige Person eine Umgründung überlegen.

So abgerundet das Handbuch in ökonomischer Hinsicht inhaltlich auch sein mag, so holprig und sich permanent widersprechend oder teilweise auch widersinnig ist vor allem der Bereich über KMU's. Des Weiteren beschäftigt man sich immer wieder gerne mit Detailfragen, deren volkswirtschaftlicher Nutzen in Zweifel gezogen werden kann. Das unter Haider und den Anfangszeiten HC Straches ausgegebene Motto 'think big' gilt in vielerlei Hinsicht hier nicht mehr.

Wohlwollend kann man aber die freiheitliche Unterstützung für atypisch Beschäftigte sehen, welcher sich nicht einmal die Gewerkschaft in hinreichendem Masse angenommen hat. Im politischen Alltag kommt die Fokussierung auf dieses Klientel jedoch nicht zur Geltung.

In ökonomischer Hinsicht steht die FPÖ zum momentanen Zeitpunkt offenbar auf der Kippe. Vor allem durch die Wählerwanderungen (siehe www.sora.at) von der SPÖ zur FPÖ ergibt sich folgelogisch ein breites Angebot für eben diese Wählermassen anzubieten. Der neoliberale Freiheitliche hat sich überwiegend und spätestens 2005 zum BZÖ bekannt, doch die Tendenzen innerhalb der FPÖ wieder den Aufbruch ins letzten Jahrhundert zu wagen und mit einer monetaristischen Wirtschaftspolitik einer Margaret Thatcher oder eines Ronald Reagan zu arbeiten sind trotz aller Bekenntnisse jeglicher Programme die FPÖ als wirtschaftsideologiefreie Zone zu deklarieren, größer denn je. Die FPÖ wird sich in Zukunft entscheiden müssen, welcher Wirtschaftsphilosophie sie zumindest den Vorzug gibt, denn eine beliebige Partei mit mindestens zwei etwa gleich großen Lagern kennen wir zum Beispiel aus der Zeit Norbert Stegers, als Liberale und Nationale als Gegner in der eigenen Partei fungierten. Man sah das auch bei der Spaltung 2005 als sich Wirtschaftsliberale in Regierungsämtern und Soziale auf der Oppositionsbank wieder sehen wollten.

Die Zukunft der FPÖ wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit weiterhin dynamisch ablaufen. In Ermangelung von gesellschaftlich manifestierten Organisationen wie es die beiden Parteien SPÖ und ÖVP haben oder zumindest ein politisches Vorfeld in non-government Organisationen wie es bei den Grünen immer wieder anzutreffen ist, wird die FPÖ nur bei hohem Wachstum eine Stabilität erreichen. Daneben fährt die FPÖ auch immer wieder Kampagnen zur Beendigung von Zwangsmitgliedschaften in Kammern und unterstellt zumindest indirekt deren Unnötigkeit, was die Wahl der FPÖ Vorfeldorganisationen (FA, RFW, AUF, usw.) in die jeweiligen Gremien der AK, WKO usw. nur schwer argumentieren lässt und die FPÖ somit ein 'Stiefkinddasein' innerhalb jener Organisationen fristet. Somit ist es schwer Mitglieder in eben jenen genannten

Bereichen unterzubringen und somit 'unter Kontrolle' zu halten wie es SPÖ und ÖVP seit 1945 machen.

Ein weiterer Problemherd ist die seit der BZÖ Abspaltung 2005 für die Länderorganisationen weitgehend gewährte Autonomie. Diese wiederum bewirkt ein nahezu unbehelligtes Schalten und Walten ohne dass die Bundespartei darauf Einfluss nehmen kann. Als Extrembeispiel hierzu sei die FPÖ Landesorganisation Niederösterreich genannt, welche unter offenbar diktatorischer Herrschaft der ehemaligen Anti EU Ikone Barbara Rosenkranz und deren Helfershelfern steht (Quelle: Kurier; Printausgabe vom 23.07.2009). Auch bei näherem Hinsehen kann keine signifikante ideologische Unterschiedlichkeit zwischen FPÖ Bund und der NÖ Landesorganisation gesehen werden, so dass die berechnete Annahme aufgeworfen werden kann es gehe 'nur' um persönliche Animositäten.

Auch wirtschaftlich steht die FPÖ gerade 2009 am Scheideweg. Durch die neue Obmannschaft des Bundeskanzlers Faymann in der SPÖ wurden alte Gräben zur FPÖ wieder aufgerissen. Höhepunkt erreichten diese, als ein Antrag der sozialistischen Jugend 2008 am SPÖ Parteitag angenommen wurde, der eine Zusammenarbeit mit der FPÖ kategorisch ablehnt. Dies wiederum ließ die FPÖ einen Schwenk hinlegen. Unter der Ära Gusenbauer bevorzugte man noch die Nähe zur SPÖ. Insbesondere das gute Gesprächsklima mit SPÖ Klubchef Cap usw. wurde intern immer wieder hervorgehoben. Auf die ÖVP war man nach der versuchten Zerstörung – als man das BZÖ auch ohne Wahl als Partner akzeptierte – in der FPÖ nicht besonders gut zu sprechen. Dieses positive Klima mit der SPÖ wandte sich erst durch den Obmannwechsel und danach durch die in hohem Maße durch die SPÖ ausgehenden Angriffe auf den dritten Nationalratspräsidenten der FPÖ Martin Graf – auch wenn die Angriffe durchaus rechtens sind – zum Negativen. Die ÖVP unterstützte Graf indirekt durch Verweigerungshaltung einer Anlassgesetzgebung, was die FPÖ wieder positiv Richtung ÖVP werden ließ. Dementsprechend wandte sich auch das Wirtschaftsprogramm (siehe FPÖ Wahlprogramm 2008) tendenziell wieder in Richtung einer ÖVP nahen Angebotsideologie.

Die im Handbuch freiheitlicher Politik propagierte festgeschriebene Vorgehensweise der 'Scheuklappenwirtschaftspolitik' also einer Entscheidungsfindung ohne wirtschaftstheoretischer Verwurzelung mag ich hier die erwünschte Wirkung absprechen und prognostizieren, dass dies einer der nächsten Konflikte innerhalb der FPÖ werden kann.

Zusammenfassung

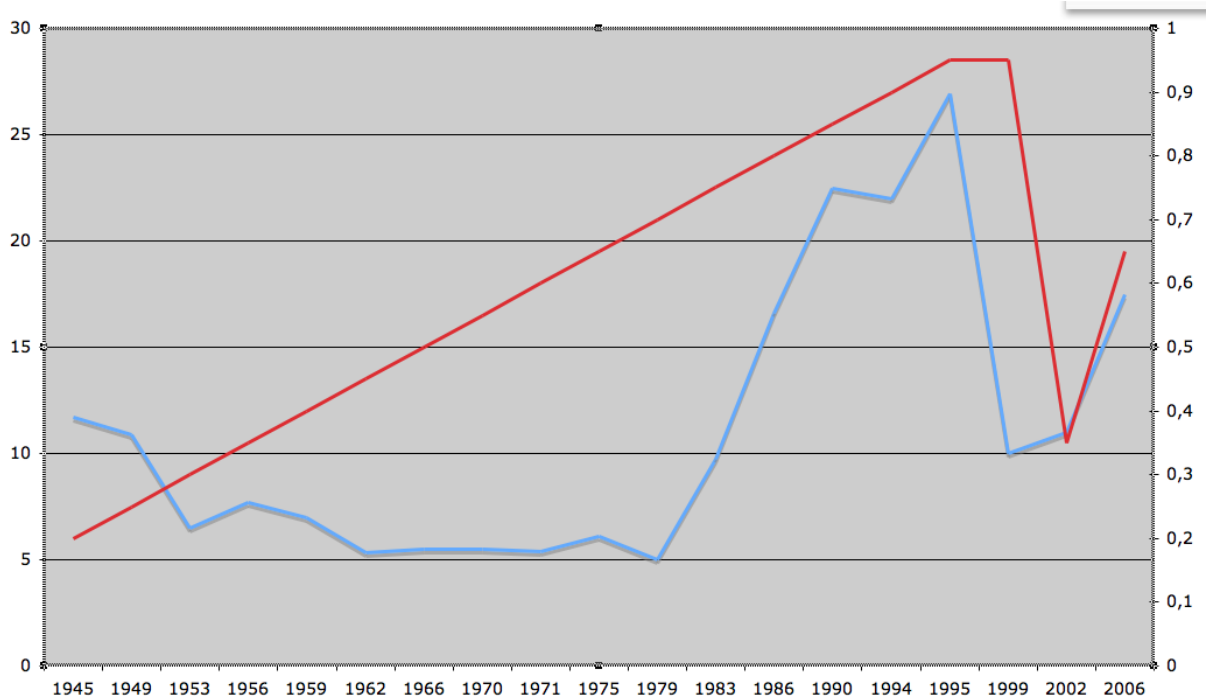
Glaukt man den freiheitlichen Ideologen wie Andreas Mölzer, dann ist die FPÖ Kraft ihrer sozialphilosophischen Wurzeln, welche in der bürgerlichen Revolution 1848 fußen, eine national-liberale Partei. Das mag an dieser Stelle angezweifelt werden. In Österreich hat sich ganz im Gegensatz zu Deutschland oder Frankreich der Liberalismus in der Form nicht durchgesetzt. Es gab eine sozialistische, eine christdemokratische und eine deutschnationale Strömung. Die Rollen für ÖVP und SPÖ waren immer klar. Vor allem durch die Schrecken des zweiten Weltkrieges, wurde das Wort `National` durch die Nationalsozialisten sowie `Deutsch` durch eben die Taten, die vom deutschen Reich ausgingen, negativ besetzt. Immer wieder wurde ein Bruderzwist mit Deutschland heraufgeredet. Österreich war immer das erste Opfer der deutschen Aggression und keine Aufarbeitung der Welt wird diesen – wen auch unrichtigen - Gedanken aus den Köpfen der Österreicher entfernen können. Deutschland war nach 1945 der Buhmann der Welt und das schlechte Gewissen einer ganzen Nation wird auch zum heutigen Zeitpunkt noch ausgenutzt so gut es geht. Der `Piefke` wurde als Inbegriff eines immer nörgelnden, perfektionistischen und eigentlich komplett unwissenden (mit Sandalen am Berg gehenden; Anm.) Menschen gesehen. `Von den Deutschen unterscheidet uns die gemeinsame Sprache` heißt es in österreichischen Volksweisheiten.

All dies veranlasste die nun unter der negativen Wortbedeutung stehenden Deutschnationalen einen Imagewechsel hervorzubringen und sich – durch den Liberalismus als dritte große Ideologie - ein liberales Image zu geben. Vor allem bei der Nationalratswahl 1949 hätten aber schon die `Alarmglocken` klingeln müssen, als man mit dem weitaus schlechteren Image das beste Ergebnis bis 1986 erreichte, also jenem Tag als Jörg Haider die zunehmende liberale Verwässerung der FPÖ abschüttelte und sie wieder zu einer – zumindest nach innen – deutschnationalen Partei machte. Sämtliche Weichenstellungen in Richtung einer liberalen Bewegung hatten bis dahin nicht gegriffen um die FPÖ zu einer beliebigen Allerweltpartei zu machen. Auch das Experiment des Liberalen Forums scheiterte nach einem kurzen Intermezzo in den 1990er Jahren kläglich. Der Erfolg des LIF 1994/ 95 ist auch mehr auf eine Gegnerschaft Schmidt-Haider zurückzuführen, denn auf den österreichischen Wunsch einer liberalen Alternative. Einzig innerhalb der Studentenvertretung konnten sich die Liberalen halten.

Die FPÖ wurde nicht nur einmal totgesagt und erschuf sich anschließend selbst neu. Garant dafür war aber sowohl 1986 als auch 2005 immer die Rückbesinnung auf nationale Werte.

Korrelation zwischen wirtschaftspolitischer Ausrichtung und Wahlerfolg?

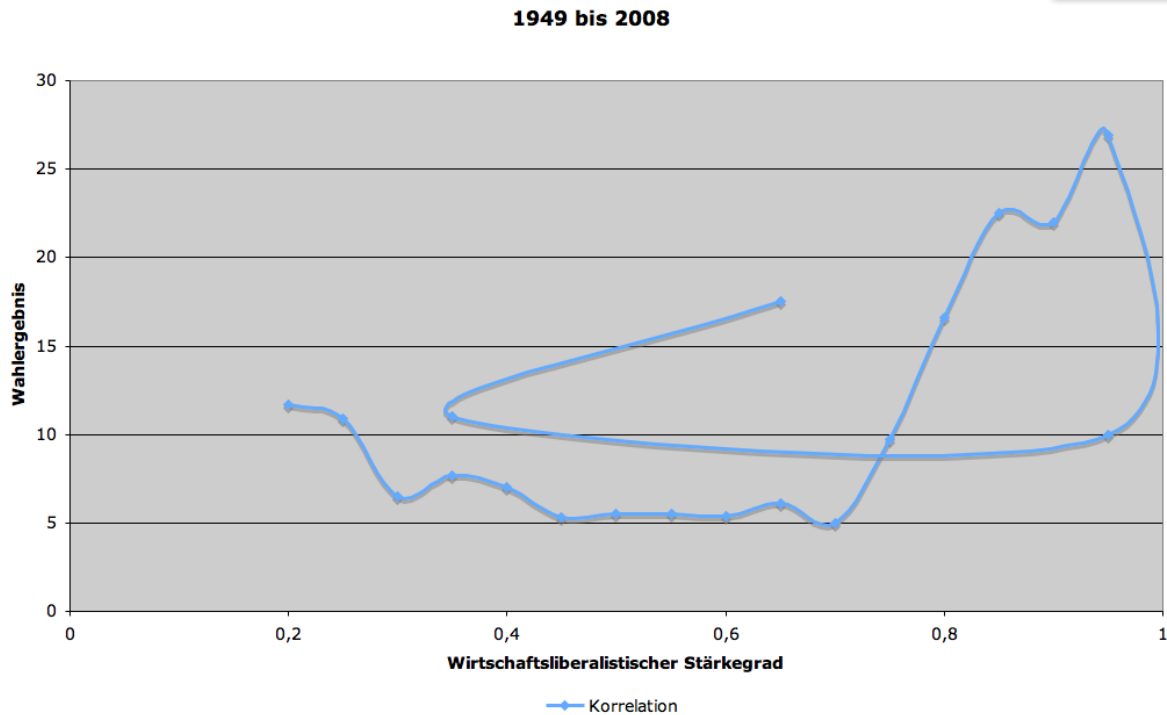
Bild 10: Wahlerfolg und (geschätzte) ökonomische Ausrichtung der FPÖ



(Quelle: Eigenkreation)

Das Bild zeigt einerseits die Wahlergebnisse der FPÖ (blaue Linie), andererseits den geschätzten Stärkegrad des in der FPÖ vorherrschenden Wirtschaftsliberalismus, welcher 1999 und 2002 seinen Höhepunkt erreichte. Davor kletterte er – ich unterstelle mal – stetig und linear, nach der Spaltung 2005 sank er unter HC Strache und ist nun wieder im Aufwärtstrend. Man sieht, dass die Wahlerfolge von 1949 bis 1983 tendenziell sinken und somit mit dem immer stärker werdenden Liberalismus negativ korrelieren. Zwischen 1986 und 1999 korrelieren die Werte positiv und ab 2002 ist keine Korrelation mehr sichtbar, was auch aufgrund der wenigen Werte seine Ursache findet. Trägt man beide Wertegruppen auf jeweils andere Achsen auf, so ergibt sich folgendes Bild:

Bild 11: Wahlerfolge und wirtschaftsliberaler Stärkegrad



(Quelle: Eigenkreation)

Man sieht, dass die FPÖ nun ganz offensichtlich vollkommen unabhängig ihrer nominellen wirtschaftspolitischen Ausrichtung gewählt wurde. Der Erfolg bzw. Misserfolg bei Nationalratswahlen geht – und das sieht man auch sehr gut – großteils mit der Außenwirkung des jeweiligen Obmannes und der jeweiligen Haltung zu den nationalen Wurzeln einher. Nach jeder Krise kam die Besinnung und nach jeder Besinnungsphase wurden dem Liberalismus zur Wählermaximierung freien Lauf gelassen bis das System erneut kollabierte. Der freiheitliche Kreislauf sozusagen.

Andere Zusammenhänge:

Vor allem Zusammenhänge zwischen Ansichten, die man als nationalistisch, patriotisch oder heimatverbunden bezeichnen kann, und dem jeweiligen Wahlerfolg finden sich immer wieder. Man kann sagen, dass eine durchwegs patriotische Einstellung in der Bevölkerung gut ankommt und einen Sockel an Wählerzustimmung ergibt. Je nach aggressiver Ausformulierung und Authentizität der Absenderperson wird die Zustimmung größer oder kleiner. Als Beispiel sei die übertriebene Darstellung des islamischen Propheten Mohammed als epilepsierender Kinderschänder durch die Grazer FPÖ Mandatarin Sunsanne Winter bei der Grazer Gemeinderatswahl 2008 genannt. Doch die Wahlplakate der FPÖ ab 2005 zeigen, dass in der Bevölkerung durchaus ein Problembewusstsein und Verständnis für freiheitliche Anliegen da ist und diese nationalen Ansichten auch durchaus gewürdigt werden.

Man sieht auch, dass die Person des Obmannes für Erfolg und Misserfolg zumindest Mitverantwortlich ist. Auch über seinen Tod hinaus konnte Jörg Haider in Kärnten Wahlen gewinnen, als das Gedächtnis an ihn dem Kärntner BZÖ im März 2009 einen fulminanten Wahlerfolg einbrachte. Der

erst 40 jährige HC Strache steht nach außen für Jugend und Veränderung. Er sagt – und in seinem Alter geht das auch noch – was sich viele Leute denken und aus falscher politischer Korrektheit heraus nicht ausgesprochen wird. Als Beispiel dazu kann das Integrationsproblem von vor allem Menschen türkischer Herkunft genannt werden. Also umso schillernder, wortgewandter und direkter ein Obmann ist, desto höher der potentielle Wahlerfolg.

Die Politik folgt durchaus den Gesetzen der Kommunikation. Die emotionale Basis ist viel wichtiger für den Erfolg als die inhaltliche Kompetenz. Ob die zu begrüßen ist mag man in Zweifel stellen, aber es ist nun eben eine Tatsache.

Kritik

Die FPÖ ist sich bis heute nicht im klaren ob sie nun eine liberale, soziale oder nationale Partei ist, oder einer Kombination daraus. Trotzdem sich dies nominell nicht ausschließt sind vor allem durch die opportunistischen Verhaltensmuster individueller Persönlichkeiten sowie die auf die persönliche Nutzenmaximierung gekennzeichnete Verhaltensweisen ein Garant für permanente Instabilität der Partei. Diese Instabilität variiert natürlich mit der Zeit wie auch mit den Wahlerfolgen, mit letzteren aber in seltsamer Art und Weise als man sich offenbar in `schlechten´ Zeiten zusammenrauft und eine gemeinsame Sprache spricht (1986, 2005) und sich in guten Zeiten durch das Vorranggeben persönlicher Interessen (1985, 2002, ab 2008) wieder auf unnötige, innerparteiliche, politische Grabenkämpfe einlässt. Die FPÖ steckt voller Individualisten, welche durch die mangelnde, soziale Absicherung der Funktionsträger (im Gegensatz bspw. durch die Gewerkschaften bei der SPÖ oder die Industriellenvereinigung, usw. bei der ÖVP sowie viele Bürgermeister und Landeshauptmänner samt deren Administration) recht schnell alles auf eine Karte setzten und ihr persönliches Wohl vor jenes der Gemeinschaft setzten, was aber gesellschaftlich offenkundig durch die von den USA ausgehende Individualisierungsströmung gewollt wird.

Im wirtschaftlichen Sinne war die FPÖ in ihrer Geschichte immer auf einen Ausgleich zwischen dem Leistungsprinzip einerseits und der sozialen Verantwortung andererseits aus. Auch als die FPÖ ein klar neoliberales monetaristisches System ab den 1990er Jahren bis 2005 verfolgte, war es vor allem Jörg Haider, der über die tagespolitischen Aktionen und seiner Landeshauptmannschaft in Kärnten die `größten Giftzähne´ seines eigenen Programms zog und sich – fast schon schizopren – als soziales Gegenstück Jeckyl zu seinem liberalen Hauptstück Hyde definierte.

Was ich gelernt habe?

Vorweg versuche ich die zu Anfang des Werkes aufgeworfenen Fragen zu beantworten:

Gibt es eine klare wirtschaftspolitische Linie der FPÖ?

Die Frage ist nicht ob sondern wann? Die FPÖ steckte von Anfang an in einem Dilemma. Die zwei großen ökonomischen Strömungen des Kapitalismus sowie des Marxismus wurden in der einen oder anderen Form schnell von den Parteien ÖVP und SPÖ okkupiert. Dementsprechend war man immer in einer ökonomischen Zwischenwelt gefangen. Klar war aber von Anfang an, dass sich ÖVP und SPÖ das Land Österreich zwischen 1945 und 1949 schon dermaßen aufgeteilt hatten, dass für eine dritte Partei fast kein Platz mehr war. Als es auch noch unmöglich wurde eine signifikante Rolle innerhalb der Sozialpartnerschaft zu spielen, war zumindest eine Positionierung möglich – man war gegen die staatliche Allmacht, welche sich ökonomisch vor allem in der verstaatlichten Industrie manifestierte.

Die ersten Programme waren somit auch eher in einer Mischform geschrieben. Man wollte mehr Eigenständigkeit und die Entscheidungen vom Staat – bei dem man keinen Einfluss sah – zu den Bürgern transportieren. Erster Höhepunkt war das Ischler Programm 1968. Danach setzt in der FPÖ zusehends eine gesellschaftspolitische Liberalisierung ein, welche ihren Höhepunkt unter Norbert Steger Anfang der 1980er Jahre fand. Man wollte - durch den Erfolg der Liberalen im restlichen Europa – im Konzert der `Großen drei` mitspielen. Um es mit liberalen Worten zu sagen, existierte in Österreich jedoch nur ein sehr kleiner Markt für liberale Anschauungen und so wurde die FPÖ Existenz bedrohend zusammengeschrumpft bis Jörg Haider ab 1986 die FPÖ umkämpfte und man sich wieder ihrer deutschnationalen Wurzeln besann. Wirtschaftlich blieb die FPÖ in liberalen Gefilden bis zur Spaltung 2005. Eindimensional gesprochen wanderten die Monetaristen und Neoliberalen großteils zum BZÖ, die Keynesianisten blieben bei der FPÖ.

War 2006 noch ein Wandel erkennbar, so wurde dieser spätestens nach 2008 wieder in großem Maße revidiert und Forderungen aus dem letzten Jahrhundert als Handlungsmaxime für das neue Jahrtausend abgegeben. Die endgültige wirtschaftspolitische Ausrichtung wird sich wahrscheinlich nach der Wiener Gemeinderatswahl 2010 entscheiden.

Ändert sich die wirtschaftspolitische Weltanschauung der FPÖ über die Zeit?

Ja, das tut sie. Man wird von 1956 an bis 2002 tendenziell liberaler. Einen sozialen Einschlag bekommt man ab 2005, der sich ab 2008 wieder umkehrte.

Gibt es eine Art „Führerprinzip“ in der FPÖ; d.h. dass wirtschaftspolitische Entscheidungen von der Parteispitze oder gar nur von einer Person `diktatorisch` bestimmt werden?

Theoretisch ja! Richtig wäre der Ausdruck des `Oligarchischen Prinzips` maßgebend mitbestimmt durch die Wirkung der Extrapolation. Dies bedeutet, dass nicht ein einziges `Mastermind` in der FPÖ sitzt und Pläne schmiedet, als vielmehr eine `Herrschaft der Wenigen` aufgebaut wurde. Wichtig in diesem Zusammenhang – aber auch kein freiheitliches Novum – ist die Tatsache, dass persönliche Erlebnisse und Erfahrungen oder andere auf den individuellen Entscheidungsträger hereinprasselnden Informationen als Basis für Entscheidungen genommen werden, welche dann eben – bspw. auf fiskalpolitischer Ebene ihre Auswirkung finden.

Als Beispiel sei das freiheitliche Mitglied des Parteivorstandes NR Gradauer genannt, der auch als Prokurist eines Großhandelsunternehmens in Traun (Oberösterreich) tätig war. Dieser befindet die alljährliche Steuerlast – naturgemäß - als zu hoch und ärgert sich besonders über bswp. die Unmöglichkeit der sofortigen Abschreibung von Wirtschaftsgütern mit einem Wert von über EUR 400. Dies wird als Skandal stilisiert und dem Parteivorstand vorgetragen. Man konstruiert eine Geschichte herum und erklärt, dass eine Erhöhung dieser Grenze sich auf die Senkung der Arbeitslosenzahlen auswirke und man somit einen tollen Baustein zur Wählergewinnung in der Hand habe. Dieser Vorschlag wird angenommen und publik gemacht.

Ein Beispiel für einen individuellen Vorfall, welcher das Parteiprogramm seit spätestens 1997 und schon zuvor die Tagespolitik beschäftigte. Nein, es gibt kein Führerprinzip in der FPÖ, doch einen latenten Hang individuelle Optimierungswünsche als freiheitliche Handlungsmaxime zu erklären.

Welchen Einfluss haben die Freiheitlichen Vorfeldorganisationen auf die wirtschaftspolitische Ausrichtung?

Die Einflussmöglichkeiten der Vorfeldorganisationen hängen und hingen immer von der Zugkraft des jeweiligen Obmannes ab, sowie seines Verhandlungsgeschicks jeweilige Klientelfunktionäre in öffentliche Ämter (bspw. Regierungsämter), in den Nationalrat oder in innerparteiliche Gremien (bspw. Bundesvorstand) zu bekommen. Als Beispiel sei der Glanz eines Thomas Prinzhorn genannt, der maßgeblichen Einfluss auf die vor allem wirtschaftspolitischen Geschicke der FPÖ hatte oder auch den momentan amtierenden Obmann des RFW – Amann – der zwar wenig schillert, aber eine Armada von RFW Mitgliedern in den Nationalrat brachte.

Institutioneller Korporatismus vs. Konfliktsystem

Die FPÖ war von Beginn an nicht in der Lage einen Korporatismus institutionell mitzugehen. Daher entwickelte sie ein Konfliktsystem, welches zunächst eine `staatliche Allmacht` sowie die Sozialpartner als `Schattenregierung` als Gegner definierte. Während sich Steger – auch bedingt durch die Größe der FPÖ 1983, aber auch durch sein Wesen – nicht als besonders konfliktfreudig erwies, sieht man in der FPÖ Regierungsbeteiligung ab 2000 klar, dass Schüssel und Riess- Passer es sprichwörtlich `darauf ankommen` ließen. In 55 Jahren SPÖ oder ÖVP Alleinregierung, wie auch zu Zeiten von Koalitionen waren Streiks, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen oder öffentliche Demonstrationen niemals vergleichbar mit der Anzahl und Intensität jener von 2000 bis 2006.

Was konnte die FPÖ während ihrer Regierungsbeteiligung an Forderungen früherer Zeit durchsetzen?

Man muss sich einerseits die Bereiche aussuchen in denen man nachsieht und andererseits das Umfeld der Zeit der Forderungsaufstellung mit jener der Forderungsdurchsetzung vergleichen. Viele Forderungen vor allem im Bereich der Fiskal- und Sozialpolitik wurden in der zweiten Regierungsbeteiligung ab 2000 durchgesetzt. Als Beispiel sei das Grasser'sche Nulldefizit, das Kindergeld oder die Abfertigung NEU angesprochen, welche teilweise schon in den 1980er Jahren gefordert wurden. Die Regierung unter Vizekanzler Steger konnte nicht ganz so viele ihrer Forderungen durchsetzen, was vor allem daran lag, dass sie diese Forderungen nicht mal ins Regierungsprogramm (Arbeitsübereinkommen) einbringen konnten. War es freiheitliches Ziel gewesen – wie es seit Thatcher und Reagan üblich war – die Sozialleistungen auf Mindestmaße zu beschränken oder auch nur einzuschränken, dann kann auch dieses als `gelungen` bezeichnet werden.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der wirtschaftspolitischen Ausrichtung und dem Wirtschaftsprogramm?

Nein, gibt es nicht – siehe eigener Punkt `Korrelation zwischen wirtschaftspolitischer Ausrichtung und Wahlerfolg`

Das ökonomische Umfeld und die freiheitlichen Maßnahmen in den Programmen

Ja, das wirtschaftliche wie auch das gesellschaftliche Umfeld beeinflusste die Programme bis 1997. Das Programm 2005 wurde nur abgeschrieben, auf ökonomische Veränderungen nicht eingegangen. Nur im Wahlprogramm 2006 findet man wieder zeitgemäße Adaptierungen. Das Wahlprogramm 2008 ist dem Grundsatzprogramm von 1997 nachempfunden. Das Handbuch freiheitlicher Politik stellt zwar die tagesaktuellen Probleme in den Vordergrund, zu deren Lösungen aber in erster Linie wieder historische Forderungen bemüht werden.

Sind die Wahl- und Aktionsprogramme aus dem Grundsatzprogramm ableitbar?

Ja, mit Ausnahme des Wahlprogramms 2006 auf Basis des Grundsatzprogramms 2005. Dies liegt daran, dass das neoliberale Grundsatzprogramm von 1997 als Grundsatzprogramm 2005 abgeschrieben wurde, jedoch eine keynesianische Wirtschaftspolitik im Wahlprogramm 2006 verlangt wurde.

FPÖ 2009 im Selbst- und Fremdbild

Die FPÖ im Fremd- und Selbstbildnis darzustellen war ein ganz besonderer Punkt dieser Arbeit, für welche ich eigentlich auch die ab Seite 102 vorgestellten n-Eckigen Wertesysteme konzipiert habe. Es sollten die FPÖ Nationalräte und Bundesräte sowie aus Gründen des Zusammenfassens des 'dritten Lagers' auch jene des BZÖ einen Fragebogen ausfüllen, welcher eben diese Konzeption zu einer halbwegs umfassenden und vielleicht sogar aussagekräftigen Arbeit hätte verwerten können.

Vergleichen wollte ich dies mit dem Fremdbild, indem ich den Fragebogen auch an 100 mir bekannte Personen geschickt habe und weitere 100 – ebenfalls representative, aber zufällig ausgewählte – Personen diesen Fragebogen ebenfalls auszufüllen gehabt hätten.

Ob und was dabei herausgekommen wäre, kann ich nicht sagen, denn ich bin offenbar kläglich gescheitert. Testgruppe I – die Parlamentarier – konnten oder wollten diesen Bogen nach etwa 4 Monaten Haltezeit immer noch nicht ausfüllen. Nur 6 Parlamentarier der FPÖ und 3 des BZÖ schafften es binnen dieser 4 Monate – in dieser Zeit war ich aber fast bei jeder Plenarsitzung im Parlament – ihn ausgefüllt zurückzugeben. Parlamentarische Mitarbeiter waren nur 3 bei der FPÖ und einer beim BZÖ dazu fähig oder willens.

Auch Testgruppe II – die mir bekannten Personen – waren recht inaktiv. Von knapp über 100 versandten und immer wieder urgieren Fragebögen, kamen exakt 3 zurück. Die Testgruppe III – zufällige, representative Personen – sparte ich mir infolge dessen. Ich habe aber weiter vor dieses Experiment zu wagen und kündige jetzt schon eine künftige Arbeit darin an!

In erster Linie habe ich gelernt, dass die FPÖ kraft ihrer Wurzeln eine deutschnationale Partei ist, die sich immer wieder und offenbar mit einer gewissen Begeisterung – ähnlich einem 'Ipsen Drama' – immer wieder in instabile Lagen bringt. Dies liegt daran, dass die FPÖ nach 1945 ein Sammelbecken für Wähler und Funktionäre war, die weder mit SPÖ oder KPÖ noch mit der ÖVP was anfangen konnten und wollten. Dieses Sozietop ist quasi ein ideologisches Multi-Kulti Experiment und untermauert irrwitziger Weise die These der FPÖ, dass Multi-Kulti ohne Anreizsysteme (etwa politisch motivierte Postenbeschaffung in Aufsichtsräten, udgl.) nicht funktioniert. Offenbar – und das sieht man klar – ist hier innerhalb der FPÖ nicht die Nationalität sondern vielmehr die Ideologie ausschlaggebend.

Des Weiteren ist die FPÖ auf der Existenz ihrer Individualisten aufgebaut – theoretisch ein Widerspruch zur kollektivistischen Weltanschauung. Diese Individualisten maximieren Großteils – und das ist wieder ein Widerspruch zur sozialphilosophischen Wurzel des Idealismus – ihre eigenen Nutzenfunktionen, welche sie dann als Handlungsmaxime für die FPÖ zu verkaufen versuchen.

Quellenverzeichnis und Zitate

Literatur:

- Basisliteratur:
 - Programm und Programmentwicklung der FPÖ – DDr. Erich REITER; 1982
 - 80 Dollar; 50 Jahre ERP Fond und Marshall Plan in Österreich 1948-1998 – Günther Bischof; Dieter Stiefel (Hrsg.); 1999
 - Vom Staatsvertrag zur EU – Butschek; 2004
 - Europa und die industrielle Revolution – Butschek 2002
 - Die Weltwirtschaft – Struktur und Entwicklung im 20. Jahrhundert – Matis/ Stiefel
 - The european economy since 1945 – Barry Eichengreen 2007
 - Der Mythos vom Globalen Wirtschaftskrieg – Paul Krugman 1999 – 2. Auflage
 - Die Europäische Union – Pfetsch; 3. Auflage
 - Österreichs Politische Landschaft – Pelinka/ Nick; 1993 – 2. Auflage
 - Österreichische Politik – Pelinka/ Rosenberger; 2005 – 3. Auflage
 - Erinnerungen aus meinem Leben – Adolf Schärf; 1963
 - Programm und Programmentwicklung der FPÖ – Erich Reiter; 1982
 - Idealistische Sozialphilosophie – Wolfgang Caspart; 1991
 - Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien – Kardan/ Pelinka; 1979
 - The roaring nineties – Joseph Stieglitz; 2005
- Freiheitliches Recherchematerial
 - FPÖ Parteiprogramm 1985 – Beschlossen vom Bundesparteitag in Salzburg
 - Faire Marktwirtschaft – NAbg. Ing. Wolfgang NUßBAUMER; freie Argumente 01d/1998 der freiheitlichen Akademie
 - Parteiprogramm 1997 – Beschlossen am Bundesparteitag 1997 in Linz
 - Faire Steuern – Arbeit schaffen, Leistung belohnen – Alvin RABUSHKA; Freiheitlicher Parlamentsklub
 - 20 Jahre Weißenseegespräche – Der Wohlfahrtsstaat vor der Wende – freie Argumente 04/ 2000 der freiheitlichen Akademie
 - FPÖ Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2002
 - FPÖ Parteiprogramm 23.04.2005 – Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag 2005 in Salzburg
 - FPÖ Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2006
 - FPÖ Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2008

○ Sonstiges Recherchematerial

- Gastkommentar von Andreas MÖLZER in diePresse vom 24.01.2009
- Wiener Zeitung von 14. August 2004GP II
- Diplomarbeit Jürgen Neurieser - `Zwischen Liberalismus und Nationalismus. Programmatische Transformationsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers nach 1945“ – Juli 2008
- Statistik Austria – Arbeitsmarktstatistik Q1 2009
- Statistik Austria – Nichtfinanzieller Sektor: Einkommen und Sparen der Privathaushalte 1995 bis 2007 vom 29.09.2008
- Statistik Austria – Quartalsrechnung Staat: Q1 2001 bis Q1 2009 vom 30.06.2009
- Statistik Austria – Staatsausgaben nach Ausgabenbereichen 2006 bis 2008 vom 26.03.2009
- Statistik Austria – Staatsquoten 1995 bis 2008 vom 31.03.2009
- Statistik Austria; Statistik der Körperschaftsteuer 2005; Artikelnummer: 20-8140-05 - Wien 2009
- Statistik Austria – statsitisches Jahrbuch österreichischer Städte 2005 – publiziert 2006
- Statistik Austria – Steuern und Sozialbeiträge 1995 bis 2008 (kein Datum angegeben)
- Statistik Austria – Steuern und Sozialbeiträge (VW GR 1995) nach Hauptkategorien vom 31.03.2009
- Statistik Austria – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Hauptergebnisse) 1977 bis 2008 – publiziert 2009
- WIFO - Handelsdynamik und Preisschwankungen auf den Finanzmärkten und das Stabilisierungspotential einer Transaktionsteuer – Stephan Schulmeister; 25.08.2008
- WIFO – Perspektiven der Erschafts- und Schenkungsteuer in Österreich – Schratzenstaller, Picek und Berghuber; Juni 2007
- WIFO – Ziele und Optionen der Steuerreform (Plädoyer für einen anspruchsvollen Ansatz) – Aiginger, Schratzenstaller, Handler und Tichy; Oktober 3008
- WIFO – Die manisch depressiven Preisschwankungen auf den Finanzmärkten – was macht die „unsichtbare Hand?“ – Stephan Schulmeister; 305/ 2007
- Kammer für Arbeiter und Angestellte in Salzburg – Steuerbroschüre 2006
- www.spiegel-geschichte.de

Interviews und Gespräche:

- Dr. Norbert STEGER – 17. Dezember 2008
- Dr. Andreas MÖLZER
- Bernhard THEMESSEL
- Ing. Norbert HOFER – 13. März 2009
- MMag. Alexander PETSCHGNIG – 13. März 2009
- Herbert KICKL
- Heinz Christian STRACHE
- Dr. Gerhard STAUDINGER

(Personen bei denen eine Datumsangaben steht, wurden mit Audiomitschnitt interviewt. Mit den anderen wurden nur Gespräche geführt!)

Internetverweise:

- <http://www.politischebildung.at/upload/polsystem.pdf> - Entnahmedatum: 20. März 2009
- http://www.sozialpartner.at/sozialpartner/Sozialpartnerschaft_Chronologie.pdf - Entnahmedatum: 20. März 2009
- <http://www.wienerzeitung.at/linkmap/personen/goetz.htm> - Entnahmedatum: 20. März 2009
- http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/themen/demokratiedebatten/politische_bildstrategien/index.html - Entnahmedatum: 20. März 2009
- <http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XX/II/01404/pmh.shtml> - Entnahmedatum: 09. April 2009
- <http://www.salzburg.gv.at/1999a149.pdf> - Entnahmedatum: 09. April 2009
- <http://www.wienerzeitung.at/linkmap/personen/steger.htm> - Entnahmedatum: 09. April 2009
- <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=13517535&top=SPIEGEL> - Entnahmedatum: 13. Juni 2009
- <http://burgenland.orf.at/stories/200069/> - Entnahmedatum: 13. Juni 2009
- http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vfgh&Dokumentnummer=JFT_10059170_94W00I06_2_00&TabbedMenuSelection=JudikaturTab - Entnahmedatum: 12. Juli 2009
- http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_1996/PK0455/PK0455.shtml - Entnahmedatum 12. Juli 2009
- http://de.wikipedia.org/wiki/Österreichische_Industrieholding - Entnahmedatum: 12. Juli 2009
- <http://www.profi-ranking.de/seo-lexikon/g/google/> - Entnahmedatum: 23. Juli 2009
- <http://newstats.sextracker.com/st?skn=summary&auth.Id=111180> - Entnahmedatum: 23. Juli 2009
- <http://www.volksfreund.de/Buergermeister-stellt-Strafanzeige-wegen-Volksverhetzung;art1129,2025647> - Entnahmedatum: 27. Juli 2009
- http://www.parlinkom.gv.at/PE/CHRONO/Chronologie_Portal.shtml - Entnahmedatum: 27. Juli 2009
- <http://www.wien-konkret.at/politik/europa/eu-sanktionen/> - Entnahmedatum: 27. Juli 2009
- http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXI/AA_00105/daten_000000.doc - Entnahmedatum: 27. Juli 2009
- <http://www.tatblatt.net/132chronologie-februar.htm> - Entnahmedatum: 27. Juli 2009

- <http://www.nlp.at/hl/medien/chrono0902.htm> - Entnahmedatum: 28. Juli 2009
- http://www.falter.at/web/print/detail.php?id=73&sub_id=46 - Entnahmedatum: 28. Juli 2009
- <http://www.bs13.goed.at/archiv/regierungsprogramm.pdf> - Entnahmedatum: 29. Juli 2009
- <http://www.news.at/articles/0409/510/75936/entscheidung-7-maerz-2004-haiders-show> - Entnahmedatum: 29. Juli 2009
- [http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/MB_2003_10_05_KONJUNKTURBELEBUNGSMASSNAHMEN\\$ _SHOW.HTM;jsessionid=8f821093ce544c613afb11c4ff695f4eafd43168382?p_filename=MB_2003_10_05_KONJUNKTURBELEBUNGSMASSNAHMEN\\$ _SHOW.HTM](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/MB_2003_10_05_KONJUNKTURBELEBUNGSMASSNAHMEN$ _SHOW.HTM;jsessionid=8f821093ce544c613afb11c4ff695f4eafd43168382?p_filename=MB_2003_10_05_KONJUNKTURBELEBUNGSMASSNAHMEN$ _SHOW.HTM) - Entnahmedatum: 31. Juli 2009
- <http://www.energyagency.at/pop/bild.htm?url=/fotos/ew-ja.gif&titel=Energiepreisindex%20der%20%D6sterreichischen%20Energieagentur&comment=&popup=1> - Entnahmedatum: 31. Juli 2009
- <http://www.orf.at/?href=http%3A%2F%2Fwww.orf.at%2Fticker%2F238792.html> - Entnahmedatum: 31. Juli 2009
- <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1551592,00.html> - Entnahmedatum: 06. August 2009
- http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/ba/P060708_22.03-02-retouched.jpg - Entnahmedatum: 06. August 2009
- <http://oesterreich.orf.at/steiermark/stories/56453/> - Entnahmedatum: 08. August 2009
- <http://www.sora.at/de/start.asp?b=246> - Entnahmedatum: 08. August 2009
- http://www.parlament.gv.at/PG/DE/BR/J-BR/J-BR_02265/fnameorig_029470.html - Entnahmedatum: 08. August 2009
- http://www.ak-ooe.at/pictures/d76/PKUnterlage_Steuerentlastung_02102008.pdf - Entnahmedatum: 08. August 2009
- <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3926&Alias=wzo&cob=236119> - Entnahmedatum: 10. August 2009
- <http://www.profil.at/articles/0624/560/143392/bawag-circulus> - Entnahmedatum: 10. August 2009
- <http://www.orf.at/?href=http%3A%2F%2Fwww.orf.at%2Fticker%2F222932.html> - Entnahmedatum: 10. August 2009
- <http://derstandard.at/?url=/?id=1220458699162> - Entnahmedatum: 13. August 2009
- http://www.sora.at/images/doku/SORA_ISA_Analyse_NRW_2008.pdf - Entnahmedatum: 13. August 2009
- http://files.globalmarshallplan.org/pr/www_804.pdf - Entnahmedatum: 29.12.2009
- http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/SharedContent/Oeffentlich/Al/IC/Publikationen/Jahrbuch/BevoelkerungQuiz_property=file.pdf - Entnahmedatum: 29.12.2009
- http://www.statistik.at/web_de/static/ergebnisse_im_ueberblick_bevoelkerung_seit_1869_023290.pdf - Entnahmedatum: 29.12.2009
- http://lexikon.freenet.de/Politisches_Spektrum#Politisches_Wertedreieck - Entnahmedatum: 29.12.2009
- <http://www.theadvocates.org/quizp/index.html> - Entnahmedatum: 29.12.2009

Anhang

Graphiken und Statistiken

Bild 1: Verteilung der Altersstruktur der FPÖ Nationalräte	24
Bild 8: Ausländer am österreichischen Arbeitsmarkt	62
Bild 2: triviale Darstellung im eindimensionalen 'links/ rechts' Schema	99
Bild 3: das Wertedreieck	100
(Quelle: http://lexikon.freenet.de/Politisches_Spektrum#Politisches_Wertedreieck)	100
Bild 4: Beispiel für die politische Landschaft 1949 bis 1954 in Österreich:	100
Bild 5: der Nolan – Parteiraum	101
(Quelle: http://www.theadvocates.org/quizp/index.html)	101
Bild 6: geschätztes Werte n-Eck österreichischer Parteien.....	103
Bild 9: Entwicklung der Hausenergiepreise in Österreich 1970 bis 2008.....	143
Bild 10: Wahlerfolg und (geschätzte) ökonomische Ausrichtung der FPÖ	165

Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Wahlergebnisse der FPÖ 1959 bis 1983	10
Tabelle 2: FPÖ Wahlergebnisse 1986 bis 1999.....	12
Tabelle 3: Anteil der Hilfslieferungen an den Importen (Butschek, 2004; S.21)	27
Tabelle 4: Reales BIP je Einwohner 1950 (zu USD Preisen und Wechselkursen von 1995).....	27
Tabelle 5: der VdU relativ zu den heutigen Parteien	102
Tabelle 6: BIP nominell und real – 1954 bis 1958	29
Tabelle 7: Nationalratswahlen 1956.....	30
Tabelle 8: Nationalratswahlen 1959.....	31
Tabelle 9: Nationalratswahl 1962	32
Tabelle 10: Nationalratswahl 1966.....	33
Tabelle 11: Veränderung des realen BIP – durchschnittlich 1968 bis 1974	34
Tabelle 12: Nationalratswahl 1970	35
Tabelle 13: Nationalratswahl 1971	36
Tabelle 14: Nationalratswahl 1975.....	38
Tabelle 15: Ausländische Erwerbspersonen in Österreich 1975 bis 2003:.....	41
Tabelle 16: Nationalratswahl 1979	42
Tabelle 17: Veränderung des Realen BIP in Österreich – 1975 bis 1983	44
Tabelle 18: Nationalratswahl 1983.....	46
Tabelle 19: Nationalratswahl 1986	50
Tabelle 20: Nationalratswahl 1990	52
Tabelle 21: Nationalratswahl 1994	55
Tabelle 22: Nationalratswahl 1995.....	57
Tabelle 23: Nationalratswahl 1999	63
Tabelle 24: Nationalratswahl 2002	70

Tabelle 25: Nationalratswahl 2006	85
Tabelle 26: Nationalratswahl 2008	91

Register

A

Adam Smith: Begründer der Nationalökonomie · 93
 AKH: Allgemeines Krankenhaus - Wien · 46
 Alexander Götz: FPÖ Obmann 1978 bis 1980 · 10, 11, 22, 35, 42, 46, 47, 48, 112, 114, 123, 125, 126, 180
 Alfred Gusenbauer: Bundeskanzler 2006 bis 2008 · 15
 ALÖ: Alternative Liste Österreichs - Vorgängerpartei der GRÜNEN · 46
 AMS: Arbeitsmarktservice · 58, 146, 150
 Andreas Wabl: Abgeordneter der GRÜNEN · 51
 Androsch: Hannes Androsch - Bundesfinanzminister der Ära Kreisky · 36, 37, 39, 40, 48
 Anton Reinthaller: erster FPÖ Obmann 1956 bis 1958 · 10, 30, 31, 108, 180
 APA: Austria Presse Agentur · 140
 Arthur Laffer: US Ökonom - Universität Chicago - Präsidentschaftsberater · 44
 ASFINAG: Autobahnen und Schnellstrassen Finanzierungs AG - österreichische Strassenbaugesellschaft · 71, 148
 ASVG: Allgemeines Sozialversicherungsgesetz · 112
 ATS: siehe Schilling · 27, 29, 40, 42, 124
 ATX: Österreichischer Aktienindex · 93
 AUF: Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher - Vertretung der öffentlich Bediensteten · 22, 161

B

Bagatellsteuern: Steuern welche eher geringeren Steuerertrag einbringen - sie dienen zumeist nur der Steuerung · 119, 132, 157
 Barbara Rosenkranz: FPÖ Politikerin · 14, 20, 22, 74, 79, 88, 162, 182
 Barrel: Maßeinheit für Rohöl - entspricht etwa 135 Liter · 43, 90
 BAWAG: Bank für Arbeit und Wirtschaft AG · 83, 84
 BIP: Bruttoinlandsprodukt · 27, 29, 31, 34, 37, 39, 40, 43, 44, 48, 60, 61, 78, 83, 142, 148
 Bundesparteiohmann: Höchstes Amt innerhalb der FPÖ · 11, 45, 50, 126
 Bundesrates: Länderkammer · 153
 Bündnis Zukunft Österreich: Abspaltung der FPÖ im April 2005 · 14, 78, 182
 BZÖ: Bündnis Zukunft Österreich (Österreichische Partei) · 14, 16, 54, 76, 78, 79, 80, 82, 84, 85, 86, 87, 90, 91, 92, 102, 153, 158, 161, 162, 165, 167, 182

C

Christlich Sozialen Partei: siehe ÖVP · 8
 Christlichsozialen: siehe ÖVP · 9
 Christoph Leitl: Präsident der österreichischen Wirtschaftskammer · 93
 Clinton: US Präsident 1992 bis 2000 · 59

D

Demokratische Offensive: Organisationsplattform der Donnerstagsdemonstrationen · 13
 Denis Meadows: Ökonom · 39
 DFP: Demokratische Fortschrittspartei - Wahlliste von Franz Olah nach seinem Abgang aus der SPÖ gegründet · 33, 35
 DM: Deutsche Mark - Zahlungsmittel der Bundesrepublik Deutschland bis 2002 · 37
 Dollar: Währung der USA - in vielen Ländern als Komplimentärwährung eingesetzt · 26, 59, 88
 Donnerstagsdemonstrationen: Demonstrationen gegen die FPÖ als Regierungspartei · 13, 66, 67

E

EFTA: European Free Trade Assoziation · 33
 EG: Europäische Gemeinschaft · 128

EMRK: Europäische Menschenrechtskonvention · 150
Erhard Busek: ehem. österreichischer Vizekanzler - ÖVP Vorsitzender · 56
ERP: European Recovery Plan (Marshall Plan) - Plan zum Wiederaufbau Europas nach 1945 · 25, 26, 28, 29
EStG: Einkommensteuergesetz · 160
EUR: Euro - Währung der EWR Staaten · 66, 69, 73, 82, 83, 84, 89, 92, 141, 142, 143, 144, 145, 147, 148, 150, 151, 155, 156, 157, 160, 168
EURIBOR: Interbankzinssatz · 92
Europapartei · 89, 108
EWG: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft · 33, 111, 113
EZB: Europäische Zentralbank · 68, 77, 92

F

FA: freiheitliche Arbeitnehmer · 22, 23, 161, 184
FBI: freiheitliches Bildungsinstitut · 23
FDP: Freie Demokratische Partei - Partei in der bundesrepublik Deutschland · 50, 119
FED: Federal Reserve - US Notenbank · 77, 92, 131
FMA: Finanzmarktaufsicht · 84, 92
FPÖ: Freiheitliche Partei Österreich · 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 58, 60, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 85, 86, 87, 88, 90, 91, 92, 94, 100, 101, 102, 103, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 128, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 148, 149, 150, 152, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 180, 182, 184
Franz Olah: ehem. Gewerkschaftspräsident · 32, 35
Fred Sinowatz: SPÖ Bundeskanzler 1980 bis 1986 · 11, 47
Freda Meissner Blau: Gründungsmitglied der GRÜNEN · 50
Friedhelm Frischenschlager: Verteidigungsminister 1983 bis 1986 · 11, 48, 54, 125, 180
Friedrich Peter: FPÖ Obmann 1958 bis 1978 · 10, 31, 34, 36, 42, 47, 108, 111, 125, 180

G

GASP: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik · 146, 153
GATS: General Agreement on Trades and Services · 150
Großparteien: Synonym für SPÖ und ÖVP zu Zeiten als sie noch um die 40% Wählerzustpruch hatten. Der Terminus hält sich bis dato · 9, 10, 11, 34, 35, 110, 122
Grundsatzprogramm · 7, 17, 94, 95, 97, 98, 107, 113, 122, 127, 129, 137, 141, 145, 156, 158, 159, 169
Grünen: Österreichische Partei · 46, 49, 50, 51, 53, 55, 66, 72, 80, 81, 82, 85, 86, 88, 90, 91, 92, 102, 149, 161
GVP: Großdeutsche Volkspartei · 9

H

Harald Ofner: Justizminister 1983 bis 1987 · 11, 48, 126, 180
Heide Schmidt: ehemaliges FPÖ Mitglied · 12, 54, 56, 89
Heinz Christian Strache: Bundesparteiohmann der FPÖ ab 2005 · 15, 73, 75, 79, 180, 182
Herbert Kickl: Generalsekretär und Strategie der FPÖ · 15, 79, 156
Herbert Kraus: Gründungsmitglied VdU · 10
HGB: Handelsgesetzbuch · 68

I

IAS/ IFRS: International Accounting Standards/ International Financial Reporting Standards · 68
IV: Industriellenvereinigung · 37, 114, 117, 134, 153

J

Johannes Voggenhuber: ehem. Abgeordneter der GRÜNEN · 53
Jörg Haider: FPÖ Bundesobmann 1986 bis 1999; Kärntner Landeshauptmann · 11, 12, 13, 14, 16, 20, 22, 23, 45, 47, 48, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 60, 65, 69, 71, 75, 76, 78, 79, 80, 86, 89, 90, 108, 125, 126, 133, 134, 149, 151, 158, 163, 165, 166, 167, 180, 182
Josef Klaus: Österreichischer Bundeskanzler - 1966 · 33

K

Karl Renner: erster Bundespräsident (ÖVP) nach 1945 · 27
Karl-Heinz Grasser: Finanzminister 2000 bis 2006 · 13, 70
KEST: Kapitalertragsteuer (Steuer auf Zinsgewinne) · 160
KIAB: Kontrolle Illegaler Ausländerbeschäftigung · 150
Klaus: Österreichischer Bundeskanzler - 1966 · 10, 33, 35, 37, 49, 111
Klestil: österreichischer Bundespräsident 1992 bis 2004 · 65, 69
KLS: Kommunisten und Linkssoziale - Wahlplattform 1966 · 32
KMU: Kleine und Mittlere Unternehmen · 132, 147, 161
KÖST: Körperschaftsteuer · 83, 142, 156, 157, 160
KPdSU: Kommunistische Partei der Sowjetunion · 128
KPÖ: Kommunistische Partei Österreich · 9, 27, 28, 30, 31, 32, 35, 36, 38, 43, 50, 64, 65, 68, 80, 86, 89, 95, 97, 98, 100, 102, 170
Kreisky: SPÖ Bundeskanzler 1973 bis 1980 · 11, 34, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 47, 50, 123, 130
Kronenzeitung: auflagenstärkste österreichische Tageszeitung · 72, 79, 89, 160
Kurt Steyrer: SPÖ Bundespräsidentenskandidat 1986 · 49
Kurt Waldheim: Österreichischer Bundespräsident 1986 bis 1992 · 12, 49

L

LiF: Liberales Forum (Österreichische Partei) · 12

M

Margaret Thatcher: konservative Britische Premierministerin 1980er Jahre · 44, 49, 161
Milton Friedman: US Ökonom - Begründer des Monetarismus · 39
MIT: Massachusetts Institute of Technologie · 43
MÖSt: Mineralölsteuer · 124; Mineralölsteuer · 157

N

NATO: Nord Atlantic Treaty Organisation · 133, 153, 159
Nazis: Nationalsozialisten - siehe NSDAP · 25
Norbert Hofer: Stellvertretender Bundesparteiobmann der FPÖ ab 2005 · 5, 20, 80, 90, 127, 156, 158
Norbert Steger: FPÖ Parteiobmann 1980 bis 1986 · 10, 11, 22, 45, 46, 50, 125, 126, 167, 180
NoVa: Normverbrauchsabgabe · 40
NRW: Nationalratswahl · 50, 52, 55, 58, 92, 122, 123, 154, 174
NSDAP: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei · 9

Ö

ÖBB: Österreichische Bundesbahnen · 75, 142, 148, 151
OEDC: Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung · 27
ÖGB: Österreichischer Gewerkschaftsbund · 29, 32, 65, 84
ÖIAG: Österreichische Industrieholding AG · 74, 75, 147, 151
Oligarchischen Prinzips: Oligarchie = Herrschaft der Wenigen · 168
OMV: Österreichische Mineralölverwaltung - österreichischer Energiekonzern · 58, 59
ÖNB: Österreichische Nationalbank · 84, 151
ORF: Österreichischer Rundfunk · 15, 65, 72, 81, 84, 87, 93
Osama Bin Laden: Internationaler Terrorist · 90
ÖVP: Österreichische Volkspartei · 9, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 27, 28, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 42, 43, 44, 46, 47, 49, 50, 52, 53, 54, 55, 56, 58, 63, 64, 65, 67, 69, 70, 72, 73, 75, 76, 80, 81, 82, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 91, 92, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 102, 109, 110, 111, 119, 121, 122, 126, 141, 142, 143, 148, 149, 150, 152, 158, 161, 162, 163, 166, 167, 168, 170

P

P.S.K: Post Sparkasse · 74
Parteitag: nominell höchstes Parteigremium · 10, 11, 14, 17, 18, 19, 20, 33, 50, 70, 76, 94, 97, 107, 108, 112, 114, 121, 125, 133, 153, 162, 182

Profil: Österreichisches Nachrichtenmagazin · 17, 49, 84

R

RETTÖ: EU Kritische Wahlliste · 89

RFJ: Ring Freiheitlicher Jugend - FPÖ Jugendvorfeldorganisation · 22, 23, 125, 184

RFW: Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender - Arbeitgeberorganisation der FPÖ sowie des BZÖ und Unabhängiger · 22, 69, 144, 157, 158, 161, 168

Ronald Reagan: konservativer US Präsident der 1980er Jahre · 44, 49, 161

S

SA: Sturmabteilung - paramilitärische Abteilung der NSDAP · 50

SCHIG: Schienenbaugesellschaft der ÖBB · 148, 151

Schilling: Österreichische Währung bis 2002 · 25, 32, 37, 40, 140

Schulmeister · Siehe Stephan Schulmeister

SJ: Sozialistische Jugend - Jugendvorfeldorganisation der SPÖ · 15

Soziale Heimatpartei: Selbstbildnis bzw. Positionierung der FPÖ seit 2005 · 15

SPD: Sozialistische Partei Deutschlands - deutsche Partei · 67

SPÖ: Sozialistische bzw. Sozialdemokratische Partei Österreich · 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 23, 27, 28, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 42, 43, 46, 47, 49, 50, 52, 53, 54, 55, 56, 58, 62, 63, 64, 65, 69, 70, 72, 74, 75, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 94, 95, 97, 98, 99, 100, 102, 109, 110, 119, 120, 121, 122, 123, 126, 137, 143, 161, 162, 163, 166, 167, 168, 170

Stephan Schulmeister: Österreichischer Ökonom am WIFO · 93

Susanne Winter: umstrittene FPÖ Mandatarin - berühmt geworden durch ihre Aussagen über den Propheten Mohammed · 165

Susanne Riess-Passer: Obfrau der FPÖ 1999 bis 2002 · 13, 69, 133, 135, 180

U

UGB: Unternehmensgesetzbuch - nachfolger des HGB · 68

UNO: Vereinte Nationen · 12, 49

USD · Siehe Dollar. Siehe Dollar. Siehe Dollar. Siehe Dollar. Siehe Dollar. Siehe Dollar. Siehe Dollar. Siehe Dollar. Siehe Dollar

V

VA Stahl: VÖST Alpine Stahlwerke · 59

VA Tech: VÖST Alpine Technologie · 58

VAE: VÖST Alpine Eisenbahnwerke · 58

van der Bellen: Bundesobmann der Grünen bis 2008 · 64, 72, 87, 90, 91, 92

VdU: Verband der Unabhängigen - freiheitliche Vorgängerpartei (1949 bis 1956) · 7, 10, 22, 25, 27, 28, 30, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 102, 103, 105, 106, 107, 110, 118, 121, 125, 130, 160

VGÖ: Vereinten Grünen Österreichs - Vorgängerpartei der GRÜNEN · 46

Victor Klima: österreichischer Bundeskanzler 1997 bis 2000 · 64

Viktor Reimann: Gründungsmitglied VdU · 10

Volkspartei: siehe ÖVP · 9, 42, 110

VÖST: VÖST Alpine - österreichisches Stahlunternehmen · 49

Vranitzky: Franz Franitzky - österreichischer Bundeskanzler 1986 bis 1997 · 48, 50, 56, 65

VSSTÖ: Verband sozialistischer Studenten - SPÖ Studentenvertretung · 15, 87

W

WdU: Wahlpartei der Unabhängigen - siehe VdU · 27, 28

Werner Faymann: Bundeskanzler ab 2008 · 16, 89

WIFO: Wirtschaftsforschungsinstitut · 93, 142

Willhelm Molterer: Vizekanzler und finanzminister 2006 bis 2008 · 15

Wolfgang Schüssel: Bundeskanzler 2000 bis 2006 · 13, 56, 65, 66

Z

Zwentendorf: Österreichische Atomkraftwerk, welches aber nie in Betrieb ging · 42, 90, 121, 129

Parteiobleute der FPÖ

- 1956 bis 1958 – Anton Reinthaller
- 1958 bis 1978 – Friedrich Peter
- 1978 bis 1980 – Alexander Götz
- 1980 bis 1986 – Norbert Steger
- 1986 bis 2000 – Jörg Haider
- 2000 bis 2002 – Susanne Riess-Passer
- 2002 (interimistisch nach Knittelfeld) – Herbert Scheibner
- 2002 – Mathias Reichhold
- 2002 bis 2004 – Herbert Haupt
- 2004 bis 2005 – Ursula Haubner
- 2005 (interimistisch) – Hilmar Kabas
- seit 2005 – Heinz Christian Strache

Minister und Staatssekretäre der FPÖ

1983:

- Vizekanzler (VK) und Bundesminister (BM) für Handel, Gewerbe und Industrie – Norbert Steger
- BM für Justiz – Harald Ofner
- BM für Landesverteidigung – Friedhelm Frischenschlager (bis 05/ 1986) danach Helmut Krünes
- Staatssekretär für Finanzen – Holger Bauer
- Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft – Gerulf Murer

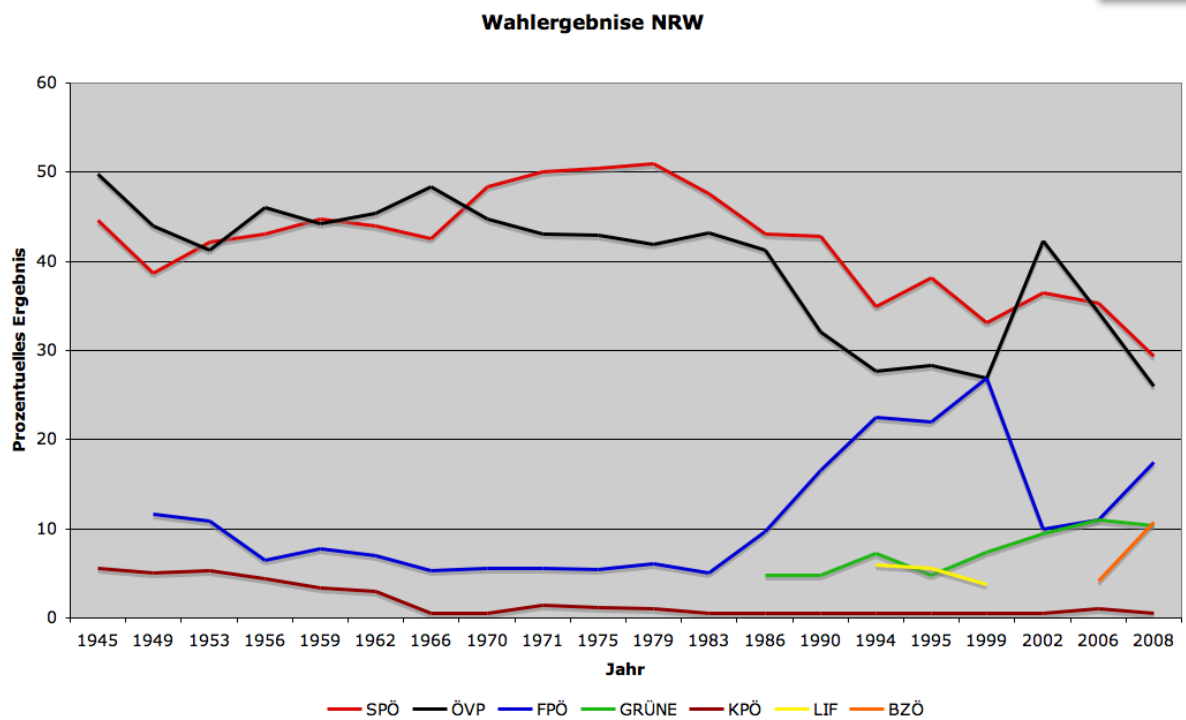
2000:

- VK und BM für öffentliche Leistungen und Sport – Susanne Riess-Passer
- BM für Finanzen – Karl Heinz Grasser
- BM für Justiz – Michael Krüger (bis 03/ 2000) danach Dieter Böhmendorfer
- BM für Landesverteidigung – Herbert Scheibner
- BM für Soziale Sicherheit und Generationen – Elisabeth Sickl (bis 10/ 2000) danach Herbert Haupt
- BM für Verkehr, Innovation und Technologie – Michael Schmid (bis 11/ 2000) danach Monika Forstinger (bis 02/ 2002) danach Mathias Reichhold
- Staatssekretär für Gesundheit – Reinhard Waneck
- Staatssekretär für Tourismus – Mares Rossmann

2002 *)

- VK und BM für Verkehr, Innovation und Technologie – Hubert Gorbach
- BM für Justiz – Dieter Böhmdorfer (bis 06/ 2004) danach Karin Gastinger
- BM für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz – Herbert Haupt (bis 01/ 2005) danach Ursula Haubner
- Staatssekretär für Sport – Karl Schweizer
- Staatssekretär für Verkehr – Eduard Mainoni
- Staatssekretär für Konsumentenschutz – Sigisbert Dolinschek

*) nach internen Querelen und Richtungsstreitigkeiten innerhalb der FPÖ sollte es am Parteitag des 23. April 2005 zu einer Kampfabstimmung zwischen Jörg Haider und Heinz Christian Strache kommen. Haider kam dem zuvor und Gründete am 03. April 2005 das BZÖ, wobei sich alle Nationalräte - bis auf Barbara Rosenkranz, die laut Angaben der FPÖ bis zuletzt unklar betreffend ihrer Richtung war, sowie Eugen Bösch – mit abspalteten und nunmehr für das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) im Nationalrat sowie in der Regierung saßen.

Wahlergebnisse der FPÖ

Das Glück besteht nicht
darin, sein Ziel zu
erreichen, sondern
sich auf den Weg dort
hin zu machen!



:root

Nicht in den Zweigen,
in den Wurzeln steckt
des Baumes Kraft!



:labor omnia vincit

Wir blieben nicht gut,
wenn wir nicht immer
besser zu werden
trachteten!



:philosophie

Ich bin überall bereit
hinzugehen, wenn es
nur vorwärts ist!



:team

Wer andere neben
sich klein macht,
wird selbst nie groß!

Über den Autor

Curriculum vitae

Persönliche Daten:

Name: Daniel JÄGERBAUER, Ing.
Geburtsdatum: 21.08.1979 – LÖWE
Geburtsort: Mödling
Wohnadresse: Schnöllergasse 18; 2540 Bad Vöslau
Telefonnummer: +43/ 699/ 1 790 154 1
Familienstand: ledig
Hobbys: tanzen, golfspielen, reisen, tauchen

Schulischer Werdegang:

2004 – 2010: Universität Wien – Fakultät für
Wirtschaftswissenschaften;
BWZ Wien 1210
1993 – 1998: HTbLuVA Wiener Neustadt – Energietechnik
und Leistungselektronik
1989 – 1993: BRG Berndorf
1985 – 1989: Volksschule Gainfarn

Beruflicher Werdegang:

2003 – lfd.: GLOBALlogistic:solutions GmbH & CO KG
2002 – 2002: Media Connection Austria GmbH
2000 – 2001: GEMADI Österreich GmbH
1999 - 2000: PANI Austria GmbH



Das Glück besteht nicht darin, sein Ziel zu erreichen, sondern sich auf den Weg dort hin zu machen!



:root

Nicht in den Zweigen,
in den Wurzeln steckt
des Baumes Kraft!



:labor omnia vincit

Wir blieben nicht gut,
wenn wir nicht immer
besser zu werden
trachteten!



:philosophie

Ich bin überall bereit
hinzugehen, wenn es
nur vorwärts ist!



:team

Wer andere neben
sich klein macht,
wird selbst nie groß!



:ing.danieljaegerbauer
:schnöllergasse 18
:2540 bad vöslau
:tel. +43.699.17901541
:mail: daniel.jaegerbauer@globsol.at

Erfahrungen/Kenntnisse:

Sprachen:

- Deutsch
- Englisch
- Italienisch

Politischer Werdegang:

- seit 2009: Pressesprecher FA Niederösterreich
- 2006 bis 2009: Bezirksobmann FPÖ Baden
- seit 2007: Finanzreferent FA Kärnten
- seit 2002: Mitglied RFJ
- 2001 bis 2002: MC Austria

